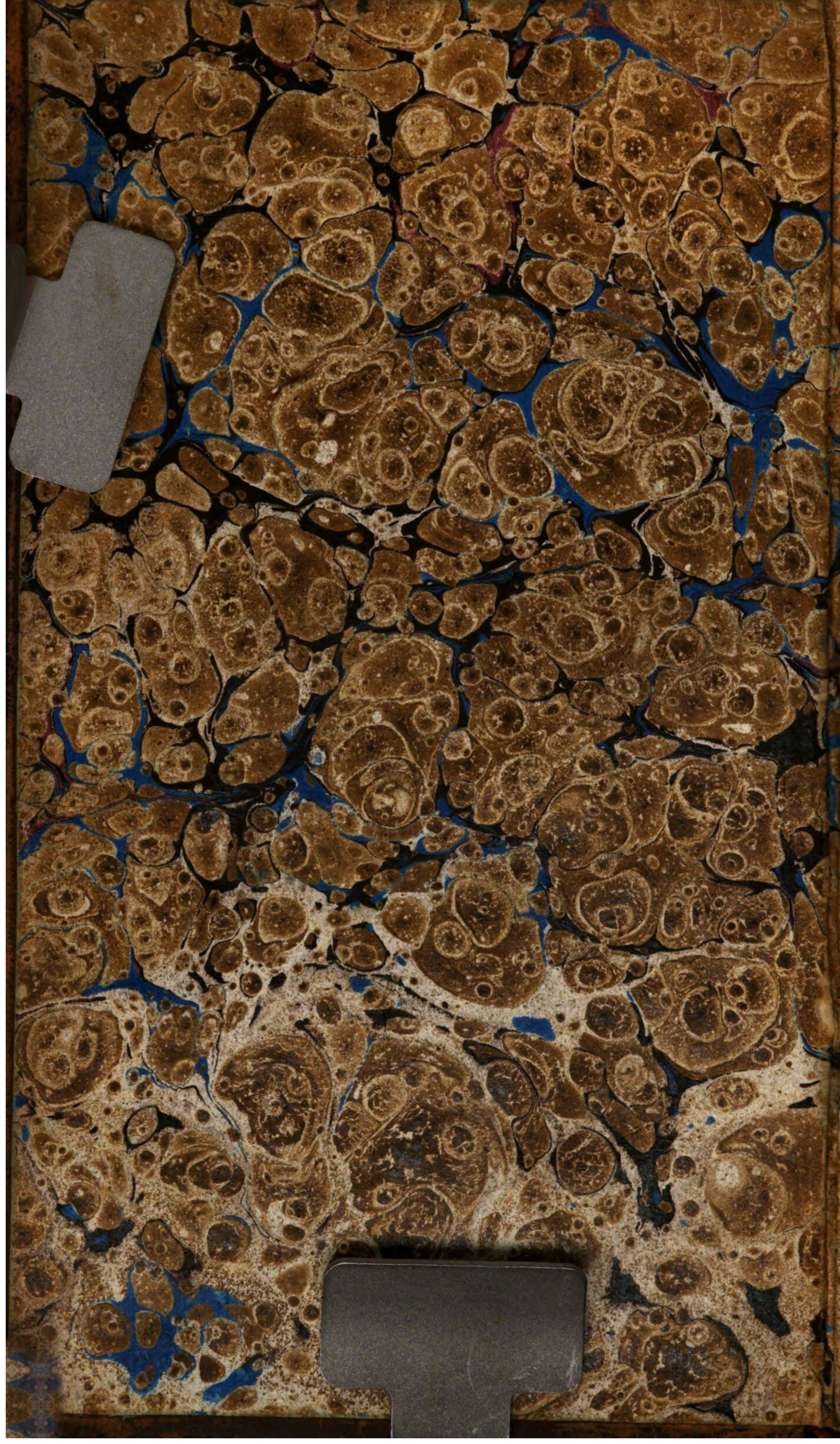
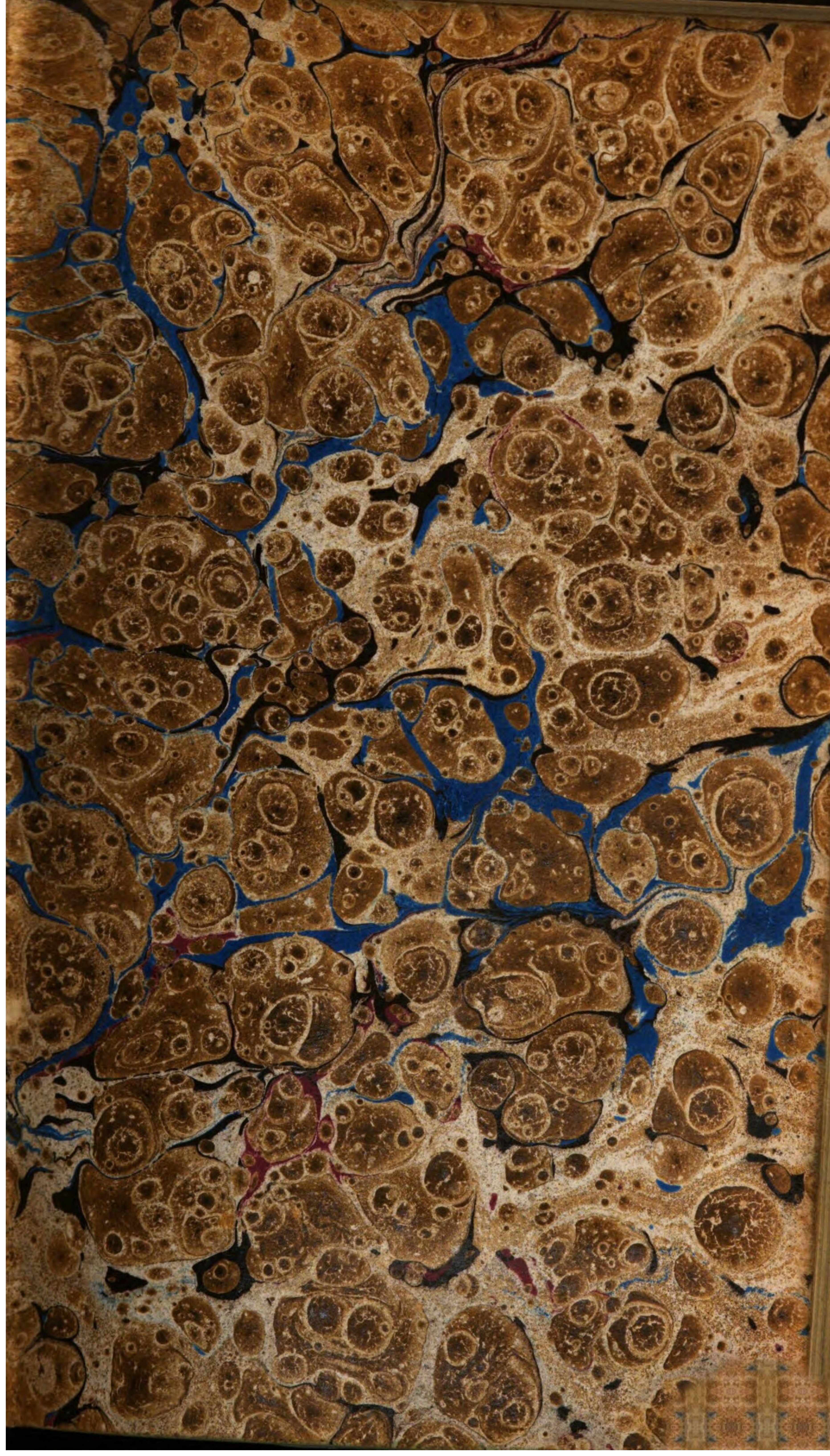








~~Aug. 1900. f.~~

Ph. Pr. 355.

Tori

Philos.

Philos. Jus Nat. Scr. varia. 1690.

Tori

R

Briefe
über die philosophische
Rechts-
und
Staatswirthschaftslehre,
herausgegeben

von
J. A. D o r i.

Görlitz 1805.
bei C. G. Anton.

Erste

über die philosophische

Rechts-

und

Staatswissenschaftslehre

Bayrische
Stadtbibliothek
MÜNCHEN

VON

J. A. D. O. T. I.

Erster Theil

von C. A. D. O. T. I.

V o r r e d e.

Die der Sache geneigten Leser werden vom Verfasser mit geziemender Bescheidenheit ersucht, bei der Beurtheilung seiner Schrift folgender Punkte eingedenk zu bleiben.

Eine philosophische Staatswirthschaftslehre konnte er nicht zu begründen, oder wenigstens das Seinige zu dieser Begründung beizutragen suchen, ohne sich der vollständigen Darstellung der ursprünglichen Rechte zu unterziehen. Da er nun das Rechtsprinzip aus dem praktischen Vernunftgesetze ableitet und auf die Harmonie, die zwischen dem Streben nach Glückseligkeit und jenem Gesetze stattfindet, besonders aufmerksam machen, auch die Gele-

genheit, einen Frieden zwischen den Puristen und Eudämonisten einzuleiten, nicht unbenutzt lassen wollte; so wird man es wohl nicht tadeln, daß er dasselbe nicht bloß voraussetzte.

Man wird hoffentlich zugeben, daß er das Recht von der Moral gehörig trennt, aber dagegen vielleicht behaupten, daß er die Sphäre des praktischen Vernunftgesetzes verengt, indem er es in das materiale Gebot der gegenseitigen negativen und positiven Beförderung der Glückseligkeit übergehen läßt. Er bringt daher in Erinnerung, daß er zum Theil von dem Begriffe der Glückseligkeit, so wie er ihn bestimmt, seine Vertheidigung erwartet.

Die vollkommne Unabhängigkeit von der Willkühr Anderer ist das Resultat der gesicherten Rechte. Wenn man dem Verfasser nun einräumt, daß jede allgemeine, aus der Natur des gesellschaftlichen, vernünftigsinnlichen Wesens erkennbare Bedingung dieser Unabhängigkeit ein ursprüngliches Recht bestimmt, und sich nächstdem überzeugt, daß der mangelnde und ungewisse gute Wille durch einen stets

wirkenden äußern Zwang ersetzt und so die gute That durch das Recht realisirt werden soll; so wird man die von ihm aufgestellten ursprünglichen Rechte als solche anzuerkennen keinen Anstand nehmen.

Was er schon in seinen *Materialien zur Aufstellung einer vernunftmäßigen Theorie der Staatswirthschaft* ausführlich genug abgehandelt zu haben glaubte, das hat er hier, wo sein Hauptabsehen auf eine bessere Begründung, auf die Vervollkommnung und Popularisirung des Ganzen gerichtet war, zum Theil nur kurz berührt oder auch gänzlich übergangen. — Dieses Hauptabsehen bestimmte zugleich die Wahl der Form, in die er seine Gedanken einkleidete.

Von neuem wagt er es, seine Richter auf die von ihm unternommene Begründung des Eigenthums, die mit seiner Theorie der Staatswirthschaft auf das innigste zusammenhängt, aufmerksam zu machen.

Wer die aufgestellten Grundsätze nicht aus der Acht läßt, der wird ihm, was die politi-

sche Oekonomie betrifft, nicht nachsagen, daß er auf gutes Glück ein Utopien schildere. — Ideale erheben den Geist; Ideale gewähren wenigstens — ohne Entheiligung sey es gesagt — ein unschuldiges Vergnügen; Ideale sind nothwendig, wenn anders das Gute und Bessere auch auf unsrem Planeten einheimisch werden kann, was denn doch nach dem Zeugnisse der Geschichte und unsrer Herzen geschieht und geschehen soll.

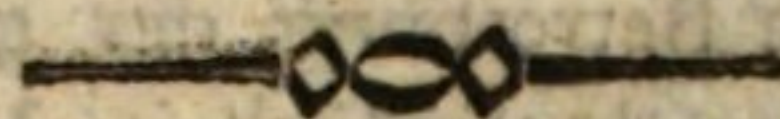
Für die einzelnen Mängel und Unvollkommenheiten mag die Tendenz des Ganzen ein gutes Wort einlegen.

Zur Ostermesse, 1805.

Inhaltsanzeige.

1. Brief. Veranlassung. Vorläufige Uebersicht des Ganzen.
2. - Was im Allgemeinen unter Glückseligkeit zu verstehen sey.
3. Brief. Die Glückseligkeit kann nicht Begründerinn der Moral seyn.
4. Brief. Die Vernunft ist praktisch.
5. - Das formale Gesetz der praktischen Vernunft geht in das materiale Gebot der gegenseitigen negativen und positiven Beförderung der Glückseligkeit über.
6. Brief. Die praktische Vernunft gebietet, daß die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit durch eine äußere Gewalt, den Staat, erzwungen werde. Das Mittel des Zwanges ist die Strafe, die den psychologischen Zwang erzeugt.
7. Brief. Das praktische Vernunftgesetz ist Tugend- und Rechtsgesetz zugleich; es gebietet, als letzteres, die Erzwingung einer allgemeingültigen Handlungsweise d. i. der gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit nach der Regel der Allgemeingültigkeit. Rechte. Allgemeine Ansicht derselben.
8. Brief. Die Rechte der Persönlichkeit und der eigenthümlichen Sphäre. Die Sicherung derselben hat die gegenseitige negative Beförderung der Glückseligkeit zur Folge. Ureigenthum.
9. Brief. Die Sicherung des Rechts der Verstärkung der subjektiven Kraft durch die Kräfte Anderer vermittelt Verträge ist schon eine Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit. Vereinigungs- Amts- und Ehevertrag. Was ist veräußerlich? — Dienstverträge.

10. Brief. Unmittelbar wird die gegenseitige positive Beförderung der Glückseligkeit durch die Sicherung der Rechte auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Stärke und Schwäche d. i. durch die Führung einer vernunftmäßigen *Staatswirthschaft* betrieben. Der Staat muß die Zwecke und Kräfte der Individuen kennen, die nöthige Arbeit berechnen und vertheilen und Dienste und Arbeitsprodukte einem jeden nach Gebühr zumessen. Oeffentliche Erziehung. Amt.
11. Brief. Die Erlangung der Kenntniss der Bedürfnisse (Zwecke) der Individuen hängt von der Verfassung des gemeinen Wesens ab. Kann das wohlverstandene persönliche Interesse die Rechtslehre und Politik begründen? Gesetzgeber. Verschiedenheit der Zwecke. Bürgerklassen.
12. Brief. Wie mißt der Staat auf eine allgemeingültige Weise Dienste und Arbeitsprodukte Anderer einem jeden zu? Sold. Proportion zwischen dem Arbeitswerthe und dem Maasse der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit. Bestimmung der Preise und des kleinsten Maasses jener Glückseligkeit. Rechtliche Würdigkeit. Dienende Personen. Befriedigung der Bedürfnisse der Jugend, der Kranken und Alten. Aufopferungen.
13. Brief. Materie des Ureigenthums Erbvertrag. Testament. Kommt das Recht der Beerbung dem gemeinen Wesen zu?
14. Brief. Uebersicht der ursprünglichen Rechte. Nur bei der vollständigen Sicherung derselben kann der Mensch seine Bestimmung erreichen. Die vollständige Sicherung der Rechte hat eine moralische Ordnung und die gegenseitige negative und positive Beförderung der Glückseligkeit zur Folge. Völkerrecht.
15. Brief. Das Weib in rechtlicher und politischer Hinsicht.



Erster Brief.

Nie werde ich, meine Hochverehrte, der glücklichen Stunden vergessen, die mich ein günstiges Geschick auf Ihrem anmuthigen Landsitze verleben liefs. Ich bin, seitdem ich nach Hause kam, noch nie zu Hause gewesen. Sie haben mich in Ihrem Feenlande festgehalten. Ohne Sinn für den steinernen Ameisenhaufen, in dem ich lebe, taub für die geräuschvollen Gassen, blind für die tyrannischen Mauern und Wälle, existire ich nur bei Ihnen; dort athme ich, dort strömt höhere Wonne das Licht, des Weltalls frohe Seele, in die meinige. Ohne Unterlaß tanzt Ihre reizende Gegend vor den trunkenen Blicken meiner Einbildungskraft. Ich ergetze mich an dem Wechsel von Berg und Thal, von Kultur und Wildniss, von lachenden Fluren und schrecklichen Felsenmassen. Hier weilt das Auge auf Teichen, Wiesen und Hügeln, die sich sanft erheben und die der Teppich bunter Aecker schmückt; dort stößt es an einen schroffen Felsenberg, dringt forschend in das Dun-

kel der Eichen-Buchen- und Tannenwälder und erblickt in weiter Ferne den Horizont von beschneieten Bergen begrenzt. — Man soll das Unmögliche nicht mit thörichten Wünschen verfolgen; ich gestehe aber, daß ich mich des Wunsches, stets bei Ihnen zu leben, nicht erwehren kann; ich lebe ganz in diesem Wunsche, ich bin, wenn ich so sagen darf, nichts als dieser Wunsch. Gerührter und liebender, als irgendwo, redete ich in Ihrem herrlichen Tempe die Natur oft mit den bekannten Worten an: „O, wie wohl ist mir bei dir!“ — Ich grüsse dich, reinliches Birkenwäldchen, dich, Rasenbank am spiegelhellen See, dich, sanftmelancholischen Wasserfall und vor allen andern anmuthsvollen Plätzen dich, alte, ernste Eiche, in deren Schatten ich eine der schönsten Ausichten in ferne Gegenden und ferne Zeiten genoß. Unter diesem deutschen Baume nahmen Sie sich des angegriffenen deutschen Charakters an, Sie erhoben die deutsche Gründlichkeit und zogen mit kühner Hand den Vorhang auf, der das künftige Schicksal unsrer Nation verhüllt. — Statten Sie alle diese Grüsse gewissenhaft ab, das heisst, gedenken Sie des Grüssenden, so oft Sie diesen Plätzen Ihren Besuch gönnen. Denn eine Gunst ist diesen Plätzen Ihr Besuch und der ganzen Gegend Ihre schönere Gegenwart. Lassen Sie sich durch nichts aus Ihrem anmuthigen Wohnsitze reißen! Wie würde die verlassene Landschaft trauern; und käme ich je zur Eiche, zum Birkenwäldchen, zum Felsenberge, ohne den wunderbaren Einfluß Ihrer Gegenwart zu fühlen, würde ich die Landschaft noch so reizend finden? — Beneidenswerth ist das Loos, das Ihnen fiel! „Lebe wohl, Wohnplatz der Ruhe, Wohnplatz der sanftesten Freu-

den!“ Dies waren meine Abschiedsworte an Ihr Landgut, als ich es beim Hinwegreisen zum letzten Male aus der Ferne erblickte. Ach, vielleicht sehe ich es nie wieder! — Wenn man mich fragen wird, wo die Glückseligkeit auf Erden ihre Heimath hat, so werde ich den müden Kundschaftern sagen, daß sie zu Ihnen reisen sollen; wenn man forschen wird, wo Tugend und Neigung als Schwestern leben und wo die Wissenschaften auch um ihrer selbst willen getrieben werden, so will ich den Wohnsitz meiner Freundinnen nennen. Doch fürchten Sie nicht, daß Pilgerschwärme Sie Ihrer Muse berauben werden. Pilger dieser Art sind selten und wie könnte man bei einem Unbekannten Auskunft suchen wollen? Fahren Sie fort, glücklich und ungestört im Kreise der vortreflichen Menschen zu leben, die Sie um sich her versammelt und zum Theil gebildet haben. Kein Neugieriger dränge sich zu Ihnen! Nie werde ich der unwürdigen Welt Ihren Namen und Ihren Aufenthalt verrathen.

Ich fange mit gegenwärtigem Schreiben an, mich des Auftrags zu entledigen, dessen Sie mich gewürdigt haben. Erinnern Sie sich noch der Zeit und des Ortes, wo mir dieser Auftrag wurde? Es war der grüne, freie Platz, der sich gegen Westen neigt und ringsherum von einer Lindenallee umgeben ist. In seiner Mitte, von Osten gegen Westen, scherzt in Schlangenlinien ein kleiner Bach, an dessen Tümpeln sich zartes Erlengesträuch ergetzt. Die Sonne senkte sich. Hier waren Sie und ich und Ihre würdigen Freunde. Wir sprachen von der hohen Bestimmung des Menschen, von der Unzulänglichkeit der Tugend in Beziehung auf die vollkommene Errei-

chung dieser Bestimmung, von der Göttlichkeit des Rechts und dem Zwecke des Staates.

Schönheit, Witz und Tugend sind an einem Weibe reizende, gefährliche und ehrenwerthe Eigenschaften; gesellt sich noch die philosophische Denkart zu ihnen, wer kann dann Widerstand leisten? Die Erklärung — erschrecken Sie immer ein wenig! — zu der es, wie Sie sehen, kommt, macht Ihnen geziemend die Bewunderung und Freude kund, mit der ich sah, wie Sie sich für die abstraktesten Dinge, wenn sie nur Bezug auf das Wohl der Menschheit haben, nicht nur interessiren, sondern auch die richtigsten und treffendsten Gedanken darüber äußern, zum Beweise, daß diese Gegenstände nicht zum ersten Male Ihr Nachdenken beschäftigten.

Sie hatten die Güte, mich mit Aufmerksamkeit anzuhören und mir Zeit zu lassen, die Gründe für meine Behauptungen aus einander zu setzen, und ungeachtet es zu einer offenen Feldschlacht kam, in welcher Sätze angegriffen, verwundet und niedergemacht wurden, so drängten sich doch die Leidenschaften nicht mit ins Handgemenge. Daher kam es, daß ich in Reihe und Glied stehen blieb. Denn alle gelehrten Streite, so wie sie gewöhnlich geführt werden, die mündlichen wie die schriftlichen, sind mir verhasst und stoßen mich zurück. Man gibt vor, daß man für die gute Sache kämpfe und kämpft doch einzig und allein des Ruhmes halber; und welch ein Ruhm, nach dem man strebt! Der Ruhm eines Sophisten, eines trügerischen Gauklers, eines Kämpfers, der durch Gewandtheit und Hinterlist einen augen-

blicklichen Sieg zu erringen weifs. Man schämt sich, dem Gegner Recht zu geben, weil man sich mehr für eine eitle Ehre, als für die Wahrheit interessirt. Die Liebe zum theuern Selbst, nicht die Liebe zur Wahrheit belebt die Streitenden. — Im Eifer für die gute Sache seine Zuflucht zu unerlaubten Waffen nehmen, heisst, einen edeln Zweck durch unedle Mittel erreichen wollen.

Auf eine solche Art, wie Sie mit ihren Freunden gegen mich und mit mir gegen Ihre Freunde stritten, wird es mich nie gereuen gestritten zu haben. Ein solcher Streit klärt auf, berichtigt, gibt neue Aufschlüsse und Ansichten und flöfst gegen fremde Kräfte und Kenntnisse Achtung und gegen die eignen ein weises Mißtrauen ein. Ruhig wurden in unsrem trauten Kreise Gründe und Gegengründe angehört und entweder bescheiden widerlegt, oder bereitwillig angenommen. Die Glückseligkeit war es insbesondere, die uns entzweite. Sie nahmen sich ihrer mit Wärme an, nannten sie den Zweck der Menschheit und das Prinzip, das unser Wirken bestimme und bestimmen solle. Die Vertheidiger derselben machen, wie Sie sagten, die gedrückte Kirche aus. Ich brachte Sie mit Hülfe des von Ihnen so betitelten strengen Herrn dahin, daß Sie sich zwar nicht ergaben, aber doch zurückzogen. Nie sah ich einen ehrenvollern Rückzug. Doch muß denn stets auf der Seite, auf die sich der Sieg zu neigen schien, die schmetternde Trompete der Prahlerei ertönen? Der Streit wurde nicht durch Uebermacht, sondern weit mehr durch eine Uebereinkunft geendigt. In mehr als einer Hinsicht trafen unsre Meinungen zusammen.

Sie trugen mir auf, Ihnen meine Behauptungen in Beziehung auf die verhandelten Gegenstände schriftlich zu wiederholen und ausführlich mit Gründen zu unterstützen. Dies werde ich nun in einer Reihe von Briefen in Stunden der Muße mit Freuden thun. Erlauben Sie, daß ich Ihnen eine Uebersicht dessen gebe, was Sie zu erwarten haben.

Die Bestimmung einer Sache erkennt man aus ihrer Brauchbarkeit, die Bestimmung des Menschen, als eines freien, vernünftigen Wesens, aus seinen Kräften und Fähigkeiten. Die Bestimmung des Menschen besteht in einer pflicht- und rechtsgemäßen Wirksamkeit und in der vorhergehenden zweckmäßigen Ausbildung seiner Kräfte. Der Zufall, die Sicherlosigkeit der Rechte, der eigne und fremde böse Wille verhindern den Menschen, seine Bestimmung zu erreichen.

Noch tobt das Chaos, aus welchem in Herrlichkeit die Menschheit hervorgehen soll; noch kann die Kraft, die Ordnung schaffen soll, die wilden Elemente nicht bändigen. Die oberste Kraft, die Ordnung schaffen kann und wird, ist die praktische Vernunft. Mit der Selbstliebe im Bunde beginnt sie ihr großes Werk; sie wird es erhalten und fortwährend vervollkommen. Durch den Bund, den die Vernunft mit der Selbstliebe schließt, wird die Willkühr, die nur durch diese oder jene zum Wirken und Nichtwirken bestimmt werden kann, gefesselt und damit das Heil der Menschheit gesichert; denn die Willkühr ist das böse Prinzip, das, ungebunden, die Unordnung unterhält.

Es soll eine moralische Ordnung herrschen. Jedes einzelne vernünftige Wesen soll seine Kräfte ausbilden, einen seinen ausgebildeten Kräften angemessenen Wirkungskreis haben und in demselben seine Zwecke erreichen und seine Pflichten erfüllen. Die Tugend soll geehrt und befördert, aber es soll auf dieselbe nicht gerechnet werden. Der gute Wille, der seyn und nicht seyn kann, ist etwas Zufälliges; das Zufällige kann das, was gewiss und bleibend seyn soll, nicht begründen: durch den guten Willen an und für sich kommt die moralische Ordnung nie zu Stande.

Die praktische Vernunft, die einen anhaltend guten Willen fordert, strebt im Namen der guten Willen der Einzelnen unablässig, unumschränkt und unwiderstehlich, gleich einem obersten Naturgesetze, zu wirken. Die gute That soll auch ohne den guten Willen der Einzelnen durch diese verrichtet werden. Dies geschieht vermitteltst des Staates, der in Ermangelung des guten Willens zwingt. Der Staat betreibt die Ausbildung der Kräfte und weist die gebührenden Wirkungskreise an; durch ihn ist die gute That gewiss.

In einer moralischen Ordnung fallen die äußern Hindernisse hinweg, die außer derselben dem Menschen die Erreichung seiner Bestimmung erschweren und unmöglich machen. Da kennt man des Glückes Launen nicht; an der Stelle des Zufalls herrscht die moralische Nothwendigkeit, die durch den unwiderstehlichen Zwang, dessen Gewalt aus der Selbstliebe hervorgeht, in eine physische Nothwendigkeit, in

das Streben und Treiben eines Naturgesetzes verwandelt ist. Die Rechte sind gesichert, der böse Wille kann nicht in Thaten übergehen, keiner wird durch den bösen Willen eines Andern verhindert, das Ziel, das dem Menschen gesteckt ist, zu verfolgen.

Der Gegenstand der Thätigkeit freier, vernünftiger Wesen muß unendlich seyn. Das Ziel der Menschheit ist in keiner Zeit vollkommen erreichbar. Wir erhalten von der praktischen Vernunft eine Aufgabe, die nur durch Annäherung gelöst werden kann. Es ist schimpflich, auf der Stufe, auf die wir zufällig gekommen sind, bleiben zu wollen; es ist Pflichtvergessenheit und Vernunftlästerung, bloß das Wirkliche festzuhalten und das Ideale, was zum Vorbilde dienen und nach und nach verwirklicht werden soll, zu verachten und mit Spott zu verfolgen. Wir sollen nicht stillstehen und abwärts sehen, sondern steigen und unsre Blicke erheben. Mögen die Bösen toben und die Thoren lachen; sie können das Fortschreiten der Menschheit hemmen, aber nicht aufhalten. Mit unwiderstehlicher Macht werden Vernunft und Selbstliebe im Bunde die Wünsche des Weisen realisiren.

Der Zweck des Staates ist die Sicherung der Rechte und diese besteht in der Erzwingung der That des guten Willens, oder in der *Betreibung der gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit*. Die Glückseligkeit ist nicht der Keim der Sittlichkeit, nicht das Prinzip der moralischen Ordnung, sondern die gegenseitige Beförderung derselben ist Folge der Sittlichkeit und sittlichen Ordnung.

Die Sicherung der bisher allgemein anerkannten Rechte gibt blos eine Betreibung der gegenseitigen leidenden Beförderung der Glückseligkeit. Es gibt verkannte Rechte, auf deren Sicherung die Menschheit harrt und die nur durch die *Betreibung der gegenseitigen thätigen Beförderung der Glückseligkeit* d. i. durch eine *vernunftmäßige politische Haushaltung* gesichert werden können. In der Betreibung der gegenseitigen negativen und positiven Beförderung der Glückseligkeit besteht der Schutz, den der Staat den Rechten angedeihen lassen soll.

Die moralische Ordnung ist nur vermittelt eines Zwanges möglich; in der moralischen Ordnung herrscht vermittelt eines Zwanges die praktische Vernunft; die erzwungene Befolgung des Willens der praktischen Vernunft ist das Recht: *die moralische Ordnung ist die Herrschaft des Rechts*. Dem Rechte gebührt die erste Stelle; die bescheidene Tugend nimmt die zweite ein.

Die Menschen sind frei, wenn sie sich selbst und das, was außer ihnen ist, beherrschen. Physik und Mathematik lehren die Natur beherrschen; die Philosophie und insbesondere die Rechtslehre zeigt, wie der Mensch zu beherrschen ist. Aus der Möglichkeit der Sicherung der Rechte geht die Art der Beherrschung ohne Schwierigkeit hervor. Man versteht das Recht nicht, aber man behauptet, daß man sich auf das Herrschen verstehe.

Ich erhebe die Rechtslehre über alle andere Wissenschaften, die sich mit den Angelegenheiten dieser

Welt beschäftigen; denn ihr Zweck ist die Sicherung des Heils der Menschheit. Ein Kompendium über diese Wissenschaft ist jedoch noch nicht vorhanden. Die Tugend will Allen wohl, ist aber nicht mächtig und kann nicht Allen helfen; das Recht will Allen wohl und hilft Allen mit allgewaltiger Macht. Die Tugend hängt von dem freien Willen ab und hat insofern keinen festen Grund; das Recht ist von dieser Abhängigkeit frei, das Recht ist unerschütterlich und wirkt mit der Gewissheit eines Naturgesetzes. Die gute That ist durch die Tugend zufällig und unsicher, durch das Recht aber nothwendig und gewiss.

Wenn man blos auf die Möglichkeit und die Art der Realisirung dessen sieht, was äußerer Zweck des praktischen Vernunftgesetzes ist; so kommt man in die Versuchung, das Recht auf Kosten der Tugend zu erheben und letztere, zwar nicht, was der gesunde Verstand und der moralische Sinn verhüten, als Würdegeberinn, aber doch als Vermittlerin zu verachten. Diese tadelhafte Gemüthsstimmung kann jedoch von keiner langen Dauer seyn; denn es erfordert wenig Nachdenken, um einzusehen, daß die Einführung und Gründung der Herrschaft des Rechts grofsentheils der Tugend zu verdanken seyn wird. Zwar bewirkt die Noth, die drängt und treibt, mit physischer Nothwendigkeit die Gründung der Rechtsherrschaft; aber wie unvollkommen ist ihr Werk und wie langsam durch sie die Vervollkommnung desselben! Wenn die Tugend der Selbstliebe, die der Noth zu steuern sucht, nicht zu Hülfe kommt; so wird es um die Versuche, das Recht zu gründen und die Herrschaft desselben zu vervollkommen, in allen Zeiten sehr mislich ste-

hen, Gesetzt auch, daß die von der Noth getriebene Klugheit im Stande sey, von Zeit zu Zeit die Gewalt des Rechts zu erweitern und fester zu gründen; so wird doch die Nothwendigkeit der Vervollkommnung der Rechtsgewalt nicht aufhören, zum Beweise, daß die gute That, die allgemeine Glückseligkeit hervorbringt, nie vollständig erzwungen werden kann. Die Einführung der Rechtsgewalt oder die vollständige Erzwingung der guten That ist eine *unendliche Aufgabe*, die nur durch Annäherung gelöst werden kann. Die Tugend soll das Recht gründen helfen und da fortwährend wirken, wohin die Gewalt des so eben herrschenden Rechts nicht reicht. Die Tugend ist in Ansehung der Gewissheit der Verrichtung der guten That nicht überflüssig, sondern nur, wie das Recht selbst, wenn auch nicht in der Theorie, so doch in der möglichen Praxis, unzureichend. Wenn Recht und Tugend Hand in Hand gehen werden, dann wird das Beiwort leidend der Menschheit nicht mehr zukommen.

So sehr auch bei der allmählig einföhrbaren Herrschaft des Rechts die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit noch immer von der Tugend abhängt und so groß daher der äußere Werth der Tugend außer ihrem innern ist; so darf doch in wissenschaftlicher Hinsicht, der Theorie wegen, wenn vom Rechte und dessen Sicherung, die der Aufgabe zufolge in der vollständigen und gewissen Betreibung der gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit besteht, die Rede ist, der Tugend, als einer Beschützerinn der Rechte, als einer Vermittlerin der Glückseligkeit, als eines Beistandes der Rechtsgewalt durchaus nicht ge-

dacht werden. Das Recht schützt sich selbst, ist allgewaltig und wehrt das Unglück des Mangels und der Ungewissheit der Tugend von der Menschheit ab. Es fördert im Namen des guten Willens der Einzelnen, der seyn soll und seyn und nicht seyn kann, mit der Gewissheit eines Naturgesetzes die That des guten Willens zu Tage, woraus gegenseitige Beglückung hervorgeht.

Nur unter der Herrschaft des Rechts kann der Mensch seine Bestimmung erreichen. Die Bestimmung des Menschen ist nicht die Bestimmung eines isolirten Wesens. Der Mensch soll mit Menschen im engsten Bunde stehen. Im *gemeinen Wesen*, das die *einzelnen* vernünftigen Wesen zur Realisirung des äußern Objekts der praktischen Vernunft oder zum Behuf der Herrschaft des Rechts bilden sollen, werden die Kräfte der Einzelnen geweckt und ausgebildet und ein jeder wirkt in seinen Kräften angemessenen Kreisen. *Alle sind für jeden Einzelnen und jeder Einzelne ist für Alle thätig* und das Resultat dieser geordneten Thätigkeit ist Glückseligkeit.

Was nur angedeutet wird, kann nicht deutlich seyn. Ich würde mich nicht wundern, wenn Sie die zweite Hälfte meines Schreibens dunkel nannten. Sie verurtheilen mich gewiss nicht vor der Zeit, sondern erwarten, daß meine künftigen Briefe bestimmt sind, die angedeuteten Wahrheiten in ein helles Licht zu setzen.



Zweiter Brief.

Nicht selten ist die Geberde eine Heuchlerinn, die Maximen, die Andern empfohlen werden, sind nicht selten von denen, nach welchen gehandelt wird, himmelweit verschieden und der freudige Enthusiasm, mit dem ein Gut gepriesen wird, hat oft nur die schmerzhafteste Entbehrung desselben zur Quelle.

Ich werde, meine Hochverehrte, in allen meinen Briefen der Glückseligkeit das Wort reden, ich werde sie als die mütterlich gesinnte Göttinn preisen, deren Obhut das menschliche Geschlecht empfohlen ist. Mein Geschäft wird seyn, zu zeigen, wie ihr Dienst beschaffen seyn muß und durch welche Thaten und Anstalten man sich der Gaben ihrer Güte würdig macht. Auf dem Gemählde, das ich liefern werde, wird die Göttinn, ich gestehe es, in einer etwas fremden Gestalt erscheinen. Antlitz, Stellung und Kleidung werden Ihnen auffallen, Anfangs vielleicht sogar mißfallen. Tadeln Sie an meiner Arbeit, was Sie wollen, — ich werde Ihren Tadel verdienen; nur lassen Sie meine Idee unangefochten. Sie wird, ich stehe dafür, am Ende Ihren Beifall erhalten.

Ich kenne die Glückseligkeit aus den Gaben aller Art, die sie aus ihrem Füllhorn auf meine Freundinn streut, ich umfasse ihr übersinnliches Wesen in der Freundschaft, deren Sie mich würdigen. Diese Freundschaft wiegt jede Gunst auf, die erbeten oder

unerbeten mir ferner von der Göttinn kommen kann. — Wer wird mich nicht glücklich nennen, indem ich mich mit der Vortreflichsten ihres Geschlechts über die Glückseligkeit unterhalte?

Vor allen Dingen müssen wir uns nun ganz prosaisch über die Bedeutung des Wortes *Glückseligkeit* verständigen. Sie sehen selbst, daß es seiner Zusammensetzung nach eine Fülle, eine an einander hängende Kette von Glück anzeigt. Glück nennen wir aber das Gelingen unsrer Unternehmungen und jedes Ereigniß, das unsre Wohlfahrt gründet und befördert, ohne daß wir es selbstthätig herbeizuführen suchten. Diesem Begriffe, den wir mit dem Worte Glück verbinden, liegt ein andrer zum Grunde, für welchen wir dasselbe Zeichen haben. Glück bedeutet nämlich auch die Leitung dessen, was geschieht, insofern keines verständigen und gütigen Leiters, nicht einmal des Schicksals, als einer ewigen unabänderlichen Verknüpfung der Ursachen und Wirkungen, gedacht und doch auch zugleich bemerklich gemacht werden soll, daß gewisse Ereignisse nicht aus der Sphäre der subjektiven menschlichen Wirksamkeit hervortreten. In diesem Sinne spricht man von Günstlingen des Glücks und von Leuten, denen das Glück feind ist. Ich würde mich an Ihrem Scharfsinne versündigen, wenn ich Ihnen die geistige Armuth dieses Begriffs aus einander setzen wollte. Was ist denn eine Leitung ohne einen Leiter? Warum spricht man von einem blinden Ungefähr, wenn man an eine ewige Weisheit glaubt und warum heuchelt man Ohnmacht, wenn man nicht leugnen kann, daß der mit Vernunft und Freiheit begabte Mensch zum Herrschen bestimmt

ist? — Sie kennen meine Antipathie gegen das Glück und werden sich daher nicht wundern, wenn ich jede Gelegenheit, die sich in meinen Briefen darbietet, ergreife, dem Glücke Hohn zu sprechen. — Ich kehre zum Worte Glückseligkeit zurück. Ist es nicht zu bedauern, daß es eine so schlechte Abkunft hat? Warum bedienen wir uns statt seiner nicht des Wortes *Wohlfahrt*? Wir setzen unsre Wohlfahrt in das anhaltende Gelingen unsrer Unternehmungen und in das Eintreten erwünschter und willkommener Ereignisse und dies und nichts anderes ist es, was wir durch das Wort *Glückseligkeit* ausdrücken. Doch gegen Wörter wollen wir nicht zu Felde ziehen.

Was ist es denn, was den Menschen treibt, sich bestimmten Unternehmungen zu unterziehen? Warum setzt er Zwecke und ruht nicht eher, bis er sie erreicht hat? — Es ist das Unglück, ein Mißbehagen, ein Leiden. Wer nicht leidet, wer kein Mißbehagen fühlt, wen nicht einmal die Furcht anwandelt, der Glückseligkeit, in deren Besitze er ist, verlustig zu gehen, der wird das Leben eines Baumes führen, der sich thatenlos dem Spiele seiner Organisation, der Sorgfalt des nährenden Bodens, den wohlthätigen Einflüssen eines günstigen Klim'as und den Schmeicheleien der Westwinde hingibt.

Das Mißbehagen aber, wie wir im Allgemeinen die Triebfeder nennen wollen, die die Thätigkeit des Menschen spannt, hat, wie Sie selbst bemerken werden, mehr als einen Quell. Das, was den Künstler treibt, seine Gefühle mitzutheilen und das Gebilde seiner Einbildungskraft sinnlich darzustellen und ihm

nicht eher Ruhe vergönnt, als bis er seinen Zweck erreicht, ist verschieden von der unbehaglichen Unwissenheit, der Wilsbegierde, die den Wahrheitsforscher drängt und nöthiget, das Gebiet seines Wissens zu erweitern und in der Erlangung und Auffindung neuer Kenntnisse und Wahrheiten Ruhe und Trost zu suchen. Welch ein Unterschied zwischen dem, was den edeln Mann beunruhiget und ihn nicht eher zufrieden werden läßt, als bis er seine Pflichten erfüllt und das Gute, das er thun will und kann, wirklich gethan hat, und der Ursache des Mißbehagens, das den Hungrigen treibt, Speise zu suchen, den Handwerksmann, sich Kunden zu verschaffen, den Kaufmann zu spekuliren, den Wucherer, sein Geld gegen hohe Zinsen auszuleihen!

So oft der Mensch sich zur Thätigkeit anschickt, so oft wird er in einem höhern oder niedrigern Grade von einem Mißbehagen getrieben, davon er sich befreien und dagegen des Vergnügens theilhaft werden will, das ihm aus der Ferne in der Erreichung seines Zwecks entgegen lacht. — Hier haben Sie eine Beschreibung des Gefühlszustandes, in welchem wir sagen, daß wir etwas bedürfen. Wenn wir beunruhiget sind, wenn wir heftig etwas wünschen, wenn wir überhaupt ein Mißbehagen fühlen, so forschen und trachten wir nach dem Mittel, das uns davon befreien soll. Aus der Pein, die wir fühlen, aus der Sehnsucht nach dem Mittel, von dem wir unsre Erlösung erwarten, und aus dem Vorgefühle des Wohlbehagens, das uns erquicken soll, entsteht die gebieterische Forderung, daß jenes Mittel in unsern Besitz, in den Kreis unsres Genusses gezogen werde. Diese

aus unsrem Gefühle hervorgehende Forderung ist es, was wir *Bedürfnis*s nennen.

Sie sehen, daß ich das Wort Bedürfnis in der weitesten Bedeutung gebrauchen will. Ich fürchte nicht, daß Sie mich deshalb tadeln werden. Fragen Sie sich selbst, meine Hochverehrte, ob es Ihnen blos Bedürfnis ist, sich gegen Frost und Hitze zu schützen, nach der Ermüdung zu ruhen und im Vorbeigehen der Mode Ihre Aufmerksamkeit zu schenken? ob es Ihnen weniger, oder ob es Ihnen überhaupt nicht Bedürfnis ist, Ihre Talente immer weiter auszubilden, immer tiefer in das Gebiet der Wahrheit zu dringen, sich im Anschauen des Schönen zu ergetzen und in Ihrem Wirkungskreise das Gute zu üben? Ich bin überzeugt, daß Ihre Antworten zu meinem Vortheile ausfallen müssen.

Unter Bedürfnis ist überhaupt die Unlust zu verstehen, die die Kraft des Menschen zu einer bestimmten Thätigkeit spornt, durch deren Gegenstand jene Unlust aufgehoben und an ihre Stelle ein Gefühl der Lust gesetzt werden soll. Das Kunstgenie ist berauscht von der Schönheit des Gebildes seiner Einbildungskraft und von den himmlischen Gefühlen seiner harmoniereichen Seele. Es fühlt das Bedürfnis der Mittheilung und Darstellung und so kommt ein Kunstwerk zu Stande. Wer wird es leugnen wollen, daß es einem Shakespear Bedürfnis war, seine Charaktere darzustellen; einem Newton, die Gesetze der Natur zu erforschen; einem Lavoisier, Experimente zu machen und die Resultate derselben der Welt mitzutheilen; einem Leibnitz und Kant, die Wahrheit zu suchen? — Wem die Erfüllung der Pflichten, die Mo-

ral und Religion dem Menschen auferlegen, nicht Bedürfnis ist, der wird sich wohl das Geständnis ablegen müssen, daß er noch keine bedeutenden Fortschritte auf der Bahn der moralischen Vervollkommenung gemacht hat.

Ich hoffe, daß ich mir durch das Gesagte unausbleiblich die Erlaubnis werde ausgewirkt haben, das Wort *Bedürfnis* nicht bloß von den Begehrenissen der Sinnlichkeit; sondern auch von den Forderungen unsrer geistigen Natur gebrauchen zu dürfen. Meine gegenwärtige Absicht fordert es keinesweges, weitläufiger über den verschiedenen Ursprung der Bedürfnisse zu sprechen, auch halte ich mich nicht bei dem Unterschiede zwischen natürlichen und erkünstelten Bedürfnissen auf. Genug, jede Strebung des Willens, er sey nun durch die Vernunft, oder die Sinnlichkeit zum Wollen bestimmt, kündigt sich durch ein Bedürfnis, durch eine Empfindung an, die aus dem Gefühle der Unlust und dem Begehren dessen, was Lust verspricht, zusammengesetzt ist. Das einzige erlauben Sie mir noch zu bemerken, daß ich das Wort *Lust* gleichfalls in der weitesten Bedeutung nehme. Ich verstehe darunter eben sowohl die Freuden, welche die Schönheit, die Wahrheit und Tugend gewähren, als die angenehmen Gefühle, die das körperliche Wohlseyn begleiten.

Sie werden mich nicht fragen, wohin ich Sie führen will; Sie haben längst geahnet, daß ich die *Glückseligkeit* durch die *Befriedigung der Bedürfnisse* erklären will. Mag immerhin die Glückseligkeit der einzelnen Menschen so verschieden seyn, als die Ge-

sichtsbildung derselben; so wird doch ein jeder, der das Wort Bedürfnis in der angegebenen allgemeinen Bedeutung nimmt, seine Glückseligkeit in die Befriedigung seiner Bedürfnisse setzen.

Je fühlbarer und stärker das Bedürfnis ist, desto rüstiger ist die Strebung des Willens, desto kühner der Entschluß, desto unverrückbarer der Zweck, desto unzweifelhafter die Erreichung desselben. Ich bin gewiß, Sie kommen mir zuvor und sagen selbst, noch ehe Sie weiter lesen, daß man die Glückseligkeit auch durch die *Erreichung der gesetzten Zwecke* erklären kann. — Der Mensch soll seiner Bestimmung nach keinesweges bloß leidend genießen, sondern als Sprössling der Gottheit thätig und wirksam seyn; es steht im Buche des Schicksals geschrieben, daß die ganze Summe seiner Lust ein Erzeugnis der Ausbildung und Anwendung seiner Kräfte seyn soll. Ich räume daher ohne weiteres der letztern Erklärung unsres mehrgedachten Begriffs vor der vorher gegebenen den Vorzug ein; denn sie macht auf einen thätigen, jene nur auf einen leidenden Zustand des Menschen aufmerksam und uns selbst und Andere an die Macht unsres Willens, an unsre Freiheit, an unsre Kraft, an unsre Bestimmung zu erinnern, müssen wir nie verabsäumen.

Außer dem Gelingen der Unternehmungen zog ich oben in den Begriff der Glückseligkeit erwünschte und willkommne Ereignisse. Die erwünschten setzen ein Bedürfnis voraus und sind daher ohne Widerrede zu den Erfordernissen der Glückseligkeit zu rechnen; die willkommnen aber, die nur ein schlafendes Be-

dürfnis, das erst beim Eintritte derselben erwacht, voraussetzen, können ausbleiben, ohne dafs die Glückseligkeit gestört wird.

Was es mit diesen Ereignissen für eine Bewandnis hat, ob sie ihrer zufälligen Natur entkleidet und in das rechtmäßige Gebiet der Macht des Erdensohnes gezogen werden können, darüber sowohl, als über die Bedingungen, von welchen, aufser der Geschicklichkeit und Klugheit, das Gelingen der Unternehmungen abhängt und abhängen soll, werden in der Folge dieser schriftlichen Unterhaltung die nöthigen Aufschlüsse nicht mangeln.



D r i t t e r B r i e f .

Wenn die menschlichen Pflichten in ein Lehrgebäude geordnet werden sollen; so ist, wie bei andern wissenschaftlichen Systemen, ein oberster, in sich selbst wahrer Satz erforderlich, von welchem die untergeordneten Sätze und Forderungen ausgehen, wie die Adern vom Herzen, wie die Aeste eines Baumes vom gemeinschaftlichen Stamme. Soll eine *philosophische Sittenlehre* aufgestellt werden, so muß jenes *Prinzip* unmittelbar aus der Vernunft entlehnt werden, weil sonst keine Vernunftmoral, deren Möglichkeit Sie zugeben, zu Stande kommt.

Der strenge Herr hat Sie, nach Ihrem eignen Ausdrücke, eine lange Zeit mit dürren Beweisen ge-

peinigt, ohne Sie zu überzeugen. Sie haben ihm erklärt, daß das von Kant aufgestellte Moralprinzip wohl den Verstand, aber keinesweges das Herz gewinne, daß es wohl höhere Geister, aber nicht Menschen zu leiten tauglich sey. Bei dieser Erklärung haben Sie es nicht bewenden lassen, sondern dem achtungswerthen Manne, gewiß ohne noch bis jetzt selbst darauf aufmerksam geworden zu seyn, auch einen Theil Ihrer Achtung und Freundschaft entzogen. Ich trete kühn als Friedensstifter zwischen ihn und den lebenswürdigen Eudämonisten. Wenn beide Herren den Streit aufgeben und sich verständigen; so werde ich es dahin gebracht haben, daß Sie dem erstern dieselben Rechte auf Ihre Achtung und Freundschaft wieder einräumen, die Sie dem verehrlichen Glückseligkeitsprediger zugestehen. Bekennen Sie es nur! Die sanftern Sitten des letztern und seine siegende Beredsamkeit haben auf Ihre Ueberzeugung nicht weniger gewirkt, als Ihr eignes Urtheil und das Wohlwollen Ihres menschenfreundlichen Herzens, das durch den Zauber, der dem Worte Glückseligkeit zu Gebote steht, sich gefangen nehmen läßt.

Sie behaupten, daß die Glückseligkeit das Prinzip der Moral sey und setzen hinzu: die *wahre Glückseligkeit*. Wenn es eine wahre Glückseligkeit gibt; so muß es mehrere Glückseligkeiten geben, die nothwendig unter einander etwas Gemeinschaftliches haben. Tadeln Sie mich daher nicht, daß ich in meinem vorigen Schreiben bei der Erklärung des Begriffs der Glückseligkeit mich bloß an das Allgemeine gehalten, bloß der Form, aber keinesweges des Inhaltes gedacht habe. Bei der Erklärung der wahren Glück-

seligkeit kommt alles auf den Inhalt an. Worin besteht denn nun diese gepriesene, schon hier auf Erden mögliche Seligkeit der Sterblichen? Ich denke mich in Ihren Geist und erkläre, meinem einmal gewählten Ausdrücke treu, die wahre Glückseligkeit durch die Erreichung solcher Zwecke, die wir theils setzen *dürfen*, theils setzen *sollen* und die mithin allein wahres Wohlseyn, wahre Lust gewähren. Dasselbe drücken folgende Worte aus: Die wahre Glückseligkeit besteht in der einzig und allein wahre Lust gewährenden Befriedigung solcher Bedürfnisse, die wir theils hegen dürfen, theils in uns erzeugen sollen. — Die wahre Glückseligkeit ist eine *bestimmte* Glückseligkeit. Was ist es denn, was sie bestimmt? Gibt die Vernunft jene Zwecke, die erreicht werden dürfen und sollen, als höchste Gebieterinn an? Stellt sie eine Form auf, der alle Strebungen des Willens entsprechen sollen? Sie müssen dies leugnen, so lange Sie Ihr Moralprinzip der Vertheidigung für werth halten. Die Vernunft spielt in Ihrem Systeme bloß eine untergeordnete Rolle. Sie kundschaftet bloß die Zwecke, die erreicht, die Handlungen, die verrichtet werden dürfen und sollen, aus, ohne selbst den Werth und die Güte derselben zu bestimmen. Diese Bestimmung schreiben Sie der Empfänglichkeit für die wahre Lust, der Liebe zum Guten, dem Streben nach wahrer Glückseligkeit zu. Sie nennen dies auch die moralische Natur des Menschen. Gestehen Sie es nur, meine Hochverehrte, Sie nehmen einen moralischen Instinkt im Menschen an. Nur durch die Richtung desselben auf gewisse Zwecke und Handlungen wird das Moralischgute überhaupt bestimmt; denn wenn die Vernunft in der Moral nicht unmittelbar ge-

setzgebend ist, so sehe ich nicht ab, an welchen andern Führer zur Erkenntniß des Guten man sich wenden soll. Ich gebe gern zu, daß in Ihrem Moralsysteme alle dem Menschen obliegende Pflichten *dargestellt* werden können, auch weiß ich sehr wohl, daß man als Eudämonist tugendhaft seyn kann; aber das leugne ich, daß Ihr System, das auf keinem unmittelbar aus der Vernunft geschöpften Grundsatz ruht, ein philosophisches sey. Bedürfen Sie zur Bezeichnung desselben eines griechischen Ausdrucks; so empfehle ich Ihnen das Wort *pathologisch*. Dies würde anzeigen, daß Ihr System auf Gefühlen beruht, als da sind: die Empfänglichkeit für die wahre Lust, die Liebe zum Guten, das Gewissen. — Aber *Urtheile*, höre ich Sie sagen, sind Begleiter dieser Gefühle. — Allerdings; aber warum setzen Sie diese Urtheile den Gefühlen nach? Warum schenken Sie ihnen keine größere Aufmerksamkeit? Diese Urtheile stehen, wenn ich so sagen darf, als hohe Reichsbeamte, vermittelnd und einladend am Throne der gesetzgebenden Vernunft.

Woher es kommt, daß die Begriffe Tugend, Pflicht, Zurechnung u. s. w. Sie nicht schon längst in Ihrem Glauben irre gemacht haben, ist mir, ich gestehe es freimüthig, ein Räthsel. Im Begriffe der Pflicht liegt die Vorstellung von einer Nöthigung, von einem Zwange, unter den sich die Neigung beugen soll. Wenn ich mich aus Liebe zur wahren Glückseligkeit guter Handlungen befleißige; so gehe ich meinem wahren Vortheile nach, so strebe ich nach der wahren Lust: ich handle aus *Neigung*, keinesweges aus *Pflicht*. Seinen wahren Vortheil zu verfolgen,

kann nie Pflicht seyn; es ist stets Sache der Klugheit. Sie können unmöglich behaupten wollen, was im Geiste des kritischen Moralsystems wohl gesagt werden darf, daß die Pflicht durch Uebung und fortgesetzte Anstrengung des Verpflichteten in Neigung übergegangen sey. Denn was war die Pflicht, nach Ihrem Systeme, ehe sie in Neigung überging, anderes, als eine mit der reizenden Vorstellung von der wahren Lust verbundene Anmahnung der Klugheit, ein schnödes, vorübergehendes, in seinen Folgen schädliches und Ueberdruß erregendes Vergnügen aufzugeben? Hier liegt offenbar der Bewegungsgrund für den Verpflichteten, nach dem, was gut und edel heißt, zu trachten, nicht in der Vernunft selbst, die im Gewande der Klugheit einen guten Rath ertheilt, sondern in der Vorstellung der edlern, reinern und bleibendern Lust. Es ist hier die Rede von der Besiegung einer zur Unzufriedenheit, zum Ueberdruße und zum Verderben führenden Neigung durch eine zur wahren Glückseligkeit geleitenden Neigung, die der Anmahnung der Klugheit zufolge erweckt werden soll. Handle ich nun tugendhaft, wenn ich den guten Rath der Klugheit befolge und jenen Sieg wirklich erringe? Wer das Schlechtere verschmäht und das Bessere erwählt, der ist verständig, aber noch nicht tugendhaft; wer die Folgen seiner Handlungen berechnet und überlegt, welchen Einfluß sie auf seinen gegenwärtigen und künftigen Gefühlszustand haben werden, der befolgt einen Rath der Klugheit, aber nicht einen Befehl der Vernunft. Nur das *pflichtmäßige*, keinesweges aber das *klügliche* Handeln kann dem Menschen als etwas Verdienstliches angerechnet werden. Wer seinen wahren Vortheil nicht versteht, den darf man

wohl thöricht, aber nicht böse nennen. Pflicht ist im Sinne Ihres Systems die in der Anmahnung der Klugheit liegende Nöthigung, den geringen und vorübergehenden Vortheil dem grössern und bleibendern aufzuopfern.

Welch ein unwürdiges Tagewerk in der Glückseligkeitsmoral dem *Gewissen* angewiesen ist, leuchtet dem Unbefangenen sehr bald ein. Sie nennen es auch den innern Richter, den Sachwalter der Tugend, den einigen Vater der Reue und Zufriedenheit. Diese schönen Namen können aber nach Ihrem Systeme nichts weiter anzeigen, als daß das Gewissen den Menschen freundlich bittet, sein wahres Wohl in Acht zu nehmen und ihn hingegen streng züchtigt, wenn er es aus den Augen läßt. Hier haben Sie die größte Aehnlichkeit des Gewissens, als Zufriedenheit, mit der Freude, die der Gescheidte empfindet, wenn ihm ein erlaubtes oder unerlaubtes eigennütziges Unternehmen gelingt, und als Reue, mit dem Aerger, der dem Mißlingen, der Thorheit und Unklugheit nachfolgt. Wie diese Freude und dieser Aerger nur beim Verfolgen der gemeinen, der scheinbaren und nichtigen Glückseligkeit eintreten, so finden die Freude und der Aerger des Gewissens oder die Zufriedenheit und Reue nur beim Trachten nach der wahren Glückseligkeit statt. Sagen Sie nicht, daß ich muthwillig die Ansicht der Sache verrücke und sehr wohl wisse, daß Sie eine richtigere Vorstellung vom Gewissen haben. Sie können unmöglich behaupten wollen, daß das Gewissen uns zum Guten, als dem schlechthin Guten, antreibe und vom Bösen, als dem schlechthin Bösen, zurückhalte, da Sie die gesetzgebende Machtvollkom-

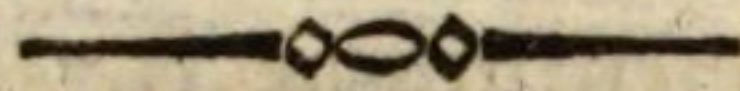
menheit der Vernunft nicht anerkennen und mithin das Gute und Böse, nach Ihrem Systeme, nicht durch eine unmittelbare Bestimmung der Vernunft, sondern die Empfänglichkeit für das daraus für Sie und Andere entspringende wahre Wohl und Leid das Gute und das Böse ist, und das Andern durch sogenannte gute Handlungen verursachte Wohl ist nach der Lehre der Eudämonisten immer nur eine Vermehrung der eigenen wahren Glückseligkeit. Das Gewissen ist demnach das Centrum der Empfänglichkeit für die wahre Lust, der Diener und Kommissar der wahren Glückseligkeit.

Welche Erklärung wollen Sie vom *guten Willen* geben? Ist er ein reiner, wahrer, von der Vernunft bestimmter Wille, oder bloß ein sinnliches Streben, bloß die Liebe zum Guten, als dem Quell der wahren Lust, bloß ein Begehren der wahren Glückseligkeit? Sie müssen folgerichtig das letztere behaupten. Wem also sein wahres Wohl am Herzen liegt, der hat einen guten Willen, der ist tugendhaft, wer hingegen der wahren Glückseligkeit nicht nachjagt, sondern einer andern, die gerade mehr nach seinem Geschmacke ist, der heißt nicht thöricht und unerfahren, sondern lasterhaft und hat einen bösen Willen.

Die Hartnäckigkeit, mit welcher die Eudämonisten das in der Vernunft liegende, von Kant wörtlich ausgedrückte Sittengesetz verwerfen, hat ihren Grund, so sonderbar dies auch scheinen mag, in der Ehrfurcht und Achtung vor diesem Gesetze. Sie werden mir dies nicht zugeben und ohne nähere Auseinandersetzung kann mir die Versicherung, daß ich oft Gele-

genheit hatte, mich von der Wahrheit dessen, was ich behaupte, zu überzeugen, nichts helfen. Hören Sie mich also weiter an. Alle Feinde des strengen Gesetzes die ich kenne, sind Leute, die ihre Pflichten lieben und ihre Glückseligkeit nur nach den guten Handlungen messen, die sie zu verrichten Gelegenheit haben und Gelegenheit zu erhalten suchen. Gleichsam aufgelöst in das Gefühl der Achtung und Liebe für das Edle und Gute, verkennen sie unwillkührlich die praktische Natur der Vernunft, durch die das Gute ist, und suchen den Uranfang der Sittlichkeit in der reinen Lust, die ihre Seele schmeckt. Sie sind die gehorsamsten Söhne des Sittengesetzes, ohne sich vor Lust am Sittlichschönen ihres Gehorsams bewußt zu werden. Gestört durch das, was sie *fühlen*, können sie sich nicht zu dem erheben, was *gedacht* und erwogen werden muß, ohne das Gefühl der Achtung vor den Geboten der Moral, das die Vernunft erwirkt, sowohl von dem Wohlgefallen am Guten, wodurch das Sittengesetz ein Interesse für sich im sinnlichen Menschen gewinnt und durch welches der durch dieses Gesetz schon bestimmte, d. i. der gute Wille stärker und kräftiger gemacht und in ein Begehren verwandelt wird, als auch von der Seligkeit des Tugendhaften, die eine Wirkung des Gehorsams gegen das Vernunftgesetz ist, gehörig zu unterscheiden, lassen sie schwärmerisch ihren Glauben in den niedern Regionen der menschlichen Natur, wo das Gefühl herrscht, entstehen, wachsen und wohnen, verkennen den Primat der Vernunft und verfolgen den *kategorischen Imperativ*, einen Ausdruck, mit dem ihre mächtigen Gegner das in der Vernunft liegende, unbedingt gebietende Sittengesetz bezeichnen, nicht

blos als einen ihnen verhafsten Ausdruck, sondern auch als Satz, als felsenfest stehende, von ihnen verkannte und ihres erhabenen und ernsten Charakters halber gefürchtete Wahrheit, mit Spötteleien und harten Worten. — Dafs Ihnen die Länge meines Perioden Genüge leisten wird, ist wohl keinem Zweifel unterworfen; darf ich dasselbe in einem bessern Sinne auch von dem Beweise sagen, den ich darin für meine obige Behauptung geführt habe? — Diese schränke ich hiermit, um desto sicherer zu gehen, nochmals blos auf die Anhänger und Vertheidiger des Glückseligkeitssystems ein, die ich kenne und bei der Führung meines Beweises allein vor Augen hatte und gebe gern zu, was Andre beweisen mögen, dafs viele aus Anhänglichkeit an das einmal erlernte System aus Furcht vor einem mühsamen Nachdenken und aus Eitelkeit und Trotz das reinere Prinzip der Sittlichkeit verwerfen.



Vierter Brief.

Ich soll erst ausreden, dann wollen Sie ebenfalls sprechen. Sie wollen erst das Ganze sehen, das ich Ihnen in einer Folge von Briefen darzustellen mir vorgenommen habe, ehe Sie mir über einzelne Theile desselben Ihre Meinung mittheilen. Sie wollen auch hier Ihrer Gewohnheit treu bleiben und erst forschen und prüfen, ehe Sie ein Urtheil fällen und eine neue Ueberzeugung annehmen. So sehr dies meinen Beifall hat, meine Hochverehrte; so muß ich Sie doch bitten, mir

folgende Bemerkung zu erlauben. Theile eines Ganzen können wiederum als Ganze für sich betrachtet werden und aus diesem Gesichtspunkte angesehen, lassen sie allerdings ein Urtheil zu, ehe noch der Urtheilende das Ganze, zu dem sie gehören, kennt. Ich suche Sie zu überzeugen. Gelingt mir dies nicht, so liegt der Grund davon vielleicht bloß in der Art, wie ich die Sachen darstelle. Wenn Sie mir Einwendungen machten, wenn Sie mir Ihre Zweifel mittheilten; so würden Sie mich entweder zu größerer Gründlichkeit und Deutlichkeit zwingen, oder, sogleich den schlimmsten Fall angenommen (den ich, wie Sie lachend hinzusetzen werden, nicht für möglich halte) mich überzeugen, daß ich Sie nicht überzeugen könnte, weil ich irrte. Durch dieses gegenseitige Nehmen und Geben würden wir beide gewinnen. — Daß Sie mich des Vergnügens, Briefe von Ihnen zu lesen, auf eine längere Zeit nicht gänzlich berauben wollen, erkenne ich mit dem verbindlichsten Danke aus dem Vorschlage, den Sie mir zu einer Nebenkorrespondenz machen.

Sie geben mir zu verstehen, daß Ihnen die Kaiserergewalt des *kategorischen Imperativs* durch mein letztes Schreiben keinesweges einleuchtend geworden sey. Ich empfehle daher das gegenwärtige Ihrer besondern Aufmerksamkeit.

Wenn die Vernunft nicht bloß auf Erkenntnisse ausgeht und über die Wahrheit und Falschheit derselben entscheidet, sondern auch unmittelbar und unbedingt über die menschlichen Handlungen gebietet und ihren Werth oder Unwerth bestimmt, das ist,

um in der Sprache der Schule zu reden, wenn die Vernunft nicht blos *theoretisch*, sondern auch zugleich *praktisch* ist, so sind wir vollkommen zu folgenden Forderungen berechtigt:

1) Die im Verstande vorhandenen moralischen Begriffe müssen sogleich als durchaus ungereimt erscheinen, sobald das Prinzip der Sittlichkeit nicht unmittelbar in der Vernunft selbst liegt. Denn wären diese Begriffe nicht ungereimt, wenn behauptet wird, daß es der Vernunft nicht zukomme, unmittelbar und unbedingt über die Handlungen vernünftiger Wesen zu gebieten; so wäre die Nichtigkeit des kategorischen Imperativs erwiesen. Es kann nur Ein Prinzip der Sittlichkeit geben, dem unsre moralischen Begriffe ihre Entstehung zu danken haben. Jedes angenommene Moralprinzip, das die Reinheit dieser Begriffe in einer richtigen Folgerung zerstört, erweist sich dadurch als falsch, und wenn diese Reinheit nur mit der Realität des kategorischen Imperativs besteht; so ist eben diese Realität dargethan und erwiesen, daß die Vernunft praktisch ist.

2) Jeder Mensch, der seinen Verstand gebrauchen kann, muß, nach Maafsgabe der Kultur desselben, ohne weiteres im Stande seyn, über seine und seiner Mitmenschen Handlungen zu urtheilen und ihren moralischen Werth zu bestimmen. Denn wäre irgend ein Mensch, der seinen Verstand gebrauchen kann, dies zu thun nicht fähig; so bliebe das in der Vernunft liegende Sitten-

gesetz unthätig in ihm, so wäre es überhaupt nicht, es wäre eine leere Einbildung.

3) Wenn die Oberaufsicht, welche die Vernunft über alle menschliche Handlungen haben, der Oberbefehl, den sie in allen Fällen, wo gehandelt wird, ausüben soll, in ein Hauptgebot gefasst wird; so müssen aus diesem und aus ihm allein *alle* Pflichten auf eine *befriedigende Art* abgeleitet werden können. Denn käme die Sittenlehre auch nach einem andern Prinzip auf eine der Vernunft Genüge leistende Art zu Stande; so läge die bindende Kraft außerhalb der Vernunft und diese wäre bloß theoretisch, nicht auch zugleich praktisch.

4) Durch eine schonungslose Demüthigung und Einschränkung der Selbstliebe muß das Sittengesetz der Vernunft, in Worten ausgedrückt, das Gefühl der Achtung für sich und die aus ihm sich ergebenden Gebote erzeugen und das moralische Gefühl, das alle Menschen, obgleich in verschiedenen Graden kultivirt, im Busen tragen, muß ganz im Dienste desselben stehen. Denn wäre das moralische Gefühl entweder selbst gesetzgebend, oder im Dienste einer außerhalb der Vernunft thronenden gesetzgebenden Macht; so müßten wir, wenn nicht Verachtung, so doch Gleichgültigkeit gegen das Sittengesetz der Vernunft fühlen und die eingebildete Kraft desselben würde uns nicht binden können.

In Ansehung unsrer *ersten Forderung* werde ich Sie ersuchen, sich dasjenige wieder ins Gedächtniß

zu rufen, was ich in meinem vorigen Briefe über die Begriffe Tugend, Pflicht, Zurechnung, gut und böses gesagt habe. Diese und alle mit ihnen verwandte Begriffe haben offenbar keinen vernünftigen Sinn, wenn die Vernunft im Gebiete der Sittlichkeit nicht gesetzgebend ist. Setzen Sie das, was Sie *wahre Glückseligkeit* nennen, als Prinzip der Sittenlehre; so müssen Sie, wie ich gezeigt zu haben glaube, an der Rettung jener Begriffe verzweifeln.

Wer das *moralische Gefühl* zum Prinzip der Sittlichkeit erhebt, der muß auch behaupten, daß die Menschen überall, wo es auf Tugendankommt, einen blinden Trieb zu befolgen haben. Wir hätten dann Instinktpflichten und könnten uns gewisser Instinktugenden rühmen. Warum ich dem sittlichen und nicht stets dem immer regen eigennützigen Triebe folgen soll, ist nicht zu begreifen. Soll die innere Stimme entscheiden, sie, die das moralische Gefühl ist, das mir sein Treiben gewiß nicht begreiflich machen wird? Mögen beide mir fremde Triebe sich in mir um die Oberherrschaft streiten: ich werde dem mächtigeren folgen und wenn dies der moralische ist, mein Handeln nicht pflichtmäßig und mich selbst nicht tugendhaft nennen; denn der Zug eines Triebes ist nicht Pflicht und einem Treiben folgen nicht Tugend. Der mächtigere Trieb ist stets derjenige, der mir die meisten Annehmlichkeiten verspricht. Diesen nachzujagen, ist der Klugkeit gemäß, aber kein Verdienst, nicht ein Verhalten, das *Würde* gibt. „Aber die Vernunft kann diesen Trieb verständig machen und soll seine Forderungen mit Gründen belegen und so in Pflichten verwandeln.“ — Kann und

soll sie dies; so ist die Würde und Kraft unsrer sittlichen Begriffe gerettet, so ist die *Vernunft* und keinesweges ein blindes Gefühl für *vernünftige* Wesen im Gebiete der Sittlichkeit gesetzgebend. Nicht die Vernunft bequemt sich nach den Regungen eines Gefühls, sondern das Gefühl richtet sich nach dem Systeme von Pflichten, das sie entwirft; nicht sie steht im Dienste des moralischen Gefühls, sondern dieses in dem ihrigen.

Lassen Sie uns untersuchen, ob auch dann, wenn wir die *Vollkommenheit* an die Spitze der Moral stellen, die Vernünftigkeit unsrer sittlichen Begriffe verloren geht. — Vervollkommne dich! ruft dem vernünftigen Wesen jede Kraft zu, mit der es ausgerüstet ist; denn jede Kraft strebt nach Ausbildung. Wenn alle Kräfte einzeln und harmonisch vereinigt das leisten, was sie ihrer Natur nach leisten können und sollen; so ist Vollkommenheit vorhanden. Meinen Sie, daß wir eine Moral erhalten, wenn die Vernunft auftragsweise das Bild des Weisen und Vollkommenen entwirft und es zur Nachahmung aufstellt? Der Epikuräism und Stoicism wird zum Vorschein kommen, je nachdem die Vernunft beim Entwurfe des Bildes eines Weisen sich mehr von der Sinnlichkeit oder von der Freiheit und Würde vernünftiger Naturen leiten läßt. Die Freuden dieser Welt mit Weisheit zu genießen, fordert dies nicht unser wohlverstandener Vortheil? und sich über die Sinnlichkeit zu erheben und selbst in Fesseln frei und unabhängig zu leben, gehört dazu mehr als Ruhmsucht, Sektenenthusiasm und der an sich ehrenwerthe, nur von dem Pflichtgeföhle durchaus verschiedene Stolz, den Vernunft und Freiheit ein-

zuflößen vermögen? Wenn bei der Begründung der Moral das unbedingte Gebot der Vernunft nicht anerkannt wird; so ist die Kraft der sittlichen Begriffe unerkklärbar und Ihre Vernünftigkeit nicht zu retten.

Leicht werden Sie in diesem Geiste jedes andere willkürlich aufgestellte Moralprinzip bekriegen und sich so von der Wahrheit, daß die Reinheit der in unsrem Verstande vorhandenen sittlichen Begriffe nur dann unverletzt erhalten wird, wenn wir im Sittlichen den unbedingten Befehl der praktischen Vernunft anerkennen, noch mehr überzeugen.

Was unsre *zweite Forderung* betrifft, so ist es eine bekannte Sache, daß selbst der größte Bösewicht das Unrecht, das er begangen hat, einzusehen im Stande ist. Nehmen Sie einen Menschen von rohem Gefühle, einen Menschen, dessen Verstand selbst den Begriff der Sittlichkeit noch nicht gefaßt hat, der nichts vom kategorischen Imperative weiß, der eben so wenig die wahre Glückseligkeit kennt, als irgend ein anderes Moralprinzip, und legen Sie ihm moralische Aufgaben vor: er wird Ihnen, vorausgesetzt, daß sein Verstand nicht ganz ungebildet ist, selbst die verwickellsten lösen. „Das Prinzip der Sittlichkeit, sagen Sie vielleicht, ist in allen Menschen rege; allein ich leugne, daß es der kategorische Imperativ sey.“ — So wie man gewisse Naturerscheinungen nicht erklären kann, ohne sich vorher mit der Physik bekannt gemacht zu haben; eben so wenig wird der *unbelehrte* und *rohe* Mensch, wenn das Gebot der Vernunft nicht allen Menschen bemerkbar und also eine leere Einbildung ist, moralische Aufgaben lösen und über

den Werth der menschlichen Handlungen entscheiden können. So wie man aber sehr richtig urtheilen und schliessen kann, ohne die Logik studirt zu haben, ohne ihren Namen und ihr Daseyn zu kennen; eben so vermag man es, durch eigne, ungeleitete Kraft das, was gut und recht ist, zu erkennen und über die menschlichen Handlungen zu urtheilen, ohne etwas vom kategorischen Imperative zu wissen und ohne, wenn man etwas von ihm weiß, an ihn zu glauben. — Er ist der Aufreger des moralischen Gefühls und bestimmt vermittelt desselben den Verstand, zu entscheiden, was gut und nicht gut, recht und unrecht ist. In allen Menschen äußert sich, wie wir uns durch die tägliche Erfahrung überzeugen können, die gesetzgebende Macht der Vernunft und dies muß Ihnen ein neuer Beweis für die Realität des kategorischen Imperativs seyn. — Ich werde Ihnen nicht die Beleidigung zufügen, zu glauben, daß Sie mich fragen könnten, woher es denn nun, die Realität angenommen, komme, daß die Tugend so selten unter den Menschen sey. Sie müßten, wenn Sie diese Frage aufwerfen wollten, der Freiheit des Menschen und anderer seinen sittlichen Charakter bestimmender Ursachen uneingedenk seyn und nicht gewahr werden, daß diese Frage nicht bloß gegen den kategorischen Imperativ gerichtet ist.

In Betreff unsrer *dritten Forderung* sehen Sie leicht ein, daß das Hauptgebot, in welchem der Oberbefehl der Vernunft, der ihr in Beziehung auf alle Handlungen zusteht, dargestellt werden soll, ein *formales* Gebot seyn wird. Denn um dieses Gebot aufzufassen und darzustellen, müssen wir von dem *In-*

halte der verschiedenen guten und erlaubten Handlungen abstrahiren und blos auf ihre *Form*, blos auf den gemeinsamen Charakter sehen, den sie durch den Befehl und die Zulassung der Vernunft erhalten. Der Charakter der Vernunft selbst ist Einheit und Uebereinstimmung mit sich selbst. Wenn die Vernunft nun praktisch ist; so muß das Sittengesetz, oder das Hauptgebot, in welches man ihre Gesetzgebung zusammenfassen will, diesen ihren Charakter ausdrücken. Es muß darin befohlen werden, daß die Handlungsweise der vernünftigen Wesen *einig* und *harmonisch* seyn soll. — Der Königsberger Weise kleidete, wie Sie wissen, dieses Gebot in folgende Worte ein: *Handle so, daßs du wollen kannst, daßs die Maxime deines Wollens allgemeines Gesetz werde.* Wollen Sie dafür setzen: *Handle so, daßs du, als vernünftiges Wesen, wollen kannst, daßs deine Handlungsweise die Handlungsweise eines jeden andern vernünftigen Wesens sey;* so haben Sie dasselbe. Nun sagen Sie, drückt dieses Gebot den Charakter der Vernunft nicht auf eine Ehrfurcht gebietende Weise aus? Müssen Sie nicht ausrufen: Hier ist mehr als Vollkommenheit, mehr als moralisches Gefühl und Glückseligkeit? Können Sie sich diesem Gebote gegenüber der Gefühle der Achtung und Ehrfurcht erwehren und es über sich gewinnen, das unbedingte Gesetz der Vernunft, den knabenhaft so oft bespöttelten kategorischen Imperativ nicht einer ernstern und angestregtern Aufmerksamkeit zu würdigen?

Nähern Sie sich der Ueberzeugung und erstaunen Sie über die Möglichkeit der praktischen Natur der Vernunft; so erwägen Sie, ob es nicht weit erstau-

nenswürdiger und durchaus unbegreiflich seyn würde, wenn die Vernunft nicht praktisch wäre, wenn sie Einheit der Erkenntnisse verlangte, nur Eine Wahrheit anerkannte und nicht gestattete, daß die vernünftigen Wesen verschiedene unter einander im Widerspruche stehende Wahrheiten hätten d. i. Irrthümer hegten und denn doch zuliesse, daß sie im Handeln auf eine verschiedene Weise vernünftig d. i. unvernünftig wären, daß keine Einheit in ihren Maximen herrschte und daß nicht jede ihrer Handlungen gleichsam ausrufen müßte: Mich hat ein vernünftiges Wesen hervorgebracht?

Daß nun einzig und allein aus diesem Hauptgebote der praktischen Vernunft der Inbegriff der Pflichten auf eine der Vernunft Genüge leistende Art abgeleitet werden kann, werde ich besonders darzuthun unterlassen dürfen, da ich bei unsrer ersten Forderung gezeigt zu haben glaube, daß die Nichtigkeit des kategorischen Imperativs den Einsturz des Systems unsrer sittlichen Begriffe nach sich zieht. Denn geht die Vernünftigkeit unsrer sittlichen Begriffe verloren, wenn in der Moral außerhalb der Vernunft eine gesetzgebende Gewalt anerkannt wird; so ist offenbar, daß nur dasjenige Lehrgebäude der Moral eine wahre und wohlgegründete Sittenlehre enthält, an dessen Spitze das praktische Vernunftgesetz steht. Allerdings kann auch bei einem armseligen Prinzipie eine Sittenlehre zu Stande kommen. Das praktische Vernunftgesetz ist in allen Menschen vorhanden und wirksam und wird also auch den Erbauer eines auf einem falschen Grunde ruhenden Lehrgebäudes der Moral ohne sein Wissen leiten; aber Konsequenz und innere Festigkeit

und das reine Bild der Tugend wird man darin vergeblich suchen.

Tugendhafte Handlungen sind auch ohne die Kenntniß des kategorischen Imperativs (es wäre Verwegenheit und Unsinn, dies leugnen zu wollen,) selbst bei der Verwerfung desselben möglich; wenn aber gefragt wird, ob das reine Sittengesetz der Vernunft einen höhern Grad der Tugend möglich mache, als jedes andere angenommene Prinzip der Sittlichkeit, so muß diese Frage bejahend beantwortet werden und dies deshalb, weil jenes Gesetz fordert, daß das Gute um sein selbst willen gethan werde und daß der Mensch *vernünftig* handle, einzig und allein, weil er ein vernünftiges Wesen ist und dieses Gesetz, das seinen Willen stets bestimmen und sein durch sinnliche Triebe veranlafstes Wollen heiligen soll, aus seiner Vernunft hervorgeht.

Um zu unsrer *vierten Forderung* zu kommen, so werden Sie gestehen, meine Theure, daß das oben in Worten ausgedruckte praktische Vernunftgesetz Ehrfurcht und Achtung erweckt und gebietet. Niemand kann dies leugnen, der es nicht bloß in diesem Ausdrucke, nicht bloß dem Namen nach, sondern in der Wahrheit kennt. Es schlägt die Selbstliebe nieder und macht es ihr fühlbar und einleuchtend, daß sie weder stets den Willen bestimmen, noch jemals etwas ohne seine, des Gesetzes, Genehmigung ausführen soll. Es regt das *Gewissen* auf und ist *bindend* mit göttlicher Kraft. Wer kann den Sinn desselben fassen, ohne dieser neuerkannten Wahrheit zu huldigen? Wer kann seine sittliche Gestalt in die-

sem reinen Spiegel erblicken, ohne vor sich selbst zu erröthen? Alles, was Ehrfurcht fühlen kann, beuge das Knie vor dem Sittengesetze der Vernunft! — Das Sittengesetz schlägt die Selbstliebe nieder und zeigt ihr, was ein vernünftiges Wesen seyn und wie es handeln soll. So entsteht *Achtung* vor dem Sittengesetze, *Achtung* vor allen vernünftigen Wesen, die dasselbe in sich tragen, *Achtung* vor allem, was recht und gut ist und insbesondere vor dem Thäter des Guten. Ist diese *Achtung Selbstachtung*; so vereinigt sich damit eine innere Freude und Zufriedenheit, eine Lust, die der Selbstliebe gleichsam eine Entschädigung für die Demüthigung und Einschränkung ist, die sie durch das Sittengesetz erleidet. Auf diese Art wird ein Interesse geboren, vermittelt dessen der Mensch das ernste und strenge Gesetz liebgewinnt. Dieses Interesse selbst zu ehren und liebzugewinnen, ist Ihnen vielleicht auf den ersten Blick unmöglich, wenn Sie fürchten, daß es nicht frei von Stolz und feiner Selbstsucht sey. Der Weise und Verständige, der seine Pflichten zu erfüllen sucht und sich dies sagen darf, wird für seine moralischen Gebrechen nicht blind und daher demüthig seyn; darf er denn aber, in soweit er seine Pflichten erfüllt, sich nicht selbst achten, darf er nicht mit Wohlgefallen auf seine guten Handlungen blicken, darf er sich nicht der Wonne der innern Zufriedenheit auf Augenblicke hingeben und die Früchte genießen, die ihm der Friede mit seinem Gewissen darbietet? (Sie sind hier, meine hochverehrte Freundin, auf dem Gebiete der *wahren Glückseligkeit* und werden daher mit der Entscheidung nicht zögern. Belieben Sie aber beiläufig auch hier die Bemerkung zu machen, daß im Gebiete der Sittlichkeit die wahre Glückselig-

keit nicht das Erste, sondern schon ein Zweites und Drittes ist.) Wie sollte in der Freude, ein vernünftiges Wesen auch durch die *That* zu seyn, etwas Unedles liegen? Lassen Sie uns das Interesse, das der Mensch am Sittengesetze nimmt und seiner Natur nach nehmen muß, ehren, wie es geehrt zu werden verdient. Es setzt zu der Achtung vor dem praktischen Vernunftgesetze Liebe und Lust an ihm hinzu und erleichtert auf diese Weise die Erfüllung der Pflicht. Den Zudringlichkeiten des theuern Selbsts ist freilich dieses Interesse ausgesetzt; doch Vorsicht, Wachsamkeit und ein wahrer tugendhafter Sinn erhalten es in seiner Reinheit.

Sie kennen das reine Interesse, das der Mensch an der Wahrheit zu nehmen fähig ist und wissen, daß Personen, das Ich und Du, dabei nicht in Anschlag gebracht werden. Ein gleiches Interesse erweckt, außer dem schon angegebenen, das Sittengesetz für sich und dieses Interesse muß eben deshalb, weil es die Selbstheit gänzlich ausschließt, für höher gehalten werden, als das vorhergehende. Dieses höhere, von dem Selbst durchaus absehende *Interesse* besteht in der *Lust am Gesetze*, in der Lust an der Harmonie und Einheit der Handlungsweisen, in dem Vergnügen, die Vernunft in den Handlungen nicht als Dienerinn, sondern als Gesetzgeberinn wirksam zu sehen. Wer sich durch dieses erhabene Interesse leiten läßt, der wird gewiß, indem er sich auch dem vorher genannten hingiebt, die Klippe des moralischen Stolzes vermeiden. Gleichsam ohne an sein Ich zu denken, wirkt und handelt er wie die allgemeine unpersönliche Vernunft und Freude und Zufriedenheit

weht ihm entgegen, wenn er sich als Individuum denkt und sich sagen darf, daß er den Geboten der Vernunft gemäß zu leben stets bestrebt sey. —

Das Sittengesetz, das Gute und Böse, die eigne Tugendhaftigkeit oder Unwürdigkeit machen bestimmte Empfindungen rege und sie zusammen, oder die Empfänglichkeit für dieselben verstehen wir unter dem moralischen Gefühle, das insbesondere Gewissen heißt, wenn damit blos die Beurtheilung unsres eignen sittlichen Werths verbunden ist. — Das Gewissen soll nun einzig und allein im Dienste des praktischen Vernunftgesetzes stehen. — Denken wir uns Gott als die höchste Vernunft und als das heiligste Wesen, nehmen wir die Gebote der Vernunft für göttliche Befehle und folgen nun den Regungen unsres Gewissens, so ist dieses auch hier im Dienste des praktischen Vernunftgesetzes, das wir zur Erhöhung der Ehrfurcht, die wir vor demselben hegen, aus dem Willen unsrer Vernunft in den Willen des höchsten Wesens setzen. — Wenn die Glückseligkeit, wie Sie mir zugeben müssen, ein System von Zwecken ist, die wir, ohne unser Wissen, getrieben vom praktischen Vernunftgesetze, das wir verwerfen, zu erreichen streben; so sehen Sie wohl, daß das moralische Gefühl nicht der wahren Glückseligkeit, als Prinzip der Sittlichkeit, sondern immer dem praktischen Vernunftgesetze dient und in den beseligenden Regungen des moralischen Gefühls besteht ganz eigentlich das, was so viele schätzenswerthe Gegner des kategorischen Imperativs wahre Glückseligkeit nennen, die mithin beides, Tochter und Beförderinn der Ausübung des Guten ist. — Eitelkeit, Ruhmsucht, Sektenenthusiasm und der Stolz

auf Freiheit und Vernunft, dies sind die Gefühle, die sich zum Dienste der Vollkommenheit hergeben, die man dem Menschen zum Ziele setzen und als Prinzip in der Moral annehmen kann. Wird das Gewissen (und wer wird dies leugnen wollen?) auch bei diesem angenommenen Moralprinzip rege; so kennt es gleichsam den Grund der Sittlichkeit besser, als der Verstand und ist nicht einer wahren, oder eingebildeten Vollkommenheit, sondern dem unerkannten, in der Vernunft ruhenden Sittengesetze unterthan. — Selbst ist das moralische Gefühl nicht gesetzgebend; es ist also durchaus Diener des Sittengesetzes und Ankündiger der Pflicht, befördert die Erfüllung derselben und gibt *die* Glückseligkeit, die eine Folge, keinesweges aber die Urheberinn der Tugend ist.

Werden Sie nun noch sagen, daß das von Kant aufgestellte, oder wie man richtiger sagen sollte, das von ihm aus der Tiefe der Vernunft emporgehobene Sittengesetz das Herz nicht treffe? Wer den göttlichen, das ganze Reich der Sittlichkeit umfassenden Sinn desselben kennt, und Sie kennen ihn, von dem ist eine solche Aeußerung nicht weiter zu erwarten. Ein jeder greife in seinen Busen und merke auf das, was in ihm vorgeht, wenn er sich zum Handeln anschickt und dieses Gesetz in lesbaren Zügen seinem geistigen Auge vorschwebt. Die Kraft desselben wird ihn mächtig ergreifen und er wird dieser göttlichen Gewalt, ohne sich selbst verachten zu müssen, nicht widerstehen können. — Nur das praktische Vernunftgesetz gibt uns einen befriedigenden Aufschluß über unsre moralische Urtheile und Gefühle, nur dieses Moralprinzip zeigt uns die Tugend in ihrer glänzenden Reinheit.

„Aber, werden Sie vielleicht sagen, ungeachtet dieses Moralprinzip, in diese Worte eingekleidet, den Verstand für sich gewinnt, so ist es doch in der That nicht leicht zu verstehen und schwer anzuwenden und wird daher immer nur das Eigenthum der gebildetsten Menschen seyn können.“ — Mit nichten, meine Theure. Doch ich fürchte, Unrecht zu thun, indem ich Ihnen diesen Einwurf in den Mund lege. Durch Nachdenken und einen zweckmäßigen Unterricht wird auch das Schwerste verständlich gemacht und wie sollte das, was in der Vernunft des Menschen liegt und sich stündlich ankündigt, der Vernunft des Menschen nicht einleuchtend gemacht werden können?

Wie glücklich würde ich mich schätzen, wenn das, was ich Ihnen in gegenwärtigem Schreiben über das Sittengesetz und die praktische Natur der Vernunft gesagt habe, eine neue Ueberzeugung in Ihnen veranlafte. Das Vergnügen ist zu lockend, als dafs ich mich einer vielversprechenden Hofnung entschlagen könnte. Welch ein Ruhm für mich, wenn ein Sendschreiben von mir mehr bewirkte, als die gelehrten und tiefsinnigen Gespräche des strengen Herrn. Unterlassen Sie nicht, ich bitte Sie, demselben, sobald mein Glück gewifs ist, diesen glorreichen Sieg, weshalb er mich beneiden mag, bekannt zu machen und dem lebenswürdigen Eudämonisten anzudeuten, dafs er sich entweder auf Diskretion ergeben, oder auf einen schnellen Rückzug bedacht seyn soll.



Fünfter Brief.

Das praktische Vernunftgesetz bestimmt blos die *Form* der Handlungen; was bestimmt denn den *Inhalt* derselben? Gibt es außer dem Gesetze, das uns sagt, *wie* wir handeln sollen, auch ein Gesetz in unsrer Natur, das uns anzeigt, *was* wir thun sollen? — Diese Fragen kann sich ein jeder beantworten, der in sein Inneres schaut. Alle vernünftigsinnliche Wesen streben nach dem, was ihnen angenehme Empfindungen verspricht. Die *Lust* mit einem Worte ist der Gegenstand ihrer Begierden. Neigungen und Wünsche. Die Vorstellung von der zu erwartenden Lust treibt sie an, bestimmte Zwecke zu setzen, deren Erreichung den wirklichen Genuß der Lust herbeiführt und den Zustand hervorbringt, der durch das Wort *Glückseligkeit* bezeichnet wird. Sie sehen wohl, daß ich das Wort Lust auch hier in einer weiten Bedeutung gebrauche. Die Schönheit gewährt Lust, Lust gewährt die Wahrheit, Lust die Befriedigung der natürlichen und gemachten Bedürfnisse und die Gewißheit und Sicherheit dieser Befriedigung. Genug, der Mensch tanzt der Lust entgegen und sie ist es, die die Materie aller unsrer Handlungen bestimmt. Wie dies zu verstehen sey, werden Sie bald sehen.

Es sind zwei Gesetze für die Bestimmung der menschlichen Handlungen wirksam; das Gesetz der Sittlichkeit für das *Formale* und das Gesetz der Lust oder der Glückseligkeit für das *Materiale* der Handlungen.

Die Sorgfalt, die der Mensch anwendet, alles Mißbehagen von sich zu entfernen und sich gegen

jede Art der Unlust in Sicherheit zu setzen und dagegen die Lust herbeizuführen und bei sich einheimisch zu machen, hat ihren Grund in der *Selbstliebe*. Von der Selbstliebe müssen wir uns belehren lassen, wenn wir wissen wollen, ob unsre Handlungsweise, die *allgemeingültig* seyn soll, wirklich *allgemeingültig* sey. Denn nur sie kann die Frage beantworten, ob ich, ein vernünftigsinnliches Wesen, wollen kann, daß meine Handlungsweise die Handlungsweise eines jeden vernünftigsinnlichen Wesens sey? — Die Vernunft macht uns die Allgemeingültigkeit unsrer Handlungsweise zur Pflicht, ist aber ohne die Belehrung der Selbstliebe und Erfahrung nicht im Stande, uns für die einzelnen Handlungen die Kennzeichen der Allgemeingültigkeit anzugeben. Die Selbstliebe setzt uns in den Stand, schnell zu beurtheilen, ob die Handlungen, zu denen wir uns anschicken, das Kennzeichen der moralischen Güte an sich tragen. Dieser Urtheile werden wir uns selten bewußt; die Regungen des moralischen Gefühls aber können unsrer Aufmerksamkeit nicht entgehen. Die Selbstliebe, oder, wie Sie auch sagen mögen, die Lust, das Gesetz der Glückseligkeit gibt den *Stoff*, den die praktische Vernunft bearbeitet. *Wir sollen unsre Selbstliebe in Andere übertragen und uns in Andern wieder lieben.* Dies ist es, was der göttliche Stifter der christlichen Religion in dem Gebote ausdrückt: Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst. Wenn wir so unsre Selbstliebe zu Rathe ziehen; so werden wir erfahren, ob unsre Handlungsweise die Handlungsweise eines jeden vernünftigsinnlichen Wesens seyn dürfe, — ob sie *allgemeingültig* sey.

Andere vernünftige Wesen, als vernünftigsinnliche, als Menschen, kennen wir nicht; die Vernunft fordert die Allgemeingültigkeit der Handlungsweise der vernünftigen Wesen, ohne uns unmittelbar zu sagen, worin dieselbe besteht. Wir müssen daher offenbar als vernünftigsinnliche Wesen unsre Zuflucht zur Selbstliebe nehmen, um zu erfahren, worauf es bei der Allgemeingültigkeit der Handlungsweise ankommt. Das in unsrer sinnlichen Natur wirksame Gesetz der Glückseligkeit wird uns den erwarteten Aufschluss geben, oder er kann uns überhaupt nicht gegeben werden.

Da nun die praktische Vernunft erst mit der Selbstliebe zu Rathe gehen muß, ehe sie uns unsre Pflichten vorschreiben kann; so sehen Sie wohl, meine hochverehrte Freundin, daß sich das formale Sittengesetz in ein materiales verwandeln lassen muß, welches sich zu jenem, wie der Stoff zu der Gestalt, die er ausfüllt, verhalten wird. — Geben wir uns dem Sittengesetze gleichsam nur zur Hälfte hin und ziehen wir in Erwägung, daß Andere ebenfalls nach Glückseligkeit streben und daß wir nicht wollen, daß sie uns auf unsrer Jagd nach Glückseligkeit Hindernisse in den Weg legen; so entwerfen wir uns folgende Vorschrift: Handle so, daß du die Glückseligkeit Anderer nicht verhinderst. Die Befolgung dieser Vorschrift erzeugt bloß eine Handlungsweise, die unumgänglich erforderlich ist, wenn die Glückseligkeit Anderer nicht erschwert und geradezu unmöglich gemacht werden soll. Die Glückseligkeit Anderer wird bloß befördert, indem sie nicht verhindert wird: es ist eine *negative* Beförderung der Glückseligkeit Ande-

rer. Geben wir uns aber dem Sittengesetze ganz hin, tragen wir unsre Selbstliebe in Andere über und bedenken, daß Andere unsrer Hülfe bedürfen und mit derselben einen höhern Grad der Glückseligkeit erreichen, als ohne dieselbe durch ihre eigne Kraft und daß wir nicht wollen können, daß Andere für unsre Glückseligkeit unthätig seyn und sie bloß nicht verhindern; so ist unsrem Willen folgendes Gebot heilig: *Befördere die Glückseligkeit Anderer, so viel du kannst.* Durch die Befolgung dieses Gebots wird die Glückseligkeit Anderer nicht nur nicht verhindert, sondern auch zugleich durch die That befördert: das ist *positive* Beförderung der Glückseligkeit Anderer.

An die Erfahrung und Selbstliebe gehalten, nimmt das *formale* Sittengesetz ein *materiales* Gewand um und geht in folgendes Hauptgebot über: *Befördere die Glückseligkeit Anderer, so viel du kannst.* Der Zusatz: *so viel du kannst*, das ist, so weit deine Kräfte reichen, ist, wie Sie ohne mein Erinnern sehen, höchst nothwendig. Würde denn die Maxime: Ich will die Glückseligkeit Anderer befördern, so weit es mein Vorthail, meine Bequemlichkeit, meine augenblickliche Neigung und Laune zulassen — zu einem allgemeinen Gesetze tauglich seyn? Kann ich wollen, daß vernünftigsinnliche, der Glückseligkeit bedürftige Wesen ihr Wohl gegenseitig nur nach Laune und Bequemlichkeit befördern? Nein, ein jeder soll die Glückseligkeit Anderer befördern, so weit es nur immer seine Kräfte erlauben. Das Sittengesetz weist dem Menschen für diese göttliche Thätigkeit keine andre Grenze an, als die physische Unmöglichkeit.

So schwer der Selbstliebe dieses Gebot, in welches das an sie gehaltene Gesetz der praktischen Ver-

nunft übergeht, vorkommen mag; so wird sie doch auch durch die Vorstellung, daß die treue Befolgung desselben die Glückseligkeit eines jeden sichert und erhöht, indem bei dieser treuen Befolgung ein jeder für den Andern aus allen Kräften thätig ist, dafür sehr eingenommen. Der Tugendhafte wird bei der Erfüllung seiner Pflichten an den Vortheil, der ihm aus den guten Thaten Anderer erwächst, nicht denken: seine Gesinnung ist zu gesetzmäßig und zu lauter, als daß der Eigennutz Einfluß auf sie haben könnte. Glauben Sie aber nicht, daß derjenige, der eine gesetzwidrige Gesinnung hegt, durch den Vortheil, den ihm die Tugend Anderer bringt, angetrieben werden wird, seinen Handlungen den Stempel der Gesetzmäßigkeit aufzudrücken, weil er sich sonst der Gefahr aussetzt, dieses Vortheils als ein Unwürdiger, der für die Glückseligkeit Anderer unthätig bleibt, oder sie sogar verhindert, dessen Glückseligkeit mithin auch zu verhindern, oder doch wenigstens nicht zu befördern seyn wird, verlustig zu gehen? Seine Handlungen werden keinen moralischen, wohl aber einen politischen Werth haben, indem er doch, obgleich aus Eigennutz, nicht aus Gehorsam gegen das Gesetz, durch seine Thätigkeit die Glückseligkeit der Gesellschaft befördert, zu welcher er als Glied gehört.

Der Selbstliebe, die des strengen Gesetzes halber, die Glückseligkeit Anderer aus allen Kräften bis hin an die Grenzen des physischen Unvermögens zu befördern, niedergeschlagen ist, sollte man eigentlich gar nichts zu ihrem Troste sagen: sie mag indess ausser dem, was so eben zu ihrer Beruhigung gesagt worden ist, weiter erfahren, daß die Beförderung

der Glückseligkeit Anderer durch das Sittengesetz auch innerhalb der Schranken des physischen Vermögens beschränkt ist. Die Glückseligkeit besteht in der Erreichung der Zwecke. Für die Glückseligkeit Anderer thätig seyn, heißt daher: Zwecke entweder für Andere setzen und erreichen, oder ihnen gesetzte Zwecke erreichen helfen. Diese Zwecke, die für Andere und mit Andern für sie gesetzt und erreicht werden sollen, müssen 1) auf eine allgemeingültige Weise, d. i. von allen vernünftigsinnlichen Wesen in den Lagen und auf den Punkten, wo diejenigen, für welche man so eben thätig seyn kann, sich befinden, gesetzt werden dürfen; 2) sie müssen von dem Individuum, das sie setzt, entweder gar nicht, oder nur mit vieler Mühe und auf Kosten anderer erlaubter und höherer Zwecke erreicht werden können. 3) Die der Glückseligkeit Anderer gewidmete Thätigkeit darf den Thätigen nicht abhalten, auf seine eigne Glückseligkeit bedacht zu seyn, aber wohl gemerkt, nur inwiefern die eigne Glückseligkeit zur Beförderung der Glückseligkeit Anderer geschickt macht. — Beruhigung wirst du allerdings, leidtragende Selbstliebe, in diesen Einschränkungen finden; aber gewiß nicht in dem Maasse, in dem du sie zu finden hoftest. Beuge dich, Gebeugte, unter das Gesetz der Nothwendigkeit. Der Gehorsam gegen das Sittengesetz ist ohne Aufopferung nicht möglich. Oft, sehr oft mußt du dich selbst vergessen und dich nur in Andern wiederfinden. Ja es gibt Aufopferungen, zu welchen wir uns, wenn wir in der That tugendhaft seyn wollen, verstehen müssen, Aufopferungen, in welchen wir unsre Glückseligkeit nicht nur theilweise, sondern gänzlich, auf die Gefahr, uns zur weitem Beförderung der Glück-

seligkeit Anderer ungeschickt zu machen, vergessen müssen. Es gibt Fälle, wo wir den Verlust unsrer Güter, unsrer Gesundheit und unsres Lebens nicht scheuen dürfen, wenn nämlich die Zwecke, die wir für Andere und für die Menschheit überhaupt erreichen können, die Glückseligkeit unsrer Nebenmenschen so sehr erweitern, befestigen und gründen, daß wir fest glauben, oder doch mit der größten Wahrscheinlichkeit annehmen dürfen, daß nie eine Zeitperiode wiederkehren wird, wo wir ohne diese größere und größte Aufopferung — oder daß wir selbst nicht in der längsten Reihe von Jahren bei theilweisen Aufopferungen für die Glückseligkeit unsrer Nebenmenschen so viel, als eben jetzt, zu thun im Stande seyn werden.

Ich muß Sie sehr um Verzeihung bitten, meine Werthe, daß ich so eben mit einer dritten Person sprach, da ich nach den Regeln des Briefstyls und der guten Lebensart und überdies dem Zuge der Freundschaft zufolge, einzig und allein mit Ihnen sprechen sollte. Die Person, die mich so pflichtvergessen machte, ist bekanntlich bei jedermann wohlge-
litten.

Daß wir uns an die Selbstliebe zu wenden haben, wenn wir wissen wollen, was die Handlungsweise allgemeingültig mache, wird Ihnen einleuchten; aber Sie sind vielleicht geneigt, zu behaupten, daß wir uns hierbei auch an die Idee der Gemeinschaft freier, vernünftiger Wesen, als solcher, halten müssen. Alles, was gethan werden kann, ohne daß diese Gemeinschaft aufgehoben wird, ist allgemeingültig und recht; alles, was gethan werden muß, um diese Gemeinschaft zu erhalten, ist Pflicht. — Um zu wissen, ob eine solche Gemeinschaft seyn und ob jedes einzelne

freie, vernünftige Wesen, als ein solches, darin existiren solle, müßten Sie sich wiederum an die Selbstliebe wenden und sie fragen, ob sie das Gegentheil wollen könne. Die Brauchbarkeit dieses angeblichen zweiten Mittels, Kennzeichen für die Allgemeingültigkeit unsrer Handlungen aufzufinden, müßte also an der Selbstliebe, dem unzweifelhaften ersten hierzu dienlichen Mittel bewährt werden. Ein Mittel aber, über dessen Brauchbarkeit die Selbstliebe erst entscheiden muß, wird die Allgemeingültigkeit der Handlungsweise nicht sicherer angeben, als die Selbstliebe an und für sich. Dem Streben der Selbstliebe zufolge wollen wir mit Wesen unsrer Art in Gemeinschaft leben und *frei* in ihrer Mitte wirken. Wenn wir, der gebotenen Allgemeingültigkeit unserer Handlungen eingedenk, die Selbstliebe fragen, wie Andre sich gegen uns verhalten sollen, wenn wir sie in Andere übertragen und sie fragen, wie wir gegen Andere handeln sollen, so erfahren wir, was wir zu thun und zu lassen haben. — Die Möglichkeit der Gemeinschaft freier, vernünftiger Wesen, als solcher, beruht auf der Allgemeingültigkeit ihrer Handlungsweise; über diese Allgemeingültigkeit gibt uns daher jene Idee der Gemeinschaft freier, vernünftiger Wesen, als solcher, keinen Aufschluß. Es muß allerdings zugegeben werden, daß man aus dem Begriffe eines freien, vernünftigen Wesens und aus der Gemeinschaft von Wesen dieser Art, Pflichten und Rechte und mithin eine allgemeingültige Handlungsweise ableiten kann; allein diese Allgemeingültigkeit, diese Pflichten und Rechte bleiben todt und hypothetisch und sind nur logisch lebendig und dem Willen gleichgültig, bis die Vernunft in ihrer praktischen

Natur auftritt und Allgemeingültigkeit der Handlungsweise *gebietet*. — Die Gemeinschaft der freien, vernünftigen Wesen und die Freiheit der Einzelnen in dieser Gemeinschaft ist etwas Allgemeingültiges, weil beides Alle wollen. Sie wollen es aber nicht vermöge des Begriffs von freien, vernünftigen Naturen und der Möglichkeit ihrer Gemeinschaft, sondern kraft der Eingebungen der Selbstliebe. Jeder will unabhängig von Andern, d. i. frei leben und begehrt, daß seine Glückseligkeit nicht nur negativ, sondern, daß seine Kräfte nicht auslangen, um seinen eigennützi- gen Wünschen Genüge zu leisten, auch positiv be- fördert werde.

So gibt uns die aus uns in Andere übergetragene Selbstliebe auf das sicherste und deutlichste die Kenn- zeichen der Allgemeingültigkeit unsrer Handlungen an und zeigt uns, durch die Erfahrung belehrt, den Stoff, den wir auf dem Gebiete der Sittlichkeit zu be- arbeiten haben. Sie werden nun den Ausdruck, daß die Lust die Materie aller Handlungen bestimme, ge- nehmigen und von dieser die Materie der Handlun- gen bestimmenden Lust die Lust am Guten und an al- lem, was auf Sittlichkeit Beziehung hat, zu unter- scheiden und auszuschliessen nicht vergessen. Diese Lust bezieht sich auf die Form der Handlungen — auf die Handlungsweise.

Wir würden nicht wohl daran thun, wenn wir bei der Aufstellung eines Systems der Pflichten und Rechte mit einer stolzen und verächtlichen Miene bei dem Gesetze der Glückseligkeit vorübergehen wollten. Die hochtönenden Formeln, die die theoretische Ver-

nunft unter der Leitung des Sittengesetzes zum Behufe jener Aufstellung entwerfen kann, sind am Ende ihrem Gehalte nach doch von der Selbstliebe eingegeben, die uns den Stoff der erlaubten und guten Handlungen kennen lehrt; und wie nützlich ist es überdies, wenn ohne Umschweife und dunkle Formeln auf dem geradesten Wege begreiflich gemacht und rund heraus gesagt wird, daß er die Glückseligkeit seiner Bestimmungsgenossen aus allen Kräften befördern soll.

„Das praktische Vernunftgesetz, höre ich Sie sagen, soll, mit der Selbstliebe in Verbindung gebracht, in das materiale Gebot: Befördere die Glückseligkeit Anderer, so viel du kannst — übergehen und nun in dieser Gestalt, als erstes materiales Gebot, an die Spitze der Sittenlehre gestellt werden können; nun lassen sich aber aus ihm bloß die Pflichten gegen Andere ableiten! —“

Wenn ein vernünftigsinnliches Wesen, wenn der Mensch allein existirte und folglich seiner Natur nach, was unmöglich ist, allein existiren könnte; so wäre er durchaus frei von aller Pflicht, er wäre unbeschränkter Herr seiner Handlungen und hätte über sie nur seiner Selbstliebe Rechenschaft abzulegen. Nicht die Vernunft, sondern die durch den Verstand geleitete und belehrte Selbstliebe machte es ihm in diesem Zustande zur Pflicht, nur solche Zwecke zu setzen und zu erreichen, aus denen ein Wohlseyn entspringt, das nie in Mißbehagen übergeht. Eine von der Selbstliebe aufgelegte Pflicht aber ist nicht Pflicht, sondern Lust, Neigung, Verlangen. — „Aber die Pflicht, der Würde der Vernunft eingedenk zu seyn

und sich zu der Vollkommenheit emporzuheben, zu welcher ihn die in ihm schlummernden Kräfte bestimme, bliebe dem allein existirenden Menschen dennoch immer übrig.“ — Worin soll diese Vollkommenheit bestehen? Aus aller Weisheit und Klugheit, die er anwendet, seine Glückseligkeit zu gründen und zu sichern, entsteht nie wahre Tugendhaftigkeit. Die Selbstliebe sucht auf die beste Art ihr Glück zu machen; wird er dadurch heilig? Umgibt ihn deshalb die Glorie der moralischen Würde? Ist eine einzige seiner Handlungen gut und tugendhaft, oder sind sie alle nur weisliche und klügliche Handlungen? Es ist nicht zu leugnen, daß seine Handlungsweise den Beifall und die Bewunderung eines Wesens seiner Art, das ihn beobachten könnte, ohne daß er von der Existenz desselben etwas wüßte, erregen würde; denn Ordnung, Vorsicht, Zweckmäßigkeit und überhaupt Aeufserungen der Vernunft und des Verstandes interessiren. Aber der Beobachter würde weit davon entfernt seyn, dem Beobachteten Tugend zuzuschreiben und könnte nicht wissen, ob ihm die bemerkte Weisheit und Klugheit nicht sehr gefährlich werden könnte, wenn zwischen ihnen beiden eine Wechselwirkung entstände. — Die Kräfte des Geistes und des Körpers auszubilden und die Natur der Dinge und sich selbst zu erforschen, ist für den Menschen bei einer isolirten Existenz nichts weniger, als Pflicht. Theils die Selbstliebe, theils der Drang der Kräfte selbst nöthigen ihn, sich zu vervollkommen und in das Geheimniß des Seyns und Wirkens einzudringen. — Bei einer isolirten Existenz würde der Mensch sich des in seiner Vernunft liegenden Sittengesetzes nie bewußt werden und durchaus ohne Pflichten seyn. Auch in der Gesellschaft liegen

ihm nur Pflichten gegen Andere, nie Pflichten gegen sich selbst ob. *Die Pflichten, die wir Pflichten gegen sich selbst zu nennen die Gewohnheit haben, sind nichts anderes, als Mittel der Erfüllung der Pflichten gegen Andere und gehören also in der That zu diesen.* Ich will ein glückseliges Leben führen und suche mich daher in den Besitz der sogenannten zeitlichen Güter zu setzen. Wenn ich es auf eine allgemeingültige Weise thue; so läßt das Sittengesetz mein Bestreben nicht nur zu, sondern macht es mir auch zur Pflicht, weil der Besitz der Gesundheit, des Ansehns u. s. w. die Beförderung der Glückseligkeit Anderer theils überhaupt möglich macht, theils erleichtert. — Ich soll über meine Gesinnungen und Handlungen wachen, ich soll mich selbst kennen zu lernen und in der Tugend täglich grössere Fortschritte zu machen suchen, eben deshalb, weil meine Gesinnungen und Handlungen dem Sittengesetze zufolge allgemeingültig seyn sollen und die Summe der Pflichten gegen Andere erfüllt den Begriff der vom Sittengesetze geforderten Allgemeingültigkeit unsres Wirkens. — Ich soll meinen Verstand anbauen und alle meine Kräfte ausbilden. Dies gereicht theils zu meinem eignen Vortheile, theils zum Vortheile Anderer, deren Glückseligkeit ich bei dieser Ausbildung ungleich mehr, als ohne dieselbe, zu befördern im Stande bin und diese Beförderung, bemerken Sie, liegt mir als Pflicht ob. Jene Ausbildung ist keine Pflicht gegen mich selbst, sondern eine Pflicht gegen Andere.

Ich fordere Sie auf, meine Hochverehrte, mir eine einzige unter den sogenannten Pflichten gegen sich selbst zu nennen, die sich nicht als eine erlaubte

Aeufserung der Selbstliebe, oder als ein Mittel der Erfüllung der Pflichten gegen Andere und mithin als eine Pflicht gegen Andere darstellen liefse. Sie werden bei einem weitem Nachdenken über die sogenannten Pflichten gegen sich selbst hoffentlich nicht umhin können, meiner Meinung, die ich mit dem Ehrenamen eines unumstößlichen Satzes schmücke, beizupflichten.

Was die Pflichten gegen das höchste Wesen betrifft, so scheint mir das, was von ihnen sowohl vor als nach der Vereinigung der Religion mit der Moralphilosophie ausgesagt werden muß, zu einleuchtend zu seyn, als dafs es nöthig wäre, hier weitläufig davon zu sprechen.

Ich habe zu erweisen gesucht und, wie ich glaube, erwiesen, dafs die negative und positive Beförderung der Glückseligkeit Anderer den Inhalt des Hauptgebots ausmacht, welches aus der Vereinigung der entgegengesetzten Gebote der Vernunft und der Selbstliebe, wenn man das Begehren der letztern anders ein Gebot nennen darf, hervorgeht. Aus diesem materialen Hauptgebote lassen sich unter der fortwährenden Leitung des formalen Sittengesetzes, das die Allgemeingültigkeit des Wirkens gebietet, alle Zwecke, die wir theils für Andere erreichen, theils Andrer wegen nicht setzen sollen, ableiten.

Welch ein Triumph, theure Freundinn, für Ihre Glückseligkeit, dafs sie nach so vielen Demüthigungen und Verfolgungen denn doch erweisen kann, dafs sie bestimmt ist, eine sehr wichtige Rolle in der Mo-

ral zu spielen. Alle Ansprüche auf die Begründung der Moral gibt sie auf, dagegen bleibt der Stoff, dessen das formale Sittengesetz bedarf, ihr unbestrittenes Eigenthum. Sie ist dieser Stoff, den die Tugend für Andere zu bearbeiten hat.

Die *wahre* Glückseligkeit ist nicht der Grund, sondern das Produkt einer sittlich guten Gesinnung, die in dem Gehorsam gegen das praktische Vernunftgesetz besteht. Dies ist Ihnen nun ein geläufiger Gedanke. Die wahre Glückseligkeit besteht zum Theil in dem Wohlseyn, das die Selbstliebe unter sittlichen Schranken herbeizuführen und zu gründen sucht, zum Theil aber und größtentheils in der himmlischen Lust, die aus der pflichtmäßigen, aus Gehorsam gegen das Sittengesetz unternommenen Beförderung der Glückseligkeit Anderer d. i. aus der Tugend entspringt.

Lust und Tugend, Glückseligkeit und Sittlichkeit gehen Hand in Hand und ihre innige Verbindung immer einleuchtender zu machen, sollte das Bestreben eines jeden moralischen Schriftstellers seyn. Aus der treuen Befolgung des Sittengesetzes entsteht nicht bloß innere Ruhe und Zufriedenheit und jene Würde, die man dem Tugendhaften nicht absprechen kann, sondern auch allgemeine Glückseligkeit. Ist die Erde ein Jammerthal; so kann sie nur durch das praktische Vernunftgesetz in ein Freudenthal verwandelt werden. „Laßt uns besser werden, gleich wird's besser seyn.“ — Das Besserwerden beruht auf der Willkühr. Die Willkühr ist die feindselige Macht, die die Glückseligkeit unter dem menschlichen Geschlechte nicht aufkommen läßt. Laßt uns die Willkühr in Fesseln legen — gleich wird's besser seyn.



Sechster Brief.

Der gute Wille, der das anhaltende Bestreben ist, stets auf eine allgemeingültige Weise zu handeln, äußert sich in der negativen und positiven Beförderung der Glückseligkeit Anderer. Die Glückseligkeit Anderer ist der äußere Gegenstand des Sittengesetzes, so wie der innere Gegenstand desselben der gute Wille selbst ist. Ein guter Wille und Beförderung der Glückseligkeit Anderer sind, als Ursache und Wirkung, unzertrennlich mit einander verbunden. — Der gute Wille kann aber seyn und nicht seyn; die Tugend wird von der *Freiheit* getragen; aus der Willkühr gehen die guten Handlungen hervor. — So, meine wertheste Freundin, beruht, wie Sie sehen, die Glückseligkeit, zu welcher das menschliche Geschlecht berufen ist und die ihm das praktische Vernunftgesetz zuzusichern scheint, auf der *Willkühr* der Einzelnen. Arme Menschheit, auf diesem Grunde wird das Gebäude deiner Glückseligkeit nie errichtet werden! — Soll dieser Bau jemals zu Stande kommen, oder auch nur angefangen werden können; so müssen entweder *alle* Menschen einen guten Willen haben und behalten, oder es muß eine *Macht* zu wirken beginnen, welche die Launen und Rasereien der Willkühr aufhebt und durch die Menschen, gleich der Tugend, die Glückseligkeit der Menschen gegenseitig negativ und positiv befördert. Diese Macht muß, sobald auf den anhaltend guten Willen der Einzelnen nicht gerechnet werden kann, gebildet und

wenn sie schon vorhanden ist, vervollkommnet werden. Eine mütterliche Vorsehung soll sie, dem Willen einer höhern Vorsehung zufolge, aus unsrer Freiheit hervorgehen.

Das praktische Vernunftgesetz fordert einen anhaltend guten Willen, kann ihn aber, der Natur der Sittlichkeit zufolge, nicht erzwingen. Wäre der gute Wille anhaltend; so wäre auch die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit, die der äußere Gegenstand des Sittengesetzes ist, anhaltend. Durch einen sich nur dann und wann als gut und edel äufsernden Willen, dessen Wirkungen durch die Einflüsse des bösen Willens stets vernichtet werden, wird der äußere Zweck des Sittengesetzes nie erreicht. Der böse Wille denkt nur auf die eigne Glückseligkeit und ist Andern, die er bloß als Instrumente seines Wirkens behandelt, in der Erreichung ihrer Zwecke hinderlich und der nicht anhaltend gute Wille, der eben deshalb kein guter Wille ist, will und unternimmt die Beförderung der Glückseligkeit Anderer nur zuweilen. — Wenn die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit durch einen *Zwang* möglich ist; so wird das praktische Vernunftgesetz die Bildung und Organisirung dieses Zwanges nicht etwa bloß der Selbstliebe zu Gefallen erlauben und heiligen, sondern auf das nachdrücklichste gebieten. Denn so wie es einen *anhaltend guten Willen* fordert; so fordert es auch eine *anhaltende gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit*, die äußere Wirkung von jenem. Ist diese, des praktischen Vernunftgesetzes äußerer Zweck, auch ohne den guten Willen der Einzelnen, der seyn und nicht seyn kann, durch einen Zwang, der Alle und der stets

zwingt, möglich, so *soll* dieser Zwang stattfinden und im Namen des guten Willens, gleich einem unwandelbaren obersten Naturgesetze, dem der Forderung zufolge der gute Wille selbst ähnlich seyn soll, die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit betreiben. — Dafs dieser Zwang, wenn er möglich ist, nur die Bösen trifft, ist einleuchtend; denn er wirkt nur im Namen des guten Willens und wie Sie hinzusetzen mögen, des aufgeklärten Verstandes und wird daher den Guten und Aufgeklärten, die das freiwillig wollen, wozu er mit Gewalt nöthiget, nie fühlbar.

Die Wohlgesinnten wünschen die Existenz dieses Zwanges. Irre ich mich wohl, wenn ich glaube, dafs der Gute ungefähr so denkt: Ich will und soll anhaltend einen guten Willen haben. Auf den Fall, dafs ich meiner Pflicht vergesse, wünsche ich, dafs ein von aussen kommender Zwang mich nöthige, das äufsere Objekt der praktischen Vernunft zu realisiren, das ich ohne Unterlaß aus freiem Entschlusse realisiren will und soll; ich will wenigstens ein gezwungenes Werkzeug der gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit seyn, wenn ich aufhöre und vergesse, in einer freien Thätigkeit für das Wohl meiner Brüder zu wirken. — Dies ist ohne Zweifel die redliche, innere Sprache des guten Menschen. — Auch der Selbstliebe, oder der eigennützigen Denkart ist ein solcher Zwang nicht weniger wünschenswerth. Es kann zwar der Selbstliebe nicht angenehm seyn, dafs sie durch einen äufsern Zwang genöthiget werden soll, sich selbst zu vergessen und für das Beste Anderer thätig zu seyn; allein da Andere diesem Zwange gleichermaassen unterworfen sind, so macht sie den richtigen Schluss, dafs sie bei diesem Zwange mehr ge-

winnt, als verliert, und daß die Glückseligkeit, was von so großer Bedeutung ist, gesichert wird: sie wünscht die Organisirung dieses Zwanges und ist bereit, dieselbe bewirken zu helfen. Selbst diejenigen also, die sich bloß von der Selbstliebe leiten lassen und auf sittliche Schranken durchaus nicht achten, selbst die Bösen müssen, sobald sie ihren Vortheil verstehen, die Errichtung dieses Zwanges wünschen.

Das Sittengesetz fordert die Organisirung eines Zwanges, durch welchen die That des guten Willens in Ermangelung des guten Willens der Einzelnen hervorgebracht werde. Nur durch die Menschen selbst kann eine solche äußere, zum Guten nöthigende Gewalt erschaffen werden; der gute Wille und die Selbstliebe richten ihre Wünsche auf die Entstehung dieser Gewalt; mithin wird diese nothwendige, von allen Seiten laut geforderte Gewalt unausbleiblich gestiftet werden und zu wirken beginnen, sobald, daß ich so sage, der allgemeine Verstand oder, wenn Sie lieber wollen, der Verstand der Mehrheit der Individuen den mäßigen Grad der Aufklärung erreicht hat, der erforderlich ist, um Recht und Unrecht zu unterscheiden, um die Ungewissheit der Tugend zu berechnen und so die Quelle des menschlichen Elends wenigstens zum Theil zu erkennen. — Daß die ersten Versuche, welche die Söhne der Erde mit der Einführung des Zwanges, der im Namen des guten Willens der Einzelnen, wenn dieser mangelt, wirken soll, gemacht haben werden, sehr unvollkommen ausfallen mußten, bedarf keiner Erinnerung. Menschenwerke können sich der Vollkommenheit nur mehr oder weniger nähern, aber nie vollkommen seyn, am allerwenigsten als erste Versuche.

Belieben Sie nur das Fenster zu öffnen und in die wirkliche Welt hinauszuschauen. Sie werden bald die Maschinen erblicken, die man gebaut und in Gang gesetzt hat, um, wo möglich, auch ohne den guten Willen der Einzelnen die That des guten Willens einzuweilen so gut, als es sich thun läßt, zu Tage zu fördern. Hier sehen Sie nagelneue, dort schon sehr alte, verrostete Maschinen. In unsern Tagen sind etliche mit großem Krachen eingestürzt. Einige sind, wie Sie bemerken können, sehr einfach, andere sehr zusammengesetzt. Kostspielig sind sie alle und alle fehlerhaft. Hören Sie das Kreischen, das Stampfen, das Seufzen der Achsen, die schrecklichen Stöße! Mir gällen die Ohren. Ich bitte Sie, verschließen Sie das Fenster. Wir wollen nicht untersuchen, auf welche Art und Weise man die That des guten Willens zu Tage zu fördern sucht, — wie so eben gezwungen wird, sondern uns mit den Bedingungen und Regeln der allgemeinen gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit und der Anwendung des hierzu erforderlichen Zwanges bekannt machen.

Freiheit und Zwang scheinen unverträgliche Begriffe zu seyn. Wie kann der Mensch, ein freies Wesen, gezwungen werden?

Wenn er, dient hierauf zur Antwort, in eine Lage versetzt wird, wo er mit Gewißheit voraussieht, daß die Erreichung bestimmter Zwecke, die er nicht setzen soll, statt der Lust, die ihm dadurch in einer unzerrissenen natürlichen Verknüpfung von Ursache und Wirkung zu Theil werden müßte, durch eine künstliche Veranstaltung Unlust und Leiden unausbleiblich und unvermeidlich nach sich zieht. Nur

auf diesem Wege kann ein freies, vernünftigsinnliches Wesen gezwungen werden. Der Zwang, durch den freie, vernünftigsinnliche Wesen von bestimmten Handlungen zurückgehalten und zu bestimmten Handlungen genöthigt werden sollen, geht aus dem *Das yn einer äußern unwiderstehlichen Gewalt*, die das angedrohte Uebel unvermeidlich zufügen kann und will, und aus der Vorstellung von der Unvermeidlichkeit dieses Uebels hervor und auf dieser Vorstellung beruht ganz eigentlich der Zwang. Denn die wirkliche Zufügung des angedrohten Uebels ist kein Zwang, sondern nur die Vollstreckung der Drohung. Wird das angedrohte Uebel wirklich zugefügt; so ist entweder die verbotene Handlung verrichtet, oder die gebotene unterlassen worden, mithin ist es kein Zwang zur Unterlassung oder Verrichtung gewisser Handlungen, sondern das Mittel, die Vorstellung von dem Ernste der Drohung und von der Unvermeidlichkeit des Uebels zu erneuern und zu erhalten. Der Zwang, durch den freie, vernünftigsinnliche Wesen zu einer bestimmten Handlungsweise genöthigt werden können, ist also in der That ein innerer, *psychologischer* Zwang und besteht in der Vorstellung von der Unvermeidlichkeit des angedrohten Uebels. Der äußere Zwang ist in der vollstreckten Drohung eine Störung und Verhinderung der Glückseligkeit. Das praktische Vernunftgesetz, das in Ermangelung des guten Willens der Einzelnen die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit durch einen Zwang betrieben wissen will, gebietet also, die Glückseligkeit derjenigen zu stören und zu verhindern, die die Glückseligkeit Anderer nicht befördern und stören, damit sie ihres eignen Vortheils halber den Vortheil Anderer stets vor Augen

behalten. Das im Namen des praktischen Vernunftgesetzes angedrohte und zugefügte Uebel, das die moralischnothwendige Verhinderung der bösen That ausmacht, heisst *Strafe*. Jeder andere, nicht im Namen der praktischen Vernunft einem freien, vernünftigsinnlichen Wesen angethane Zwang ist Unrecht, Gewaltthätigkeit und Tyrannei. Die Strafe, der gerechte Zwang, soll den ungerechten verhindern und aufheben und jede Störung und Verhinderung der Glückseligkeit Anderer und selbst jede unterlassene Handlung, die diese Glückseligkeit befördern könnte, ist ein Andern angethaner ungerechter Zwang. — Die äussere Gewalt, durch welche allein die Strafe angedroht und vollzogen werden kann und soll, muss stets wirksam und unwiderstehlich seyn, das ist, die Strafe darf nie ausbleiben und muss nie vermieden werden können, weil sonst der psychologische Zwang, auf welchen alles ankommt, sich überhaupt entweder nicht erzeugt, oder nicht mit der erforderlichen Strenge wirkt. — Die Aufgabe geht nicht sowohl dahin, dass gestraft, als vielmehr blos dahin, dass die Strafe angedroht und durch die Gewissheit und Unvermeidlichkeit derselben in allen Individuen, die einen bösen Willen haben, der psychologische Zwang erzeugt werde, der sie zur negativen und positiven Beförderung der Glückseligkeit Anderer treibe. Gleich der Wirkung, die einem ewigen Naturgesetze zufolge zu ihrer Zeit unausbleiblich eintritt, muss jedoch pünktlich, streng und unerbittlich die Strafe erfolgen, wenn der böse Wille in Handlungen übergegangen ist.

Es ist der Mühe werth, meine theure Freundin, hier einen Augenblick inne zu halten, um mit dem

Begriffe der *Strafe* vertraut zu werden. — Jede böse Gesinnung und jede böse Handlung bestraft sich selbst. Unruhe des Gewissens und Selbstverachtung sind ein auf ein moralisches Uebel (die verbotene Handlungsweise) folgendes, in der Natur des Menschen sich erzeugendes Uebel. Von dieser Strafe, wenn anders ein natürliches Uebel eine Strafe ist, kann man eben deshalb, weil sie in der sittlichen Natur des Menschen gegründet, mithin anthropologisch nothwendig ist, nicht sagen, daß sie moralischnothwendig sey. Der Mensch kann sich gegen die Strenge und Schärfe derselben abhärten, aber nicht ganz unempfindlich machen, und die Vergänglichkeit der Abhärtung nicht verhüten. Diese Strafe folgt auf die Gesinnungen, wie auf die Handlungen. Von ihr ist bei der moralischnothwendigen Erzwingung der gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit nicht die Rede. Die zu diesem Zwecke durch das Sittengesetz angeordnete Strafe folgt nicht der bösen Gesinnung, welches unmöglich ist, sondern der bösen, d. i. der Andern schädlichen Handlung.

Die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit, der äußere Zweck des praktischen Vernunftgesetzes, soll wie durch die Kraft eines unverrückbar wirkenden Naturgesetzes erzwungen werden. Dies geschieht durch einen Zwang, dessen Triebwerk in der Selbstliebe seinen Sitz hat und durch das auf böse Handlungen erfolgende künstliche Uebel, durch die Strafe, in Bewegung gesetzt wird. *Die Strafe ist das einzige Mittel der Erzwingung der gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit.* Soll diese statt finden, so muß die Strafe drohen und nach vollbrachter böser That unausbleiblich vollzogen werden.

Der äußere Gegenstand der praktischen Vernunft heißt auch, wenn wir unsre Aufmerksamkeit bloß auf die geübte That des guten Willens und das rechtliche Verhältniß der Individuen richten, *moralische Ordnung*. Die That des guten Willens soll der Forderung der praktischen Vernunft gemäß unausbleiblich erfolgen und in Ermangelung des guten Willens durch einen äußern unwiderstehlichen Zwang hervorgebracht werden. Es soll unter vernünftigen Wesen eine Ordnung herrschen, die ihrer würdig ist. Für freie, vernünftigsinnliche Wesen kann der Zwang nur in der Androhung eines unvermeidlichen Uebels bestehen, das als künstlich herbeizuführende Folge einer bösen Handlung, die durchaus nicht vorkommen soll, Strafe heißt. Die angedrohte Strafe setzt den psychologischen Zwang, auf welchem die Erzwingung der That des guten Willens beruht, in Thätigkeit. Die moralische Ordnung, in welcher die Erzwingung der gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit begriffen ist, soll seyn, mithin soll auch die Strafe seyn: *die Strafe ist moralisch nothwendig*.

Dafs die unwiderstehliche Gewalt, die der Zweck der Strafe, von der wir sprechen, voraussetzt, nur durch die *Errichtung des Staats* zu Stande kommt, springt in die Augen. Nur mittelst des Staates ist die Realisirung der moralischen Ordnung möglich. Der Staat soll seyn, er ist moralisch nothwendig und die Heiligkeit desselben bedarf keines weitläufigen Beweises. — Von der Strafe, die der Staat androhen und wenn der Fall der Noth eintritt, unerbittlich vollziehen soll, ist nun zweierlei einleuchtend. Sie ist erstens moralisch nothwendig und zweitens kein Mit-

tel der moralischen Besserung, sondern blos des Abschreckens von der Ausübung der bösen und des Antriebes zur Ausübung der guten That.

Die Strafe ist keinesweges ein beliebiges, der Klugheit anheim gestelltes, von der praktischen Vernunft blos zugelassenes und sanktionirtes Mittel zur gegenseitigen Betreibung der menschlichen Glückseligkeit; nein, sie *soll* in ihrer drohenden Gestalt dastehen und sobald es nöthig ist, wirklich erlitten werden. So will es die praktische Vernunft. Das äußere Objekt derselben soll auch in Ermangelung des guten Willens der Einzelnen verwirklicht werden. Dies ist nur durch Strafe möglich. — Sie sehen hieraus, daß man berechtigt ist, den Begriff der Strafe für einen moralischen d. i. für einen in der praktischen Natur der Vernunft gegründeten Begriff zu erklären. Dieser Begriff ist nun auch vermöge seines in der sittlichen Natur des Menschen gegründeten Ursprungs in den Köpfen Aller zu Hause und die moralische, nicht politische, Nothwendigkeit der Strafe kann nur derjenige bezweifeln, der die Wissenschaften, welche die Verhältnisse und allgemeinen Angelegenheiten der Menschen bestimmen sollen, nicht durch die praktische Vernunft begründet wissen will, oder ungeschickt auf diesem Grunde baut. — Der bösen That soll die Strafe auf den Fersen nachfolgen. So urtheilt jeder Mensch und dieses Urtheil beruht auf dem allen Menschen geläufigen moralischen Begriffe von der Strafe. Wenn ein Verbrecher gestraft wird, so bemitleidet man ihn vielleicht; aber die Strafe wird für gerecht und nothwendig anerkannt. Von der moralischen Nothwendigkeit der Strafe sind die Menschen so über-

zeugt, daß sie selbst den Himmel um Rache anflehen, wenn die irdische Gerechtigkeit schläft. Böse Thaten, die unbestraft bleiben, sind himmelschreiend. Steigen Sie hinab zu den ungebildeten Klassen des Volks und Sie werden finden, daß man sich über die Widerwärtigkeiten, die endlich nach einem langen Glücke den Ungerechten treffen, freut und sie für Strafe des Himmels hält. Man erinnert sich der schändlichen Handlungen, durch die er sein Glück machte, der Bosheiten, die er, mächtig durch sein Glück, ungestraft ausübte. Das ist Gottes Strafe, sagt man; ein ungerechtes Gut gedeiht nicht u. s. w. Ich leugne nicht, daß bei diesen und ähnlichen Urtheilen Neid und Schadenfreude mit im Spiele seyn können; lassen Sie uns aber darauf eben so wenig sehen, als auf die hervorstechenden irrigen Vorstellungen von der göttlichen Gerechtigkeit, sondern blos bemerken, daß jene Urtheile nicht gefällt werden könnten, wenn nicht der Begriff der moralischen Nothwendigkeit der Strafe in allen Köpfen einheimisch wäre.

Das *Strafrecht*, das dem Staate zukommt, beruht auf der moralischen Nothwendigkeit der Strafe und ist ein Recht, inwiefern die Individuen, die eine Schuld auf sich laden, verpflichtet sind, sich der Strafe zu unterwerfen; der Staat ist aber verpflichtet zu strafen, inwiefern er da ist, die moralische Ordnung zu realisiren. Es ist Pflicht für den Staat, die Strafe anzudrohen und zu vollziehen. So wie der *Zweck der Androhung* der Strafe die Erzeugung des psychologischen Zwanges ist; so ist der *Zweck der Vollziehung* derselben die Unterhaltung der Schrecken jener Androhung. — Bei der Vollziehung der Strafe darf

nicht gefragt werden, ob der Gestrafte auch ganz gewiss seine That nicht wiederholen werde und ob Andere durch die Vollziehung dieser Strafe sich von der Verübung ähnlicher Thaten abschrecken lassen. Durch jede Vollziehung einer Strafe wird bewiesen, daß die Strafe die böse That nicht immer verhindert. Indefs ist und bleibt die Strafe oder ein angedrohtes, künstlich herbeizuführendes, unvermeidliches Uebel das einzige Mittel der Realisirung des äufsern Objekts der praktischen Vernunft; mithin soll ohne weiteres im vorkommenden Falle der Schuld die Strafe zuerkannt und vollzogen werden. Je öfterer gestraft wird, je häufiger sind die Beweise, daß der Staat entweder ungerecht straft, odere andere ihm obliegende Pflichten vernachlässiget; denn er ist nicht bloß da, um zu strafen. Bei der Erfüllung anderer ihm obliegender Pflichten, von denen ich mich an einem andern Orte mit Ihnen unterhalten werde, wird die Nothwendigkeit der Vollziehung der Strafe nur selten eintreten und so fortwährend die Aufgabe, daß die angedrohte Strafe den psychologischen Zwang erzeuge, annähernd gelöst werden.

Der *Zweck der Strafe* ist nicht die moralische Besserung. Ob der Staat für diese bei der Zufügung der Strafe nebenher zu sorgen habe, können wir hier an seinen Ort gestellt seyn lassen. Bloß in der Verhinderung der bösen That vermittelt eines unabwendbaren Uebels, das an die Verübung derselben geknüpft wird, besteht der Zweck der Strafe.

Die Strafe folgt nicht auf böse Gesinnungen, sondern auf böse Handlungen; sie wird nicht verhängt,

weil ein böser Wille existirte, sondern weil er wirkte und die Wirkung des bösen Willens nur durch sie verhindert werden kann. Der Zwang, der durch die Strafe wirkt, kann nicht den guten Willen erzeugen, sondern nur den bösen Willen zur Unterlassung der verbotenen und zur Verrichtung der gebotenen Handlung bestimmen. Es ist unmöglich, daß die Furcht vor einem angedrohten Uebel in eine tugendhafte Gesinnung übergehe, ob sie gleich dieselbe gelegentlich veranlassen kann und unfehlbar den Entschluß, legal zu handeln, zur Welt bringt. Der Tod ist, nach der christlichen Lehre, der Sünde Sold, nicht so die Strafe, die nicht das frevelnde Herz, sondern die frevelnde Hand verfolgt. Der größte Verächter der Befehle des Sittengesetzes ist vor der Strafe sicher, wenn er sich aus Furcht vor derselben in den Schranken der Legalität hält. Auch er verdiente Strafe, wenn die unsittliche Gesinnung zu bestrafen wäre.

Dies ist es, was ich Ihnen über die Strafe, über den Zweck derselben und die Begründung des Strafrechts sagen wollte. Die Strafe, die der Staat vollziehen soll, erschöpft nun auch den Begriff der Strafe vollständig. Sie ist das schlechthin, was unter Strafe verstanden werden muß. Die Unruhe des Gewissens ist keine Strafe, sondern eine aus der sittlichen Natur des Menschen hervorgehende Veranlassung zur Besserung und Wachsamkeit. Der Böse verdient diese Unruhe nicht, wie eine Strafe, sondern er ist ihrer bedürftig, wie einer Wohlthat. Als Strafe wäre diese Unruhe auch ganz zweckwidrig, so wie dies der Fall mit der äußern Strafe seyn würde, wenn sie auf die Unsittlichkeit an und für sich folgte und Sittlichkeit be-

fördern sollte. Die tugendhafte Gesinnung besteht in dem freien Gehorsam gegen das praktische Vernunftgesetz; aus der Furcht vor der Unruhe des Gewissens kann dieselbe nie hervorgehen, nicht gerechnet, daß die Wirkung ihre Ursache nicht bewirken kann. Je mehr die eben gehegte Gesinnung dem Sittengesetze entspricht; desto mehr gewinnt das Gewissen an Kraft. — Die Strafe ist immer nur das Mittel der Realisirung und Aufrechthaltung einer moralischen Ordnung, in welcher alles auf die gute That ankommt und diese soll unausbleiblich erfolgen und kann, wenn der gute Wille mangelt, nur vermittelst der Strafe erfolgen.

Lassen Sie sich nicht irre führen, meine scharfsinnige Freundinn, wenn Sie hören oder lesen, daß, sobald die Strafe nicht bloß eine Züchtigung, nicht bloß eine moralisch nothwendige Folge der Unsittlichkeit ist, der Mensch durch dieselbe in ein bloßes *Mittel* verwandelt werde, welches nicht geschehen soll. — Gesetzt, der Verbrecher, an dem die Strafe vollzogen wird, sänke von der Würde eines Selbstzwecks zur Niedrigkeit eines Mittels herab; hat er denn diese Entwürdigung nicht sich selbst zuzuschreiben? Es stand ihm frei, durch die Unterlassung der bösen That die angedrohte Strafe, wie ein vermeidliches physisches Uebel, von sich abzuwenden. Wie kann der freie Mensch verhindert werden, sich selbst zu entwürdigen? Doch die Strafe verwandelt den Bestraften keinesweges in ein bloßes Mittel. Durch die allgemein ausgeübte That des guten Willens macht sich ein jeder dem Andern zum Mittel der Erreichung der Glückseligkeit und jeder Andere ist mithin einem

jeden Selbstzweck, so wie ein jeder sich selbst Selbstzweck ist und Andere, die er als Selbstzwecke behandelt, auch zugleich als Mittel der Erreichung seiner Glückseligkeit erkennt. Das Sittengesetz will, daß die vernünftigsinnlichen Wesen bei der Beförderung der Glückseligkeit sich gegenseitig Mittel und Selbstzwecke zugleich seyn sollen. Die angedrohte Strafe, die den psychologischen Zwang erzeugt, macht den Gezwungenen für Andere zu einem Mittel der Erreichung der Glückseligkeit, aber nicht zum bloßen Mittel. Denn in Beziehung auf Andere gereicht die angedrohte Strafe, die in diesen Andern den innern Zwang erzeugt, auch ihm zum Vortheile; die dadurch hervorgebrachte gute That Anderer kommt auch ihm zu gute: er ist dem äußern Zwange nicht bloß Mittel, sondern auch zugleich Selbstzweck. Durch die Erduldung der Strafe wird der Bestrafte ein Mittel der Erhaltung der Schrecken, die die Androhung der Strafe umlagern müssen und ist also auch hierbei, da diese Androhung den psychologischen Zwang, der die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit betreibt, zur Folge hat, ein Mittel der Erreichung der Glückseligkeit für Andere; aber wiederum ist er auch hier nicht bloßes Mittel, sondern zu gleicher Zeit Selbstzweck. Denn die Strafe (mit Ausnahme der Todesstrafe und lebenslänglichen Freiheitsberaubung,) ist vorübergehend, wirkt auf Andere und schlägt so auch zu seinem Vortheile aus.

Die Erduldung der Strafe ist Pflicht und in der Erfüllung dieser Pflicht findet der reuige Verbrecher einen süßen Trost. Er büßt seine Schuld durch die Strafe ab und vergütet gewissermaassen den Schaden,

den seine That anrichtete, schon durch die Erweckung und Erhaltung der Schrecken der Strafandrohung.

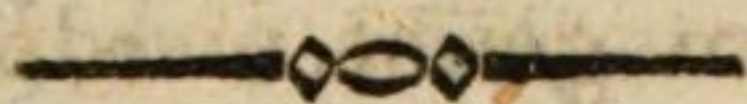
Böse Thaten verüben, die Glückseligkeit Anderer verhindern, die Rechte Anderer angreifen, sind, wie in der Folge noch mehr einleuchten wird, gleichbedeutende Ausdrücke. *In dem Grade, in welchem der Verbrecher die Rechte Anderer kränkte, wiederfahre auch ihm eine Störung und Schmälerung seiner Rechte.* Dies ist die Regel der Zuerkennung und Abmessung der Strafe. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Die Gewissheit der Erfüllung dieser Drohung macht, daß der Schlechtgesinnte die böse That aus Liebe für sich selbst unterläßt. Man kann in einem paradoxen Ausdrucke die Strafe eine gebotene, dem Grade des Verbrechens angemessene Verletzung der Rechte des Verbrechers, als Menschen und Staatsbürgers, nennen. Der Verbrecher verwirkt seine Rechte in dem Grade, in welchem er Anderer Rechte kränkte, oder er wird in dem Grade weniger als Selbstzweck und mehr als bloßes Mittel behandelt, in welchem er Andere weniger als Selbstzwecke und mehr als bloße Mittel behandelte. Hat der Verbrecher in Andern die Natur eines Selbstzwecks durchaus nicht geachtet, hat er seine Bestimmungsgenossen bösslicher Weise wie Sachen, durchaus bloß als Mittel behandelt; so darf bei der Zuerkennung und Zumessung der Strafe die Natur eines Selbstzwecks auch in ihm nicht geachtet, er darf nicht nur, sondern er muß rechtlicher Weise wie eine Sache, wie ein bloßes Mittel behandelt werden. Hieraus folgt die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe. Ich schaudere mit Ihnen, gefühlvolle Freundin, vor

dieser Rechtmäßigkeit zurück; aber gestehen Sie, daß eine schreckliche böse That eine schreckliche Strafe nothwendig macht. Der zum Tode verurtheilte Verbrecher ist in der Erduldung der Strafe durchaus bloß ein Mittel der Aufrechthaltung der Schrecken, die die Androhung der Strafe umgeben müssen. — Die Strafe muß dem Grade des Verbrechens angemessen seyn und ist in dieser Eigenschaft ein gerechtes und moralischnothwendiges Mittel der Verhinderung der bösen und der Beförderung der guten That. Mit furchtbar ernster Stimme spricht der äußere Zwang zu einem jeden: In dem Maasse, in welchem Andere durch deine Schuld ihrer Rechte verlustig gehen, wirst du durch mich deiner eignen Rechte beraubt werden. Stoßen Sie den Grundsatz um, aus welchem die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe folgt und ich werde mich freuen, daß die Pflicht, den Tod zuzuerkennen, aus der Reihe der Pflichten des Richterthums hinweggestrichen seyn wird. Doch ich fürchte, daß der Grundsatz unumstößlich ist. — Lassen Sie uns nicht bloß mitleidig, sondern auch gerecht seyn. Die Menschheit schaudert vor einer Hinrichtung zurück, noch mehr vor einem Morde. Doch hinweg von einem so traurigen Gegenstande!

Ich glaube Ihnen in gegenwärtigem Schreiben dargethan zu haben, daß die praktische Vernunft die gute That in Ermangelung des guten Willens der Einzelnen durch einen Zwang hervorgebracht wissen will. Dieser Zwang ist die Strafe. Der Staat soll, als Handhaber des Zwanges, mittelst desselben die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit betreiben, oder die That des guten Willens zu Tage fördern.

Jeder Einzelne muß nun die Handlungen kennen, welche die gute That in sich begreift, jeder Einzelne muß wissen, worin die Glückseligkeit Anderer besteht und was er auf seinem Standpunkte und nach Maßgabe seiner Kräfte zu thun hat. — Der Staat, der vermittelt eines Zwanges die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit betreiben und den ihm anvertrauten Zwang mit *Gerechtigkeit* anwenden soll, muß wissen, worin die Glückseligkeit der Einzelnen besteht, er muß die Verhältnisse der Einzelnen ordnen, die Kräfte derselben kennen und allen kundmachen, was sie zu thun haben. Welche Aufgabe für den Staat! — Ueberdies muß er sich so organisiren, daß er den Einzelnen nie Unrecht thun *kann*.

Hier scheint das Unmögliche gefordert zu werden. In meinem nächsten Schreiben werde ich den Anfang machen, Ihnen die Möglichkeit der Erfüllung dieser Forderungen auseinander zu setzen.



Siebenter Brief.

Indem die Vernunft zur Hervorbringung der That des guten Willens einen Zwang verordnet, gebietet sie das *Recht*. Das praktische Vernunftgesetz, meine hochverehrte Freundin, ist nicht bloß ein *Tugendgesetz*, sondern auch zugleich ein *Rechtsgesetz*. Wenn die äußern Objekte der praktischen Vernunft nicht vermittelt des realisirten innern Objekts derselben, d. i.

wie Sie ohne meine Erklärung sehen, durch einen freigebornen Gehorsam gegen die Befehle der Vernunft, verwirklicht werden; so sollen sie durch einen in der Sklaverei gebornen Gehorsam, vermittelt eines Zwanges, ihr Daseyn erhalten. Die äufsern Objekte der praktischen Vernunft sind indem leidenden und thätigen Verhalten beschlossen, das die vernünftigsinnlichen Wesen gegen einander zur Beförderung ihrer Glückseligkeit beobachten sollen.

Die *Tugend* besteht in einem Willen, der aus freiem Gehorsam gegen das praktische Vernunftgesetz die Gebote desselben anhaltend zu erfüllen strebt; das *Recht* ist ein Zwang, vermittelt dessen anhaltend die Gebote der praktischen Vernunft, auch ohne den guten Willen der Einzelnen, durch die Einzelnen erfüllt werden. Das praktische Vernunftgesetz, als Tugendgesetz, legt lauter *Gewissenspflichten* auf. Im Reiche der Tugend soll es durchaus keine Zwangspflichten geben; da soll das, was recht und gut ist, aus freiem Gehorsam geübt werden. Als Rechtsgesetz legt die praktische Vernunft lauter *Zwangspflichten* auf. Alles, was recht und gut ist, wird, wo das Recht herrscht, in Ermangelung des guten Willens aus einem erzwungenen Gehorsam geübt; da hängt die Realisirung der äufsern Objekte des Sittengesetzes nicht mehr von Gewissenspflichten ab.

Dieses und jenes sind zwei unendliche Aufgaben, die zugleich und zusammen *annähernd* gelöst werden sollen. Einen vollkommen guten Willen soll ein jeder Mensch unausgesetzt haben und keiner hat ihn; das herrschende Recht soll vollständig die gute That

erzwingen und hat diese Macht vollkommen nur in der Theorie. Wollten die Menschen blos der Tugend, oder blos dem Rechte anhangen; so würde es um die Erreichung der äufsern Zwecke der praktischen Vernunft, oder mit andern Worten, um die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit schlecht stehen. Dienen sie aber der Tugend und dem Rechte zugleich, bestreben sie sich stets, moralisch vollkommener zu werden und die Herrschaft des Rechts immer mehr zu vervollkommen und fester zu gründen; so bietet die Tugend dem Rechte und das Recht der Tugend die Hand und die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit geht von Zeit zu Zeit vortreflicher von statten.

Das Recht ist die gute That im Zwange; die gute That befördert die Glückseligkeit Anderer; da, wo das Recht herrscht, wird die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit unausbleiblich betrieben. Unter der Herrschaft des Rechts liegen einem jeden gegen jeden Andern Pflichten ob, die er vermöge des Zwanges, den der Staat handhabt, erfüllen muß; Erfüllung der Pflicht ist Beförderung der Glückseligkeit Anderer; jeder erwartet da, wo das Recht herrscht, mit Zuversicht und ohne getäuscht zu werden, von jedem Andern Beförderung seiner eignen Glückseligkeit, — jeder kann von dem Andern bestimmte, seine Glückseligkeit negativ und positiv befördernde Handlungen fordern und dieselben vermittelt des Staates, der allein den Zwang, dessen Daseyn die Vernunft gebietet, leiten kann, erzwingen: ein jeder hat *Rechte*. Unter der Rechtsherrschaft wird das Verhältniß der Individuen gegen einander durch *gegenseitige Rechte und Pflichten* bestimmt. — Im Reiche der Tugend kann

keiner, da der gute Wille etwas Zufälliges ist, mit Gewissheit die Beförderung seiner Glückseligkeit von Andern erwarten, noch weniger, da hier statt des Rechts die Freiheit herrscht, sie fordern und erzwingen; hier ist ein jeder rechtlos, hier hat ein jeder nur auf den Fall Rechte, daß es Rechte gibt und daß das Recht herrschend gemacht werden kann. Im Reiche der Tugend ist ein jeder von dem guten Willen, das heißt, von der Willkühr des Andern abhängig und also nicht *frei*, wenn unabhängig von der Willkühr Anderer seyn frei seyn heißt; unter der Herrschaft des Rechts ist ein jeder frei, durchaus ganz unabhängig von der Willkühr Anderer. Die Beförderung seiner Glückseligkeit kommt ihm von Andern vermittelt eines Zwanges; wie sollte er von Andern abhängen?

So wie in der Sittenlehre das Daseyn eines Sittengesetzes erwiesen wird und die einzelnen Pflichten aus demselben abgeleitet werden; so ist in der Rechtslehre der Uebergang des praktischen Vernunftgesetzes aus einem Tugendgesetz in ein Rechtsgesetz darzu-
thun und unter dessen Leitung die Reihe der einzelnen Rechte aufzustellen.

Das *Prinzip der Rechtslehre* geht, wie das Prinzip der Sittenlehre, aus der praktischen Vernunft hervor. Wenn man auf die Strenge sieht, mit welcher die Vernunft die Realisirung ihrer äußern Objekte verlangt und auf die Zufälligkeit des guten Willens, wegen welcher die Realisirung jener Objekte stets ungewiß bleibt; so ist es unbegreiflich, wie man den sich gleichsam aufdringenden moralischnothwendigen Zwang nicht erblicken und das in der praktischen Vernunft liegende Rechtsprinzip verkennen kann. Wenn

alle Menschen moralisch vollkommen und in gleichem Grade aufgeklärt wären und beides zuverlässig blieben; so bedürften wir keines Rechts und keiner Rechtswissenschaft. Wer sollte denn gezwungen werden, wenn jeder aus Tugendhaftigkeit seine Pflicht erfüllte? Nur der Mangel und die Ungewissheit des guten Willens, verbunden mit dem Mangel, der Schwäche und Ungleichheit der Aufklärung, die der gute Wille nicht entbehren kann, machen den rechtlichen Zwang nothwendig. Der Rechtszwang und der gute Wille haben beide einerlei Objekt: die Realisirung der guten That; sie sind Brüder, ihre gemeinschaftliche Mutter ist die praktische Vernunft.

Das praktische Vernunftgesetz fordert die Allgemeingültigkeit der Handlungsweise und kann das *Sittengesetz* in weiterer Bedeutung, das Gesetz für das gegenseitige thätige und leidende *Verhalten* heißen. Es ist das Sittengesetz in engerer Bedeutung oder das Tugendgesetz, indem es sich an den freien Willen wendet und sagt: Eine allgemeingültige Handlungsweise werde gewollt; es ist das *Rechtsgesetz*, indem es einen Zwang verordnet und sagt: *Eine allgemeingültige Handlungsweise werde erzwungen.* — Hier haben Sie, Freundinn, das Rechtsgesetz in Worte eingekleidet. Formal und material zugleich ausgedrückt, wird es so lauten: Ein jeder werde auf eine allgemeingültige Weise gezwungen, die Glückseligkeit Anderer negativ und positiv zu befördern.

In der Rechtslehre soll nicht gelehrt werden, was erzwungen werden *darf*, sondern was erzwungen werden *soll*. Die praktische Vernunft *erlaubt* nicht, sondern sie *gebietet*, daß in Ermangelung des guten Willens gezwungen werde.

Nur durch das aus der praktischen Vernunft abgeleitete Recht (und es gibt kein anderes) kann annähernd eine moralische Ordnung, ein solches Verhältniß der einzelnen freien vernünftigsinnlichen Wesen gegen einander zu Stande kommen, in welchem jeder an der Stelle, die ihm gebührt, den Theil der allgemeinen guten That, der von ihm gefordert werden kann, unfehlbar verrichtet und unabhängig von der Willkühr Anderer, ungehindert und hochbeglückt von Andern, sich seiner Glückseligkeit erfreut.

Das Recht ist ein sittlicher und keinesweges ein bloß logischer Begriff. Die theoretische Vernunft kann nichts zu einem Rechte stempeln, was nicht auch ohne sie die praktische Vernunft dafür anzuerkennen stillschweigend gebietet. Da alle Menschen ein moralisches Gefühl und eine moralische Urtheilskraft haben; so dürfen die (von der praktischen Vernunft begründeten) Menschenrechte dem gesunden Verstande nur nachahmhaft gemacht werden und man kann gewiß seyn, daß er sie als solche anerkennt. Weis er nichts von ihrem Ursprunge; so wird er jedes Prinzip, aus dem sie ihm ein konsequenter Denker ableitet, für das richtige und wahre annehmen. — Leiten Sie nach dem Beispiele eines großen Denkers die Rechtslehre aus dem Begriffe der Möglichkeit der Gemeinschaft freier, vernünftiger Wesen, als solcher, ab; so ist es keinem Zweifel unterworfen, daß Sie die dem Menschen, als einem freien, vernünftigen Wesen zustehenden bekannten und weniger bekannten Rechte, die er vermöge seiner moralischen Natur anzuerkennen, obgleich nicht immer heilig zu halten bereit ist, auffinden werden. Die Frage: Wie ist ei-

ne Gemeinschaft freier, vernünftiger Wesen, als solcher, möglich, welche die theoretische Vernunft mit vielem Scharfsinne beantwortet, um endlich, wie sie sagt, eine wahre Rechtslehre zu gründen und aufzustellen, beantwortet schlicht die praktische Vernunft durch ihr Gesetz, das den Einzelnen eine allgemeingültige Handlungsweise gebietet, die, wenn der gute Wille mangelt, erzwungen werden soll. Hier ist das Rechtsgesetz! — Die auf die Möglichkeit der Gemeinschaft freier, vernünftiger Wesen, als solcher, gegründete Rechtslehre bleibt so lange hypothetisch, bis erwiesen ist, daß alle Einzelne eine solche Gemeinschaft wollen, welches sich von den Unaufgeklärten, den Ruchlosen, den Starken und Mächtigen schwer dürfte beweisen lassen. In diesem Systeme vertritt der gewisse Zwang des Staates die Stelle der ungewissen Konsequenz der Einzelnen und muß sich daher auf die Willenserklärung der Einzelnen stützen. Ohne diese Stütze empört er, der die Strafe ist, das moralische Gefühl, das uns sagt, daß irrige Urtheile und falsche Schlüsse wenigstens nicht ohne die vorhergegangne Einwilligung dessen, der bestraft werden soll, bestraft werden dürfen. Auf der andern Seite kommt aber die moralische Natur des Menschen, aus welcher die Begriffe des Rechts entspringen, dem Theoretiker wiederum zu statten und nennt den Zwang, ob er gleich nicht aus der praktischen Vernunft abgeleitet ist, wenn er nur nach ihrem Sinne wirkt, auch ohne die vorgegangene Willenserklärung der Einzelnen, gerecht — Die auf die Möglichkeit der Gemeinschaft freier, vernünftiger Wesen, als solcher, gegründete Rechtslehre bleibt hypothetisch so lange, bis erwiesen ist, nicht nur, daß alle Ein-

zeln eine solche Gemeinschaft wollen, sondern auch, daß alle Einzelne in eine solche Gemeinschaft treten sollen. Nur durch das *Sollen* erhält diese Rechtslehre eine lebendige Seele. Ihr Prinzip ist nur scheinbar und weiter nichts, als ein brauchbares Instrument für den Verstand, um das durch die praktische Vernunft erschaffne Recht in seinen einzelnen Theilen kennen zu lernen. Die gute That soll durch den guten Willen und in Ermangelung desselben vermittelt eines Zwanges realisirt werden. Das ist das heilige Gebot der praktischen Vernunft und der Schlüssel, der die Halle zur Moral und Rechtslehre öffnet.

Wenn man mit dem Rechte mehr ins Reine seyn und erkannt haben wird, daß sein Gebiet größer ist, als man bisher glaubte, wenn man beherzigen wird, daß es für die gewaltlose und ungewisse Tugend nicht nur Beistand, sondern auch Ersatz seyn soll, wenn man zugeben wird, daß es Rechte gibt, die bisher verkannt wurden, die mithin ungesichert sind und ohne Scheu verletzt werden, und daß das Elend, das die Menschheit drückt, in dem Mangel an Rechtserkenntniß und Rechtsgewalt seinen wahren Grund hat; so wird man das Studium der Rechtslehre, die Beförderung desselben und das Hinarbeiten auf die Gründung und Vervollkommnung der Rechtsherrschaft für die erste und heiligste Pflicht eines jeden Menschen und ins besondere des Menschen im großen Wirkungskreise anerkennen müssen. Lassen Sie uns indess in den kleinen Kreisen, die unsrer Wirksamkeit angewiesen sind, für den erlauchten Zweck so viel thun, als in unsern Kräften steht.

Die gute That soll bei der Ungewissheit und in Ermangelung des guten Willens erzwungen werden und die Erzwingung der guten That besteht in der Betreibung der gegenseitigen negativen und positiven Beförderung der Glückseligkeit; mithin liegen einem jeden gegen jeden Andern Zwangspflichten ob und ein jeder darf von jedem Andern eine nach allgemeinen Gesetzen abgemessene, negative und positive Beförderung seiner Glückseligkeit fordern und vermittelst des Staates durch die Betreibung der Erfüllung der Pflichten erzwingen: ein jeder hat Rechte. Im Staate genießt ein jeder ungestört und sicher seiner Rechte; denn der Staat sichert durch die Erzwingung der Erfüllung der Pflichten die Rechte. Die *Rechte sichern*, die gute That erzwingen und die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit betreiben sind nun, wie Sie sehen, durchaus gleichbedeutende Ausdrücke und man darf, nach vorhergegangner Erklärung, beliebig diesen oder jenen setzen, wenn man den *Zweck des Staates* angeben will. Auch sehen Sie zu gleicher Zeit, daß man unfehlbar die dem Menschen, als Menschen, zustehenden Rechte auffinden wird, wenn man untersucht, was der Staat zur Betreibung der gegenseitigen allgemeingültigen Beförderung der Glückseligkeit zu thun hat.

Die Glückseligkeit besteht im Allgemeinen im Erreichen der Zwecke. Die Erreichung der Zwecke, die ein freies, mit Wesen seiner Art in Wechselwirkung sich befindendes, an Kräften beschränktes, vernünftigsinnliches Wesen setzt, hängt 1) von seiner eignen Thätigkeit ab und 2) und 3) von der Zulassung und Hilfsleistung der Wesen, mit denen es in

Wechselwirkung steht. Der Staat, der die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit betreiben, oder die Erreichung der Zwecke, inwiefern sie von Andern abhängt, erzwingen soll, hat nun die Einzelnen begreiflich bloß zu dieser *Zulassung* und *Hülfleistung*, aber keinesweges zu der Thätigkeit anzuhalten, die zur Erreichung derjenigen Zwecke erforderlich ist, welche die Einzelnen für sich setzen und allein erreichen können. Diese Thätigkeit hat mit der gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit nichts zu schaffen. Der Staat repräsentirt in und mit seinem Zwange den möglicher Weise mangelnden guten Willen der Einzelnen. Dem guten Willen zufolge soll die Erreichung allgemeingültiger Zwecke, die Andere setzen, zugelassen und wenn die Kräfte des Zwecksetzenden nicht ausreichen, befördert und herbeigeführt — es sollen Zwecke für die Hülfbedürftigen gesetzt und erreicht werden. Die Erreichung der Zwecke aber, die das Individuum für sich setzt und allein erreichen kann, wird nie Objekt des guten Willens, sondern bleibt bloß ein Gegenstand der Selbstliebe. Mit diesen Zwecken hat daher der Staat nichts zu thun.

Die Zwecke, deren Erreichung der Staat durch einen Zwang zu betreiben hat, müssen 1) erlaubt seyn, oder auf eine allgemeingültige Weise von den Einzelnen gesetzt werden dürfen; 2) sie müssen durch die Kraft des Einzelnen entweder gar nicht, oder doch nur zum Nachtheile anderer und höherer Zwecke erreicht werden können. — Wie der Staat zur Kenntniß der Zwecke und Kräfte der Individuen gelangt, werden wir an seinem Orte sehen.

Indem der Staat jeden Einzelnen zwingt, jedem Andern die Erreichung erlaubter Zwecke zuzulassen, betreibt er die *negative* Beförderung der Glückseligkeit; die *positive* Beförderung derselben betreibt er, wenn die Einzelnen von ihm gezwungen werden, für Andere nach Maaßgabe ihrer Kräfte Zwecke zu setzen, zu erreichen und von Andern gesetzte Zwecke erreichen zu helfen. Zur Betreibung der positiven Beförderung der Glückseligkeit ist für den Staat die Kenntniß der Zwecke und Kräfte der Individuen erforderlich; bei der Betreibung der negativen Glückseligkeitsbeförderung ist dies nicht der Fall. Hier kommt es auf die Kenntniß der Bedingungen an, unter welchen vernünftigsinnliche, unter einander in Wechselwirkung stehende Wesen erlaubte Zwecke, denen ihre Kräfte gewachsen sind, erreichen können. Diese Bedingungen hängen von der Willkühr der Einzelnen ab, welche durch die Rechtsgewalt in Fesseln gelegt werden soll.

Sind Sie hier auf einen Augenblick geneigt, zu fordern, daß der Staat doch wenigstens die Zwecke, die ein Einzelner für sich und durch eigne Kraft erreichen will, kennen müsse, um zu wissen, ob sie erlaubt sind, ehe er Andere zwingen darf, die Erreichung derselben zuzulassen; so werden Sie sich bald selbst zurechtweisen und gewahr werden, daß die Erreichung eines unerlaubten Zwecks entweder eine Verhinderung, oder eine Nichtbeförderung der Glückseligkeit (der Zweckerreichung) Anderer sey. Beides ist der Staatsaufgabe zufolge unmöglich. Denn der Staat schützt die Bedingungen der isolirten Erreichung der Zwecke und erzwingt die nöthigen Hülfsleistun-

gen. Daraus folgt, daß keiner einen unerlaubten Zweck erreichen kann, wodurch er die Glückseligkeit Anderer entweder verhindert, oder abgehalten wird, dieselbe zu befördern. Der Staat braucht mithin bei der Betreibung der gegenseitigen negativen Glückseligkeitsbeförderung nicht die Zwecke der Einzelnen, sondern bloß die Bedingungen der isolirten Zweckerreichung zu kennen. Wollen Sie aber auch diese Bedingungen Zwecke nennen; so habe ich nichts dagegen.

Jene Bedingungen lassen sich aus dem Begriff eines freien, vernünftigsinnlichen, mit Naturen seiner Art in Wechselwirkung stehenden Wesens, also in voraus, unabhängig von der Erfahrung, das ist, um einen Ausdruck der Schule zu gebrauchen, *a priori* erkennen und sind nichts anderes als Rechte, die den Einzelnen zustehen. Der Staat soll die Einzelnen anhalten, diese Bedingungen, die ursprünglich (in einem rechtlosen Zustande) von der Willkühr der Einzelnen abhängen, zu erfüllen, er soll sie zwingen, bestimmte, nach allgemeingültigen Gesetzen gezogene Grenzlinien heilig zu halten, damit ein jeder eine *Sphäre* habe, in welcher er beliebig Zwecke erreichen und sich eine ihm wohlgefällige Glückseligkeit bereiten kann. Jeder fordert die Erfüllung dieser Bedingungen von jedem Andern und erwartet sie mit Gewißheit; denn er kann ihn vermittelt des Staates zwingen.

Ein *Recht* ist unter dieser Ansicht eine *a priori* zu erkennende Bedingung der Glückseligkeit, die ursprünglich von der Willkühr der unter einander in

Wechselwirkung stehenden, freien, vernünftigsinnlichen Wesen abhängt, aber nicht davon abhängen soll.

Indem der Einzelne entweder aus Tugendhaftigkeit, oder aus Furcht vor dem Zwange des Staats die Grenzlinie heilig hält, die seine Sphäre von der Sphäre Anderer scheidet, befördert er die Glückseligkeit Anderer bloß negativ: der Staat betreibt nur die gegenseitige negative Beförderung der Glückseligkeit, wenn er bloß diejenigen Rechte sichert, die Bedingungen der isolirten Erreichung erlaubter Zwecke sind.

Aber der Staat soll auch die positive Beförderung der Glückseligkeit betreiben. Das Recht, das im Staate und durch denselben herrschen soll, ist der in eine äußere, unwiderstehliche Gewalt übergegangene gute Wille, der die Glückseligkeit Anderer nicht bloß leidend, sondern auch thätig befördert. Es muß mithin auch *Rechte* geben, *deren Sicherung in der Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit besteht.* Von diesen Rechten können diejenigen nichts wissen, nicht einmal etwas ahnen, welche behaupten, daß sich der Staat um die Glückseligkeit der Individuen durchaus nicht zu bekümmern habe. Diese sagen, daß der Staat bloß dazu da sey, die Rechte, das heißt die *bisher* allgemein anerkannten, dem Menschen als einem freien, vernünftigen Wesen zustehenden Rechte, zu sichern. Der Schutz derselben hat doch wenigstens, obgleich eine sehr mangelhafte, gegenseitige negative Beförderung der Glückseligkeit zur Folge, welches die Rechtslehrer, die von der Glückseligkeit der Individuen nichts

wissen wollen, entweder nicht bemerken, oder, da es eine negative Beförderung ist, für gar keine Beförderung der Glückseligkeit halten, worin sie ohne Zweifel irren.

Die Rechte, deren Sicherung in der Betreibung der gegenseitigen *positiven* Beförderung der Glückseligkeit bestehen soll, müssen a priori erkannt werden können; denn es ist unmöglich und ein Widerspruch, daß Rechte, die dem Menschen, als einem freien, vernünftigsinnlichen mit Andern seiner Art in steter Gegenwirkung sich befindenden Wesen, zustehen, von der Erfahrung abhängen sollten. Nun hängt aber die Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit von der Erfahrung ab; denn die Zwecke, deren Erreichung entweder gemeinschaftlich, oder in einem Wechsel durch gegenseitige Hülfsleistungen unternommen werden soll, lassen sich nicht a priori erkennen. Will der Einzelne die Glückseligkeit Anderer aus gutem Willen thätig befördern, so muß er vorher die erlaubten Zwecke kennen zu lernen suchen, in deren Erreichung Andere, die seiner Hülfe bedürfen, ihre Glückseligkeit setzen; will der Staat, wie er soll, die Einzelnen zur gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit zwingen, so muß er die Zwecke der Einzelnen kennen, oder er muß wissen, was die Einzelnen Glückseligkeit nennen. Die Glückseligkeit der Menschen ist so verschieden, als es ihre Gesichtsbildungen sind und so wenig man vermittelst der allgemeinen Aehnlichkeit im Stande ist, ein bestimmtes Individuum zu erkennen, eben so wenig kann die Glückseligkeit Anderer selbst dann gehörig befördert werden, wenn man

endlich durch die Erfahrung gelernt hat, worin sich die Glückseligkeit der Menschen gleich ist. Es steht, wie es scheint, sehr mißlich um die Auffindung, wo nicht gar um die Existenz der Rechte, deren Schutz die gegenseitige positive Beförderung der Glückseligkeit zur Folge haben soll. Lassen Sie sich indess durch den schlechten und ungebahnten Weg, den wir gehen und durch die Verstecktheit des Gegenstandes nicht abhalten, mir weiter zu folgen. Es wird eine Zeit kommen, wo unser Gegenstand aus seiner Dunkelheit hervortreten und eine bequem angelegte Stralse zu ihm führen wird.

Die Zulassung und Hülfleistung sind a priori zu erkennende Bedingungen der Glückseligkeit. Jede derselben faßt bestimmte Hauptbedingungen in sich, die, wenn sie nicht der gute Wille stattfinden läßt, durch einen Zwang stattfinden sollen: die Rechte sind a priori zu erkennende Bedingungen der Glückseligkeit. Die Rechte, deren Schutz eine gegenseitige negative Beförderung der Glückseligkeit zur Folge hat, werden aus der Möglichkeit einer allgemeingültigen isolirten Thätigkeit in einer Vielheit freier, vernünftigsinnlicher Wesen erkannt; diejenigen Rechte nun, deren Sicherung eine Betreibung der gegenseitigen positiven Glückseligkeitsbeförderung ist, ergeben sich aus den Bedingungen, unter welchen jeder Einzelne der Hülfleistungen, auf welche er nach dem Maafsstabe der Allgemeingültigkeit Anspruch machen darf, gewifs seyn kann. Zur Kenntniß dieser Rechte ist also, wie Sie erwartet haben, nicht die Kenntniß der Zwecke erforderlich, in deren Erreichung die Einzelnen ihre Glückseligkeit setzen, son-

dern nur die Kenntniß der a priori feststehenden Art und Weise, *wie* die Einzelnen für einander thätig seyn sollen, damit sie alle gegenseitig ihre Glückseligkeit positiv befördern. Wenn a priori eine Norm feststeht, nach welcher die freien, vernünftigsinnlichen, einzeln betrachtet, schwachen Wesen gegenseitig ihre Glückseligkeit positiv befördern sollen; so hält der Staat in Ermangelung des guten Willens der Einzelnen mittelst seines Zwanges dieselbe aufrecht und jeder ist der thätigen Beförderung seiner Glückseligkeit von Seiten Anderer gewiss. Der Staat kennt die Rechte, deren Sicherung eine Betreibung der gegenseitigen positiven Glückseligkeitsbeförderung ist und mithin die Art und Weise, wie er die Thätigkeit der Einzelnen zu bestimmen, zu ordnen und zu leiten hat; zu dieser Bestimmung, Ordnung und Leitung gehört allerdings die von der Erfahrung abhängige Kenntniß der Zwecke und Kräfte der Individuen, aber keinesweges zur Auffindung der Rechte und der Möglichkeit ihrer Sicherung. Die Rechte und die Möglichkeit ihrer Sicherung ergeben sich aus dem Begriffe der Vielheit freier, vernünftigsinnlicher, an Kräften beschränkter Wesen, die neben einander in einer moralischen Ordnung leben sollen.

Die Erfüllung der Pflichten, die sich aus der moralischnothwendigen Zulassung der erlaubten isolirten Thätigkeit Anderer ergeben, ist in Beziehung auf Andere eine nützliche Unthätigkeit, ein Heilighalten der Grenzlinien, die die Wirkungskreise der Einzelnen bezeichnen. Es wird nichts für Andere gethan, sondern nur nichts gegen sie unternommen.

Kraft der diesen Pflichten gegenüberstehenden Rechte empfängt keiner etwas von dem Andern, weder Sachen noch Dienste, sondern behält nur das, was er hat und kann nur, wenn seine Kräfte es zulassen, das thun, was ein jedes freies, vernünftigsinnliches Wesen in der Gemeinschaft mit Wesen seiner Art thun darf. Die Pflichten aber, die sich aus der moralisch nothwendigen Hülfleistung ergeben, bestehen durchaus, wie schon ihr Ursprung anzeigt, in einer Andern nützlichen Thätigkeit, die der Staat bei der Ungewissheit und in Ermangelung des guten Willens (und nächst dem der Aufklärung und des nöthigen Ueberblicks) der Einzelnen lenkt und bestimmt. Kraft der diesen Pflichten gegenüberstehenden Rechte werden Sachen und Dienste nach der Regel der Allgemeingültigkeit empfangen, so wie sie in der Erfüllung der Zwangspflichten der Hülfleistung gegeben werden.

Alles, theure Freundinn, was Ihnen bei dieser vorläufigen Ansicht der ursprünglichen Rechte dunkel seyn kann, wird sich zur Freude Ihres menschenfreundlichen Herzens aufklären, wenn wir uns diese Rechte einzeln werden bekannt gemacht haben. Dann werden Sie auch sehen, daß die *vollständige* Sicherung der bisher allgemein anerkannten Menschenrechte, die man nicht einmal eine Betreibung der gegenseitigen negativen Beförderung der Glückseligkeit nennen will, ohne die Sicherung derjenigen Rechte, welche die Erzwingung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit fordern, unmöglich ist. Wenn man ernstlich den Ursachen des menschlichen Elends nachforschte; so würde man sie hauptsächlich in der Schutzlosigkeit der Rechte finden.

Es ist nicht genug, daß der Staat eins, oder einige ursprüngliche Rechte zu sichern sucht; er soll sie alle sichern. Jedes einzelne ursprüngliche Recht ist vollständig nur dann zu sichern, wenn sie alle in Schutz genommen werden. Die Betreibung der gegenseitigen negativen Glückseligkeitsbeförderung ist theils mangelhaft, theils unmöglich, wenn nicht auch zugleich die gegenseitige positive Beförderung der Glückseligkeit betrieben wird und so umgekehrt. Wenn alle Rechte geschützt werden; so schützen sich die Rechte gegenseitig. So ist es und es kann nicht anders seyn; denn das Recht ist der vermitteltst eines Zwanges herrschende gute Wille, dessen äusseres Objekt die Realisirung der guten That ist. Herrscht nun der gute Wille nicht vollständig; so werden nur einige, aber nicht alle a priori erkennbare Pflichten erzwungen, so bleibt dem bösen Willen der Einzelnen ein großer Spielraum übrig; die erzwungene gute That, die die Glückseligkeit Anderer befördert, wird durch die freie böse That stets gefährdet und aufgehoben; das fragmentarisch herrschende Recht steht mit dem ungebändigten Unrechte in einem fortwährenden Kriege; die ungesicherten Rechte rächen sich an denen, die man für sich allein sichern zu können den kurzsichtigen Glauben hat, durch beständige Gefahren und Verletzungen; es ist eine unmoralische Ordnung, eine Gemeinschaft böser und tadelnder Geister, ein heil- und rechtloser Zustand vorhanden. Wird man nicht endlich zugeben, daß die gangbaren philosophischen Rechtslehren nicht alle ursprüngliche Rechte enthalten, und es laut lehren, daß der Staat eben sowohl die positive, wie die negative gegenseitige Beförderung der Glückselig-

keit zu betreiben hat? In dieser Wahrheit, die für den unbefangenen Verstand gleichsam in Sternenschrift am Firmamente steht, liegt Heil und Leben, aus ihr wird die Rettung hervorgehen, der das menschliche Geschlecht entgegen harret. Die gute Sache wird am Ende siegen!

In meinem nächsten Schreiben werde ich Ihnen eine Anleitung zur Auffindung der Rechte geben, deren Sicherung in der gegenseitigen negativen Beförderung der Glückseligkeit besteht.



A c h t e r B r i e f.

Die Thätigkeit der Wesen, die wir durch Selbstbewußtseyn kennen, besteht im Zwecksetzen und im Erreichen der gesetzten Zwecke; die Erreichung der gesetzten Zwecke macht die Glückseligkeit aus. — Einen Zweck setzen heisst im Allgemeinen: wollen, daß etwas anders sey und wirke, als es ist und wirkt. Unsere Thätigkeit setzt also ein Aeufseres voraus, das sie veranlaßt und auf welches sie geht. Das Aeufsere ist die uns umgebende materielle Welt, zu welcher der Leib, durch den die Geister wirken, mit gehört. Das Aeufsere ist der Thätigkeit der vernünftigen Wesen aufgethan, es ist von ihnen, den *Freien*, *abhängig*.

Die vernünftigen Wesen können sich gegenseitig das von ihnen abhängige Aeufsere entziehen, gegen-

seitig ihre Thätigkeit stören, ihre Glückseligkeit verhindern und vermittelst des Aeufsern in einem anhaltenden Kriege stehen. So soll es nicht seyn. Die vernünftigen Wesen sollen gegenseitig, eines des andern Glückseligkeit negativ und positiv befördern, — fürs erste nur *negativ*; folglich muß jedem freien, vernünftigsinnlichen Wesen ein Theil des Aeufsern ausschliessend angehören, d. i. der freien Thätigkeit aller Andern entzogen seyn. Entzogenheit der gänzlichen Abhängigkeit des Aeufsern ist für ein freies Wesen, das über alles, was aufser ihm ist und nicht bloß über einen Theil desselben, ungebunden zu disponiren strebt, eine Beschränkung, ein Zwang. Die freien, vernünftigen Wesen sollen zum Behuf der gegenseitigen negativen Beförderung der Glückseligkeit in einem gegenseitigen Zwange, in einer gegenseitigen Beschränkung neben einander leben. Dies ist Gebot der praktischen Vernunft, die Allgemeingültigkeit der Handlungsweise und mithin eine Beschränkung jedes Einzelnen nach einer allgemeingültigen Regel auf einen Theil des Aeufsern gebietet, in welchem und durch welchen er Zwecke erreichen und ohne Hinderung der Thätigkeit Anderer sich Glückseligkeit bereiten kann. Dieser Zwang, in welchem die freien, vernünftigen Wesen gegenseitig stehen sollen, beruht auf dem guten Willen der Einzelnen und kann daher der *moralische Zwang* heißen. Jeder soll sich selbst zwingen, die Sphären Anderer nicht zu berühren, jeder soll sich auf die seinige beschränken und zulassen, daß ihm Andere auf eine allgemeingeltende Weise das Aeufsere d. i. daß sie es ihm bis auf die ihm zukommende Sphäre entziehen.

Bei dem moralischen Zwange leben die freien, vernünftigen Wesen mittelst des Aeufsern, dessen sie alle bedürfen, in einer schrecklichen Abhängigkeit von einander. Der gute Wille ist etwas Zufälliges, er kann seyn und nicht seyn; mithin muß jeder, wenn auch das Aeufsern nach der Zahl der existirenden freien Wesen durch den guten Willen derselben in Sphären getheilt ist, fürchten, daß Andere einen Einfall in seine Sphäre thun, daß sie dieselbe verengen, oder ihn gänzlich daraus verjagen und ihn so, da er nun keine Zwecke mehr erreichen könnte und also unthätig seyn müßte und Unthätigkeit für freie, vernünftige Wesen Vernichtung ist, aus der Reihe der Existirenden verdrängen werden. — Freie Wesen sollen von einander durchaus nicht abhängen; sie sollen einander nichts zu verdanken, aber auch nichts von einander zu fürchten haben. Zwar sollen sie gegenseitig eines des andern Glückseligkeit befördern, aber nicht in dem Verhältnisse des Herrn und Sklaven, des Wohlthäters und Bettlers, des Gönners und des Begünstigten, sondern als gleiche Diener des in ihnen gebietenden Vernunftgesetzes. Von diesem sollen sie abhängen, aber nicht gegenseitig von einander, im Guten eben so wenig, als im Bösen. (Von den Ansprüchen des Herzens, von den Banden der Liebe und Freundschaft ist hier nicht die Rede.) Die äufsern Objekte der praktischen Vernunft sollen, wenn sie nicht der gute Wille erwirkt, durch eine unfehlbar wirkende äufsern Gewalt realisirt werden: das Recht soll herrschen. Jener moralische Zwang soll in den *rechtlichen Zwang* verwandelt werden. Die theilweise, allgemeingültige Abhängigkeit des Aeufsern von den freien Wesen soll nicht dem guten Willen derselben,

der zufällig ist, überlassen, sondern erzwungen werden. Der Zwang, durch den das Recht herrscht, ist, wie Sie wissen, ein psychologischer Zwang, den die im Fall der Noth unausbleiblich in Erfüllung gehende Drohung erzeugt, daß dem Frevler, der sich nicht in den moralischen Zwang fügt und mithin die Sphären Anderer nicht heilig hält, das von ihm abhängige Aeufßere zum Theil, oder gänzlich entzogen werden soll. Die Entziehung der Abhängigkeit des Aeufßern ist für ein freies, vernünftigsinnliches Wesen ein Uebel, eine Störung, Verringerung und, wenn sie total ist, die reine Unmöglichkeit der subjektiven Wohlfahrt. Ein jeder will glücklich seyn und kann es nur bei einem gewissen, ihm bleibenden Aeufßern seyn, in welchem und durch welches er beliebig Zwecke erreicht. Die Gewalt, mit welcher das Recht herrscht, ist unwiderstehlich. Wenn das Recht herrscht; so wird ein jeder das von Andern abhängige Aeufßere als für ihn nicht daseyend betrachten. Wenn durch das herrschende Recht die gegenseitige, theilweise, allgemeingültige Entzogenheit der Abhängigkeit des Aeufßern gesichert ist; so sind die vernünftigsinnlichen Wesen in Ansehung der negativen Beförderung der Glückseligkeit durchaus unabhängig von einander, wie sie es auch in Ansehung der positiven seyn sollen; keines hat von dem andern etwas zu fürchten, keines dem andern etwas zu verdanken; sie *heissen* nicht *blos frei*, sondern *sind* es.

Die gegenseitige, theilweise, allgemeingültige Entziehung der Abhängigkeit des Aeufßern ist, wie Sie selbst sehen, ein *Recht*: denn sie ist eine a priori zu erkennende Bedingung der Glückseligkeit, die ur-

sprünglich von der Willkühr der einzelnen, unter einander in Wechselwirkung stehenden Wesen abhängt, aber nicht davon abhängen soll. Ein jeder hat ein Recht auf einen Theil des Aeufsern. Ein bestimmtes, von dem Einzelnen abhängiges, gesichertes Aeufseres ist *Eigenthum*. Ohne ein Aeufseres überhaupt ist die Erreichung der Zwecke unmöglich und ohne ein bestimmtes, gesichertes Aeufseres ungewiß: *das Eigenthum ist eine a priori zu erkennende Bedingung der Glückseligkeit.*

Ein bestimmter, Andern entzogener Theil des Aeufsern muß dem freien, vernünftigen Wesen angehören, ehe es noch anhebt, thätig zu seyn, weil sonst das Zweckerreichen entweder unmöglich, oder doch, wenn endlich durch ein glückliches Ungefähr ein Theil des Aeufsern erhascht wird, unsicher ist. Ich nenne dies das *ursprüngliche Eigenthum*. Das ursprüngliche Eigenthum, oder das *Ureigenthum* ist eine von der Erfahrung unabhängige Bedingung der Glückseligkeit, ein allen vernünftigsinnlichen Wesen zustehendes *Recht*.

Wenn nicht jeder in der Sphäre, die nach einem allgemeingültigen Gesetze seiner individuellen Thätigkeit angewiesen ist und ihm ausschliesslich angehört, stets nach Belieben, frei und ungestört wirken und der Freiheit und Ungestörtheit seines Wirkens gewiß seyn kann; so ist die Bereitung der Glückseligkeit entweder unmöglich, oder sie ist doch stets gefährdet; Andere befördern seine Glückseligkeit keinesweges negativ, sondern verhindern sie positiv. — Keiner darf den Andern, ausserhalb eben

G



so wenig, als innerhalb der Sphäre, die demselben zur Erreichung seiner individuellen Zwecke aufgeschlossen ist, zur Thätigkeit zwingen, keiner darf des Andern Thätigkeit innerhalb der Sphäre desselben stören. Die freie und ungestörte Wirksamkeit innerhalb des angewiesenen Kreises ist eine ohne Hülfe der Erfahrung erkennbare Bedingung der Glückseligkeit: ein Recht. Nennen wir nun die zur Bereitung der Glückseligkeit unternommene Thätigkeit Arbeit, so heisst dieses Recht *das Recht der freien und ungestörten Arbeit*.

Das Aeufsere, welches das ursprüngliche Eigenthum ausmacht, ist vor der Thätigkeit nur problematisch abhängig; wahrhaft abhängig wird es erst durch die Thätigkeit des Individuums, dem es als Ureigenthum angehört. Das eigenthümliche Aeufsere wird durch die Erreichung der Zwecke, in welcher die Thätigkeit besteht, modifizirt; aus seiner *veränderten* Gestalt und Wirksamkeit geht für den Besitzer und Werkmeister Glückseligkeit hervor. Das im Kreise des ursprünglichen Eigenthums modifizierte Aeufsere gehört ausschliesslich dem Arbeiter und Eigenthümer an. *Der sichere Besitz der Arbeitsprodukte* ist eine a priori zu erkennende Bedingung der Glückseligkeit und mithin der Gegenstand eines *Rechts*.

Das ursprüngliche Eigenthum, die freie und ungestörte Arbeit und der ausschliessliche Besitz der Arbeitsprodukte sind Rechte, die sich aus der *eigenthümlichen Sphäre* ergeben, welche auf eine moralischnothwendige Weise einem jeden freien, vernünft-

tigsinnlichen Wesen zukommt und als a priori erkennbare Bedingung der Glückseligkeit, die der Willkühr entrissen werden soll, ein Recht ist und als Mutter mehrerer Rechte ein *Urrecht* heißen kann. Also enthält

Das Urrecht der eigenthümlichen Sphäre

- a) das Recht des ursprünglichen Eigenthums,
- b) das Recht der freien und ungestörten Arbeit und
- c) das Recht des ausschließlichen Besitzes der Arbeitsprodukte.

Unter diesen Rechten, meine theure Freundin, wird Ihnen das Recht des ursprünglichen Eigenthums auffallen, womit ich aber nicht gesagt haben will, daß Sie an der Existenz desselben zweifeln könnten. Denn daß in einer Vielheit freier, vernünftigsinnlicher Wesen, die alle das Aeufßere von sich abhängig zu machen suchen, vor aller Thätigkeit, welche die Abhängigkeit des Aeufßern zur Folge hat, einem jeden ein bestimmter Theil des Aeufßern ausschließlich angehören müsse, ist ja, wie Sie selbst sagen werden, einem Kinde begreiflich zu machen. Jedes vernünftigsinnliche Wesen muß, so wie es mit Wesen seiner Art in Wechselwirkung tritt, seines ursprünglichen Eigenthums gewiß seyn. Das ursprüngliche Eigenthum ist ein *Menschenrecht*.

Der Sicherung dieses Rechts scheinen sich unübersteigliche Hindernisse entgegenzuthürmen; sie scheint ganz unmöglich zu seyn und daher mag es wohl kommen, daß man in der Liste der Menschen-

rechte, die durch den *Druck* bekannt geworden ist, dieses Recht vergeblich sucht. Man hat vielleicht folgenden Schluss gemacht: Eine a priori erkennbare Bedingung der Glückseligkeit, oder, wie man vielleicht philosophischer gesagt haben wird, der Thätigkeit freier Wesen, die ursprünglich von der Willkühr derselben abhängt, aber zum Behuf der Möglichkeit der Gemeinschaft freier Wesen nicht von der Willkühr abhängen soll, also ein Recht, dessen Sicherung unmöglich zu seyn scheint und mithin unmöglich ist, kann keine a priori erkennbare Bedingung der Thätigkeit, kann kein Recht seyn; folglich ist das ursprüngliche Eigenthum kein Recht, sondern höchstens nur eine menschenfreundliche Idee, die nicht realisirt werden kann.

Man begreift die Möglichkeit der Sicherung dieses Rechtes nicht, wenn man sich nicht von der moralischen Nothwendigkeit der Betreibung der gegenseitigen positiven Glückseligkeitsbeförderung vermittelt des Staates überzeugt hat. Durch die Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit wird, wie Sie in der Folge auf das deutlichste erkennen werden, die Sicherung des Ur-eigenthums, die eine Betreibung der gegenseitigen negativen Glückseligkeitsbeförderung zu seyn scheint, ganz leicht und einfach. — Ein Recht schließt sich an das andere an; die Sicherung des einen ist ohne die Sicherung des andern theils unmöglich, theils unvollständig und ungewiß. Soll die gegenseitige negative Glückseligkeitsbeförderung betrieben werden, so muß dies auch mit der positiven geschehen. Das ursprüngliche Eigenthum ist das Band, das die Be-

treibung der positiven mit der Betreibung der negativen gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit auf das innigste verknüpft.

Worin besteht denn nun das ursprüngliche Eigenthum? — Wer bestimmt es und wer spricht es zu, da es offenbar für jedes freie, vernünftigsinnliche Wesen bestimmt und einem jeden angewiesen werden muß? — Ist die *Größe* desselben für alle Einzelne gleich, oder bestimmt sie die *Kraft* des Einzelnen? Beantworten Sie sich diese Frage für jetzt selbst und sehen Sie bei der Darstellung der erzwungenen gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit, die eine Beantwortung der aufgeworfenen Fragen in sich schliessen wird, zu, ob sich unsre Ideen begegnen. So viel ist in voraus einleuchtend, daß das ursprüngliche Eigenthum, es mag nun für Alle gleich, oder nach Verschiedenheit der Kraft der Individuen der Größe nach verschieden seyn sollen, durch einen Vertrag nicht zu Stande kommen kann. Was durch einen Vertrag zu Stande kommt, ist Sache der Willkühr und wird erst nach dem Abschlusse des Vertrages moralisch nothwendig, d. i. erst nach dem Abschlusse des Vertrages entstehen Rechte und Pflichten. Der Besitz eines ursprünglichen Eigenthums ist eine *a priori* zu erkennende Bedingung der Glückseligkeit, ein Recht, das nicht erst durch einen Vertrag zur Existenz gebracht wird. Der Besitz eines ursprünglichen und zwar nach einem allgemeingültigen Maafsstabe abgemessenen Eigenthums ist etwas Moralischnothwendiges, das zu seiner Verwirklichung des Entschlusses der Willkühr der Einzelnen nicht bedürfen soll.

Die Sicherung dieses Rechtes, kann man zugeben, und die Abwägung der Materie desselben nach

dem Gesetze der Allgemeingültigkeit mag ohne einen Vertrag zu Stande kommen; da es aber moralisch und physisch möglich ist, daß dem Kandidaten des ursprünglichen Eigenthums unter mehreren, noch nicht in Besitz genommenen, mit dem Stabe der Gerechtigkeit abgemessenen Kreisen die Wahl frei stehe, so ist ja offenbar diese Wahl, wenn sie stattfindet (und warum sollte sie als etwas Moralischmögliches nicht stattfinden?) und die Anerkennung und Bestätigung derselben ein Vertrag; mithin beruht das ursprüngliche Eigenthum seiner Materienach dennoch auf einem Vertrage. — Ich setze voraus, meine Theure, daß Sie zwischen dem Rechte auf ein ursprüngliches Eigenthum, dem Bestimmen des ursprünglichen Eigenthums nach einem allgemeingültigen Gesetze und der Besitznehmung der mit Gerechtigkeit abgemessenen Kreise A und B durch Kajus und Sempronius wohl unterschieden haben. Sie begreifen nun, daß durch den eben genannten moralisch und physisch möglichen Vertrag nicht die Sicherung unsres Rechts, nicht die gerechte Abwägung seiner Materie, sondern blos die Besitznehmung zu Stande kommt. Es wird dadurch blos ausgemacht, daß die abgemessenen, bis jetzt noch unbesessenen Kreise A und B von den Herren Kajus und Sempronius (deren Gefälligkeit, sich zu Erklärungen herzugeben, weltkundig ist,) in Zukunft ausschliessend besessen werden sollen.

Sie werden nicht aus der Acht lassen, daß dieser Vertrag, wie jeder andere Vertrag, der nicht eine Rechtsverletzung in sich schließt, blos moralischmöglich, keinesweges moralischnothwendig ist; er darf

seyn, aber er darf auch nicht seyn. Da nun ein jeder ein ursprüngliches, nach der Regel der Allgemeingültigkeit abgemessenes Eigenthum haben muß und jener Vertrag, aus dem möglicher Weise die Besitznehmung hervorgeht, seyn und nicht seyn darf; so folgt, daß Kajus und Sempronius auch gezwungen werden können, die mit Gerechtigkeit bestimmten Kreise A und B in Besitz zu nehmen. Wenn wir die Materie des ursprünglichen Eigenthums kennen lernen werden; so muß es sich ausweisen, unter welchen Bedingungen der freie Entschluß der Individuen, denen Wirkungskreise aufgethan werden sollen, abzuwarten und nicht abzuwarten ist. So viel sehen wir in voraus, daß die Besitznehmung des ursprünglichen Eigenthums in moralischer und mithin (nach der Verwandlung des Sollens in ein Müssen) in rechtlicher Hinsicht durch einen Zwang eben so wohl, als durch eine freie Wahl möglich ist. Das ursprüngliche Eigenthum, nicht als gesichertes Recht, auch nicht in seiner der Gerechtigkeit entsprechenden Gröfse, sondern bloß als bestimmtes Besitzthum des Kajus und Sempronius kommt also bald ohne, bald durch einen Vertrag zu Stande.

Daß dieser Vertrag nicht zwischen den Kandidaten des ursprünglichen Eigenthums und allen übrigen Einzelnen, die schon im Besitze ihres Ureigenthums sind, als Einzelnen, abgeschlossen werden kann, ist einleuchtend. Fürs erste liegt die physische Unmöglichkeit am Tage; denn die Anzahl der vernünftigsinnlichen Wesen ist größer, als die Anzahl der Bürger in der Republik Sankt Marino. Dann müßten auch, wenn der Vertrag zwischen den Kan-

didaten und den schon im Besitze sich befindenden Einzelnen geschlossen werden sollte, alle diese Einzelne, oder doch die Mehrheit derselben sehr gute Leutchen seyn, welche wollten, daß niemand ohne ein ursprüngliches Eigenthum seyn sollte und daß das ursprüngliche Eigenthum eines jeden mit Gerechtigkeit bestimmt werde; denn beides setzt dieser Vertrag voraus. Und wenn man auch diese große moralische Güte voraussetzen dürfte, wie wird es denn den Einzelnen möglich, für die neuangekommenen Bürger immer, ohne etwas von ihrem Eigenthume herzugeben, ein ursprüngliches Eigenthum aufzufinden und dasselbe stets gerecht abzuwägen? Hier hat das Land der Möglichkeiten ein Ende. Lassen Sie uns zurückeilen und uns erinnern, daß von einem *Rechte* die Rede ist, also von einem Zweige der guten That, die dem Sinne der praktischen Vernunft zufolge mittelst einer äußern unwiderstehlichen Gewalt, auch ohne den guten Willen der Einzelnen, zu Tage gefördert werden soll. Es ist der Staat, wie Sie ohne weiteres einsehen, der das Recht des ursprünglichen Eigenthums nicht nur zu sichern, sondern auch die Materie desselben für jedes Individuum, dem ein Wirkungskreis zu eröffnen ist, nach einem allgemeingültigen Gesetze zu bestimmen hat. Mit dem Staate schließt der neue Bürger der Gemeine den angegebenen moralisch möglichen Vertrag, wenn es anders der Staat zu diesem Vertrage kommen läßt und den neuen Bürger nicht zwingt, einen bestimmten Kreis als sein ursprüngliches Eigenthum in Besitz zu nehmen. — Der Staat, meine Hochverehrte, muß nie Unrecht thun können.

Der Vertrag, den der Kandidat des ursprünglichen Eigenthums möglicher Weise mit dem Staate abschließt und durch welchen die Besitznehmung, die auch erzwungen seyn kann, zu Stande kommt, geht alle übrige Einzelne durchaus nichts an. Jeder Einzelne lernt das ursprüngliche Eigenthum des Andern durch den Besitz kennen, den der Staat einen jeden von einem bestimmten Wirkungskreise nehmen läßt. Kajus ist vom Staate in den Kreis A eingeführt; der Kreis A ist des Kajus ursprüngliches Eigenthum.

Das ursprüngliche Eigenthum hängt also von keinem Vertrage ab, die Anerkennung und Heilighaltung desselben bedarf keines Vertrages. Jeder Mensch soll ein ursprüngliches Eigenthum besitzen; jedes ursprüngliche Eigenthum soll mit dem Stabe der Gerechtigkeit gemessen seyn; — beides ist moralischnothwendig. Was wäre das für eine Rechtsherrschaft, unter welcher das Moralischnothwendige erst vermittelt eines Vertrages realisirt würde?

Der Staat bestimmt das ursprüngliche Eigenthum; das ursprüngliche Eigenthum ist die Basis alles Eigenthums. Jedes Eigenthum, das der Staat nicht uranfänglich bestimmte, ist gleichsam nur ein Eigenthum unterdessen, aber demungeachtet bis zur fernen Zeit der Erfüllung nicht weniger *heilig*, als etwa ein uranfänglich durch ihn bestimmtes. Alle sollen nicht bloß Besitzer seyn, sondern auch das, was sie besitzen, ursprünglich aus den Händen der Gerechtigkeit empfangen haben. Das ist der Wille der Vernunft und vor dieser muß die widerspenstige Selbstliebe das Knie beugen. — Ich behauptete so eben,

daß das ursprüngliche Eigenthum die Basis alles Eigenthums sey. Durch Dienstleistungen und Schenkungen, werden Sie mir einwenden, kommt auch ohne Ureigenthum ein Eigenthum zu Stande und kann die Basis alles andern Eigenthums werden. — Das ist physisch möglich, meine Theure, aber rechtlich in der That unmöglich. Jedes vernünftigsinnliche Wesen soll vor aller Thätigkeit und ohne irgend einen Vertrag mit den Einzelnen, als solchen, ein ursprüngliches Eigenthum haben; aus diesem entstehen Arbeitsprodukte. Da haben Sie das ursprüngliche Eigenthum in seiner rohen und modifizirten Gestalt, ohne Abschließung eines Vertrags mit den Einzelnen, als Basis alles Eigenthums. Denn nun werden rechtlicher Weise erst die Verträge möglich, durch welche Eigenthum *erworben* wird: Schenkung, Tausch und Dienstlohn. Das durch Verträge Erworbene, das in lauter Arbeitsprodukten besteht, die als Gegenstände der Willkühr veräußert werden dürfen, (da hingegen das ursprüngliche, nicht modifizierte Eigenthum, als Materie eines unveräußerlichen Urrechts, nicht veräußert werden darf,) geht in die Masse der Produkte über, die der Erwerbende durch Arbeit aus seinem Ureigenthume zog und wird diesen gleich geachtet. Des erworbenen Eigenthums muß bei der Lehre von den Verträgen gedacht werden. Die Sicherung desselben ist mit der Sicherung des ausschließenden Besitzes der Arbeitsprodukte eine und dieselbe. — Der Erwerb ist ohne rechtlichen Besitz unmöglich; ohne ursprüngliches Eigenthum gibt es kein erworbenes. Alles Eigenthum gründet sich uranfänglich nicht auf Verträge, sondern auf die Bestimmung des Staates.

Mag nun der Name des Mannes, welcher behauptet, daß alles Eigenthum sich uranfänglich auf Verträge gründen müsse, noch so groß seyn; Sie werden seinem Irrthume nicht beipflichten. Die Quelle dieses Irrthums ist nicht blos in der scheinbaren Unmöglichkeit der rechtlichen Bestimmung und Zuerkennung eines Ureigenthums, sondern auch in dem Mangel der Ueberzeugung zu suchen, daß jedes freie, vernünftigsinnliche Wesen vor aller Thätigkeit ein mit Gerechtigkeit bestimmtes Eigenthum haben müsse. Bei Ihnen, meine hochverehrte Freundin, sucht man diese Ueberzeugung nicht vergeblich. Ohne noch vielleicht die Materie des ursprünglichen Eigenthums zu kennen, oder zu ahnen, ohne noch vielleicht zu errathen, wie dieses Recht zu sichern und das Objekt desselben mit Gerechtigkeit zu bestimmen sey, wissen Sie, daß der Besitz eines ursprünglichen, mit dem Stabe der Allgemeingültigkeit gemessenen Eigenthums etwas Moralischnothwendiges ist, dessen Realisirung nicht durch die Willkühr der Einzelnen, nicht durch Verträge, sondern durch das herrschende Recht, durch die im Namen der praktischen Vernunft wirkende äußere unwiderstehliche Gewalt, durch den Staat, zu Stande kommt.

Die Kraftverwendung auf ein Aeufseres d. i. die *Bearbeitung* ist, wie nach dem Vorhergehenden von selbst einleuchtet, keine Eigenthumsbegründerinn. Dasselbe gilt von der *ersten Besitzergreifung*. Die eigenthumslustigen, vernünftigsinnlichen Wesen dürfen nicht zugreifen, um etwas zu haben, sondern sie müssen, da sie alle ein ursprüngliches Eigenthum

haben sollen, mit der Besitzergreifung warten, bis ihnen dasselbe nach einem allgemeingültigen Gesetze zugesprochen worden ist, und was bearbeitet werden soll, das muß dem Arbeitslustigen, ehe noch seine Arbeit anhebt, ausschliessend und rechtmässig angehören. Wer das Eigenthum durch eine erste Besitzergreifung und durch Bearbeitung, die am Ende wohl nur die rechte Art und das ächte Zeichen der ersten Besitzergreifung seyn soll, begründen will, der hat vom Rechte des ursprünglichen Eigenthums auch nicht die leiseste Ahnung und befolgt das Vernunftgebot der Allgemeingültigkeit auf eine verkehrte Art. — Eine schöne allgemeingültige Weise, Eigenthum zu erlangen, wenn Einer durch Bearbeitung oder durch die erste Besitzergreifung Eigenthum erhascht und hundert Andere leer ausgehen, weil sie zu spät kommen! — Die Bearbeitung und die erste Besitzergreifung bei der Lehre vom Eigenthume als Eigenthumsbegründerinnen aufstellen und vertheidigen, heisst das blinde Schicksal rechtskräftig machen. Unter vernünftigen Wesen soll kein Glück, kein blindes Schicksal herrschen. So lange das Glück Einzelnen wohl oder übel will, so lange ist keine moralische Ordnung, keine Rechtsherrschaft vorhanden. Ich möchte das Glück, oder, welches einerlei ist, das sogenannte blinde Schicksal, erschrecken Sie nicht, den Teufel nennen, dessen Gewalt so lange dauern wird, bis die Menschen das praktische Vernunftgesetz unter sich herrschend machen. Die Gewalt des Rechts wird die Gewalt des Teufels stürzen. Eine geschäftige Dienerinn dieses abscheulichen Wesens ist in Beziehung auf den Besitz die Vererbung, von der jedoch hier weiter nicht die Rede seyn kann. —

Ein Sprichwort sagt, daß ein jeder sein Schicksal sich selbst bildet. Dies ist nur *halb* wahr; daß aber die unsichtbare, feindselige Macht, die bald Glück, bald blindes Schicksal, bald das Ungefähr genannt wird, eine despotische, günstige und ungünstige Gewalt über einzelne Menschen und ganze Völker ausübt, ist *ganz* wahr. Vernünftige und freie Wesen müssen Herren ihres Schicksals seyn! — Wenn Sie sich auf dem Standpunkte befinden werden, auf welchem die ursprünglichen Rechte und die Art ihrer Sicherung sich mit einem Blicke übersehen lassen; so wird es Ihnen klar werden, daß das Ungefähr, — das Glück, — das blinde Schicksal nur eine Ausgeburt der Bosheit und des Unverstandes der Sterblichen ist und daß mit der Gefangennehmung der Bosheit, oder, was dasselbe ist, der Willkühr der Einzelnen, beim männlichen Alter des Verstandes des Menschengeschlechts, mit einem Worte, bei dem Erstehen vernunftmäßiger politischer Einrichtungen diese vielnamige launische Macht ins Nichts dahinsinken und an ihre Stelle eine aus der Vernunft geborne, für alle Einzelne mütterlich wachende, einer Vorsehung gleichende Gewalt treten wird. Lassen Sie uns nicht fragen: „Wenn wird dies alles geschehen? Wird jemals bei uns ein die Freiheit wandern und jeden von der Willkühr retten des Andern? Wenn werden gekränkte Rechte genesen im gemeinen vernünftigen Wesen? Werden je wir fest zusammenhalten? Wird je eine politische Vorsehung walten?“ — Die zur Sicherung der Rechte von der Einbildungskraft erschaffenen und von der Vernunft genehmigten politischen Ideale werden unausbleiblich realisirt werden, aber freilich nur allmählig. Die Zeit der Rea-

lisirung läßt sich nicht nach dem Kalender bestimmen. Die beste Welt, inwiefern unter diesem Ausdrucke auch die Schicksale des menschlichen Geschlechts und seiner Individuen verstanden werden, ist auf ewige Zeiten nur im Entstehen. Das Objekt der Thätigkeit freier, vernünftigsinnlicher Wesen ist nothwendig unendlich: die Menschen müssen die beste Welt selbst hervorbringen. Es wird keine Zeit kommen, wo der Rechtsfreund nicht Trost bei der Zukunft suchen wird. Niederschlagend ist diese Wahrheit, erfreulich dagegen folgende: es kann und wird stets besser werden. Der Weise wirkt, so viel er kann und macht sich nicht durch eine unmäßige Sehnsucht nach dem Guten, was seyn sollte und einst gewiß seyn wird, unfähig, sich über das Gute zu freuen, was schon existirt und einst nicht existirte. Wir wollen das Beispiel des Weisen vor Augen haben!

Die Bearbeitung und erste Besitzergreifung mögen immerhin in dieser und jener Rechtslehre als Begründerinnen des Eigenthums auftreten; die *philosophische* Rechtslehre kennt diese Wesen nicht.

Ohne die Erfahrung um Rath zu fragen, ist es in voraus begreiflich, daß ohne ursprüngliches Eigenthum ein freies, vernünftigsinnliches Wesen nicht als ein solches existiren kann. Ohne eine ursprüngliches Eigenthum ist keine Thätigkeit, kein Zweckerreichen, keine Befriedigung der Bedürfnisse, keine Glückseligkeit möglich. Ein eigenthumsloses freies, vernünftigsinnliches Wesen muß entweder aus der Reihe der Erscheinungen verschwinden, oder von Wesen seiner Art abhängig werden, um nur vermit-

telst dieser Abhängigkeit eine Art von ursprünglichem Eigenthume, das der Grund alles erwerblichen ist, zu erlangen, oder endlich durch Unrecht, List und Gewaltthätigkeit sich eine eigenthümliche Sphäre erobern. — Das ursprüngliche Eigenthum ist ohne Schutz und unbekannt; der größte Theil der Sterblichen muß zwischen dem Tode, der Abhängigkeit und dem Unrechte wählen. Die meisten ergreifen die Abhängigkeit und das Unrecht; denn die meisten haben ein weites Gewissen, entschuldigen sich mit der Noth und kennen und fühlen sich nicht als freie, vernünftige Wesen. — Einem freien, vernünftigen Wesen, in dessen Busen das Gefühl seiner Würde erwachte, ist unstreitig der Tod gegen die Abhängigkeit von der Willkühr Anderer und gegen das Unrechtthun das bei weitem kleinere Uebel. Und ist nicht in der That die Nichtexistenz einer Existenz vorzuziehen, die mit der Bestimmung eines vernünftigen Wesens im offenbarsten Widerspruche steht? — Doch das Leben ist ein Gegenstand der Pflicht und nur für Wenige die schwerste aller Pflichten. Der Mensch ist mithin, da Unrechtthun nie Pflicht werden kann, bei dem gegenwärtigen Stande der gegenseitigen Verhältnisse der Einzelnen zum Behuf der Erlangung eines Ureigenthums und vermittelt dieser der Lebenserhaltung zur Abhängigkeit von der Willkühr andrer Menschen, ganz seiner Bestimmung entgegen, verpflichtet. Wo Abhängigkeit von der Willkühr Anderer stattfindet, ist die Freiheit nicht zu Hause. Wie könnte auch die Göttliche unter den Menschen wohnen, so lange sich diese nicht als freie Wesen kennen und fühlen? Wo man das Recht liebt, weilt sie gern, aber nicht da, wo Freiheitsschwin-

del herrscht. — Die Abhängigkeit von der Willkühr Anderer, die aus der Unkunde und Schutzlosigkeit des ursprünglichen Eigenthums entsteht, ist sichtbar in dem Verhältnisse des Schützlings zum Beschützer, des Unbedeutenden zum Mächtigen, des Gewerbtreibenden zu den Kunden, des Armen zum Reichen, des Bedrängten zum Barmherzigen u. s. w. Es wird Ihnen zu seiner Zeit auf das deutlichste einleuchten, daß Aufruhr, Todtschlag, Selbstmord, Raub, Betrug, Sklaverei, Armuth, Bettelei und andre politische und häusliche Uebel ihren Entstehungsgrund größtentheils in dem verkannten und ungesicherten Rechte des ursprünglichen Eigenthums haben.

Ich gehe zu den *Rechten der Persönlichkeit* über. Der Leib ist ein organisirtes Aeufseres, das die Natur zum Behuf der sinnlichen Existenz und Wirksamkeit an das vernünftige Wesen knüpft, eine kleine Welt, deren unumschränkter Beherrscher Ein vernünftiges Wesen ist. Der Leib steht, ungeachtet er ein Aeufseres ist, das von dem freien Willen eines vernünftigen Wesens abhängt, nicht unter der Rubrik des Eigenthums, weil er nicht, wie dieses, zuerkannt und erworben, sondern mit der Existenz gegeben wird.

Die vernünftigen Wesen sind sich, als solche, gleich; nothwendig sind sich daher die menschlichen Leiber nach einem bestimmten Schema gleich. Jede diesem Schema entsprechende Gestalt repräsentirt in der sinnlichen Welt ein übersinnliches freies, vernünftiges Wesen.

Der menschliche Leib ist als natürliches Werkzeug der empirischen Wirksamkeit und als Repräsentant eines freien, vernünftigen Wesens in der Welt der Erscheinungen, nicht *Sache*, sondern *Person*, ein Heiliges, ein Unverletzliches. Der Leib des Menschen soll eben so unantastbar und unabhängig von der Willkühr Andrer seyn, wie es der Mensch als übersinnliches Wesen ist. Dem Menschen kommt das Recht der Persönlichkeit zu. Der Leib des Menschen ist, so lang das Leben dauert, der Repräsentant eines vernünftigen Wesens, dem Ehrfurcht gebührt, das Werkzeug der Thätigkeit einer freien Natur, dem nur im Unrechtthun Einhalt gethan werden darf.

Dafs die Persönlichkeit ein ursprüngliches Recht, also eine a priori zu erkennende Bedingung der Glückseligkeit ist, ergibt sich von selbst. Wie kann Glückseligkeit stattfinden, wenn das Leben und der gesunde Zustand des Leibes von der Willkühr Anderer stets bedroht und der Gebrauch desselben von ihr bestimmt oder verhindert wird?

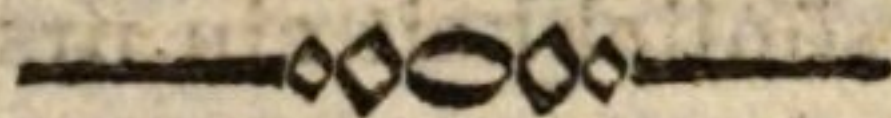
Das *Urrecht der Persönlichkeit* begreift in sich

- a) das Recht der empirischen Existenz,
- b) das Recht der Unverletzlichkeit und
- c) das Recht des freien Gebrauchs des Leibes.

Dafs die Heilighaltung und Sicherung der Rechte der Persönlichkeit und der eigenthümlichen Sphäre von Seiten der Einzelnen und des Staats nur die gegenseitige negative Beförderung der Glückseligkeit zur Folge hat, ist an sich klar (in Ansehung der Rech-

te der eigenthümlichen Sphäre freilich nur dann, wenn wir von der Art und Weise ihrer Sicherung abstrahiren); auch begreifen Sie leicht, daß es außer den angeführten ursprünglichen Rechten keine andere dieser Art geben kann. Denn wie läßt sich wohl die Glückseligkeit Anderer negativ anders befördern, als durch die Heilighaltung der Person und der eigenthümlichen Sphäre?

Wir stehen hier also an der Grenze der negativen und positiven Beförderung der Glückseligkeit und ich gehe sogleich in meinem künftigen Schreiben mit Ihnen in das Gebiet der letztern über, indem ich des *Vertrages* gedenken werde.



Neunter Brief.

Der Vertrag, meine hochverehrte Freundin, bildet Rechte, deren Sicherung schon eine Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit ist. Denn kraft der diesen Rechten gegenüberstehenden Pflichten muß der Verpflichtete zum Besten des Berechtigten thätig seyn und nicht bloß eine Andern schädliche Thätigkeit unterlassen, wie dies der Fall bei den Rechten der gegenseitigen negativen Glückseligkeitsbeförderung ist.

Im Vertrage bildet die *gegenseitige Willkühr* zwischen zwei und mehreren Individuen ein Pflicht- und

Rechtsverhältniß, das einem a priori erkennbaren Pflicht- und Rechtsverhältnisse gleich zu halten ist.

Die heilige Erfüllung des in einem Vertrage geleisteten Versprechens ist eine a priori zu erkennende Bedingung der Glückseligkeit, auf dieser Seite also Pflicht, auf jener berechnete Erwartung. Denn das angenommene Versprechen ist für den Annehmer eine *Verstärkung der subjektiven Kraft*; er setzt dieser verstärkten Kraft zufolge zur Vergrößerung seiner Glückseligkeit Zwecke, die nicht erreicht werden können, wenn die Erfüllung des Versprechens nicht erfolgt.

Eine a priori erkennbare Bedingung der Glückseligkeit darfin einer Gemeinde freier, vernünftigsinnlicher Wesen der Tugend der Einzelnen nicht überlassen werden: der Staat muß das durch einen Vertrag entstandene Pflicht- und Rechtsverhältniß auf die im Vertrage selbst bestimmte Zeit aufrechthalten.

Mit der *Annahme* des Versprechens ist der Vertrag geschlossen und mit der *Zurückgabe* desselben sogleich wieder *aufgehoben*; aber so wie bei dem gegenseitigen Versprechen eine gegenseitige Annahme desselben und hingegen nur bei dem einseitigen Versprechen eine einseitige Annahme zum Abschlusse des Vertrages, der im ersten Falle mit Recht ein *vergeltlicher*, im zweiten ein *wohlthätiger* Vertrag heißt, erforderlich ist, so geht auch der Aufhebung des Vertrages, wenn er ein vergeltlicher ist, die gegenseitige Zurückgabe des Versprechens voraus und nur das Pflicht- und Rechtsverhältniß, das durch den wohl-

thätigen Vertrag entsteht, kann einseitig, und zwar nur vom Promissar aufgehoben werden, wie Sie so- gleich selbst urtheilen, wenn Sie erfahren, daß der Versprecher *Promittent* und derjenige, dem etwas versprochen worden ist, *Promissar* heisst. Beim vergeltlichen Verträge ist der Promittent, wie Sie leicht sehen, auch zugleich Promissar. Wollen Sie noch mehr Gelehrsamkeit, so erfahren Sie, daß *Pactum* einen Vertrag bedeutet, so wie das bekanntere *Kontrakt* und daß die Vertragschließenden *Kontrahenten*, oder *Paciscenten* sind. Man könnte sie mit einem deutschen Worte *Bündner* nennen.

Aus dem Pflicht- und Rechtsverhältnisse, das der *gesellschaftliche* Vertrag bildet, der ein vergeltlicher ist und zur Erreichung eines gemeinschaftlichen Zwecks geschlossen wird, kann sich der einzelne Theilnehmer herausziehen, sobald er will, wenn anders nicht im Verträge selbst die Zeit der Dauer desselben für jeden Einzelnen bestimmt wurde. Denn niemand kann gezwungen werden, für einen *beliebigen* Zweck zu arbeiten, wenn er ihn nicht mehr will, oder, wenn er ihn noch will, ihn in einer bestimmten Gesellschaft zu erreichen. Der gesellschaftliche Vertrag ist bedingungsweise ebenfalls einer einseitigen Aufhebung fähig.

Jeder Vertrag gründet sich entweder auf Eigennutz, oder auf persönliches Wohlwollen, oder endlich auf jenen und dieses zugleich. Es gibt keine Pflicht zur Abschließung eines Vertrages. Denn wenn das praktische Vernunftgesetz in der Rechtsgewalt gleich einem unwandelbaren Naturgesetze

herrscht; so übt ein jeder, (was eine unendliche politische Aufgabe ist) seine Pflicht; über seine ohne allen Vertrag bestehende Verpflichtung hinaus liegt ihm weiter schlechterdings nichts ob und es steht ganz in seinem freien Belieben, ob er mit einem oder mehreren in ein außerordentliches Pflicht- und Rechtsverhältniß treten will. Sobald er aber hineintritt, ist seine Verpflichtung erhöht und das im Namen des Vernunftgesetzes herrschende Recht nöthigt ihn vermittelt des psychologischen Zwanges — das zu thun, was er, getrieben von Eigennutz oder Wohlwollen, sich selbst als Pflicht auferlegte.

Indefs gibt es, als Ausnahmen von der Regel, drei Verträge, deren Abschließung für jeden, am Verstande und Körper gesunden Menschen moralisch nothwendig ist,

Da ein Vertrag stets aus dem freien Belieben hervorgeht, da die Wahl der physischen, oder mystischen Person (d. i. der einzelnen Person, oder der Gesellschaft, mit welcher der Vertrag geschlossen werden soll) und die Bestimmung des zu errichtenden Pflicht- und Rechtsverhältnisses innerhalb rechtlicher Schranken ganz von der Willkühr der Kontrahenten abhängt; so muß in einem *moralischnothwendigen* Verträge, dessen Abschließung erzwingbare Pflicht ist, die Willkühr (denn ein Vertrag ohne Willkühr ist ungedenkbar,) mit der Pflicht zusammentreffen: es muß entweder die Wahl der Person, oder die Wahl eines *schon bestimmten* Pflicht- und Rechtsverhältnisses der Willkühr überlassen seyn. Alles *Moralischnothwendige* deutet auf eine dauernde Handlungs-

weise; die Wahl einer bestimmten physischen, oder mystischen Person kann bei den Pflichtverträgen nicht moralischnothwendig seyn, weil dann, wenn dieses wäre, die Bestimmung des Pflicht- und Rechtsverhältnisses beim Abschlusse des moralischnothwendigen Vertrages von der Willkühr abhänge und das Moralischnothwendige in einem solchen Vertrage sich nicht auf Handlungen — nicht auf ein dauerndes Verhalten bezöge. In einem moralischnothwendigen Vertrage ist also das Pflicht- und Rechtsverhältniß unabhängig von der Willkühr der Kontrahenten bestimmt und nur die Wahl eines solchen besondern Pflicht- und Rechtsverhältnisses und die Verbindung der Personen, die in dasselbe treten wollen, ist Sache der Willkühr.

Die moralischnothwendigen Verträge sind:

- 1) der *Vereinigungsvertrag*, durch welchen von einer Anzahl Individuen der Staat gebildet wird und als gebildet zu denken ist und durch welchen ein Einzelner sich an ein schon bestehendes gemeinsames Wesen als Bürger anschliesst. — Es ist für jeden Menschen Pflicht, im Staate zu leben; ein jeder soll sich dem herrschenden Vernunftgesetze — der Rechtsgewalt unterwerfen und damit allen Andern die Versicherung geben, daß er ihre Glückseligkeit gewiß nicht nur nicht verhindern, sondern auch befördern werde. Ob aber unser guter Kajus im Staate A oder B lebe, ist gleichgültig und hängt von seiner Willkühr ab. Er kann, wenn ihn kein anderer Vertrag so eben fesselt, den Vereinigungsvertrag mit dem Staate

A einseitig aufheben, um sich an den Staat B oder C anzuschließen. Das letztere muß er aber sogleich thun, weil sonst ein jeder Staat, wegen der moralischen Nothwendigkeit des gemeinen Wesens, das Recht und die obliegende Pflicht hat, ihn, wenn er sich für keinen bestimmten Staatsverein erklärt, in seine Mitte zu zwingen. — Der Vereinigungsvertrag kann eben so wohl einseitig, als einstimmig aufgehoben werden. In beiden Fällen wird sogleich ein anderer geschlossen. — Die freie Wahl der Person (der einzelnen und der mystischen) ist bei dem Vereinigungsvertrage nur einseitig. Nur dem Kandidaten des Bürgerthums steht es frei, die mystische Person — den schon bestehenden, oder eben werdenden Staat, in den er treten will, zu wählen. Kein eben werdendes, oder schon bestehendes gemeines Wesen darf, wegen der moralischen Nothwendigkeit des Lebens im Staate, die Einzelnen, die als Glieder in dasselbe treten wollen, zurückweisen, so wie aus gleichem Grunde kein Bürger aus dem Staate ausgeschlossen (aus dem Lande gejagt — über die Grenze gebracht) werden darf. Hätte ein Staat das letztere zu thun ein Recht, so hätten alle Staaten dasselbe Recht; mithin könnte der arme ausgestossene Kajus in die Verlegenheit kommen, daß er die ihm, wie allen Menschen, obliegende Pflicht, im Staate zu leben, gar nicht erfüllen könnte. Hat er als Bürger gesündigt, so kommt dem gemeinen Wesen das Strafrecht zu statten; die Landesverweisung eines Bürgers aber ist keine Strafe, sondern eine Ungerechtigkeit,

eine Ungerechtigkeit selbst in dem Falle, wenn der Verwiesene sich nicht nach der bestehenden Verfassung des Staats bequeme, oder etwas dagegen unternahm. Gibt es denn kein Strafmittel, den Bürger von verkehrtem Sinne in die Schranken der bestehenden Verfassung zu zwingen und ihn von hochverrätherischen Schritten zurückzuhalten?

Bei dem Vereinigungsvertrage wird das Pflicht- und Rechtsverhältniß des Bürgers bestimmt vorgefunden; nur die Wahl des Kontrahenten, der eine mystische Person ist und die Aufhebung dieser Verbindung ist Sache der Willkühr und zwar der Willkühr des Bürgers und des Kandidaten des Bürgerthums.

- 2) Der *Amtsvertrag*. Ich werde am gehörigen Orte zeigen, daß der Staat jedem Bürger ein amtliches Geschäft zu geben und jeder Bürger ein amtliches Geschäft zu übernehmen verbunden ist. Die Pflichten und Rechte, die das Amt mit sich führt, liegen unabhängig von der Willkühr bestimmt da und das Spiel der Willkühr ist bei diesem Vertrage, wie bei dem Vereinigungsvertrage, nicht auf Seiten des Staats, sondern des Staatsbürgers, der ein Amt haben will oder soll, und besteht nicht in der Wahl des Kontrahenten, der schon im Vereinigungsvertrage auch für den gegenwärtigen Vertrag, den jener unmittelbar zur Folge hat, erwählt wurde und der erkorne Staat ist, mit welchem ein jeder Bürger einen solchen Vertrag zu schliessen die Verpflichtung

hat, sondern in der Wahl des Amtes. Der Kandidat wählt unter den Aemtern, zu denen er sich fähig fühlt, dasjenige, zu welchem er die meiste Lust hat. Auf Seiten des Staats (der Regierung und der untergeordneten Obrigkeiten) ist nur obliegende Pflicht: *jeder Staatsbürger soll ein Amt haben, das er selbst wählte und jedes Amt muß besetzt, mit dem fähigsten Subjekte besetzt werden.* Der Fall, wo ein Individuum zur Erwählung und Annahme eines Amtes überhaupt zu zwingen wäre, wird nicht eintreten; aber es gibt näher zu bestimmende Fälle der Noth, wo die Willkühr des Bürgers der Obliegenheit des Staates weichen muß. Der Staat nöthiget, wenn ihn selbst Pflicht und Noth nöthigen, den Einzelnen zur Verwaltung eines bestimmten Amtes und versetzt ihn in ein anderes, höheres oder niedrigeres Amt, ohne auf das Wahlrecht desselben Rücksicht zu nehmen. — Die physische Person bedarf bei der ihr zustehenden freiwilligen Abschließung und Aufhebung des Amtsvertrages stets der Einwilligung der mystischen, — des Staats; der Staat aber kann in bestimmten Fällen den Bürger zur Abschließung und Aufhebung dieses Vertrages zwingen. Dafs der Staat nicht Unrecht thun könne, muß aus seiner Organisation hervorgehen, und dafs sowohl die willkührlich beschlossene und vom Staate bewilligte, als auch die erzwungene Aufhebung des Amtsvertrages nur einer neuen Abschließung desselben, nur dem Antritte eines andern Amtes vorhergeht, bedarf wegen der einleuchtenden unvergänglichen moralischen Nothwendigkeit dieses Vertra-

ges keiner Erinnerung. Die Regel ist: die beliebige Wahl des Bürgers in Ansehung des Amtes muß mit der pflichtmäßigen Wahl des Staats in Ansehung des Subjekts zusammentreffen. — In der Aufhebung des Vereinigungsvertrages ist die Aufhebung des Amtsvertrages natürlich mitbegriffen.

3) Der *Ehevertrag*. Die Gründe für die moralische Nothwendigkeit dieses Vertrages sind in dem Daseyn zweier Geschlechter, in der Hilfsbedürftigkeit der Mutter und des Kindes und in dem Begehrungsvermögen des Männleins und Fräuleins zu finden, dem Schranken gesetzt werden müssen. — Es wird Ihnen, meine Hochverehrte, zu Ohren gekommen seyn, daß dieser Vertrag von zwei physischen Personen verschiedenen Geschlechts eingegangen wird. Zu beweisen, daß er nicht zwischen einer Person von diesem und mehreren Personen von jenem Geschlechte abgeschlossen werden darf, würde uns zu lange aufhalten und gehört auch nicht nothwendig hieher. Ich verweise Sie der Kürze halber auf das vergötterte Gefühl der Liebe, von welchem diejenigen, die aus Erfahrung sprechen, behaupten, daß es im Manne dem Weibe nur Einen Mann und im Weibe dem Manne nur Ein Weib verstatte und in diesem Sinne auf Ehe dringe. — Das Recht des Körbchens bleibt Ihrem Geschlechte, ungeachtet der moralischen Nothwendigkeit des Ehevertrages, unbenommen. — Das Pflicht- und Rechtsverhältniß in der Ehe ist von der Willkühr unabhängig bestimmt; die Wahl der

Person aber ist der Willkühr der Ehelustigen überlassen. Nur muß diese Wahl endlich einmal erfolgen und der Staat hat, wenn sie auf einer näher zu bestimmenden Stufe des Alters nicht erfolgt, das Recht und die obliegende Pflicht, die ehescheuen Individuen zur Strafe für die unterlassene, moralischnothwendige Abschließung des Ehevertrages mit außerordentlichen Zwangspflichten zu belegen, die den Zweck haben, entweder durch ihre Unannehmlichkeit den Entschluß, zu heurathen, mit dessen Ausführung sie wiederum aufhören, zu veranlassen, oder durch das Produkt ihrer Erfüllung den Schaden zu vergüten, den die Hagestolze (um hier blos auf das männliche Geschlecht Rücksicht zu nehmen) durch ihr eben so unnatürliches, als unbürgerliches Verhalten dem gemeinen Wesen zufügen. — Die gegenseitige freie Einwilligung, welche dem Abschlusse des Ehevertrages vorhergeht, soll die Liebe geben. Die Liebe kann einseitig und gegenseitig ersterben; die Aufhebung des Ehevertrages erfolgt eben sowohl nach dem einseitigen, als gegenseitigen Entschlusse. Diese Behauptung mag keck hier ohne Beweis stehen. — Die Abschließung und Aufhebung des Ehevertrages bedarf, aus leicht aufzufindenden Gründen, der öffentlichen Genehmigung und Heiligung von Seiten der Obrigkeit. Dies ist die *Trauung* und *Ehescheidung*.

Sie errathen es, theure Freundin, daß dasjenige, was hier von den moralischnothwendigen Verträgen und insbesondre von den beiden letzten ange-

deutet worden ist, nur in einem gemeinen Wesen realisirt werden kann, das vernunftmälsig organisirt und in dessen Innern eine rechtsgemäße politische Oekonomie im Gange ist. — Wenn die Nothwendigkeit dieser drei angegebenen Pflicht- und Rechtsverhältnisse nicht in der praktischen Vernunft gegründet wäre; so suchte ich Sie, wo möglich, zu einem vermessenen Idealisiren zu verleiten und mit politischen Träumereien zu unterhalten. Sie erzeigen mir die Ehre, nie zu vergessen, daß mein Bestreben überhaupt dahin geht, Sie in meinen Briefen nicht auf Geschöpfe der Einbildungskraft, sondern, um mich so auszudrücken, auf reelle Substanzen der Vernunft aufmerksam zu machen. Was blos in der Vernunft d. i. durch den Gebrauch derselben im Verstande, aber noch nicht durch Freiheit und äußern Drang in der Außenwelt wirklich ist, gehört nicht unter die Gesichte, sondern unter die Ideale, nicht zu dem, was nicht seyn kann, sondern zu dem, was seyn soll. So wenig eine elende Lufterscheinung den Gang der Weltenuhr hemmen kann; so wenig werden Zwang und Albernheit die allmälige Verwirklichung dessen verhindern, was jetzt noch blos als wohlgegründetes Ideal dasteht. Wie manches nannte einst die Bosheit und Albernheit einen Traum, was jetzt rechtsgemäls verwirklicht ist. Das vernünftige Handeln setzt ein richtiges Denken, das vernünftige Realisiren ein vernünftiges Idealisiren voraus.

Der Staat ist durch die moralische Nothwendigkeit der genannten Verträge zur Erzwingung der Abschließung derselben berechtigt und verpflichtet. Dieser Zwang kann aber bei einer vernunftmälsigen Ver-

waltung und Organisation des gemeinen Wesens nur in höchst seltenen Fällen eintreten, indem ihn schon die Umstände ausüben. Ein jeder muß, da es keine Vererbung gibt und alle Arbeit, wie Sie bald sehen werden, in Aemter vertheilt ist, nach einem Amte, um leben zu können, trachten; der Abschluß des Vereinigungsvertrages, den der Amtsvertrag voraussetzt, wird schon jetzt vom Eigennutze erzwungen, der das bürgerliche Leben dem einsiedlerischen vorzieht und was den Vertrag der Ehe betrifft, so wird sich niemand scheuen, denselben abzuschließen. Denn ein jeder hat sein hinlängliches Auskommen auch dann, wenn ihm ein Weib zur Seite ist und das Band der Ehe ist nicht unauflöslich. Die Fälle, wo der Abschluß des Amtsvertrages, nicht weil die Willkühr nicht wählte, sondern weil die Umstände die freie Wahl nicht zulassen, zu erzwingen ist, werden freilich nicht in gleichem Grade selten seyn. — Lassen Sie uns weiter gehen.

Alle ursprüngliche Rechte sind als nothwendige, von der Erfahrung unabhängige Bedingungen der Glückseligkeit; deren wichtigster Bestandtheil die gegenseitige Unabhängigkeit — die Freiheit ist, *unveräußerlich*. Wer bei gesundem Verstande und frei von treibender Noth ist, wird auch in der That nie in die Versuchung gerathen, ein ursprüngliches Recht veräußern zu wollen.

Ein Vertrag, durch welchen ein ursprüngliches Recht veräußert wird, ist von Seiten des schändlichen Promissars, der den Blödsinn, oder die Noth des Promittenten benutzt, ein Verbrechen, das in einem wohleingerichteten Staate der Strafe nicht entgeht.

Jedem ursprünglichen Rechte steht eine a priori erkennbare Pflicht gegenüber, deren Nichterfüllung in moralischer Ansicht eine Sünde, in politischer ein Verbrechen ist. Wenn ein Vertrag, in welchem ein ursprüngliches Recht veräußert wird, gültig wäre; so würde das Recht erworben, ungestraft und ohne Schuld ein Verbrechen, eine Sünde zu begehen.

Erfahren Sie, daß das schreckliche Recht, ursprüngliche Rechte eines Andern zu verletzen und mithin ungestraft bestimmte Verbrechen zu begehen, in der That erworben werden kann. Ich erinnere Sie hier an die Leibeigenschaft, die Sklaverei und die damit in Verbindung stehenden körperlichen Mißhandlungen und an alle die Verträge, die zwischen dem reichen Dränger und dem bedrängten Armen geschlossen werden. Wie oft erhält nicht durch solche, von der Noth und eisenherzigen Habsucht abgeschlossene Verträge der Reiche, wo nicht das widerrechtliche, von der Obrigkeit geschützte Recht, so doch die rechtsähnliche, von der Obrigkeit nicht verhinderte Macht, den Armen, den Hunger und Blöße schrecken, über die Gebühr zu Diensten zu zwingen und ihm Produkte seiner Arbeit und Theile seines Besitzthums offenbar zu entwenden, indem er sie weit unter ihrem Werthe bezahlt.

Der Zweck eines jeden Vertrags ist *Erwerb* und *Veräußerung*; in jedem Verträge erwirbt der Promissar und veräußert der Promittent. Wenn wir wissen, was veräußert werden darf, so wissen wir auch zugleich, was rechtlicher Weise zu erwerben ist.

Die Urrechte kommen unmittelbar einem jedem vernünftigsinnlichen Wesen zu und bedürfen nur der Zusicherung und Beschützung; ihre Veräußerung ist in moralischer und rechtlicher Ansicht unmöglich. In den Objekten der ursprünglichen Rechte ist alles beschlossen, was der *freie* Mensch, der sich im gesicherten Genusse dieser Rechte befindet, hat und besitzt; die ursprünglichen Rechte sind unveräußerlich. Was ist es denn nun, was durch Verträge veräußert und erworben werden kann?

Die ursprünglichen Rechte sind nicht durch die Willkühr, sondern durch die praktische Vernunft und in ihren Objekten nächst dieser durch die Natur und den zuerkennenden und schützenden Staat an das vernünftigsinnliche Wesen geknüpft, daher sie auch keine Willkühr von ihm soll trennen können, weder die eigne, noch eine fremde. In den Objekten der ursprünglichen Rechte muß nun etwas der Willkühr überlassen seyn, wenn überhaupt Verträge, in welchen willkührliche Veräußerungen und Erwerbungen stattfinden, rechtlich möglich seyn sollen.

Was in den nicht durch die Willkühr an das vernünftige Wesen gekommenen Objekten der ursprünglichen Rechte der Veräußerung und Erwerbung ausgesetzt seyn soll, muß entweder erst durch die Willkühr entstanden, oder unbeschadet der Fortdauer des Objekts des Urrechts der freien Disposition der Willkühr überlassen seyn.

Was die Willkühr gebildet und worüber sie freigegeben darf, das kann sie in Verträgen Andern über-

lassen und von Andern an sich bringen. Dies sind nun *Arbeitsprodukte* und Theile der Arbeitskraft: *Sachen* und *Dienste*.

Dafs der Leib des Menschen Person, nicht Sache ist, dafs über den ganzen Leib, als das gemeinschaftliche Objekt der Rechte der Persönlichkeit, so wenig als über Theile desselben Verträge geschlossen werden dürfen, werde ich, ein Europäer, Ihnen, einer Europäerin, in Europa, wo wir beide sind, und überdies in einem Briefe, der das Gesagte nicht wiederholen und nicht unnöthige Schlufsfolgen daraus ziehen soll, nicht beweisen. Dieses Beweises und besonders der Beherzigung desselben bedarf indels selbst auch Europa noch. Schande über diesen aufgeklärten Theil der Welt! — Der menschliche Leib kann nicht und nichts an ihm veräußert werden, ausgenommen, um mit gelehrter Genauigkeit nichts unberührt zu lassen, etwa das Haupthaar, das, wenn es der Spiegel und der Arzt erlauben, den Verwüstungen einer barbarischen Scheere preis gegeben werden und mit vollem Rechte der Gegenstand eines Vertrages — einer Schenkung, oder Tausches seyn kann. — Man erzählt, dafs Bauermädchen gegen eine Entschädigung in Gelde sich ihre weissen, gesunden Zähne ausziehen liessen. Das geschah zufolge eines Vertrags zwischen der Armuth, der Habsucht und Einfalt auf dieser und der Grausamkeit auf jener Seite d. i. zufolge eines widerrechtlichen Vertrags. Ueber Bestandtheile des Leibes kann eben so wenig, als über den ganzen Leib ein Vertrag geschlossen werden.

Das ursprüngliche Eigenthum kann eben so wenig theilweise, als ganz veräußert werden. Nicht

durch die Willkühr, sondern durch die Gerechtigkeit kommt es dem Menschen und ganz, wie es kam, soll es ihm bleiben. Ein jeder darf sein ursprüngliches Eigenthum bloß benutzen, bloß frei darin wirken, aber es durchaus nicht einem Andern überlassen, eben weil es *sein*, von der Gerechtigkeit *ihm* zuerkanntes Ureigenthum ist. Die Materie des Ureigenthums bestehe nun, worin sie wolle, so ist so viel gewiß, daß sie weder ganz, noch theilweise Gegenstand eines Vertrages seyn kann.

Das Objekt des Rechts der freien Arbeit ist die Arbeitskraft. Diese darf innerhalb der eigenthümlichen Sphäre des Subjekts von Andern durchaus nicht gehemmt, noch durch offenbaren, oder verdeckten Zwang (durch Gewalt, oder List) geleitet werden. Daß sie außerhalb der eigenthümlichen Sphäre bei einer pflichtwidrigen Wirksamkeit durch Strafe zu hemmen ist, wissen wir; ob sie außerhalb dieser Sphäre aber auch mittelst des Rechtszwangs von Andern geleitet — ob sie veräußert werden kann — ob *Dienste* rechtlich sind, das wollen wir wissen. — Die Arbeitskraft wird beliebig gespannt und abgespannt; ihre Wirksamkeit hängt ganz von der Willkühr ab. Sie ist in ihrer Wirksamkeit etwas Willkührliches und darf, als solches, theilweise d. i. da die Thätigkeit sich an den Fluß der Zeit anschließt, auf bestimmte Zeittheile der Leitung Anderer frei überlassen werden.

Im Rechte der freien Arbeit, oder des beliebigen Spiels der Arbeitskraft liegt das rechtliche Vermögen, sich in Verträgen zu Diensten anheischig zu machen. Der Promissar leitet auf eine Zeit die Arbeitskraft des

Promittenten nach dem *freien Willen* desselben. Durch Dienstverträge geht das Recht der freien Arbeit nicht verloren. Dienstverträge bestimmen die Dauer der Leitung der Arbeitskraft, oder die Beschaffenheit der Arbeit selbst so, daß weiter keine unmittelbare Leitung nothwendig ist. — Arbeitskraft kann also veräußert und erworben werden; Dienste sind rechtlich möglich.

Zu einer lebenslänglichen Veräußerung der Arbeitskraft kann nur Mangel an Verstande, Noth und Gewalt verleiten und zwingen; eine lebenslängliche Veräußerung der Arbeitskraft hat nicht Dienstleistungen, sondern Dienstbarkeit und Sklaverei zur Folge; sie ist eine Veräußerung des Urrechts der freien Arbeit selbst, da durch sie nicht ein willkürlich bestimmtes Spiel der Arbeitskraft, nicht die augenblickliche Leitung dieser Kraft veräußert, sondern das Vermögen der Bestimmung des Spiels derselben dahingegeben wird. — Unter der Rechtsherrschaft ist keine Veräußerung eines Urrechts, keine Erwerbung des Objekts eines Urrechts und überhaupt kein Vertrag möglich, durch welchen die Rechte eines der Kontrahenten, oder irgend eines Andern verletzt werden oder verletzt werden sollen.

Die hartnäckige Frage, warum es denn nicht rechtlich möglich seyn sollte, daß ein Mensch die Leitung seiner Arbeitskraft einem andern gegen Lohn und Brot lebenslänglich überlassen könnte, wird den Weg über Ihre Lippen nicht finden. — Ist denn die Glückseligkeit nach der Veräußerung einer a priori erkennbaren Bedingung derselben noch möglich? Lie-

gen nicht einem jeden auſſer den Pflichten der negativen, auch die Pflichten der positiven Beförderung der Glückſeligkeit Anderer ob? Wie kann den letztern von demjenigen Genüge geleistet werden, deſſen Thätigkeit ein Anderer ganz zur Betreibung ſeines perſönlichen Vorthells zu leiten das Recht hat? Nur nach der launiſchen Willkühr ſeines Promiſſars kann der dienſtbare Promittent für ſeine eigne und für die Glückſeligkeit Anderer thätig ſeyn.

Die Individuen, welche in unſern Staaten die Leitung ihrer Arbeitsfähigkeit Andern gegen eine Vergeltung überlaſſen und nach dieſer Entäußerung eine beſondere Menſchenklaſſe ausmachen, für deren unterſte Abtheilungen der Leibeigenschaft anzeigende Ausdruck *Gesinde* und *Leute* gewöhnlich iſt, thun dieſen Schritt der größten Anzahl nach aus Noth. Dies erweckt ſchon ein ſchlimmes Vorurtheil gegen die Rechtsgemäſſheit des Zuſtandes dieſer Individuen. Noth, inwiefern man darunter unverſchuldetes Elend, Armuth, Mangel an Arbeit und Unterkommen verſteht, ſoll und kann unter der Rechtsherrschaft — in einer Gemeine freier, vernünftiger Weſen — in einem vernunftmäſſig organiſirten und verwalteten Staate ſlechterdings niemanden zur Abſchließung eines Vertrages zwingen. Die Noth iſt eine Ausgeburt des Glücks. Wenn das Recht herrſcht, hat die Gewalt des abſcheulichen, Wohl und Weh blind ausſtreuenden Glücks ein Ende. Zum Treiben der Noth, das gegen den bürgerlichen Zuſtand des ſogenannten Geſindes den Verdacht der Rechtswidrigkeit erregt, geſellt ſich noch der Umſtand, daß ſich die dienenden Perſonen durch die eingegangenen Dienſtverträ-

ge zwar nicht auf die ganze Zeit des Lebens, aber doch auf eine längere Zeit von der Bestimmung ihrer Arbeitskraft lossagen. Ist dies rechtlich möglich? Ist der Zustand des Gesindes in der That rechtswidrig? — Dafs man, wenn man nach dem, was recht ist, fragt, nicht wissen will, was so eben durch die Schuld der Umstände, die ihr Daseyn der Bosheit und dem Mangel an Rechtserkenntniß verdanken, für Recht gilt, ist stets vorauszusetzen. Der bürgerliche Zustand der Personen, die nicht unmittelbar für das gemeine Wesen, sondern bloß kraft eines Dienstkontrakts für Einzelne thätig sind, also, wie man sich nicht ohne Verachtung auszudrücken pflegt, im Lohn und Brote eines Andern stehen, ist einer großen Verbesserung bedürftig und fähig. Dienende Individuen sind nothwendig und werden nothwendig bleiben; welcher Lehrer des göttlichen Rechts aber hat die Stirn, zu behaupten, dafs eine ganze Klasse schuldloser Individuen des vollen Genusses der Menschen- und Bürgerrechte unfähig sey? — Die dienenden Personen müssen gegen die Willkühr der Bedienten vollkommen geschützt seyn, Zeit zur freien Disposition übrig behalten und ihre Thätigkeit muß kraft des Amtsvertrages, nicht kraft eines Dienstkontrakts erfolgen und daher, bei dem gerechten Verhältnisse zwischen Arbeit und Lohn, nicht bloß für ein Erwerbsmittel, sondern auch zugleich für eine Entledigung der Pflichten der gegenseitigen, durch die Rechtsgewalt zu erzwingenden Beförderung der Glückseligkeit d. i. der Bürgerpflichten gelten.

Folgendes ist Grundsatz einer vernünftigen Rechtslehre: Ueber Dienstleistungen kann der Mensch, als

freies in einer *Gemeine* lebendes Wesen, nur für diejenigen Zeittheile Kontrakte abschliessen, welche nach der Erfüllung der Bürgerpflichten übrig bleiben.

Die *Arbeitsprodukte* gehen uranfänglich alle aus dem Ureigenthume hervor; sie werden durch die Willkühr vom ursprünglichen Eigenthume, gleichsam wie Bruchsteine von der grössern Felsenmasse, losgerissen, willkührlich gebildet und willkührlich gebraucht und dürfen daher, als ächte Gegenstände der Willkühr, als vom Ureigenthume völlig getrennte Dinge, auch vom Subjekte durch Schenkung und Tausch frei getrennt werden. Die Arbeitsprodukte sind veräußerlich. Nur sie sind das veräußerliche und erwerbliche Eigenthum und nur sie können veräußert werden, keinesweges aber, wie es sich von selbst versteht, das Urrecht des Besitzes der Arbeitsprodukte überhaupt.

Das *erworbene Eigenthum* kommt zur Masse der aus dem Ureigenthume unmittelbar hervorgegangenen Arbeitsprodukte und ist diesen durchaus gleich zu achten; denn der Eigenthümer erhielt es nur gegen Arbeitsprodukte, oder gegen Dienstleistungen, die, aus Eigennutz unternommen, der Thätigkeit gleichen, durch die das thätige Subjekt, auf das Ureigenthum wirkend, etwas Brauchbares für sich erzeugt, und was durch Schenkungen kommt, wird durch den Willen des Schenkenden den Arbeitsprodukten des Beschenkten gleich gemacht.

Alles, was veräußert werden darf, besteht also, wie meine hochgeachtete Freundin sich überzeugt

haben wird, in Sachen und Diensten, in Arbeitsprodukten und bestimmten Kraftäufserungen während des Flusses der Zeittheile, die nach Erfüllung der Bürgerpflichten übrig bleiben.

Ob in den Objekten der ursprünglichen Rechte, die wir noch kennen lernen sollen, etwas Veräußerliches enthalten seyn und worin dasselbe bestehen werde und ob mithin die unternommene Bestimmung dessen, was Gegenstand eines Vertrages seyn kann, ausreichend oder nicht ausreichend sey, können Sie sogleich in voraus selbst beurtheilen.

Die ursprünglichen Rechte, mit denen wir uns, außer den angeführten, noch bekannt zu machen haben, gehen, wie jene, aus der moralischen Nothwendigkeit der erzwungenen gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit hervor und haben, wenn sie gesichert werden, die gegenseitige positive Glückseligkeitsbeförderung zur Folge, so wie die negative aus den gesicherten Urrechten der Persönlichkeit und der eigenthümlichen Sphäre entspringt.

Die Glückseligkeit Anderer kann *positiv* nur durch Arbeitsprodukte und Dienstleistungen befördert werden; mithin bestehen die Objekte derjenigen Urrechte, die uns noch bekannt werden sollen, in Dienstleistungen und Arbeitsprodukten.

Was die Dienstleistungen betrifft, die dem Berechtigten durch den Zwang des Staats einem ursprünglichen Rechte zufolge von Andern kommen sollen, so ist von ihnen einleuchtend, daß sie unver-

äufserlich seyn müssen, weil nur subjektive, keinesweges aber fremde Kraftäufserungen willkührlich zum Gegenstande eines Vertrags gemacht werden dürfen. Es werden Dienste seyn, die dem Einzelnen unmittelbar geleistet werden sollen; sie werden daher, wie sich in voraus begreifen läßt, durch den *Hülf*sbedürftigen Zustand des Berechtigten bestimmt werden. Die Veräußerung dieser Dienstleistungen kann und wird also nie unternommen werden, wenn es auch rechtlich möglich wäre, daß fremde Kraftäufserungen willkührlich veräußert werden könnten. — Sind Arbeitsprodukte Anderer Objekt eines ursprünglichen Rechts; so können sie offenbar, unbeschadet der Fortdauer des Rechtsobjekts, der freien Disposition der Willkühr überlassen und wie durch Verträge erworbene und eigenhändig gebildete Arbeitsprodukte veräußert werden. Meine scharfsinnige Freundin wird hier beiläufig bemerken, daß, wenn Arbeitsprodukte Anderer in der That Objekt eines Urrechts sind, der dem Urrechte gegenüberstehenden Pflicht zufolge ein jeder wiederum für Andere arbeiten und daß die pflichtmäßige Verrichtung der Arbeit und die Gröfse dieser Arbeit die Auslieferung der Arbeitsprodukte Anderer bedingen und die Quantität derselben bestimmen werde. So viel für jetzt hiervon.

Gegenstände der Verträge sind und bleiben also allein Arbeitsprodukte und subjektive Kraftäufserungen.

Wollten Sie mir einwenden, daß natürliche, vom menschlichen Fleiße durchaus unberührte Dinge keine Arbeitsprodukte, aber hoffentlich dessen unge-

achtet doch wohl Vertragsgegenstände sind, und scherzhaft triumphirend erklären, daß meine Bestimmung dessen, was Gegenstand eines Vertrages seyn könne, unvollständig sey; so würde ich Ihnen entgegen, daß, wenn das ursprüngliche Eigenthum, das wir seiner Materie nach noch nicht kennen, in einem Theile des Bodens der Erde besteht, die darauf ohne Mitwirkung des menschlichen Fleißes von der Natur unmittelbar hervorgebrachten Dinge zwar nicht in positiver, aber doch in negativer Bedeutung allerdings zu den Arbeitsprodukten zu zählen sind, indem der Besitzer des Bodens die zeugende Kraft der Natur nicht hemmt und ihre Produkte nicht vernichtet und so negativ, durch eine unterlassene Thätigkeit die reinen, vom menschlichen Fleiße unberührten Naturerzeugnisse zu Arbeitsprodukten stempelt. Ist es aber gegen unsre augenblickliche Annahme nicht die Mutter Erde, die die Materie des Ureigenthums hergibt; so gehört der Boden mit dem, was er trägt und enthält, der Allheit der Individuen d. i. dem Staate. Die natürliche, vom menschlichen Fleiße unberührten Dinge bleiben zwar Vertragsgegenstände, aber nicht Gegenstände eines Vertrags zwischen Einzelnen, die keinen Theil des Bodens als Ureigenthum, mithin auch ursprünglich kein natürliches Ding besitzen, sondern blos eines Vertrags zwischen Einzelnen und der Allheit der Einzelnen — dem Staate, in Beziehung auf welchen die Erzeugnisse der Natur wenigstens in negativer Bedeutung Arbeitsprodukte sind, wenn sie es nicht auch zugleich in positiver Bedeutung vermittelt aufgelegter, amtlicher Arbeiten werden. — Triumphiren Sie ein ander Mal über mich. Es wird Ihnen dazu nicht an Gelegenheit mangeln.

Dafs der Satz: Vertragsgegenstände sind allein Arbeitsprodukte und Dienstleistungen — auf die moralischnothwendigen Verträge nicht anwendbar ist, kann uns nicht befremden, weil diese aufser der Regel sind. Im gewöhnlichen Vertrage bildet die Willkühr vermittelt der Veräußerung und Erwerbung bestimmter Arbeitsprodukte und Dienstleistungen ein besonderes Pflicht- und Rechtsverhältnifs, das nach dem Abschlusse und während der Dauer des Vertrags einem von der praktischen Vernunft gebildeten Pflicht- und Rechtsverhältnisse gleich geachtet wird; im moralischnothwendigen Vertrage aber wählt das kontrahirende Individuum entweder blos die mystische und physische Person, mit welcher es in ein nicht durch die Willkühr, sondern ursprünglich durch die praktische Vernunft errichtetes Pflicht- und Rechtsverhältnifs treten will, oder, wie bei dem Amtsvertrage, unter mehrern ähnlichen, nicht durch die Willkühr gebildeten Pflicht- und Rechtsverhältnissen ein ihm beliebiges.

Das Recht, Verträge zu schliessen, kommt jedem (des Genusses der Rechte überhaupt fähigen) Menschen zu; kein Dritter darf ihn einen Vertrag zu schliessen hindern. Ich nenne dieses Recht das *Urrecht der Verstärkung der subjektiven Kraft durch die Kräfte Anderer vermittelt Verträge*. Zwischen diesem Rechte und den Rechten der Persönlichkeit und der eigenthümlichen Sphäre werden Sie folgenden Unterschied nicht unbemerkt lassen. Die letztern sind ihrer Tendenz und ihrem Objekte der Form und Materie nach einem jeden vernünftigsinnlichen Wesen unbedingt zuständig. Diese absolute Zuständig-

keit, den Charakter eines Urrechts, führt das Recht der Verstärkung der subjektiven Kraft durch Verträge nur seiner Form und Tendenz nach bei sich; das Objekt desselben d. i. jeder abzuschliessende Vertrag ist durch die subjektive und objektive Willkühr bedingt. — Das Ureigenthum ist zwar ebenfalls bedingt, aber nicht seiner Existenz, sondern blos seiner Grösse (wie wir bald sehen werden) und seiner bestimmten Besetzung nach. Ureigenthum kommt ohne weiteres, wie das formale Recht, dessen Objekt es ist, einem jeden vernünftigsinnlichen Wesen zu; dafs aber unser Freund Kajus gerade eine so grosse und gerade *diese* Sphäre haben soll, hängt von Bedingungen ab.

Das Urrecht der Verstärkung der subjektiven Kraft durch die Kräfte Anderer vermittelt eines Vertrages ist das Recht der Erwerbung aller hypothetischen Rechte, die je an ein vernünftigsinnliches Wesen kommen können. Ohne dieses Recht müfste sich der Mensch an den übrigen Urrechten begnügen und es wäre ohne dasselbe keine Acquisition rechtlich möglich. Alle hypothetische d. i. möglicher Weise zu erwerbende Rechte reihen sich an das Recht der Verstärkung der subjektiven Kraft und bilden das durch die gegenseitige Willkühr der Bündner bedingte Objekt desselben.



Z e h n t e r B r i e f.

Das praktische Vernunftgesetz gebietet die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit und sanktionirt, indem es in das Rechtsgesetz übergeht, zum Behuf der Unfehlbarkeit dieser Beförderung einen Zwang, den der Staat vermittelt der Strafe ausübt. — Der Staat betreibt die gegenseitige *negative* Beförderung der Glückseligkeit durch die Erzwingung derjenigen Pflichten, welche in der *Zulassung* der Zwecke bestehen, die auf eine allgemeingültige Weise gesetzt werden, d. i. durch die Sicherung der Rechte der Persönlichkeit und der eigenthümlichen Sphäre. — Die Glückseligkeit, zu welcher, nächst der moralischen Güte, der Mensch berufen ist, hängt nun aber nicht bloß von der subjektiven Thätigkeit und der eben genannten Zulassung erlaubter Zwecke ab, die eine fremde negative Thätigkeit ist, sondern auch, wie es die Erfahrung lehrt und wie es sich a priori aus dem Begriffe eines endlichen, Naturgesetzen unterworfenen, mit Wesen seiner Art in Wechselwirkung stehenden, vernünftigen Wesens darthun läßt, von der positiven Thätigkeit der Bestimmungsgenossen — von den *Hülfleistungen* Anderer. Der Staat, des allwaltenden Rechts Repräsentant, der nächst der negativen auch die *positive* gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit zu betreiben hat, sichert zum Behuf der letztern jene Hülfleistungen einem jeden durch Erzwingung bestimmter Pflichten zu und nimmt so diejenigen Rechte in Schutz, über die ich mich, mei-

ne Hochverehrte, in gegenwärtigem Schreiben mit Ihnen unterhalten will,

Man befördert die Glückseligkeit Anderer positiv, wenn man ihnen in der Erreichung der Zwecke, die sie setzen, beisteht und Zwecke, die in ihrem Gemüthe aus Mangel an Kraft unbefriedigte Wünsche bleiben, für sie setzt und erreicht. Hierauf lassen sich die Hilfsleistungen, die zur Beförderung des Wohls der Bestimmungsgenossen von Seiten eines jeden erfolgen sollen, zurückbringen. — Dafs der Zweck, für dessen Erreichung ein Beistand geleistet, oder der geradezu für einen Andern gesetzt und erreicht werden soll, ein durch die subjektive Kraft dessen, mit welchem und für welchen er gesetzt und erreicht wird, entweder durchaus nicht, oder nur auf Kosten anderer und höherer Zwecke erreichbarer, erlaubter, eines vernünftigen Wesens würdiger Zweck seyn müsse, habe ich schon anderwärts erinnert,

Der Beistand, der einem Andern in der Erreichung der von ihm gesetzten Zwecke geleistet wird, ist ein Dienst — eine unmittelbare Kraftunterstützung; entweder ebenfalls ein Dienst, oder ein sächliches Arbeitsprodukt ist das Objekt der Thätigkeit, die zur Erreichung derjenigen Zwecke, welche für Andere gesetzt werden sollen, unternommen wird. *Die Glückseligkeit Anderer wird positiv durch Dienste und Arbeitsprodukte befördert.* Ein jeder soll nicht blos für sich, sondern auch zugleich für Andere thätig seyn; ein jeder soll für Andere arbeiten,

Die gute That wird zufolge des Gebots der praktischen Vernunft erzwungen. Durch die moralische

Nothwendigkeit der Erzwingung der guten That wird ein jeder mit Rechten beschenkt. Ein jeder kann vermittelst des rechtlichen Zwanges das ihm gebührende Objekt der Andern obliegenden, erzwingbaren Pflichten wie eine Schuld eintreiben. Die Pflichten der Hülfleistung werden, wie die Pflichten der Zulassung, die Pflichten der positiven, wie die Pflichten der negativen Beförderung der Glückseligkeit erzwungen. Ein jeder kann fordern, daß Andere für ihn arbeiten: *ein jeder hat ein Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer.* Nehmen Sie für jetzt diesen Satz zu Gnaden auf. Das Bedürfnis einer nähern Bestimmung springt in die Augen und wird nicht unbefriedigt bleiben.

Soll ich Ihnen beweisen, daß dieses Recht in der That ein Recht, ein Unrecht, in der That eine a priori zu erkennende Bedingung der Glückseligkeit sey? — Ist ein vernünftigsinnliches Wesen nicht nothwendig an Kräften beschränkt? Können zwei und mehrere durch die Vereinigung ihrer Kräfte nicht mehr ausrichten, bedeutendere Zwecke erreichen und mithin ein größeres Maas der Glückseligkeit erringen, als der isolirt wirkende, der Beschränktheit und Gebrechlichkeit seiner Kraft halber bedauernswerthe Einzelne? — Nur das Zusammenhalten macht die Menschen stark, nur durch die Verbindung der Kräfte ist Rettung aus dem Elende, das den isolirten Einzelnen umgibt, nur durch sie ist Glückseligkeit möglich. Diese Verbindung soll daher stattfinden; die Menschen sollen sich an einander anschließen und für einander thätig seyn. Das Sollen wird durch das göttliche Recht ein Müssen: ein jeder hat ein Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer.

Als sinnliche Erscheinung ist das vernünftige Wesen einem seiner Freiheit entgegengesetzten Wirken nothwendig ausgesetzt; es ist, als solche, ein Naturprodukt. Allmählig bildet die Natur den menschlichen Leib zum brauchbaren Werkzeuge eines freien, vernünftigen Wesens aus, allmählig entzieht sie ihm diese Brauchbarkeit wieder. Schwach und hülfsbedürftig geht der Mensch aus ihrem Schoofse hervor, schwach und hülfsbedürftig kehrt er zur Heimath zurück. Tausend feindselige Einwirkungen drohen die Blüthe der Organisation zu knicken und das ausgebaute Haus des Geistes zu beschädigen und vor der Zeit zu zerstören. — Kinder, Kranke und Alte können die Bedürfnisse, die sie haben, die erlaubten Zwecke, die sie setzen, entweder durchaus nicht, oder nur unvollständig befriedigen und erreichen. Sie sind ohne die Beihülfe Anderer unglückselige Wesen. Von Andern soll ihnen daher die Glückseligkeit, die sie durch eigenes Wirken nicht erringen können, nach Maafsgabe der vorhandenen und übriggebliebenen Empfänglichkeit und nach der Regel der Allgemeingültigkeit bereitet werden. Die *Kinder*, die *Kranken* und *Alten* haben besonders ein *Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer*. Denn was der praktischen Vernunft zufolge geschehen soll, geschieht, wenn das heilbringende Recht die Herrschaft führt, durch erzwungene Pflichten, deren Resultate für Andere Rechtsobjekte sind. — Den Kindern hat die Natur selbst den Genuß dieses Rechts durch die Gefühle, die sie den Aeltern und insbesondere den Müttern ins Herz legte, zuzusichern gesucht. Aber es gibt unnatürliche Aeltern und verwaisete Kinder. — Der Staat hat das genannte Recht den Kindern nicht weniger zuzusichern,

als den Kranken und Alten. Sagen Sie nicht, daß für die Verbesserung des Schicksals der letztern das Mitleid und die Regungen der Seelen- und Blutsverwandtschaft sorgen. Finden alle Kranke und Alte mitleidige Herzen? Haben sie alle Verwandte und Freunde? — Der Wille der praktischen Vernunft soll wie ein oberstes Naturgesetz wirken. Wie verträgt sich mit dieser Oberherrschaft die dem Zufalle, Launen und Herzensgefühlen überlassene Realisirung der guten That? — Verlieren Sie nie den Satz aus den Augen: Alles, was geschehen *soll*, soll geschehen *müssen*. — Von Armen und Nothleidenden kann hier keinesweges die Rede seyn. Wie kann es unter der Rechtsherrschaft, wo ein jeder sein ursprüngliches Eigenthum und überdies ein Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer hat, Arme und Nothleidende geben?

Da es von der Beschaffenheit des sinnlichen Werkzeugs der Thätigkeit abhängt, ob das vernünftige Wesen für seine eigne und Anderer Glückseligkeit thätig seyn kann und da die Glückseligkeit Anderer nur durch Dienste und Arbeitsprodukte befördert wird, welche Beförderung (im Staate) aus der Erfüllung der Zwangspflichten, der unmittelbaren sowohl, als der erst durch die Willkühr der Einzelnen entstandenen, hervorgeht, so gibt es drei Rechte, in deren Sicherung die Betreibung der gegenseitigen *positiven* Beförderung der Glückseligkeit besteht;

- 1) das Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Stärke —

2) das Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Schwäche des sinnlichen Werkzeugs der Thätigkeit und

3) das Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer nach geschlossenem Vertrage.

Diese drei Rechte faßt das *Urrecht der Verstärkung der subjektiven Kraft durch die Kräfte Anderer*, das sich aus der moralischen Nothwendigkeit des Wirkens für Andere und der Heilighaltung des in Verträgen geleisteten Versprechens ergibt, zusammen.

Ueber das Recht der Verstärkung der subjektiven Kraft mittelst Verträge habe ich mich schon mit Ihnen unterhalten. Da die Sicherung dieses Rechts den willkürlichen Entschluß der Kontrahenten voraussetzt, da die gute That, die der Staat durch die Beschirmung der gewöhnlichen Verträge realisirt, nicht in der Leistung, sondern in der Heilighaltung des Versprechens liegt und da insgemein der Eigennutz die Verträge abschliesst, so kann man leicht verleitet werden, jene Sicherung mit zur Betreibung der negativen Beförderung der Glückseligkeit zu rechnen, vorgebend, daß durch die Erzwingung der Heilighaltung des geleisteten Versprechens ein jeder nur abgehalten werde, durch Versprechungen, die er nicht erfüllen will, die Glückseligkeit Anderer zu stören. — Man sieht hier auf den Grund der geschlossenen Verträge, man muß aber auf den Erfolg derselben sehen. Durch Dienste und Arbeitsprodukte, welches die Gegenstände der Verträge sind, wird die Glückseligkeit Anderer positiv befördert; mithin gehört der Schutz des Rechts der Verstärkung der subjektiven

Kraft vermittelt Verträge, der in der Erzwingung der Heilighaltung des geleisteten Versprechens besteht, allerdings mit zur Betreibung der gegenseitigen positiven Glückseligkeitsbeförderung.

Die Rechte der Verstärkung der subjektiven Kraft durch die Kräfte Anderer sind blos in ihrer Tendenz, aber nicht in ihren Objekten unbedingt. Davon haben Sie sich in Ansehung des Rechts der Verstärkung der subjektiven Kraft vermittelt Verträge schon überzeugt.

Die Dienste und Arbeitsprodukte Anderer, auf die ein jeder im gesunden Zustande des ausgebildeten Körpers ein Recht hat, sind dem Empfange, der Grösse und Beschaffenheit nach durch die Erfüllung der dem Rechte beigesellten Pflichten und durch den Werth der Arbeit bedingt, die der Berechtigte Andern widmet. Wer für Andere nicht arbeiten will, für den sollen auch Andere nicht arbeiten. Für sich selbst wird unter der Rechtsherrschaft ein jeder gewiss arbeiten wollen, da Thätigkeit hier die natürliche Bedingung der Fortdauer der Existenz bleibt; er wird aber auch für Andere arbeiten müssen, da die Pflichten erzwungen werden. — Wer viel und wichtige Zwecke für Andere erreicht, für den müssen wiederum Andere in einem höhern Grade thätig seyn, als für denjenigen, der wenig und unbedeutende Zwecke für sie erreicht.

So wie das Objekt unsres Rechts seinem Empfange, seiner Grösse und Beschaffenheit nach durch die Verrichtung der Arbeit für Andere und durch die Grö-

Ise der verrichteten Arbeit bedingt ist; so hängt die Pflicht, für Andere zu arbeiten, Dienste und Arbeitsprodukte Andern zu widmen, als Pflicht und als ihrer Grösse nach bestimmte Kraftäusserung vom Daseyn der Arbeitsfähigkeit und von der Grösse und Beschaffenheit derselben ab. Wer einen grossen Wirkungskreis mit seiner Kraft erfüllen, wer viel arbeiten kann, der soll in einen grössern Wirkungskreis treten und fürs Beste Anderer thätiger seyn, als der, dem ein geringes Maass der Kraft zu Theil wurde. — Das untrügliche Kennzeichen eines jeden Rechts und einer jeden Pflicht ist die Allgemeingültigkeit.

Dem Rechte der Verstärkung der subjektiven Kraft durch die Kräfte Anderer im Zustande der Schwäche ist, wenn die Arbeitsfähigkeit gänzlich mangelt, begreiflicher Weise keine Pflicht beigesellt. Was die Grösse, Menge und Beschaffenheit der Dienste und Arbeitsprodukte Anderer, auf welche Kinder, Kranke und Alte ein Recht haben, bedingt, werden wir weiter unten sehen. Ihr Herz sagt Ihnen, dafs dies nicht blos die Möglichkeit der Erhaltung des Lebens seyn wird.

Dafs die Kinder, die Kranken und Alten ein Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer haben und dafs ihnen der Staat den Genuss dieses Rechts zusichern müsse, werden Sie nicht bezweifeln; aber vielleicht thue ich Ihnen nicht Unrecht, wenn ich fürchte, dafs Ihnen die Existenz des vorhergehenden Rechts noch ungewiss zu seyn scheint. Sie können sich vielleicht noch nicht überzeugen, dafs ein Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer auch im ge-

sunden Zustande jedem Menschen als ein Unrecht zustehen und meinen, daß Dienste und Arbeitsprodukte Anderer für Menschen im Zustande der Stärke des sinnlichen Werkzeugs der Thätigkeit nicht Objekt eines Urrechts, sondern blos Gegenstände eines erwerblichen Rechts seyn — daß in diesem Zustande ein Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer nur durch einen Vertrag erlangt werden könne. Thue ich Ihnen in der That nicht Unrecht; so nehmen Sie (großmüthig) einen scharfen Verweis für die Vernachlässigung des Satzes hin, auf den ich Sie mehrmals, obgleich nicht stets mit denselben Worten, aufmerksam gemacht habe: Alles, was seyn *soll*, soll seyn *müssen*. Die gegenseitige positive Beförderung der Glückseligkeit soll betrieben werden; die Glückseligkeit Anderer wird positiv nur durch Dienste und Arbeitsprodukte befördert; mithin hat ein jeder auch im gesunden Zustande ein Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer. Die Wichtigkeit der Sicherung dieses Rechts wird Ihnen bald einleuchtender werden. — Innerhalb der Sphäre des rechtlichen Zwanges liegen alle Kraftäufserungen, zu denen die Einzelnen auf eine allgemeingültige Weise zur gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit angehalten werden können. Dienste und Arbeitsprodukte Anderer sind allerdings Gegenstände eines erwerblichen Rechts, aber nur inwiefern sie nicht zufolge der Regel der Allgemeingültigkeit Objekt des genannten Urrechts sind. Wer Andern pflichtmäßig Dienste und Arbeitsprodukte gewidmet hat, der kann nachher aus gutem Willen, persönlichem Wohlwollen und Eigennutz, Dienste, zu denen ihm Zeit übrig bleibt, und Arbeitsprodukte, über die er frei disponiren darf, An-

dem in wohlthätigen und vergeltlichen Verträgen zu kommen lassen.

Wir haben uns nun die Frage zu beantworten: Wie sichert der Staat dem Menschen im Zustande der Stärke und Schwäche das Recht auf Dienste und fremde Arbeitsprodukte zu, — wie betreibt er die gegenseitige positive Beförderung der Glückseligkeit, die durch die Beschirmung der Verträge nur mittelbar betrieben wird, unmittelbar? „Er muß die Bürger für Glieder einer Familie ansehen und im Sinne des Hausvaters eine Wirthschaft beginnen.“ — Mag diese Antwort hier vorläufig nur wie eine auf gut Glück gewagte Auflösung eines Räthsels stehen; es wird sich zeigen, ob sie einen innern Gehalt hat.

Wo stehen wir in unsrer Untersuchung, meine Hochgeachtete? Was haben wir erwiesen und was können wir aus dem Erwiesenen folgern? — Wird nicht die Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit das Prinzip der politischen Oekonomie seyn? Wird nicht die *Staatswirthschaftslehre* durch die Rechtslehre und insbesondere durch die beiden Rechte, mit denen wir es hier zu thun haben, zu begründen seyn? „Wird je eine politische Vorsehung walten?“ — Mit Entzücken sehen wir die Morgenröthe, die uns den schönsten Tag verkündigt. Sie täuscht uns nicht. — Glück auf im Bergbaue der Wahrheit!

Ein Recht wird durch die Erzwingung der ihm gegenüberstehenden Pflichten gesichert. Der Staat sichert dem Menschen im Zustande der Stärke und

Schwäche das Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer dadurch zu, daß er einen jeden anhält, die Dienste und Arbeitsprodukte, deren Leistung und Bildung nach der Regel der Allgemeingültigkeit von ihm zu fordern sind, wirklich zu leisten und zu bilden.

Die Gröfse und Beschaffenheit der Arbeit, die als Zwangspflicht auferlegt wird, ist durch die Gröfse und Beschaffenheit der subjektiven Kraft bedingt. Daher muß der *Staat die Kräfte aller Einzelnen kennen*, damit der rechtliche Zwang, den er zur Verhinderung der bösen und zur Beförderung der guten That ausübt, nicht mit Ungerechtigkeit nöthige und mithin selbst zur bösen That werde.

Die Glückseligkeit wird *gegenseitig*, mithin *allseitig* befördert. Jeder Arbeitsfähige ist für alle Einzelne ohne Unterschied und alle Arbeitsfähige sind für jeden Einzelnen ohne Unterschied thätig. Jeder Einzelne fordert die ihm gebührenden Dienste und Arbeitsprodukte nicht von bestimmten Einzelnen, sondern von der Allheit der Einzelnen, und die Allheit der Einzelnen leistet und bildet die bestimmten Einzelnen gebührenden Dienste und Arbeitsprodukte vermittelt der Arbeiten, die jedem Arbeitsfähigen auferlegt werden. Die Arbeit jedes Einzelnen ist dessen individueller pflichtmäßiger Beitrag zur Gründung der Wohlfahrt Aller. Dem Staate werden alle Arbeiten verrichtet und vom Staate werden alle Arbeiten auferlegt. Die Dienste, die dem Einzelnen, als Pflichtarbeit, von Einzelnen kommen, werden der Allheit der Individuen und im Namen der Allheit

der Individuen geleistet. Alle Arbeitsprodukte werden für den Staat gebildet und an den Staat zur Vertheilung an die Einzelnen ausgeliefert. Der Staat misst einem jeden die ihm gebührenden Dienste und Arbeitsprodukte zu. Je mehr es Individuen im Zustande der Schwäche gibt, desto mehr müssen begreiflicher Weise die arbeitsfähigen Bürger ihre Kräfte anstrengen.

Wenn der Staat blos die Uebereinstimmung der Art der auferlegten Arbeit mit der Beschaffenheit der Kraft zu beobachten und die Gröfse der Kraft mit der Gröfse der Arbeit in das gehörige Verhältnifs zu stellen hätte; so würde es um die gegenseitige positive Beförderung der Glückseligkeit schlecht stehen. Es würde dann ein jeder die der Art und Gröfse seiner Kraft angemessene Arbeit, ehe sie ihm der Staat feyerlich auferlegt, zufolge des Rechts der freien Arbeit beliebig wählen und wenn nicht durch ein Wunder diese Wahl den Bedürfnissen der Allheit der Individuen entspräche; so würde der Fall eintreten, dafs sich für diese Arbeiten zu viel und für jene zu wenig oder gar keine Arbeiten fänden; den unnützen Ueberflufs würde der drückendste Mangel begleiten und die so durch den Staat betriebene gegenseitige positive Beförderung der Glückseligkeit in eine Verhinderung derselben ausarten. Der Staat ist daher auch verpflichtet, für die *Ausbildung der Kräfte* der Individuen vor ihrem Eintritte in das thätige Bürgerleben, nach Maafsgabe der Anlagen und der an den Tag gelegten Lust, Sorge zu tragen, so, dafs es zur Verrichtung der tausendfältigen Zweige der grofsen Arbeit, welche die gegenseitige positive Beförderung der

Glückseligkeit ausmacht, nie an ausgebildeten Kräften fehlt.

Die zweckmäßige Ausbildung der Kräfte und überhaupt die Sicherung der Rechte auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer setzt die *Berechnung der zur Befriedigung der Bedürfnisse der Allheit der Individuen erforderlichen Summe der Arbeit* als nothwendig voraus. Diese Berechnung gründet sich auf die *Kenntniß der Zwecke der Einzelnen*, in deren Erreichung diese ihre Glückseligkeit setzen. Die Zwecke oder Bedürfnisse der Einzelnen, die der Staat zu berechnen hat, müssen in ihrer Erreichung und Befriedigung der Arbeit und Beihülfe Anderer eben so würdig als bedürftig seyn.

Die große berechnete Arbeit, welche die gegenseitige Wohlfahrtsgründung heischt, zerlegt der Staat nach der Anzahl der arbeitsfähigen Bürger, geleitet von der Kenntniß der Kräfte derselben, in besondere einzelne Beschäftigungen. Jeder Arbeitsfähige wird mit Rücksicht auf die Beschaffenheit und Größe seiner ausgebildeten Kraft zur Verrichtung eines Zweiges der großen Staatsarbeit verpflichtet. Die vom Staate betriebene zweckmäßige Ausbildung der Kräfte läßt nie, so weit dies von ihr abhängt, einen Mangel an fähigen Arbeitern eintreten.

Durch die Kenntniß der Kräfte der Individuen, durch die besorgte Ausbildung dieser Kräfte, durch die auf die Kenntniß der Zwecke der Individuen sich stützende Berechnung der zur gegenseitigen Gründung der Wohlfahrt erforderlichen Arbeit und durch

die Vertheilung derselben an die Einzelnen wird es dem Staate möglich, die gegenseitige positive Beförderung der Glückseligkeit mit gutem Erfolge zu betreiben und einem jeden sein Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer zuzusichern.

Hier haben Sie nun, meine Hochverehrte, in rohen Umrissen in der That das System einer vernunftmäßigen *Staatswirthschaft*. Allerdings soll die Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit das Prinzip der politischen Oekonomie seyn, allerdings soll die Rechtslehre die Staatswirthschaftslehre begründen. Indem die praktische Vernunft, über die Bosheit und moralische Schwäche der Sterblichen erzürnt, den Herrscherstab ergreift und unter dem Namen des *Rechts* dem menschlichen Geschlechte Befehle ertheilt, ordnet sie nicht blos die Pflege einer unpartheiischen *Iustiz* und die Wache einer mächtigen *Polizei*, sondern auch die Führung einer auf die *positive* Beförderung des Wohls der Einzelnen berechneten *Staatswirthschaft* an. — Diese Triebwerke sollen zur Förderung der guten That — zur Sicherung der ursprünglichen Rechte — zur Betreibung der gegenseitigen negativen und positiven Beförderung der Glückseligkeit erbaut und in Bewegung gesetzt werden. Das ist des Staates erlauchter Beruf. — Fehlt eines dieser Triebwerke, so ist, da sie gemeinschaftlich auf einen und denselben Zweck hinwirken sollen, die vollkommne Sicherung der Rechte unmöglich. Verbrechen und Elend werden dann unabwendbar die heilige Menschheit schänden und niederdrücken. Leugnen Sie, wenn Sie können, die Existenz des Rechts auf Dienste und Arbeitspro-

dukte Anderer im Zustande der Stärke und Schwäche; so werden Sie doch gestehen müssen, daß die vollkommene Sicherung der übrigen Rechte, unter denen ich Ihnen auch das Recht auf ein ursprüngliches Eigenthum zu leugnen auf einen Augenblick ganz willig verstatte, ohne eine nach der angedeuteten Theorie eingerichtete Staatswirthschaft unmöglich ist. Denn wie sind Justiz und Polizei vermögend, die Rechte der Persönlichkeit, das Recht der freien Arbeit, den ruhigen Besitz des Eigenthums und die Heiligkeit und Rechtlichkeit der Verträge vollkommen zu sichern und zu bewachen, wenn die Summe der Bedürfnisse der Allheit der Individuen nicht berechnet und dadurch dem Ausbruche der Verzweiflung, den unbefriedigte Bedürfnisse zur Folge haben, gewehrt wird; wenn nicht ein jeder, der Arbeitslustige, wie der Arbeitsscheue, gewisse, ihm nie mangelnde Arbeit und durch sie sein Auskommen hat; wenn der Ueberfluß des Müssiggängers ohne Unterlaß das Herz der Armen empört, der sich entweder vergeblich bemüht, Arbeit zu erhalten, oder durch seine mühevollen Arbeit kaum die Befriedigung der schreiendsten Bedürfnisse erringt; wenn drückendes Elend die Heiligkeit der Verträge verachten lehrt oder zu Verträgen nöthiget, in welchen der Bedrückte, um nur leben zu können, sich einer ungerechten Behandlung preisgibt und Dienste und Arbeiten übernimmt, die mit seiner Kraft und Neigung im Widerspruche stehen; wenn die Noth, die Tochter des fluchwürdigen Glücks, bei der Schwäche und Unvollständigkeit der Rechtsgewalt unter den Bürgern wüthet und im Bunde mit dem Laster zu Betrügereien, zu Raub und Mord anreizt? — Wo bestän-

dige Veranlassungen, die Rechte zu verletzen, vorhanden sind, da können die Rechtsverletzungen nicht verhindert werden. Wie thöricht würde ein Arzt handeln, der die Krankheiten bloß niederschlagen, aber den Stoff derselben nicht hinwegräumen wollte!

Sie sehen, wie ich, nicht anders, als ob ich mit dem hartnäckigsten Zweifler spräche, nicht müde werde, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß die Betreibung der negativen die Betreibung der positiven gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit, wie diese jene, fordert und voraussetzt und daß die Schutzlosigkeit eines ursprünglichen Rechts den Schutz aller übrigen gefährdet. Noch fehlt in allen Staaten das dritte der genannten Triebwerke, das, wie Sie sich überzeugt haben werden, nicht nur die Sicherung des Rechts auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Stärke und Schwäche, sondern auch die vollkommene Sicherung der übrigen Rechte nothwendig macht. Ehren Sie mit mir die Beförderung der Industrie, des Handels, des Ackerbaues, der Künste und Wissenschaften, die Gleichmäßigkeit der Abgaben, die Erbauung der Kranken und Arbeitshäuser, die Errichtung der Armenkassen, die Erfindung der ökonomischen Suppen u. s. w.; aber gestehen Sie auch, daß man in allen diesen Verfügungen und Anstalten den Geist einer vernunftmäßigen Staatswirthschaft vergeblich sucht. Wenn werden die Staaten diesem Geiste huldigen, wenn werden sie aufhören, die Sicherung der Rechte bloß auf gut Glück zu unternehmen? Mehr als bisher zur gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit, oft in einer ganz andern und nie in der Absicht, Rech-

te zu sichern, gethan worden ist, könnte schon gethan worden seyn. Wie alle bestehende Staaten ohne gefahrvolle Erschütterungen allmählig eine vernunftmäßige Wirthschaft beginnen können, ist hier zu untersuchen nicht der Ort.

Wie lernt der Staat die Kräfte der Individuen kennen und was thut er für ihre Ausbildung?

Wie gelangt er zur Kenntniss der Zwecke der Individuen?

Wie wird auf eine allgemeingültige Weise die berechnete Arbeit an die Einzelnen vertheilt?

Wie misst der Staat auf eine allgemeingültige Weise Dienste und Arbeitsprodukte Anderer einem jeden zu?

Die nähere Beantwortung dieser Fragen wird eine nähere Bekanntschaft mit dem Geiste einer vernunftmäßigen Staatswirthschaft zur Folge haben.

Ueber die Ausbildung der Kräfte und die Erlangung der Kenntniss derselben will ich mich noch in gegenwärtigem Schreiben mit Ihnen unterhalten.

Soll der Staat die Kräfte der Individuen kennen und sie zur Verrichtung der berechneten Summe der großen Arbeit ausbilden; so muß er die Erziehung der Jugend betreiben. *Die öffentliche Erziehung der Jugend* geht überhaupt aus der nothwendigen Erzwingung der Pflichten als nothwendig hervor. Denn wie

kann der Staat mit Glück und Gerechtigkeit Pflichten auferlegen und die Erfüllung der Pflichten erzwingen, wenn er nicht vorher für die Ausbildung der Kräfte sorgte und die Kenntniß der Pflichten beförderte? — Die Oeffentlichkeit der Erziehung, die fortgesetzte Sorge für das Fortschreiten der Bürger in Rücksicht des Wissens und Könnens und die Aufsicht über die Verrichtung der aufgegebenen Arbeit setzen die Verwalter des gemeinen Wesens in den Stand, die Kräfte der Individuen kennen zu lernen, sie auszubilden und zu bemerken, wie sie entweder verwelken, oder sich weiter ausbilden und die Subjekte für andere und höhere Wirkungskreise geschickt machen.

Die Kinder treten, sobald sie die mütterliche Pflege entbehren können, in die öffentlichen Erziehungsanstalten. Die verwaiseten Kleinen waren bis zur Zeit dieses Eintritts in Verpflegungshäusern.

Der Staat ist zur Erziehung der Jugend verpflichtet und die Jugend wird für das gemeine Wesen erzogen. Daraus folgt unwidersprechlich, daß die Aeltern von dem Augenblicke an, wo ihre Kinder in die öffentlichen Erziehungsanstalten treten, aller Pflichten, die ihnen bei der gegenwärtigen, mit dem Rechte nicht sonderlich harmonirenden Lage der Dinge gegen ihre Kinder allerdings obliegen, los und ledig sind und daß der Staat nicht bloß für den Unterricht, sondern auch für die Befriedigung der Bedürfnisse der Jugend zu sorgen hat. Alle Gewalt der Aeltern über ihre Kinder hört mit der Reife der letztern für die öffentliche Erziehung auf; von jetzt an, und für die verwaiseten Kleinen noch früher, ist der Staat der

gemeinschaftliche Vater der Kinder seiner Bürger. (Begreiflich tragen bei einer vom Staate — von der Allheit der Individuen betriebenen Erziehung der Jugend Alle, die Kinderlosen, wie die Väter vieler Kinder, die Kosten der öffentlichen Erziehung. Solche Kosten der Allheit der Individuen reduzieren sich aber bei der Führung einer vernunftmäßigen Staatswirthschaft auf die in der Summe der großen Arbeit zum Besten der zur Arbeit unfähigen Individuen mit berechneten Dienste und Arbeitsprodukte, die den arbeitsfähigen Einzelnen mehr Arbeit verursachen, als sie haben würden, wenn sie blos gegenseitig für sich selbst arbeiteten.)

Der Genuß der ursprünglichen Rechte setzt, mit Ausnahme des Rechts der Existenz, des Rechts der Unverletzlichkeit des Leibes und des Rechts auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Schwäche, Gesundheit und Reife des Verstandes und Arbeitsfähigkeit voraus. Reife des Verstandes und Arbeitsfähigkeit sind nicht das Erbtheil der Unmündigen. Die Unmündigen sind daher nur des Genusses der drei genannten Rechte vollkommen fähig; die übrigen ursprünglichen Rechte kommen ihnen, als unausgebildeten Menschen, nur der Form nach zu. Allmählig reift der Verstand, allmählig werden die Kräfte ausgebildet; gradweise muß daher die Leitung und Einschränkung der jungen aufstrebenden Staatsbürger nachlassen, sie müssen allmählig dem vollkommenen Genusse der ursprünglichen Rechte genähert werden, bis der durch öffentliche Pflichtarbeiten nicht bedingte Genuß des Rechts auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer mit der subjektiven Schwäche für sie gänzlich aufhört.

Im Rechte auf *Dienste* und Arbeitsprodukte Anderer liegt für die Kinder das Recht, der Freiheit, die im gesicherten und vollständigen Genusse der ursprünglichen Rechte besteht, durch die Tüchtigkeit zur Erfüllung der Pflichten des Menschen und Bürgers fähig gemacht zu werden. Dieses Recht der Kinder bezieht sich, wie das Recht auf Anderer Dienste und Arbeitsprodukte überhaupt, auf den Staat — auf die zur Förderung der guten That organisirte Allheit der Individuen.

So viel hielt ich hier über die Erlangung der Kenntniss der Kräfte der Individuen und über die Ausbildung dieser Kräfte zu sagen für nöthig. Ich könnte nun und sollte vielleicht meinen Brief schliessen; aber Sie erlauben mir, mehr zu thun, als ich versprach und noch eine der oben aufgeworfenen Fragen und zwar, ausser der Reihe, die dritte zu beantworten: Wie wird auf eine allgemeingültige Weise die berechnete Arbeit an die Einzelnen vertheilt?

Gerechtigkeit und Klugheit fordern, dass die den arbeitsfähigen Einzelnen als Pflichtarbeiten auferlegten Theile der grossen berechneten Staatsarbeit den Neigungen und Kräften der Verpflichteten entsprechen. Die Uebernehmung eines bestimmten ausgethanen Theils der grossen Arbeit hängt sowohl, kraft des Rechts der freien Arbeit, von der freien Wahl der Einzelnen, als von den Entschliessungen des Staates ab, der die Verrichtung der grossen, nach der Anzahl und individuellen Kraft der Arbeitsfähigen Einzelnen in Theile zerlegten Arbeit zu betreiben, die Vernünftigkeit der Neigung (die glücklicher Weise gewöhnlich

mit der Fähigkeit harmonirt) zu beurtheilen und ein richtiges Verhältniß zwischen Arbeit und Kraft aufzustellen hat. Das Individuum wählt einen bestimmten ausgethanen Theil der Staatsarbeit und der Staat wählt für diesen Theil ein bestimmtes Individuum. Beide Wahlen müssen einander begegnen. Ein jeder ist verbunden, für die Glückseligkeit Anderer thätig zu seyn und der Genuß eines Rechts darf nie die Erfüllung einer Pflicht verhindern. Der Staat ist daher berechtigt und verpflichtet, die erwählten Individuen, deren Weigerung, eine bestimmte Arbeit zu übernehmen, sich auf Launen, auf Bequemlichkeit, Bescheidenheit und Muthlosigkeit gründet, in die für sie bestimmten Wirkungskreise hineinzuzwingen. Das Recht der freien Arbeit, von dem die Gezwungenen keinen würdigen Gebrauch zu machen verstehen, wird hierdurch keinesweges verletzt. — In keinem Falle erlauben es Gerechtigkeit und Klugheit, daß die aufgelegte Arbeit die Kräfte des Verpflichteten übersteige. Bei der Unvollkommenheit aller menschlichen Werke wird aber der Fall, dessen Eintritt jedoch verhindert werden *kann* und *soll*, nicht ausbleiben, wo erwählte, sich mit Recht weigernde Individuen aus Mangel an unübernommener, ihrer Kraft und Neigung entsprechender Arbeit in Wirkungskreise gezwungen werden müssen, die für ihre größere Kraft zu klein und für ihre Neigung abschreckend sind. Hier ist der Zwang eine traurige Nothwendigkeit. Der Genuß des Rechts der freien Arbeit wird jedoch für diese Gezwungenen nur so lange suspendirt, bis sich für sie ein ihrer Kraft und wohlgegründeten Neigung entsprechender Wirkungskreis öffnet. Auch die andern Gezwungenen können, wenn sie sich nicht

mit den Wirkungskreisen, in die sie gezwungen wurden, aussöhnen, aus freier, mit den Entschliessungen des Staates harmonirender Wahl zur Verrichtung solcher Zweige der allgemeinen Arbeit gelangen, die ihrer Neigung nicht weniger, als ihrer Kraft entsprechen; denn die freien, vernünftigsinnlichen Wesen, die, durch den Staat zu einem gemeinen, unsterblichen Wesen ungeschaffen, die zur gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit erforderliche Arbeit unter sich vertheilen, sind Einzelne sterbliche Menschen, die ihre Wirkungskreise — ihre Stellen verlassen.

Ein jeder vom Staate für die Arbeitsfähigen ausgethane Theil der grossen Arbeit bestimmt durch seine Beschaffenheit und Grösse die Beschaffenheit und das Quantum der Dienste und Arbeitsprodukte, die der Einzelne, dem er als Pflichtarbeit auferlegt wurde, bei der treuen Erfüllung seines Berufs von Andern, als das Objekt eines Urrechts, zu fordern hat. Unter dieser Ansicht nenne ich einen jeden vom Staate ausgethanen Theil der Arbeit, die zur gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit erforderlich ist, ein *Amt*. Ein jeder ist verbunden, ein Amt zu übernehmen, weil ein jeder die Glückseligkeit Anderer unter dem Zwange und der Anordnung des Staats befördern soll; es ist aber auch ein jeder berechtigt, ein Amt zu fordern, weil das Amt das Mittel der Erlangung des Objekts eines Urrechts ist. Der Staat ist verpflichtet, jedem Arbeitsfähigen ein der Kraft und Neigung desselben angemessenes Amt zu geben. Unter der Rechtsherrschaft kann kein arbeitsfähiger Mensch, ohne ein Amt zu übernehmen, existiren.

Es ist interessant, zu bemerken, welche Harmonie zwischen dem Rechte der *freien* Arbeit und der dem *Zwange* ausgesetzten Pflicht, für Andere zu arbeiten, stattfindet. Aus pflichtmäßiger Schonung für das ebengenannte Recht muß bei der Vergebung der Aemter der Entschluß der Erwählten abgewartet werden. Durch diese den Einzelnen zustehende Freiheit der Wahl des Amtes würde die gegenseitige positive Wohlfahrtsgründung gefährdet werden, wenn nicht ein jeder, weil das Amt das Mittel der Erlangung des Objekts eines Urrechts und der Gründung und Erweiterung der eignen Glückseligkeit ist, aus Eigennutz eile, ein seiner Kraft und Neigung angemessenes Amt zu erhalten. Ein Amt überhaupt anzunehmen, wird sich keiner weigern, und in welchen Fällen die Weigerung, ein bestimmtes Amt anzunehmen, nicht zu achten ist, habe ich angezeigt. Nach der freiwilligen Annahme des Amtes ist dem Rechte der freien Arbeit die schuldige Achtung widerfahren und im Frieden mit demselben wird nun die Pflicht, für Andere zu arbeiten und die übernommene Arbeit treulich zu verrichten, erzwungen. So wird denn im Amte, wie außer dem Amte (während der Zeit der Muße) *frei* gearbeitet. — Sie werden das Amt noch aus einem Zweiten Gesichtspunkte betrachten lernen; ich gebe Ihnen auf, zu errathen, aus welchem?



E l f t e r B r i e f .

Ehe ich, hochverehrte Freundin, kurz erwähne, wie der Staat zur *Kenntnißs der Zwecke der Individuen* gelangt, werde ich Sie fragen, von welchem Grundsätze man in der philosophischen Staatsverfassungslehre ausgehen müsse? Ihnen erst ausführlich zu beweisen, daß die Staatsverfassung in der That unter die Gegenstände der Philosophie gehöre, werde ich mich wohl hüten.

Der Staat ist moralisch nothwendig. Die Betreibung der gegenseitigen negativen und positiven Beförderung der Glückseligkeit oder, mit einem andern Ausdrücke, die Sicherung der Rechte — die Förderung der guten That ist der Zweck des Staats. Offenbar, werden Sie urtheilen, muß daher der Philosoph in seiner Politik von diesem Zwecke ausgehen und die Möglichkeit der sichersten Erreichung desselben stets vor Augen behalten.

Die Förderung der guten That setzt die Bestimmung dessen, was in einem Vereine vernünftiger Wesen gethan und nicht gethan werden soll, die Aufgabe und Bewachung der Thätigkeit der Einzelnen und die Androhung und Zuerkennung der Strafe auf den Fall der nicht erfüllten Pflicht voraus. Sie sehen aus diesem Gesichtspunkte die natürliche Entstehung der gesetzgebenden, der ausübenden und richterlichen Gewalt. — Der Staat, der die Rechte sichern soll,

muß selbst ein Unrecht thun können. Die beiden letzten Gewalten sind daher der Verantwortlichkeit zu unterwerfen: sie handeln nach vorhandenen Gesetzen. Die gesetzgebende Gewalt muß nun vermöge ihrer Natur nie Unrecht thun können. — Wenn sie in den Händen aller Einzelnen ruht; so wird durch sie kein Unrecht geschehen, indem die Sicherung der Rechte den Vortheil Aller gründet und niemand sich selbst hafst und sich selbst Unrecht thut. Die Gemeinde kann sich indess, in allen ihren Gliedern betrachtet, mit der Gesetzgebung keineswegen befassen, weil der Entwurf und die Revision der Gesetze Zeit erfordern, die Arbeit aber, die den Gliedern der Gemeinde zur gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit obliegt, keinen Aufschub leidet und schon, wie das übrige gemeinwesentliche Verhalten, Gesetze und mithin einen Gesetzgeber voraussetzt; weil ferner der Genuß doch auch seine Zeit verlangt und endlich weil — die vernünftigsinnlichen Wesen einen Raum einnehmen, der sich um desto weiter ausdehnt, je zahlreicher die Gemeinde ist und folglich das Votiren ein wenig unbequem macht, der möglichen gefährlichen Spaltungen und der möglichen Unwissenheit vieler und der meisten Glieder der Gemeinde, die keine Gemeinde reiner Engel ist, nicht zu gedenken. — Die Gemeinde kann sich nicht mit der Gesetzgebung befassen und die gesetzgebende Gewalt thut nur dann nie Unrecht, wenn sie in den Händen der Gemeinde ruht! — — Aus dieser Verlegenheit rettet den Politiker, den ich übrigens nicht spielen will, das Repräsentationssystem. Die Gemeinde wählt aus ihrer Mitte Individuen, die sie repräsentiren. Sie befreit dieselben auf die Zeit der Sendung von jeder andern

Arbeit und überträgt ihnen die gesetzgebende Gewalt, die ihr zukommt, die sie selbst auszuüben aber verhindert ist. Die Repräsentanten kommen von Zeit zu Zeit aus dem Schoofse der Gemeinde und kehren, neu-gewählten weichend, von Zeit zu Zeit dahin zurück, damit sie stets das *Interesse der Allheit der Individuen* belebe, das sie vom Unrechtthun zurückhält. Die gesetzgebende Gewalt kann nie Unrecht thun.

„Das klingt in der Theorie bezaubernd, taugt aber nicht für die Praxis.“ — Die Erfahrung, meine Hochverehrte, hat hierüber noch nicht abgesprochen, wie ihr denn überhaupt das Absprechen über wohlgegründete Sätze der praktischen Philosophie, die mit der physischen Möglichkeit durchaus in keinem Widerspruche stehen können, nicht zukommt. Was nützt ein Instrument, dessen Brauchbarkeit man nicht kennt? Welches Glück kann eine gute Staatsverfassung machen, wenn der Zweck des Staats entweder gar nicht, oder nur unvollkommen erkannt wird? Wo hat je ein Volk, ausgerüstet mit der vollständigen Kenntnifs *aller* Rechte, die dem Menschen zukommen, zur Sicherung derselben einen zweckmäßigen Versuch gemacht? Die Erfahrung muß geziemend schweigen. — Stellen Sie sich eine Gesellschaft Abenteurer vor, denen der Einfall kommt, über die gefährvolle See eine Reise nach Utopien und Felizien zu machen, um sich dort anzusiedeln. Sie lassen sich von Kunstverständigen mit vielen Kosten ein großes Schiff erbauen und besteigen es, nachdem es vom Stapel gelaufen und mit Masten, Segeln und Tauwerk versehen ist, mit lautem Jubel. Ein zürnender Wind schwelkt ihre Segel und treibt sie vom verachteten

Vaterlande hinweg. Für Kriegs- und Mundvorrath haben sie treflich gesorgt; die Nothwendigkeit nautischer Kenntnisse aber, von denen sie auch nicht einmal die Anfangsgründe innehaben, drang nicht zu ihrer Einsicht hindurch. Sie haben keinen Steuermann, keinen Kompaß, keine Sehröhre, keine Seekarten. Auf einer gewissen Höhe ahnen sie, daß ihr Schiff wohl nicht von selbst den Weg nach den glücklichen Ländern finden werde. Bald läuft es nordwest, bald südost, bald gegen Westen, bald gegen Norden, je nachdem die Winde wehen. Mehrere Male bleibt es auf Sandbänken sitzen; mächtige Windstöße machen es jedoch wieder flott. Vergeblich sucht das Auge die lachende Küste Utopiens; kein lieblicher Duft aus Feliziens fruchtbeladenen Hainen verkündigt den Abenteurern Land. Der Mundvorrath geht aus. Die Mannschaft wird uneinig. Man überhäuft sich gegenseitig mit Vorwürfen; es kommt zu blutigen Auftritten, wobei mehrere das Leben einbüßen. Einige, die auf dem festen Lande über nautische Gegenstände hatten sprechen hören, spielten nun unter den übrigen den Meister. Doch die Einigkeit ist auf immer von unsern Abenteurern gewichen. Schon rüsten sie sich, da noch Kriegsvorrath vorhanden ist, zu einem neuen Bürgerkriege, welcher der Mehrzahl den Tod droht. Das Schicksal hat indess ein anderes über sie beschlossen. Das Schiff stößt auf Klippen und scheitert. Viele kommen um; die übrigen schwimmen auf Balken und Bretern an das Ufer ihres Vaterlandes, von dem sie das irrende Schiff nicht weit entfernt hatte. Im Schoofse des Vaterlandes, das sie wieder aufnahm, schmähen sie nun auf die Schiffsbaukunst und suchen sie lächerlich zu machen. Nur Thoren hören

ihnen aufmerksam zu. — Einer vernunftmäßigen Organisation des Staats muß, wenn von der Betreibung der gegenseitigen negativen und positiven Beförderung der Glückseligkeit die Rede ist, nothwendig gedacht werden. Wie kann aber dieses Mittel, etwa zufällig entdeckt und nun wirklich angewendet, den Zweck, den es möglicher Weise erreichen kann, in der That erreichen, wenn dieser den Inhabern der Gewalten und den durch die Gewalten gezwungenen Individuen nicht gehörig bekannt ist? — Eine richtige Theorie ist die Mutter einer glücklichen Praxis, — Sagen Sie, darf man nicht idealisiren, darf man nicht wenigstens konsequent träumen? — Schande über den inkonsequenten Träumer und Unglück über denjenigen, der vielvermögend, rasch und zur Unzeit wohlgegründete Ideale realisiren will! Nur zu leicht kann das Bessere, der natürliche Feind des Guten, zum Schlechtern werden, wenn es das Gute nicht zur rechten Zeit ersetzt.

Der Idee des ursprünglichen Vertrages haben wir, wer wird dies leugnen wollen? viel zu verdanken; so wenig man aber eines Freundes und Wohlthäters schonen darf, von dem man weiß, daß er das Vaterland verrathen will, eben so wenig dürfen wir anstehen, die Nichtigkeit des ursprünglichen Vertrages, inwiefern darunter nicht der Vereinigungsvertrag verstanden wird, zu denunziren; denn er verhindert die Erkenntniß der moralischen Nothwendigkeit des Staats. Man schlägt einen ganz falschen Weg ein, wenn man zur Begründung des Staats sich vorstellt, daß sich der Mensch gegen die Sicherung bestimmter Vortheile zur Erfüllung bestimmter Zwangspflichten

verstehe und dafs er einen Theil seiner Freiheit auf-
 gebe, um des übrigen desto gewisser zu seyn. Nein!
 Der Staat ist, weil die praktische Vernunft zum Be-
 huf der Realisirung ihres äufsern Objekts nicht bloß
 das Gewissen, sondern auch einen von aussen kom-
 menden Zwang zur Triebfeder erkor, moralischnoth-
 wendig und ein jeder ist verbunden, in den Staat zu
 treten. Nur die Wahl eines bestimmten Staats, durch
 den Vereinigungsvertrag, ist der Willkühr eines jeden
 frei gegeben. Alle Rechte werden im Staate ohne al-
 len Vertrag einem jeden unter der Bedingung der
 Pflichterfüllung gesichert und der Mensch gibt, indem
 er in den Staat tritt, so wenig einen Theil seiner
 Freiheit auf, dafs er vielmehr im Staate erst frei d. i.
 unabhängig von der Willkühr Anderer und bloß ab-
 hängig vom Gesetze wird. Vor der Abhängigkeit vom
 Gesetze ist Abhängigkeit von der Willkühr Anderer —
 ein unfreier und rechtloser Zustand vorhanden. Der
 Mensch bringt ursprünglich nichts in den Staat, als
 seine Person und seine Kraft. Wie könnte er auch
 Eigenthum, in der Absicht, es beschützen zu lassen,
 mit in den Staat bringen, da nicht nur der Besitz,
 sondern auch, wie Sie sich überzeugt haben und noch
 weiter überzeugen werden, die rechtliche Erwerbung
 des Eigenthums aufser dem Staate, diesem von der
 praktischen Vernunft gestifteten Institute, unmöglich
 ist? In dieses Institut ein mit dem Stempel des Rechts
 nicht bezeichnetes, mithin nur ein sogenanntes Ei-
 genthum bringen, heifst sich, wie billig, frei oder
 gezwungen davon lossagen und also nichts besitzen.
 — Hat man sich hinlänglich von der moralischen
 Nothwendigkeit des Staats überzeugt und begreift
 man, dafs im Staatsrechte nur von einem Vertrage,

dem Vertrage der Vereinigung, die Rede seyn kann; so ist der Kopf gesichert vor dem Spuken der sonderbaren Meinung, daß dem Vereinigungsvertrage gewisse Klauseln angehängt seyn könnten, in welchen ausgemacht würde, ob alle ursprüngliche Rechte, oder unter ihnen nur diejenigen, die den Schutz am dringendsten fordern, gesichert werden und von welcher Ordnung die Säulen der Verfassung seyn sollen. Bloss das Bestehen der einzelnen Staaten begründet der Vereinigungsvertrag; die Sicherung der Rechte der Menschen aber, die diesen Vertrag eingiengen und die Natur und Funktion der Gewalten haben mit diesem Vertrage nichts zu schaffen und sind aus der moralischen Nothwendigkeit der Realisirung der guten That abzuleiten. —

— Zur *moralischen Nothwendigkeit des Staates* gesellt sich, als Vorarbeiterinn, die *physische Nothwendigkeit desselben*. Würde es wohl ohne die physische Nothwendigkeit des politischen Vereins schon Staaten geben? Zur Abwendung der Noth, die aus der Unsicherheit der Rechte oder, um keinen moralischen Begriff hier einzuweben, aus der Unsicherheit des persönlichen Vorthells entspringt, werden die Menschen unwiderstehlich durch das Treiben der Natur und namentlich durch die Selbstliebe zur Schließung des politischen Vereins gezwungen. Gründet man den Staat und die Verfassung und innere Wirksamkeit desselben einzig und allein auf den *persönlichen Vortheil* (man darf dies unternehmen); so stößt man auch bei diesem Verfahren nur auf den Vereinigungsvertrag, durch welchen der politische Verein entsteht und außer ihm auf den Amts- und Ehevertrag, aber auf keinen Ver-

fassungs- und Unterwerfungsvertrag. So wie der persönliche Vortheil die Vereinigung gebot, so gebietet er nun allen Vereinigten, eine Verfassung zu gründen, durch die er am zuverlässigsten gesichert wird. Von ihm geleitet, erkennen sie die Nothwendigkeit einer sie repräsentirenden Gewalt. Was der Gesetzgeber, den Aller Interesse belebt, gebietet, gereicht zum wohlverstandenen Vortheil jedes Einzelnen. Er schützt durch die Regierung und das Richterthum die Person, das Eigenthum, die Verträge, und ordnet eine dem Vortheil Aller entsprechende Staatswirthschaft an. Der Vortheil Aller bestimmt ihn, die *freie* Arbeit zu schützen, mithin den Amtsvertrag zuzulassen und eben dieser Vortheil ist es, zufolge dessen er den Abschluß des Ehevertrags fordert. — Denken Sie sich einen auf das persönliche Interesse gegründeten und vom persönlichen Interesse mit *Weisheit* organisirten und verwalteten Staat, werden Sie nicht gestehen müssen, daß in ihm die Glückseligkeit der Einzelnen negativ und positiv in eben der Vollkommenheit befördert wird, als in einem andern Staate, den die praktische Vernunft in der Qualität des Rechtsgesetzes gründete, den das Rechtsgesetz organisirte und den es fortwährend verwaltet? Woher dieser ebenso überraschende, als bezaubernde Einklang? — Aus der mit sich selbst einigen Natur des vernünftigsinnlichen Wesens! — Es ist undenkbar, daß ein reeller Widerspruch zwischen der Selbstliebe und der praktischen Vernunft stattfinden und daß der Schein nicht lügen sollte. Der Nachdenkende ergetzt sich an der Harmonie der Gesetze, die den Menschen zur Thätigkeit treiben. Diejenigen, die der Schein betrügt, vergleichen den Grund seines Ergetzens mit der Sphä-

renmusik, die man nicht hören kann, weil sie in der That nicht tönt,

Alle Ableitungen des Rechtsverständigen und des Politikers aus dem praktischen Vernunftgesetze sind, zwar nicht als Rechte und Ideen rechtlicher Institutionen, aber doch als diesen völlig ähnlich sehende Bedingungen und Mittel der gegenseitigen negativen und positiven Glückseligkeitsbeförderung auch dem wohlverstandenen persönlichen Interesse abzugewinnen. Wer mit der Begründung der Rechtslehre und vermittelst derselben des Staatsrechts und der Politik umgeht und meditirend zu diesem Brunnenpaare kommt und nun nicht weiß, aus welchem er schöpfen soll, dem ist zu rathen, daß er das Schöpfen gänzlich unterlasse. Wird der persönliche, wohlverstandene Vortheil gewählt und die praktische Vernunft der Ehre wegen nur etwa gefragt, ob zu seinem Besten unter der Voraussetzung der Allgemeingültigkeit gezwungen werden dürfe; so wird sich, was keinem Zweifel unterworfen ist, der Fragende einer erhaltenen bejahenden Antwort rühmen können. Er betrügt aber Andere, wie er sich selbst betrog. Aus dem Brunnen des persönlichen Vortheils wird kein Recht geschöpft. Die praktische Vernunft erlaubt mit nichten, daß gezwungen werde, aber sie gebietet zu zwingen. Die moralische Freiheit, der Pfeiler der sittlichen Güte, macht den Zwang, den Schutz der guten That, nothwendig. Der gute Wille und die gute That sollen so unveränderlich und so gewiß seyn, wie ein Naturgesetz und wie die Wirkungen desselben. Aber der gute Wille, der, wenn er ist, den Vortheil Anderer nie aus den Augen verliert, ist durch

die Freiheit ungewiß, ungewiß mit ihm die gute That. So sey denn, spricht die praktische Vernunft, wenn der *gute Wille* mangelt, die *gute That* durch einen Zwang! Bin ich, die erste Macht, nicht allvermögend? Soll die Freiheit meiner spotten, soll blos von ihr, der faselnden, die beste Welt, die ich ihr zu erschaffen, die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit, die ich ihr zu betreiben gebiete, abhängen? Ich bin das Sittengesetz und das Rechtsgesetz! Die Tugend begeistre mein Volk, das Recht beherrsche es! Mit unwiderstehlicher Gewalt fördere das Recht die gute That und nehme so den Vortheil Aller in väterliche Obhut! — —

Wo ist die Menge göttergleicher Individuen und wo wird sie jemals seyn, die ihren Vortheil wohl versteht und von Selbstliebe und Weisheit geleitet ein gemeines Wesen wird, dessen innerer Organisation die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit ihre Betreibung und der Vortheil eines jeden seine Sicherung zu verdanken hat? Wo ist die Menge göttergleicher Individuen und wo wird sie jemals seyn, die das Recht vollkommen versteht und von Weisheit und gutem Willen geleitet, ein gemeines Wesen wird, dessen innerer Organisation die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit ihre Betreibung und das Recht eines jeden seine Sicherung zu verdanken hat? — Weder der Vortheil, noch der gute Wille werden einzeln das politische Institut, in das die *Noth* die Menschen treibt, ausbilden und vervollkommen. Beide wirken aber unausbleiblich mit vereinter Kraft und je höher die Aufklärung, deren Sonnenlicht keiner von beiden entbehren kann, steigt, desto rascher und

glücklicher gehen ihre Versuche von statten. Das Wachsthum der Rechtserkenntniß ist dem Vortheile nicht weniger vollkommen, als dem guten Willen. Die Absichten des guten Willens gefallen dem Vortheile und die Strebungen des Vortheils kommen dem guten Willen zu statten. Sucht dieser mit dem Maasse der Allgemeingültigkeit die Verhältnisse der Einzelnen zu ordnen; so ist ihm jener sogleich als rüstiger Gehülfe zur Seite. Oft führt der Vortheil die Sprache des guten Willens und setzt um desto sicherer sein Vorhaben durch; oft steckt der gute Wille die Flagge des Vortheils auf und erreicht um desto gewisser sein Ziel. Ueberdies hört die Noth bei der Unsicherheit der Rechte nicht auf zu treiben. Empört durch ihren Druck, gesellen sich Kühnheit und Verwegenheit zum Vortheile und Enthusiasm und Heldenthum zum guten Willen. Wenn indeß nicht Rechtserkenntniß das Panier und Sicherung der Rechte das redliche Losungswort der Kämpfer ist, so wird der Kampf vergeblich seyn. Die Noth wird wiederkehren, gleich dem auf eine kurze Zeit besänftigten Meere, dem sich kein Damm entgegenstemmt und das von Zeit zu Zeit in wilden Fluten das flache Land von neuem verheert. Endlich baut der Mensch den Damm; endlich lehrt die politische Noth den Bürger, sich durch Sicherung der Rechte vor ihr zu sichern. — Dies sind die Elemente der politischen Welt. Die Noth ist unter ihnen zur Schande der Freiheit das wildeste und vermögendste. Die Freiheit und Weisheit können ihr jedoch den Vorzug streitig machen, werden aber dessen ungeachtet stets eine mächtige Freundin an ihr haben; denn die Anordnungen, die der gute Wille unter Vorleuchtung der Aufklärung zur Siche-

rung der Rechte trifft, werden dauern und wenn sie ja erliegen sollten, bald wieder erstehen, weil sie die Noth abwehren, die, wenn sie untergehen, sogleich hereinbricht.

Da sie nun in der Exkursion, von welcher wir jetzt zu unsrem Ziele zurückkehren, die Natur des idealen Gesetzgebers kennen gelernt haben, so errathen Sie leicht, wie der Staat zur Kenntniss der Zwecke, oder, welches dasselbe ist, zur Kenntniss der Bedürfnisse der Individuen gelangt, um für die Erreichung und Befriedigung derselben sorgen zu können. Der Gesetzgeber, eine mystische Person, die aus physischen Personen besteht, welche aus der Gemeine und in die Gemeine kommen und zurückgehen, kennt immerwährend die wechselnden, die neugebornen und besondern Bedürfnisse der Einzelnen nicht weniger, als die bleibenden und allgemeinen. Diese seine Kenntniss, auf welcher die Berechnung der grossen Summe der Arbeit, die zur gegenseitigen positiven Glückseligkeitsbeförderung erforderlich ist, beruht, theilt er der ausübenden Gewalt mit und legt ihr auf, die Befriedigung der Bedürfnisse der Allheit der Individuen durch die Ausbildung der Kräfte der Einzelnen, durch die Anlegung und Vergebung der Aemter, durch die Bewachung der amtlichen Arbeiten und endlich durch die gerechte Vertheilung der Dienste und Arbeitsprodukte herbeizuführen.

Von den Zwecken der *Einzelnen* kann man die Zwecke der Allheit der Einzelnen, als ein *Ganzes*, trennen, die im Grunde nichts anderes, als eine Abtheilung der *allgemeinen* Zwecke der Einzelnen sind,

da sie in der That ein jeder, der Verstand hat, als Bedürfnisse fühlt und da die Erreichung derselben die Bedingung der Erreichung aller übrigen berechneten Zwecke der Einzelnen ist. Dahin gehören alle nothwendige öffentliche Werke und alle zur Vertheilung und Bewachung der Arbeiten sowohl, als der Arbeitsprodukte erforderliche administrative Verfügungen und Anstalten. (Andere Zwecke des Ganzen werden von den Organen des gemeinen Wesens fortwährend erreicht. Hier ist blos von denjenigen Bedürfnissen des Ganzen die Rede, deren Befriedigung die unmittelbare Bedingung der gegenseitigen *positiven* Beförderung der Glückseligkeit ist.) Der ganze Raum, den die Allheit der Individuen einnimmt, ist der Wirkungskreis der Regierung, deren Augen und Ohren, erlauben Sie mir diesen Ausdruck, vermittelt der untergeordneten obrigkeitlichen Personen, überall sehen, überall hören. Die Regierung, die aus Personen besteht, die der Gesetzgeber ernennt, darf, weil ihr das Interesse der Allheit der Individuen mangelt, die Bedürfnisse der Einzelnen nicht berechnen; aber sie ist wegen des ihr eignen Ueberblicks sehr geschickt, die Bedürfnisse des Ganzen zu erkennen und anzugeben. Getrieben von ihrem eignen Interesse — um sich nicht der Verantwortung auszusetzen — oder auch zufällig vom Interesse der Allheit der Individuen, das in ihr nie, wie im Gesetzgeber, persönliches Interesse, sondern nichts anders als Pflichtgefühl und guter Wille seyn kann, berechnet sie die Bedürfnisse des Ganzen, theilt ihren Plan dem Gesetzgeber mit und erwartet dessen Entscheidung.

So wenig man, der Sittenlehre zufolge, die Befriedigung der Bedürfnisse Anderer, die unsrer Hülfe

entgesehen, anstehen lassen darf, bis diese Bedürfnisse schreiend werden; eben so wenig darf der Gesetzgeber bloß die dringendsten Bedürfnisse berechnen. Er ist verpflichtet, in die Summe der Zwecke nicht bloß die Bedürfnisse, welche die Einzelnen eben fühlen, sondern auch diejenigen, die sie ohne Entwürdigung fühlen können und bei der Möglichkeit der Befriedigung derselben gewiß fühlen werden, aufzunehmen. Ich spreche von einer Pflicht? — Der Gesetzgeber wird dazu mit Lust von seinem Interesse, welches das Interesse aller Einzelnen ist, getrieben.

Von der Kultur des Gesetzgebers hängt die Kultur des Volkes ab und da das Interesse den Gesetzgeber weiter zu schreiten nöthiget, so ist offenbar, daß in einem wohlorganisirten Staate die Kultur nicht rückwärts gehen kann.

Alle Zwecke, die der Gesetzgeber berechnet, sind nicht Zwecke namentlich bestimmter Individuen, sondern bloß mögliche, erlaubte, Andrer Beihülfe bedürftige Zwecke eines Menschen überhaupt, mit dessen Begehrungsvermögen außer dem Begehrenden selbst niemand vertrauter seyn kann, als der aus allen Bürgerklassen hervorgehende Gesetzgeber. Der Gesetzgeber setzt diese Zwecke im Namen Aller mit dem nöthigen Hinblick auf die Zukunft, die Vorsicht verlangt, und nach Maafsgabe der Gröfse der Gemeine, die er repräsentirt.

„Kennt die Philosophie *Stände*, in welche die Individuen des gemeinen Wesens zu klassifiziren sind?“ Diese Frage ist im Zusammenhange. Sie

mußs verneint werden, wenn sie forscht, ob der Genuß der Rechte nach Graden zu vergönnen und ob die Einsperrung in Stände nicht ein trefliches Mittel der Gradabmessung sey. Bejaht muß sie werden, wenn man durch sie zu erfahren sucht, ob sich nicht die Bürger des Staats nach der Verschiedenheit ihrer amtlichen Arbeiten in Klassen theilen, deren jede gleichsam ein besonderes Volk ausmacht. Es kann nicht behauptet werden, daß eine solche Abtheilung in Stände seyn soll, sondern es muß erklärt werden, daß sie durch die Verschiedenheit der amtlichen Geschäfte ganz natürlich und unausbleiblich ist.

Es gibt der Stände *vier*, nach der Anzahl der Hauptverschiedenheiten, die zwischen den Zwecken, die von vernünftigsinnlichen Wesen gesetzt werden, stattfinden.

Der Mensch strebt, als vernünftiges Wesen, kraft seiner Vernunft, die ein theoretisches und praktisches Vermögen ist, nach dem *Wahren* und nach dem *Guten*, und als sinnliches Wesen nach dem *Angenehmen*, als nach sinnlichen Einwirkungen, die bloß durch ein animalisches Gefühl gewürdigt werden und von denen der Verstand nichts weiter aussagen kann, als daß sie mit der natürlichen oder verwöhnten Organisation des Subjekts übereinstimmen, und nach dem *Schönen*, als nach sinnlichen Einwirkungen, deren Zauber nicht bloß durch ein edleres Gefühl, sondern auch zugleich durch die Urtheilskraft gewürdigt und gerechtfertigt wird. Das Streben nach dem *Wahren* hat ein Wissen und Können, das Streben nach dem *Guten* ein pflicht- und rechtmäßiges Han-

deln, das Streben nach dem Angenehmen ein Gebrauchen und Verzehren und das Streben nach dem Schönen ein Wahrnehmen und Darstellen zur Absicht. Die Zwecke, die ein vernünftigsinnliches Wesen setzt, sind daher theils *moralische*, theils *scientifiche*, theils *artistische*, theils *animalische* Zwecke.

In der Summe der berechnungsfähigen Zwecke der Einzelnen und aller Zwecke der Allheit der Einzelnen, als eines Ganzen, welche durch die Organe des gemeinen Wesens und durch die an die Einzelnen vertheilte Arbeit erreicht werden sollen, kommen nun die vier Geschlechter möglicher Zwecke zusammen und jedes Geschlecht formirt aus den Individuen, welchen nach der Gründung der Organisation und nach der Vertheilung der Arbeit die Erreichung der Zwecke dieses Geschlechts als amtliches Geschäft obliegt, einen besondern Stand.

Da ist der Stand der *obrigkeitlichen Personen*, welche die den ursprünglichen Rechten beigesellten Pflichten d. i. die berechnungsfähigen, der Beihülfe Anderer, insofern Staat und Obrigkeit nothwendig sind, allerdings bedürftigen moralischen Zwecke der Allheit der Individuen mittelbar dadurch erfüllen und erreichen, daß sie, wie es die Rechtsherrschaft mit sich bringt, die That des guten Willens der Willkühr entreißen, jeden Einzelnen in Ermangelung des guten Willens zur Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten zwingen und so die gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit betreiben. In diesem Zwingen und Betreiben sind diejenigen moralischen Zwecke beschlossen, welche die obrigkeitlichen Personen unmittelbar

zu erreichen haben. Zu diesem Stande gehören alle Personen der gesetzgebenden, der ausübenden und richterlichen Gewalt, ohne Ausschluss der großen von der Regierung abhängigen Menge, welche zur Förderung, Bewachung und Vertheilung der amtlichen Arbeiten und der Produkte der Arbeit und zur Verhinderung und Abwehrung des Unrechts, des Unglücks und der Gewaltthatigkeiten nothwendig ist. — Alle obrigkeitliche Personen werden, wenn ihr guter Wille schläft, durch denselben Zwang, den sie zum Theil zur gegenseitigen Beförderung der Glückseligkeit ausüben, zur Ausübung desselben und überhaupt zur Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten vermittelt der Verantwortlichkeit, der Vorstellung der gedrohten Strafe, gezwungen. Nur der Gesetzgeber macht hiervon eine Ausnahme. Diesen zwingt, zum Beweise, welche Harmonie zwischen dem Vortheile und der Pflicht — nicht der Triebfeder, sondern dem Objekte nach, stattfindet, das persönliche, mit dem Interesse der Allheit der Individuen identische Interesse.

Die Individuen, denen die Erreichung der wissenschaftlichen Zwecke obliegt, bilden den Stand der *Gelehrten*. Bürger dieser Klasse betreiben den wissenschaftlichen Unterricht der Jugend, mit Bürgern dieser Klasse werden die Lehrstühle besetzt, die in der Mitte der Gemeine zur Beherzigung praktischer Wahrheiten und zum Behuf des weitem Einsammelns nützlicher Kenntnisse nothwendig sind, Bürger dieser Klasse werden der Muse, dieser Pflegerinn der Künste und Wissenschaften, gänzlich hingegeben, damit sie ungestört nach Wahrheit forschen und das Wissenswürdige zu Tage fördern können.

Das wahrhaft menschliche Gefühl zu wecken und zu kultiviren, die Stunden der Erholung mit himmlischen Genüssen zu füllen, das Gemüth zu erheitern, die Thatenkraft zu stärken, die Seelen an einander zu ziehen, edle Thaten zu erheben, die Tugend und das Recht zu vergöttern und die Sinnlichkeit von niedrigen Reizen hinweg zum freudigen Anschauen des Schönen, des Erhabenen und Guten zu locken, dies soll das Ziel aller artistischen Zwecke seyn, die jemals die *Künstler*, die einen dritten Stand formiren, frei oder beauftragt in ihren Werken erreichen.

Die *Handarbeiter*, die Bürger des vierten Standes, erreichen die berechnungsfähigen animalischen Zwecke, indem alle ihre Arbeiten die Befriedigung der natürlichen und erkünstelten Bedürfnisse des Lebens und der Bequemlichkeit zur Absicht haben. Die animalischen Zwecke, die, obgleich mit diesem Beiworte, wie es mir scheint, ganz richtig bezeichnet, denn doch mit einem etwas ehrenvollern Ausdrücke sensuelle Zwecke zu benennen seyn würden, wenn nicht diese Benennung auch zum Theil für die artistischen Zwecke paßte, erregen Widerwillen, wenn man die Bemerkung macht, daß ihre Erreichung den größten Theil der Bürger beschäftigt. Der Stand der Handarbeiter ist der zahlreichste. Wie sollte er nicht der zahlreichste seyn? Nahrungsmittel, Kleider und Wohnungen bereitet er, er allein muß den schweren Kampf gegen die Natur kämpfen, wobei ihm nur der Stand der Gelehrten durch Verleihung der Waffen der Mathematik und Naturkunde Beistand leistet. — Zu dieser Bürgerklasse gehören Ackerbauer, Hirten, Jäger, Fischer, Handwerker, Handelsleute u. s. w.

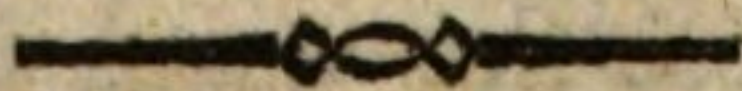
Der Mensch bedarf der Mufse, wenn er ein menschliches Leben führen soll. Daraus folgt nicht nur, daß für die Individuen aller Stände jedes amtliche Geschäft von Mufse begleitet seyn muß, sondern auch, daß die Erreichung der animalischen Zwecke immer mehr, so viel als möglich, durch Thiere und Maschinen zu fördern ist. Die vollständige Abhängigkeit der unfreien Natur, vom Menschen, dem metaphysisch und politisch freien Wesen, ist eine Aufgabe, deren Unendlichkeit die kühnen mathematischen und physischen Wissenschaften nicht scheuen. Der Mensch soll die Gesetze der Natur gefangen nehmen, sich über die Natur erheben und sie zwingen, ihm, ihren rechtmässigen Herrn, zu dienen. Je mehr die animalischen Zwecke durch künstlich gestellte Gesetze der Natur, durch Thiere und Maschinen erreicht werden, desto weniger arbeitet der Mensch für niedrige Bedürfnisse, desto wohlfeiler, oder erzeugt mit desto geringerer Menschenkraft, ist jedes Arbeitsprodukt, desto mehr verringert sich die Anzahl der Bürger des vierten Standes und geht mit der Anzahl der Bürger der übrigen Stände, die dadurch vergrößert wird, in ein besseres Verhältniß ein, desto zeitreicher kann überhaupt die Mufse seyn, die jedes amtliche Geschäft begleiten soll und desto mehr der Mensch sich selbst leben und nach der Verrichtung seiner Pflichtarbeiten, frei von politischer und physischer Noth, fortwährend unabhängig von der Willkühr Anderer, in freien Zwecken seine Bestimmung weiter verfolgen. Daß die Mufse nicht in Müßiggang ausartet und Unordnungen veranlaßt, - verhüten theils neue Zwecke, die bei der leichtern Erreichung bekannter, gewöhnlicher Zwecke zur Summe der großen

Arbeit geschlagen werden, theils die jugendliche Bildung, theils die zur Belehrung der Bürger getroffenen Anstalten, die nur in den Stunden der Muse benutzt werden können, theils, um der wachenden Polizei nicht zu gedenken, andre besondere Verfügungen des Gesetzgebers, wie z. B. Volksfeste und ausgesetzte Preise. Der Gesetzgeber muß seines Vorthells halber darauf sehen, daß die Muse auf eine erlaubte Art angewendet werde. Welchen Zeiten sehen wir entgegen! Die Ferne, in der sie liegen, soll uns unsere Freude nicht verderben. Selbst dann kann es keine Müßiggänger geben. Warum gibt es denn deren jetzt, da noch so viel zu thun ist, da so Viele unter dem Drucke der Arbeit erliegen? — Fragen Sie die Rechtsgelehrten. Diese werden Ihnen sagen, wie der *Müßiggang rechtlich* möglich wird; denn das Rechtliche kann, so scheint es, zuweilen nur geglaubt und aus für wahr gehaltenen Sätzen bewiesen, aber nicht begriffen werden.

„Die Vernunft, selbst weiblich, kann unmöglich in ihrem Staate des Weibes vergessen. Da spricht man von Aemtern, von Bürgern und Bürgerklassen, aber der Bürgerinnen wird mit keinem Worte gedacht, mit keiner Sylbe erwähnt, ob das Weib an seinem Theile auch für die Erreichung der großen Summe der berechneten Zwecke wirken, oder sich bloß auf die Angelegenheiten des Hauses einschränken soll. Ohne Zweifel wird man das letztere behaupten, ohne Zweifel wird das Weib nur durch die hochzeitliche Fackel in einen der bürgerlichen Stände gebracht, um in ihm — außer ihm zu seyn, ohne Zweifel kommen dem Weibe nicht alle, sondern nur einige Menschenrechte und auch diese nur durch die Großmuth der

Männer zu. Verrath und Tyrannei! Von jeher war das Weib die Magd des Mannes; soll es nie eine Freie seyn? Die moralische Freiheit der Weiber ist den Männern sehr einleuchtend, weil die Tugend des Weibes dem Eigennutze des Mannes willkommen ist; die bürgerliche Freiheit aber wird ihnen verweigert und abgesprochen, weil sie sich mit der gewaltsamen Herrschaft der Männer nicht vereinigen läßt. — Einst gab es Heere muthiger Weiber, vor denen die stolzen Fahnen der Männer flohen. Zittre Tyrannengeschlecht, zittert insbesondere alle, die ihr sündhaft der Vernunft Gebote bloß zum Besten eures Geschlechts deutet! Amazonenschaaren werden mit den Waffen der Wahrheit und Rache eure Irrthümer und Scheingründe niederschlagen und das weibliche Geschlecht in den Genuß der Rechte setzen, die vernünftigsinnlichen Wesen zukommen.“

Diese furchtbaren Worte kommen meiner Fantasie ohne Zweifel vom Schutzgeiste des schönen Geschlechts. Ich erkenne, daß man einem so erhabenen Wesen Red' und Antwort schuldig ist, begreife aber auch zugleich, daß sich über eine so schwierige Materie, als die berührt ist, nicht füglich aus dem Stegreife sprechen läßt — am wenigsten, wenn man erschrocken ist. Sie, meine Hochverehrte, die Sie dem Herzen dieses Wesens so nahe sind, mögen Sich meiner annehmen und mir die Erlaubniß auswirken, daß ich für jetzt noch schweigen darf. Ich werde Ihnen indess ehestens in einem besondern Schreiben meine Meinung über die politische Bestimmung des Weibes in der Kürze mittheilen.



Z w ö l f t e r B r i e f.

Wie mißt der Staat auf eine allgemeingültige Weise Dienste und Arbeitsprodukte Anderer einem jeden zu?
— Die Beantwortung dieser Frage wird den Inhalt meines gegenwärtigen Schreibens ausmachen.

Die Einzelnen, denen der Staat auf eine allgemeingültige Weise Dienste und Arbeitsprodukte Anderer zukommen lassen soll, sind theils Arbeiter, theils Individuen, welche die Arbeitsfähigkeit verloren, oder noch nicht erlangt haben. Wir beantworten uns unsre Frage fürs erste bloß in ihrer Beziehung auf die Arbeitsfähigen.

Dienste sind Kraftäußerungen, die zum Besten Anderer unternommen werden. Das Resultat derselben ist, daß ich mich so ausdrücke, ein entweder bloß mit dem Verstande oder auch zugleich mit der Hand begreifliches Arbeitsprodukt. — Im Staate wird die gute That durch einen Zwang gefördert; alle berechnungsfähige Kraftäußerungen, die das Beste Anderer bezwecken, werden als amtliche Pflichten aufgelegt. Ein jeder arbeitet nun nicht für einen, oder für mehrere, sondern für alle Einzelne; seine Kraftäußerungen, sie mögen nun in kund gemachten Gedankenoperationen bestehen, oder die Anordnung und Leitung der Thätigkeit Anderer und die Bearbeitung körperlicher Dinge zum Gegenstande haben,

bringen mittelbar oder unmittelbar allen Einzelnen Nutzen.

Der Staat bewacht die amtlichen Kraftäufserungen eines jeden und nimmt die körperlichen Arbeitsprodukte in Beschlag. Diese Arbeitsprodukte bleiben entweder Staatseigenthum d. i. Eigenthum der Allheit der Individuen, als eines Ganzen, oder werden auf eine allgemeingültige Weise an die Einzelnen ausgetheilt, je nachdem ihre Bildung entweder des öffentlichen oder des häuslichen, des gemeinschaftlichen oder des individuellen Vorthells halber verordnet wurde. Arbeitsprodukte der ersten Art sind öffentliche Gebäude, Strassen, Brücken, Maschinen, Kunstwerke u. s. w. Was die Wohnung, die Bekleidung, die Ernährung, die Bequemlichkeit und das Wohlleben fordern, ist in der Masse der Arbeitsprodukte der zweiten Art enthalten. Die Arbeitsprodukte dieser Art werden an die Einzelnen ausgespendet.

Da nun alle der Beihülfe Anderer bedürftige Zwecke berechnet sind, da alle amtliche Kraftäufserungen, diejenigen eben sowohl, deren Resultat nicht in modifizirten äufsern Dingen besteht, als jene, welche die Umbildung äufserer Dinge zum Zwecke haben, nicht zum Besten bestimmter Individuen, sondern mittelbar oder unmittelbar zum Besten aller Individuen unternommen und die Arbeitsprodukte zum Behuf der Austheilung an die Einzelnen dem Staate überliefert werden, so sind es nicht Dienste und Arbeitsprodukte, was der Staat den arbeitsfähigen Einzelnen auf eine allgemeingültige Weise zuzumessen hat, sondern *blos* Arbeitsprodukte. Die Dienste

Anderer, auf die jeder Arbeitsfähige ein Recht hat, sind ihm in der That durch die Vertheilung der allgemeinen Arbeit in Aemtern schon zugesichert und zugemessen; sie kommen ihm theils in den ausgespendeten Arbeitsprodukten, die Erzeugnisse beendigter, zum Besten Anderer unternommener Kraftäufserungen sind, theils in denjenigen amtlichen Arbeiten der Mitbürger, deren Objekt, ohne das Mittel greiflicher Arbeitsprodukte, die positive Beförderung der Glückseligkeit Anderer ist. Dahin gehören die Bemühungen der Gelehrten, denen die Vorbereitung nützlicher Kenntnisse obliegt, die zum Vergnügen der Mitbürger unternommenen Kraftäufserungen der Künstler, inwiefern das Resultat derselben kein gebildeter äußerer Gegenstand ist und die Geschäfte der obrigkeitlichen Personen, die auf die Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit abzwecken.

Unsere Frage lautet nun in Beziehung auf die Arbeitsfähigen so: Wie mißt der Staat jedem arbeitenden Einzelnen den ihm gebührenden Theil aus der Masse der Arbeitsprodukte zu?

Das Mittel, die den Einzelnen gebührenden, aus der Masse der Arbeitsprodukte auszuhebenden Theile kennen zu lernen, oder, das Mittel der allgemeingültigen Vertheilung der Arbeitsprodukte an die Einzelnen ist das *Geld*.

Der gegenseitige Werth der amtlichen Arbeiten wird gemessen und in Gelde, als an einem sinnlichen Maafsstabe, dargestellt. Dieser Messung zufolge erhält ein jeder auf einen bestimmten Zeitraum einen bestimmten *Sold*.

Der gegenseitige Werth der auszuspendenden Arbeitsprodukte wird ebenfalls in Gelde gemessen und die Summe der auf einen bestimmten Zeitraum an die Einzelnen ausgetheilten Besoldungen stellt den Werth der ganzen Masse der Arbeitsprodukte dar, die, theils im Inlande gebildet, theils gegen inländische Erzeugnisse vom Auslande eingetauscht, zur Befriedigung der berechnungsfähigen d. i. der Beihülfe Anderer benöthigten Bedürfnisse der Einzelnen für jenen Zeitraum bestimmt sind,

Vermittelst des als Sold vom Staate empfangenen Geldes hebt nun ein jeder, wenn es ihm beliebt, kaufweise aus der Masse der auszuspendenden Arbeitsprodukte, die bis zu dieser Aufhebung, *welche die Stelle der Ausspendung vertritt*, dem Staate als ein anvertrautes Gut angehört, dasjenige heraus, was ihm gefällt und was er braucht,

Der Werth der amtlichen Arbeit ergibt sich, bevor er in Gelde d. i. in der Besoldung sinnlich dargestellt wird, aus der Beziehung der Arbeit auf den Vortheil Aller, aus der Anstrengung der Kraft und aus der vorher nothwendig gewesenen Ausbildung dieser Kraft. Jemehr eine Arbeit auf den Vortheil der Allheit der Individuen abzweckt, je größer die erforderliche Anstrengung der Kraft ist und je mühevoller die Ausbildung dieser Kraft war; desto mehr erhebt sich der Werth der Arbeit und desto größer muß der Sold seyn, den der Arbeitende empfängt. So bestimmt die Gerechtigkeit den Werth der Arbeiten und damit die Gröfse der Besoldungen.

Jeder Werth geht in einen Preis über, sobald der Gegenstand, der diesen Werth trägt, gegen einen Gegenstand von einem jenem gleichgeachteten Werthe eingetauscht werden kann. Der Werth der amtlichen Arbeit sinkt nie zum Preise herab. Die amtlichen Arbeiten sind pflichtmäßige Kraftäusserungen und werden vom Staate in Ermangelung des guten Willens der Einzelnen durch die angedrohte und vollzogene Strafe erzwungen, aber mit nichts gegen das als Sold an die Einzelnen ausgetheilte Geld eingetauscht oder erkauft. Der Sold ist weiter nichts, als der Gradmesser des Werths der Arbeiten und das Mittel der gerechten Vertheilung der auszuspendenden Arbeitsprodukte.

Der Werth der Arbeitsprodukte hingegen erscheint in der Gestalt des Preises. Denn theils werden die Arbeitsprodukte durch die Einzelnen vom Staate gegen Geld (das einen innern reellen Werth haben muß,) eingelöst, theils gehen sie gegen Geld, oder in einem eigentlichen Tausche, Arbeitsprodukt gegen Arbeitsprodukt, aus der Hand eines Einzelnen in die Hand eines andern, welche Tauschverträge aber nie die Natur eines Gewerbes annehmen dürfen, weil der Handel, was keines Beweises bedarf, zu den amtlichen Geschäften gehört und da er mithin von den Einzelnen auf ihre eigne Rechnung in keinem seiner Zweige geführt werden darf, so ist auch die Besorgnis, daß diejenigen, die einen hohen Sold empfangen, die Aufkäufer spielen, große Quantitäten aus der öffentlichen Masse der Arbeitsprodukte ausheben und sie nachher in kleinen Portionen um einen erhöhten Preis an diejenigen, die der geschehenen

Aufkäufe wegen vom Staate nichts mehr erhalten können, verkaufen werden, ganz nichtig. Ein jeder wird und kann gegen das als Sold empfangene Geld nicht mehr ausheben, als er für sich selbst zur Befriedigung seiner natürlichen und erkünstelten Bedürfnisse braucht und die öffentliche Masse der auszuspendenden Arbeitsprodukte ist, da sie nicht ohne vorhergegangne Berechnung zu Stande kam, zur Befriedigung der Bedürfnisse aller Einzelnen hinreichend.

Sie begreifen, meine Hochverehrte, daß das Resultat der gerechten oder allgemeingültigen Vertheilung der Arbeitsprodukte ein richtiges Verhältniß zwischen der Gröfse des Werths der amtlichen Arbeit und dem Maafse der Glückseligkeit seyn muß, das die ausgespendeten, vermittelt des als Sold empfangenen Geldes ausgehobenen Arbeitsprodukte bereiten können. Wenn der Sold blos die Grade des Werths der Arbeiten angäbe, wie der Wärmemesser die Grade der Temperatur der Luft, ohne zugleich das Mittel zu seyn, der Glückseligkeit, die durch Arbeitsprodukte möglich ist, in einem der Gröfse des Werths der Kraftäufserungen entsprechenden Maafse theilhaftig zu werden; so könnte er wohl für einen richtigen Gradmesser des Werths der Arbeiten, aber keinesweges für ein sicheres Mittel der gerechten Ausspendung der Arbeitsprodukte gelten. — Je mehr einer für die Glückseligkeit Anderer thätig ist, desto mehr sollen wiederum Andere für seine Glückseligkeit thätig seyn. *Das Maafs der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit soll stets mit der Gröfse des Werths der amtlichen Arbeit in gehöriger Proportion stehen.* Wenn dieser Forderung durch die Art der Vertheilung der Ar-

beitsprodukte Genüge geschieht; so ist die Vertheilung allgemeingültig, so ist sie gerecht.

Damit nun die beliebige Aushebung der auszuspendenden Arbeitsprodukte vermittelt des als Sold empfangenen Geldes eine gerechte Vertheilung derselben sey, so hat der Staat die *Preise der auszuspendenden Arbeitsprodukte* so zu bestimmen, daß vermittelt des Soldes, der stets den Werth der Arbeiten richtig angeben muß, diejenigen Gegenstände aus der Masse der Arbeitsprodukte herbeigeschaft werden können, die in einer bestimmten Quantität und von einer bestimmten Qualität erforderlich sind, um das Maafs der Glückseligkeit zu bereiten, das der Gröfse des Werths der amtlichen — zur Beförderung der Glückseligkeit Anderer unternommenen Arbeit entspricht. — Diese, in Rücksicht der gehörigen Proportion zwischen dem durch Arbeitsprodukte möglichen Maafse der Glückseligkeit und der Gröfse des Werths der amtlichen Arbeit nothwendige Preisbestimmung ist unmöglich, so lange das *Kennzeichen jener Proportion* unbekannt ist. Sagen Sie, wie und wo ist dieses Kennzeichen zu finden?

Nehmen wir ein niedrigstes Maafs der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit an (da ein höchstes nicht denkbar ist) und stellen es dem niedrigsten Grade des Werths amtlicher Arbeiten gegenüber; so hätten wir, wenn wir wüßten, daß zwischen diesem Grade und jenem Maafse die gehörige Proportion stattfände d. i. wenn das gesuchte Kennzeichen uns freundlich in die Augen glänzte und das gesetzte Verhältniß zwischen dem niedrigsten Arbeitswerthe und dem geringsten Maafse der durch Arbeitsproduk-

te möglichen Glückseligkeit heiligte, eine Formel, durch die wir für jeden Grad des Arbeitswerthes das erforderliche Maafs der Glückseligkeit ausfindig machen könnten. Wir sagten: Wie sich a , das angenommene niedrigste Maafs der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit, verhält zu b , dem niedrigsten Grade des Arbeitswerthes; so verhält sich x , das gesuchte Maafs der Glückseligkeit, zu y , dem bekannten Arbeitswerthe, der um so und so viel Grade höher steht, als b .

Die Proportion zwischen dem Arbeitswerthe und dem Maafse der Glückseligkeit ist fortschreitend; das Kennzeichen der Richtigkeit derselben steigt in Graden von einem bestimmten Punkte auf. Wir werden dieses Kennzeichen daher in seiner Einheit nirgends anders als da finden, wo unsre Proportion, als eine richtige Proportion, zwischen dem niedrigsten Grade des Arbeitswerthes und dem niedrigsten Maafse der Glückseligkeit steht. Hier müssen wir nun sogleich zur Auffindung des gesuchten Kennzeichens fragen: Welche Gröfse soll das geringste, dem niedrigsten Grade des Arbeitswerthes gebührende Maafs der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit haben? Wie viel und was für Gegenstände soll der Empfänger des niedrigsten Soldes aus der öffentlichen Masse der auszuwendenden Arbeitsprodukte ausheben können?

Die Glückseligkeit der Menschen soll und kann nicht gleich seyn. Sie kann nicht gleich seyn, weil die Empfänglichkeit für Glückseligkeit verschieden ist; sie soll (inwiefern sie, worauf wir hier blos sehen, durch Arbeitsprodukte möglich ist,) nicht gleich seyn, weil eine Gleichheit zwischen dem Genusse und der Arbeit stattfinden soll, — weil demjenigen, der mehr,

als ein Anderer, für seine Bestimmungsgenossen arbeitet, also die Glückseligkeit derselben in einem höhern Grade befördert, auch wiederum von der Allheit der Bestimmungsgenossen ein größeres Maafs der Glückseligkeit zu Theil werden soll, — weil die rechtlichen Ansprüche auf die durch Arbeitsprodukte mögliche Glückseligkeit, mithin auf die Quantität und Qualität der auszuhebenden Arbeitsprodukte, durch die Gröfse des Werths der amtlichen Kraftäufserungen bedingt sind. — Die Empfänglichkeit für die durch Arbeitsprodukte mögliche Glückseligkeit beruht entweder auf natürlichen Anlagen, oder auf Angewöhnung und die letztere verdankt ihr Daseyn entweder dem Zufalle, oder Grundsätzen. Derjenige, dem seiner amtlichen Arbeiten wegen ein größeres Maafs der Glückseligkeit gebührt, kann durch Zufall und Grundsätze dahin gekommen seyn, dafs er nur eines Maafses bedarf, das mit einem weit geringern Arbeitswerthe in gehörigem Verhältnisse steht, so wie die Begehrlichkeit desjenigen, dem ein geringes Maafs der Glückseligkeit bei einem kleinen Wirkungskreise zu Theil wird, auf ein weit größeres Maafs, das einem weit höhern Arbeitswerthe proportionirt ist, Ansprüche machen kann. Man darf indess annehmen, dafs in der Regel der Mann von geringer Kraft, dessen amtliche Arbeiten mithin auf einer niedrigen Stufe des Werthes stehen, auch nur ein geringes Maafs der Glückseligkeit begehren wird und jeder mufs sich erinnern und ist darauf hinzuweisen, dafs er seine Begehrlichkeit die Schranken des Verdienstes nicht überschreiten lassen darf. Wer wenig für Andere thut, für den sollen Andere ebenfalls wenig thun. Jeder thut im gemeinen Wesen, frei oder gezwungen,

für Andere so viel er kann: einem jeden muß das gebührende Maafs der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit zu Theil werden.

Alle vernünftigsinnliche Wesen sind zur Glückseligkeit berufen und insbesondere auch zu der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit. Ein jeder soll nicht nur frei von Noth und Elend seyn, sondern auch, bei gezähmter Begehrlichkeit, mit Lust auf dem Planeten verweilen, der dem menschlichen Geschlechte zum Wohnsitze angewiesen ist. Hier-nach muß die *Gröfse des geringsten Maafses der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit*, welches dem niedrigsten Arbeitswerthe proportionirt seyn und also dem Empfänger der niedrigsten Besoldung zu Theil werden soll, bestimmt werden. Nun ist ohne die Befriedigung der Bedürfnisse, die sich auf die Wohnung, Bekleidung, Ernährung und eine gewisse Bequemlichkeit beziehen, für vernünftigsinnliche Wesen kein freiwilliges Verweilen auf unsrem Wohnplaneten gedenkbar; mithin muß auch der Empfänger des niedrigsten Soldes durch denselben zur Befriedigung dieser Bedürfnisse gelangen können. Ich erkläre die Möglichkeit der Befriedigung dieser Bedürfnisse für das Kennzeichen der richtigen Bestimmung der Gröfse des kleinsten Maafses der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit. Ist dieses Maafs nun gehörig bestimmt; so ist die Proportion, die zwischen dem niedrigsten Grade des Arbeitswerthes und dem geringsten Maafse der Glückseligkeit stattfinden soll, gefunden. Der Empfänger des niedrigsten Soldes muß mittelst des Soldes dieses Maafs erhalten können. Die gehörige Proportion zwischen

dem niedrigsten Arbeitswerthe und dem geringsten Maasse der Glückseligkeit ist die Stammproportion für alle Verhältnisse zwischen höhern Graden des Arbeitswerthes und grössern Maassen der Glückseligkeit und gibt der oben angegebenen Formel eine gegründete Bedeutung. Das angegebene Kennzeichen ist mithin für die Beurtheilung überhaupt das Kennzeichen der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Proportion, die zwischen einem bestimmten Grade des Arbeitswerthes und einem bestimmten Maasse der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit stattfindet.

Die Preisbestimmung der auszuspendenden Arbeitsprodukte ist nun keinen grossen Schwierigkeiten unterworfen, Die Preise der Gegenstände der Bedürfnisse, die sich auf die Wohnung, Bekleidung, Ernährung und eine gewisse Bequemlichkeit beziehen, sind nun so zu bestimmen, daß jeder Empfänger des niedrigsten Soldes jene Gegenstände kaufen kann. Begreiflicher Weise wird durch diese Festsetzung der Preise die Quantität und Qualität der Arbeitsprodukte bestimmt, die Gegenstände der Bedürfnisse sind, in deren Befriedigung das geringste Maass der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit besteht. Ist die Preisbestimmung gerecht d. i. den Forderungen der Natur und Menschenliebe entsprechend; so entspricht diesen Forderungen auch die Quantität und die Qualität der vermittelt des niedrigsten Soldes erhobenen Arbeitsprodukte. — In je näherer Beziehung bestimmte Arbeitsprodukte auf die Bedürfnisse des Wohllebens und einer gesuchtern Bequemlichkeit stehen, desto höher muß der Preis derselben seyn.

Eine nach diesem Maafsstabe angestellte Preisbestimmung setzt der Vertheilung der amtlichen Arbeitsprodukte an die Einzelnen die Krone der Gerechtigkeit auf. Der Sold misst richtig den Werth der amtlichen Arbeit und die Preise der Arbeitsprodukte harmoniren mit den Besoldungen: vermittelst des Soldes wird einem jeden das seinem Verdienste gebührende Maafs der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit zu Theil.

Die Gerechtigkeit der Vertheilung der Arbeitsprodukte hat mit der Empfänglichkeit für den Genuss, die durch Zufall oder Grundsätze gebildet wurde, nichts zu schaffen. Was geht es den Staat an, wenn bestimmte Individuen stoischen oder epikurischen Grundsätzen ergeben sind? — Mit dem Verdienste, — mit dem Arbeitswerthe soll das Maafs der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit in gehöriger Proportion stehen; blos auf diesen Arbeitswerth hat der Staat bei der Austheilung des Soldes und bei der Bestimmung der Preise Rücksicht zu nehmen. — Kajus hat wenig Bedürfnisse. Ich will nicht untersuchen, ob er ein Philosoph, oder ein Zögling des Zufalls ist. Genug, seine Empfänglichkeit für den Genuss ist gering, seine amtliche Thätigkeit aber bedeutend. Ungeachtet der grossen Beschränktheit seiner Empfänglichkeit für den Genuss, erhält er doch einen ansehnlichen, den Werth seiner Arbeit richtig messenden Sold, vermittelst dessen er sich eines Maasses der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit bemeistern kann, das dem Werthe seiner Arbeit, aber keinesweges seiner Empfänglichkeit für diese Art der Glückseligkeit proportionirt seyn wird. Er thue,

was ihm beliebt; er sammle den überflüssigen Sold, oder er verschenke ihn entweder, oder die überflüssigen, gegen die ganze Summe des als Sold empfangenen Geldes erhobenen Arbeitsprodukte an Andere. Um seine Empfänglichkeit für den Genuß bekümmert sich der Staat nicht. — Sempronius hingegen hat eine Empfänglichkeit für den Genuß, die, weit bedeutender, als der Werth seiner amtlichen Arbeit, durch das Maass der Glückseligkeit, dessen er sich vermittelst des Soldes bemeistern kann, ungesättigt bleibt. Sempronius stimme seine Empfänglichkeit zu seinem Verdienste herab und lege seiner Begehrlichkeit Zaum und Gebiß an; so wird er mit dem beschiedenen Maasse der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit zufrieden seyn und es, wie er vernünftiger Weise nie anders kann, als ein gerechtes Maass anerkennen.

Ein einziges Mal ist auf die Empfänglichkeit für den Genuß Rücksicht zu nehmen. Dies geschieht bei der Bestimmung der Gröfse des geringsten Maasses der Glückseligkeit. Denn die Möglichkeit, die oben bezeichneten Bedürfnisse zu befriedigen, welche das Kennzeichen der richtig bestimmten Gröfse des kleinsten Maasses der Glückseligkeit abgibt, ist in der That nichts anderes, als die Möglichkeit der Sättigung einer gewissen Empfänglichkeit für den Genuß. Diese in Rücksicht genommene Empfänglichkeit für Glückseligkeit verdankt aber nicht dem Temperamente, nicht der zufälligen, oder vorsätzlichen Angewöhnung ihr Daseyn, sondern ist mit der allgemeinen Art der Existenz und mit der sinnlichen Bestimmung der vernünftigen Wesen gegeben und wird

von der Gerechtigkeit geheiligt. Die Natur legt Allen bestimmte Bedürfnisse auf. Der in der Gerechtigkeit wehende Geist der Menschenliebe sanktionirt nicht nur diese, sondern verstattet auch andere Bedürfnisse, deren Befriedigung das Leben angenehm macht. Auch der Empfänger des niedrigsten Soldes muß sich vermittelst desselben aus der Masse der Arbeitsprodukte derjenigen Gegenstände bemächtigen können, die zur Befriedigung der von der Natur und von der Gerechtigkeit auferlegten und verstatteten Bedürfnisse erforderlich sind.

Frei soll die Arbeit, *frei* soll mit ihr der *Genuss* seyn. Wem ein geringes Maass der Kraft zu Theil wurde, der wird sich auch nur ein geringes Maass des Genusses erarbeiten können. Dieses Recht und diese natürliche Ansicht wird im Staate nicht aufgehoben. Frei ist die Arbeit: denn jeder wählt sein Amt; frei ist mit ihr der Genuss: denn jeder kann über seinen Sold beliebig schalten und sich dafür anschaffen, was er will; gering oder bedeutend ist nach Maassgabe der Kraft der erarbeitete Genuss: denn die Besoldungen sind dem Werthe der amtlichen Arbeiten, die mit der Kraft der Subjekte harmoniren, angemessen. Dürfte der Staat die Bürger wie Kinder und Blödsinnige behandeln; so wäre die Vertheilung des Soldes und die zweckmäßige Bestimmung der Preise der auszuspendenden Arbeitsprodukte ganz überflüssig. Unmittelbar könnten dann die Arbeitsprodukte an die Einzelnen vertheilt werden.

Sie kennen, meine Hochverehrte, die innere Natur des Gesetzgebers und sehen daher ohne mein

Erinnern, was die richtige Abmessung des Werths der amtlichen Arbeiten vermittelt des Soldes, was die gerechte Preisbestimmung der Arbeitsprodukte und was mithin die allgemeingültige Vertheilung der auszuspendenden greiflichen Erzeugnisse des amtlichen Fleisses verbürgt. Was hülfe den armen Sterblichen die Wissenschaft des Rechts, was hülfe ihnen die Kenntniss dessen, was seyn soll, wenn die Sicherung und Realisirung desselben blos vom guten Willen abhinge? — Das gemeine Wesen muß so organisiert seyn, daß, wie durch einen Mechanismus, das Recht unausbleiblich gesichert, daß das, was seyn soll, ganz gewiß verwirklicht wird. Der Gesetzgeber, dessen persönliches Interesse das Interesse der Individuen aller Stände und untern Abtheilungen ist, wird zuversichtlich darauf sehen, daß das Amt der Kraft entspreche, daß die Preise der auszuspendenden Arbeitsprodukte zweckmäfsig bestimmt werden und daß der Sold, mit den festgesetzten Preisen harmonirend, den Werth der amtlichen Arbeit richtig messe. Gebieterisch fordert das Interesse eines jeden, daß wenigstens diejenigen Bedürfnisse sollen befriedigt werden können, welche die Natur und die in der Gerechtigkeit wohnende Menschenliebe zur Erhaltung und Erfreung des Lebens auferlegen und verstatten; das Interesse eines jeden fordert, daß seine amtliche Arbeit, gehalten gegen seine Kraft, nicht zu unbedeutend sey, damit das Maafs des Genusses, das er sich mittelbar dadurch erarbeitet, mit seiner Kraft in der gehörigen Proportion stehe; das Interesse eines jeden fordert, daß ihm mehr werde, als einem Andern, wenn er angestrongter und in höhern Wirkungskreisen für das gemeine Beste wirkt und das Interesse eines

jeden läßt es nicht nur zu, sondern verlangt auch, daß gefahr- und mühevollen Aemter eines größern Maasses der durch Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit theilhaftig machen, damit die Geschäfte derselben, die auf den Vortheil Aller abzwecken, einen Reiz haben und mit Lust übernommen und verrichtet werden. — Die Theorie der gerechten Vertheilung der Arbeitsprodukte würde ohne die bekannte Natur des Gesetzgebers, vermöge welcher derselbe stets einen guten Willen hat, ein in die Luft gebautes Schloß seyn.

Sie werden gewiß eben so wenig zu fragen geneigt seyn, ob die auf die angegebene Art unternommene Vertheilung der Arbeitsprodukte durchgängig eine mathematisch genaue Proportion zwischen dem Arbeitswerthe und dem durch Arbeitsprodukte möglichen Maasse der Glückseligkeit zu Stande bringe, als Sie erwarten werden, daß ich eine solche Frage bejahen würde. Der Staat thut für die Aufstellung dieser Proportion alles, was in seinen Kräften steht und mehr wollen wir nicht fordern. Es ist uns einleuchtend, daß das Maass der Glückseligkeit, das durch Arbeitsprodukte, die gegen einen bestimmten Sold erhoben werden, *möglich* ist, mit dem Werthe der Arbeit, den dieser Sold richtig mißt, in genauem Verhältnisse stehen könne, ohne daß deshalb das *wirkliche* Maass des Genusses jenem möglichen entspricht. Ohne die Schuld des Staates kann ein Mißverhältniß zwischen dem Arbeitswerthe und dem Maasse des wirklichen Genusses stattfinden, da, um derjenigen nicht weiter besonders zu gedenken, die sich bei einem hohen Solde willkürlich an einem geringen Maasse der durch

Arbeitsprodukte möglichen Glückseligkeit begnügen, es Andere geben kann, die die Regeln der Haushaltungskunst vernachlässigen, die eine kurze Zeit schwelgen, um eine längere zu darben und so die Proportion verrücken, die zwischen dem Werthe ihrer Arbeit und dem Maasse des wirklichen Genusses allerdings stattfinden könnte. Denn das mögliche und wirkliche, dem Arbeitswerthe proportionirte Maass der durch Arbeitsprodukte zu bereitenden Glückseligkeit ist, wie es sich von selbst versteht, nicht eine augenblickliche, sondern eine fortwährende Befriedigung bestimmter Bedürfnisse. — Der Staat vertheilt auf eine allgemeingültige Weise die auszustellenden Arbeitsprodukte und eröffnet dadurch die Möglichkeit der gehörigen Proportion zwischen der Grösse der Kraftäusserungen und dem Maasse des wirklichen Genusses. Sollten die Einzelnen diese Proportion nicht verschmähen und durch ökonomische Sünden verrücken können; so müßte der Staat das Hauswesen der Bürger entweder ganz aufheben, oder sich doch in die häuslichen Angelegenheiten derselben mischen dürfen und das wunderthätige Vermögen besitzen, die Empfänglichkeit für die durch Arbeitsprodukte mögliche Glückseligkeit nach den Graden des Werths der amtlichen Arbeiten mitzutheilen.

Die Preise der zur Erreichung der individuellen Zwecke, oder, was dasselbe aussagt, zur Befriedigung der individuellen Bedürfnisse erforderlichen Arbeitsprodukte werden, wie die Sachen jetzt stehen, durch den Grad der Seltenheit, der Schönheit und Nützlichkeit des Stoffes, durch den Grad der Seltenheit, Schönheit, Zweckmäßigkeit und Mühe der

Bereitung und endlich durch die Habsucht bestimmt, die glücklicher Weise durch die Konkurrenz der Verkäufer, seltner durch Gesetze, eingeschränkt wird. Alle diese Ursachen der Verschiedenheit der Preise der Arbeitsprodukte sind in dem ächten gemeinen Wesen von keiner Wirkung. Denn der Staat hat bei der Festsetzung der Preise der auszustellenden Arbeitsprodukte auf weiter nichts, als auf die Grösse des niedrigsten Soldes, auf die erforderliche Grösse des geringsten Maafses der Glückseligkeit, die durch Arbeitsprodukte bereitet werden kann, und auf die nähere und entferntere Beziehung Rücksicht zu nehmen, in welcher die Arbeitsprodukte auf die natürliche und mehr oder weniger erkünstelten Bedürfnisse stehen. Wenn man mit Worten spielen will; so kann man freilich sagen, daß die Habsucht den Staat bei der Festsetzung der Preise bestimme. Denn die Habsucht des Staates ist die Habsucht aller Individuen und diese hat, inwiefern sie sich in den Schranken des Verdienstes hält, vermittelt der Gesetzgebung, durch welche das persönliche Interesse der Einzelnen auf die Regierung wirkt, auf die Festsetzung der Preise allerdings Einfluß. Fürchtet man aber, daß die Habsucht, als der um sich greifende Eigennutz der Personen, welche die Preise angeben und die Arbeitsprodukte gegen den Sold an die Einzelnen ausliefern, einen Einfluß auf die Bestimmung der Preise haben könnte; so läßt man, wie bei ähnlichen Besorgnissen, die Aufsicht, unter welcher jedes amtliche Geschäft bis hinauf zum Gesetzgeber steht, aus der Acht. — Das zweckmässig bereitete und mit vieler Mühe gebildete Arbeitsprodukt ist immer nur nach dem Grade der Nähe und Ferne seiner Beziehung auf

die ersten, das geringste Maafs der Glückseligkeit bestimmenden Bedürfnisse wohlfeil oder theuer. Der Arbeiter verkauft sein Produkt nicht an Kaufleute, oder geradezu an diejenigen, die es gebrauchen wollen, um einen Preis, welcher der Zweckmäßigkeit und Mühe der Bereitung entspricht, (wie dies, wenn anders nicht die Noth jeden Preis annehmlich macht, in allen Staaten geschieht, wo man für das Prinzip der öffentlichen Wirthschaft eine andere Quelle, als das Recht und die Vernunft aufzeigt) sondern er liefert sie in die Masse der Arbeitsprodukte. Zur Zweckmäßigkeit der Bereitung und zur Anwendung der erforderlichen Mühe ist er verpflichtet und dem Werthe seiner Arbeit ist seine Besoldung proportionirt. — Der Staat berechnet die Bedürfnisse der Allheit der Individuen und bestimmt dieser Berechnung zufolge die nöthige Arbeit. Selten ist daher ein auszuspendendes Arbeitsprodukt nur durch die Seltenheit der Bedürfnisse, zu deren Befriedigung es tauglich ist. Das Verhältniß dieser Bedürfnisse zu den ersten, von der Natur und von der Gerechtigkeit auferlegten und verstatteten Bedürfnissen bestimmt den Preis desselben Arbeitsprodukts. Die Seltenheit der Bereitung eines Dinges hat auf die Bestimmung des Preises desselben keinen Einfluß. — Ein schönes Arbeitsprodukt wird allerdings in einem höhern Preise stehen, aber nicht der Schönheit der Bereitung halber, sondern wegen seines Abstandes von den ersten Bedürfnissen, die nicht auf die Schönheit, sondern zunächst auf die Brauchbarkeit der Arbeitsprodukte zu merken gebieten. — Auch der Stoff der Arbeitsprodukte bestimmt den Preis derselben eben so wenig, als die Bereitung. Es wäre ein Unglück, wenn die Stoffe der

nöthigsten Arbeitsprodukte nur kärglich von der Natur geliefert würden und derselben vom menschlichen Fleiße nur in geringer Quantität abgenöthigt werden könnten; wohlfeil müßten aber dessen ungeachtet die nöthigsten Arbeitsprodukte seyn. — — Wäre der Stoff der zur Befriedigung der ersten Bedürfnisse unentbehrlichen Gegenstände schön; so würden diese doch immer, ungeachtet der Schönheit, in einem niedrigen Preise stehen. — Die Nützlichkeit eines Stoffes muß unwidersprechlich nach dem Verhältnisse gemessen werden, in welchem die Natur desselben mit der möglichen Befriedigung der ersten Bedürfnisse steht. Alle durch diese Bedürfnisse unentbehrlich gemachte Gegenstände haben einen niedrigen Preis; je nützlicher daher der Stoff ist, in einem desto niedrigeren Preise steht das daraus gebildete Arbeitsprodukt. Die Nützlichkeit des Stoffes hat auf die Bestimmung der Preise durchaus keinen Einfluß; die Schätzung der Größe derselben hat mit der Festsetzung der Preise einen und denselben Grund, der in umgekehrten Verhältnissen den Preis steigert, wenn die Nützlichkeit fällt. — Da die Natur die Stoffe der Gegenstände, die zur Befriedigung der ersten Bedürfnisse unentbehrlich sind, also — die nützlichsten Stoffe, theils freiwillig, theils vom menschlichen Fleiße gezwungen, häufig und entblößt von Schönheit (der Schönheit des Stoffes, die hier von der Schönheit der Gestalt unterschieden wird) hervorbringt; so werden begreiflicher Weise die Arbeitsprodukte von seltenem und schönem Stoffe nie wohlfeil seyn.

Sie haben bemerkt, meine Hochverehrte, daß hier nicht von den Preisen der Stoffe und Arbeitspro-

dukte, die als Materialien und Werkzeuge vom Staate an die Arbeiter auszutheilen sind, (Preise, die nur auf den Fall der Verwahrlosung der übergebenen und anvertrauten Materialien und Werkzeuge zu bestimmen seyn werden) auch nicht von den Preisen der Stoffe und Arbeitsprodukte, die Gegenstände des Handels zwischen den Staaten sind, sondern blos von den Preisen derjenigen Arbeitsprodukte die Rede war, die der Staat an die Einzelnen auf eine allgemeingültige Weise auszuspenden hat.

Die Preise der an die Einzelnen auszuspendenden Arbeitsprodukte bleiben in der Regel unverändert dieselben. Würden sie erhöht oder erniedrigt; so müßten auch die Solde erhöht und erniedrigt werden. Gründe gegen die Erhöhung der Preise und mithin gegen die Erhöhung der Besoldungen lassen sich leicht auffinden; ich fordere Sie aber auf, mir einen einzigen für diese zweifache Erhöhung anzugeben. Die Nothwendigkeit der Herabsetzung der Preise und der Besoldungen kann möglicher Weise durch die eingetretene Unergiebigkeit des Bergbaus und beim Mangel an Gold - und Silbergruben durch Unordnungen in der Natur herbeigeführt werden. Im letztern Falle wird der Fleiß verhindert, oder es werden die Früchte desselben zerstört und wenn auch die dem Inlande unentbehrlichen Arbeitsprodukte noch gebildet werden können, so sind doch die überflüssigen, vom Auslande gesuchten Artikel nicht zu erschwingen, gegen welche unter andern nöthigen ausländischen Arbeitsprodukten auch die zur Erhaltung der sich stets verringernden Menge des Geldes erforderlichen edeln Metalle eingetauscht werden könnten.

In der Eröffnung der Möglichkeit der gehörigen Proportion zwischen dem von einem bestimmten Sold richtig gemessenen Werthe der amtlichen Arbeit und dem Maafse der Glückseligkeit, das durch die Quantität und Qualität der Arbeitsprodukte möglich ist, die zur Befriedigung der innerhalb der Schranken des Verdienstes sich haltenden Bedürfnisse gegen jenen Sold erhoben werden können, findet das Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Stärke, das in der Gröfse dieses seines Objekts durch die Gröfse der subjektiven Kraftäufserungen bedingt ist, seine vollendete Sicherung. (Von dieser Sicherung sind die einem jeden schon durch die Vertheilung der Arbeit in Aemter zugesicherten Dienste ausgeschlossen.) Die Möglichkeit jener Proportion, insoweit sie nicht von der subjektiven Willkühr der Individuen abhängt, wird eröffnet und das genannte Recht vom Staate pflichtmäfsig gesichert durch die Berechnung der Bedürfnisse der Einzelnen, durch die gerechte Vertheilung der Arbeit und des Soldes und durch die gerechte Bestimmung der Preise der auszuspendenden Arbeitsprodukte.

Die Sicherung der Rechte an und für sich gewährt eine Glückseligkeit, für welche Alle eine gleich grofse Empfänglichkeit besitzen. Zwischen dieser Glückseligkeit mit Einschluss des Genusses, der durch Arbeitsprodukte, die gegen den Sold erhoben werden, möglich ist, und zwischen der rechtlichen Würdigkeit findet nun unter der Rechtsherrschaft stets eine genaue und gehörige Proportion statt. Die *rechtliche Würdigkeit* geht aus der Erfüllung der den Rechten beigesellten Pflichten hervor. Den höchsten Grad

dieser Würdigkeit und mithin das ganze Maafs der Glückseligkeit, die gesicherte Rechte gewähren und (wenn es der Berechtigte will) das ganze Maafs des Genusses, der durch die gegen den Sold zu erhebenden Arbeitsprodukte bereitet werden kann, verleiht die vollständige und anhaltende Erfüllung der den Rechten beigesellten Pflichten. Je unvollständiger einer seine Pflichten erfüllt, je öfter er bestimmte Pflichten vernachlässigt und je gröfser die Verbrechen sind, deren er sich schuldig macht, mit desto gröfserer Härte überrascht ihn die Strafe, desto geringer ist für ihn das Maafs der Glückseligkeit, das gesicherte Rechte und gegen den Sold zu erhebende Arbeitsprodukte gewähren. Denn die Strafe hebt stets nach Maafsgabe der Verbrechen den vollständigen Genuss der Rechte mehr oder weniger auf und schmälert insbesondere bei geringern Vergehungen den durch erhobene Arbeitsprodukte möglichen Genuss. — Durch jede vernachlässigte Pflicht werden Rechte Anderer verletzt. Die Strafe ist für den Staat das letzte Mittel der Sicherung der Rechte. Sie sichert die Rechte, indem sie dieselben für alle Rechtsverletzer nach Maafsgabe der Gröfse der Vergehungen durch einen unausbleiblichen und unabwendbaren Angriff unsichermacht. Die Strafe greift nach Beschaffenheit der Verbrechen alle Rechte an, mit Ausnahme des Rechts auf fremde Dienste und Arbeitsprodukte im eingetretenen Zustande der Schwäche. Ein kranker Verbrecher mufs nicht weniger sorgfältig geheilt und gepflegt werden, als ein schuldloses Glied der Gemeinde, ob ihm gleich nicht die im Zustande der Schwäche durch Arbeitsprodukte mögliche Glückseligkeit in dem Maafse zugestanden werden kann, in welchem sie dem schuldlosen Schwa-

chen zu Theil wird. Nur die schreckliche Todesstrafe, die allen Genuß der Rechte aufhebt, tritt auch dieses Recht in den Staub. — Die Vermeidung und Erduldung der Strafe bringt stets die gehörige Proportion zwischen der rechtlichen Würdigkeit und dem Genusse, den die Sicherheit der Rechte gewährt, mit Einschluss des Maasses der Glückseligkeit, das durch die gegen den Sold zu erhebenden Arbeitsprodukte bereitet werden kann, zu Stande. — Alle wollen die aus der Sicherheit der Rechte fließende Glückseligkeit im vollen Maasse genießen, keinem wird ohne Schmerzen das Maass des Genusses verringert, das er sich durch die gegen den Sold zu erhebenden Arbeitsprodukte zu bereiten gedenkt; mithin wird sich ein jeder, der Schuldlose aus Furcht vor der gedrohten und der Bestrafte aus Abscheu gegen die erlittene Strafe, befleissigen, den höchsten Grad der rechtlichen Würdigkeit zu behaupten und zu erreichen.

Das Gebiet der Wahrheit und Schönheit ist ein Gemeingut, das die Gelehrten und Künstler bebauen, dessen Ertrag sie aber nicht allein verzehren sollen. Die Glückseligkeit, die Wahrheit und Schönheit an und für sich gewähren, darf keinem vorenthalten werden. Wer sich aus Mangel an Zeit diese Glückseligkeit nicht selbst bereiten kann, dem soll sie durch Andere bereitet werden. — Die Empfänglichkeit, welche dieser Genuß voraussetzt, wird und soll der Staat, der die gegenseitige positive Beförderung der Glückseligkeit zu betreiben hat, während der Periode der Erziehung und in den Versammlungen, die der fortzusetzenden Belehrung und den durch die Kunst möglichen Ergetzungen gewidmet sind, wecken, kulti-

viren und sättigen. Die Gröfse derselben hängt ausser der Bildung von der Bildsamkeit und einer freien Thätigkeit ab und dieser Gröfse der Empfänglichkeit wird im natürlichen Laufe der Dinge das Maafs der Genüsse proportionirt seyn, welche Schönheit und Wahrheit mitleidig aus ihren Himmeln dem verstossenen Menschen nachsenden. Nun fragt es sich, ob herabsteigende Grade der rechtlichen Würdigkeit diese Proportion stören können und stören sollen? — Dafs Strafen die durch Wahrheit und Schönheit mögliche Glückseligkeit mehr oder weniger stören und aufheben, ist keinem Zweifel unterworfen; bestimmte Vergehungen werden auch mit dem Ausschlusse aus jenen Versammlungen zu bestrafen seyn. — Hieraus leuchtet denn ein, dafs die rechtliche Würdigkeit auf die Bestimmung der Gröfse des Maafses der durch Wahrheit und Schönheit möglichen Glückseligkeit Einfluss hat. Dies ist aber auch alles, was sich von ihr in dieser Beziehung aussagen läfst. Zwischen ihr und dem Maafse der aus Wahrheit und Schönheit hervorgehenden Lust kann nie eine genaue Proportion hergestellt werden. Wie wäre dies möglich, da die Empfänglichkeit für den Genufs, den Wahrheit und Schönheit gewähren, dem Staate, als Ordner des Verhältnisses zwischen Glückseligkeit und rechtlicher Würdigkeit, nie in dem Grade bekannt werden kann, in welchem ihm die bei allen Einzelnen gleich grofse Empfänglichkeit für den Genufs der Rechte überhaupt und der von Allen genährte Wunsch, vermittelst des Soldes die Empfänglichkeit für die durch Arbeitsprodukte mögliche Glückseligkeit beliebig zu sättigen, bekannt ist, und da die Freuden der Wahrheit und Schönheit nicht blos von einer fremden, son-

dem auch von der eignen Thätigkeit herbeigeführt und wegen der über allen Zwang erhabenen Freiheit des Geistes möglicher Weise noch dann genossen werden, wenn der Staat die äußern Kanäle derselben verschließt?

Mit der Glückseligkeit, welche die Tugend im Heiligthume des Bewußtseyns bereitet, hat das Recht nichts zu schaffen.

Die rechtliche Würdigkeit kann Tugend, aber auch blos Klugheit zum Grunde haben. Auf diesen innern Grund wird bei der Proportion, die zwischen der rechtlichen Würdigkeit und der Glückseligkeit, die der Staat sichern, geben und nehmen kann, stattfinden soll, nicht gesehen. Der Staat schätzt die rechtliche Würdigkeit und läßt und gibt ihr das Gebührende, ohne sich um ihren Grund zu bekümmern.

Wandeln wir nicht im Lustgarten der Glückseligkeit? Lassen Sie uns, Freundin, andere Anlagen in Augenschein nehmen.

Die Zwecke, die ein jeder ohne Nachtheil anderer und höherer Zwecke selbst erreichen kann, sind in der Summe der vom Staate berechneten Zwecke Aller nicht begriffen. Der Erreichung dieser Zwecke ist, nächst der Erhohlung, die Zeit gewidmet, welche die amtlichen Arbeiten übrig lassen. Während derselben zieht sich die Thätigkeit der Einzelnen aus der Sphäre des Amtes zurück in die Sphäre des Hauses und in den weiten Kreis der erlaubten beliebigen Wirksamkeit. Hier werden die zur Befriedigung der Bedürfnisse noch erforderlichen, den Einzelnen selbst

überlassenen Arbeiten verrichtet und die erlaubten Zwecke erreicht, die der Eigennutz oder andere edlere Triebe setzen. — Die Verrichtung jener Arbeiten ist nothwendig und die Erreichung dieser Zwecke darf, wie die Erholung, nicht unmöglich seyn. Diejenigen nun, deren amtliche Arbeiten einen hohen Grad der Anstrengung erfordern, oder wohl gar, was freilich in der Regel nicht stattfinden soll, wenig Muße übrig lassen und ihrer edlern Natur nach weit von den niedrigen, obgleich nicht entehrenden, häuslichen Arbeiten abstehen, würden sich in einer wahrhaft traurigen Lage befinden, wenn sie die Zeit, die sie dem beliebigen Genusse aller Art, der Erholung und der Erreichung freigesetzter Zwecke sollten widmen können, größtentheils mit der Verrichtung der Hausgeschäfte, denen ihre Arbeitsfähigkeit keinesweges entspricht, hinbringen müßten. — Je größer der Werth der amtlichen Arbeit, desto größer soll auch der durch Arbeitsprodukte mögliche Genuß, je größer die rechtliche Würdigkeit mit Einschluss des Arbeitswerthes ist, desto größer soll überhaupt das Maas der Glückseligkeit seyn, die der Staat beschirmen, geben und nehmen kann. Es wird wenig fehlen, daß nicht für die Individuen, die sich in der angegebenen Lage befinden, ein umgekehrtes Verhältniß stattfinden sollte. — Sie werden daher mit mir einstimmig urtheilen, daß der Staat allen denjenigen, deren amtliche Arbeiten große Kraftanstrengungen erfordern, oder wenig Muße übrig lassen und ihrer Natur nach von Handarbeiten, was häusliche Geschäfte sind, weit abstehen, nach Maafsgabe der Größe des Hauswesens, eine oder mehrere Personen beigesellen müssen, welche die häuslichen Arbeiten für sie

verrichten. — Die Geschäfte des *Diener*s sind amtlich, weil sie vom Staate übertragen werden und zwecken im Allgemeinen eben sowohl, wie jedes andere amtliche Geschäft, auf das allgemeine Beste ab, das erwirkt ist, wenn sich jeder Einzelne im vollen Genusse seiner Rechte befindet. Die Arbeiten des Dieners kommen dem Bedienten im Namen der Allheit der Individuen und werden, ob sie gleich unmittelbar den Vortheil des Bedienten befördern, als amtliche Arbeiten, eigentlich nicht diesem, sondern dem gemeinen Wesen verrichtet. — Den Sold erhält der Diener, wie es sich versteht, nicht vom Bedienten, sondern vom Staate. Schlösse der Staat den Sold des Dieners in den Sold des Bedienten ein und überliesse diesem die Auszahlung; so würde es scheinen, als ob der Diener vom Bedienten abhinge und kein Bürger wäre. — So, meine Gute, schließt sich der Diener mit ihm gebührender Ehre an die Reihe der amtlich arbeitenden Bürger an. (Die Livree ist eine rechtlich unmögliche Erscheinung. Das Recht kennt nur die Uniform, die, wenn sie für gewisse, oder für alle Klassen und Abtheilungen der Glieder des gemeinen Wesens beschlossen wird, für ein Merkmal der Abhängigkeit des Einzelnen vom Willen der Allheit der Einzelnen d. i. vom Gesetze anzusehen ist.) — Die oben aufgestellte Behauptung, daß Dienste dem arbeitsfähigen Einzelnen nicht zuzumessen seyn, ist durch das Gesagte gehörig eingeschränkt. Der Staat muß allerdings bestimmten arbeitsfähigen Einzelnen Dienste — ausschließend ihnen gewidmete amtliche Kraftäufserungen zugestehen und mithin sind auch diejenigen Zwecke gewisser Individuen, deren Erreichung der Gegenstand jener Dienste ist und die in der

Regel, welche hier eine Ausnahme erleidet, der Beihilfe Anderer nicht bedürfen, mit in die Summe der berechnungsfähigen Zwecke der Allheit der Individuen aufzunehmen.

Lassen Sie uns nun sehen, was der Staat noch insbesondere zur *Sicherung des Rechts auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Kraftlosigkeit* thut, oder, wie er den zu amtlichen Arbeiten unfähigen Individuen Dienste und Arbeitsprodukte Anderer auf eine allgemeingültige Weise zumißt.

Das Unvermögen, amtlich zu arbeiten, besteht entweder in einer noch unausgebildeten, oder in einer gehemmten, oder endlich in einer auf immer zerstörten Arbeitsfähigkeit. Die zur amtlichen Arbeit unfähigen Individuen bilden daher drei Klassen. Die erste Klasse begreift die heranwachsenden Staatsbürger — *die Kinder und jungen Leute*; die zweite *diejenigen Kranken, deren Heilung möglich und wahrscheinlich ist*, und die dritte *die unheilbaren Kranken und die Alten*.

Dafs den Individuen aller dieser Klassen Dienste — unmittelbar ihnen gewidmete Kraftäufserungen zukommen, dafs sie diese Dienste von der Allheit der Individuen zu fordern haben und dafs die Bürger, die sie im Namen Aller leisten, wie alle andere arbeitende Bürger, für das gemeine Wesen arbeiten, sind Sätze, für die Sie keinen Beweis verlangen.

Die den Individuen der *ersten Klasse* nöthigen fremden Kraftäufserungen haben die Verpflegung (der Kinder), die Erhaltung, die Leitung und Aufsicht, den Unterricht und im Falle des Erkrankens die War-

tung und Heilung zum Gegenstande. Zur Leistung dieser *Dienste* stellt der Staat die erforderlichen Personen an und in der Anstellung derselben besteht grösstentheils die Betreibung der Erziehung der Jugend, welche, ausser der hier wirkenden Ursache, auch aus andern Gründen eine der wichtigsten Angelegenheiten des gemeinen Wesens ist. — Die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Natur und eines frohen Lebens erforderlichen *Arbeitsprodukte* werden, von der letzten Hand bereitet, den Kindern und jungen Leuten in der gehörigen Menge und Qualität (wobei insbesondere in Ansehung der Qualität auch auf das Verhalten — die rechtliche Würdigkeit, Rücksicht zu nehmen ist) theils unmittelbar gereicht, theils wird ihnen nach Maafsgabe des Wachstums und des bürgerlichen Werths der Arbeitsfähigkeit, vermittelt welcher sie die Arbeit des Lernens mit der Arbeit des Erwerbens (oder besser: mit einer Andern schon unmittelbar nützlichen Thätigkeit) verbinden, ein Sold gegeben, der sie in die Geheimnisse der Haushaltungskunst, die ihnen beim Eintritte ins thätige Bürgerleben bekannt seyn müssen, einführt, indem sie nun selbst mehr oder weniger für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse sorgen müssen.

Die *Dienste*, welche den zur Arbeit unfähigen Individuen der *zweiten Klasse* werden sollen, bestehen in der nöthigen Wartung und Heilung. Besondere Häuser, von deren Bewohnung ausser der Krankheit selbst nichts abschrecken darf, nehmen die kranken, sich selbst überlassnen Bürger auf. Hier sorgen im Namen der Allheit der Individuen in hinlänglicher Anzahl vorhandene und unter Aufsicht stehende Wär-

ter und Aerzte für die Verpflegung und Genesung des armen, in seinem Genusse gestörten und in seiner Kraft gelähmten Bestimmungsgenossen. Die sich nicht selbst überlassenen kranken Bürger, umgeben von Personen, die sie warten können — von einem Weibe, von Verwandten und Dienern, bleiben, wenn es die Zulänglichkeit der Wartung und überhaupt die Natur der Krankheit erlaubt, in ihrer Wohnung und können in dieser Lage von der Allheit der Individuen nicht besondere Dienste der Wartung, sondern nur die Dienste der Heilung fordern, Aerzte wird daher der Staat, (hier die gesetzgebende und ausübende Gewalt) dem die Pflichten der Allheit der Individuen obliegen und der sie wiederum Einzelnen als amtliche Geschäfte auferlegt, auch außerhalb jener Häuser in hinreichender Menge anstellen. — Was die Zumesung der *Arbeitsprodukte* betrifft, so fordert die Gerechtigkeit, daß die zur Arbeit unfähigen Individuen der zweiten Klasse ihren vollen Sold unausgesetzt beziehen. Ich bleibe Ihnen den Beweis für diese Behauptung nicht schuldig; denn ich setze voraus, daß Sie mir die Führung desselben erlassen. — Krankheiten, die den Gebrauch des Verstandes rauben, machen eine Vormundschaft nothwendig. — Da der Sold fort dauert, so gehören für die siechen Bewohner der öffentlichen Krankenhäuser nur die Wohnung, die Wartung und Heilung (mit Einschluss der Arzneien) zum Objekte des Rechts auf fremde Dienste und Arbeitsprodukte im Zustande der Schwäche; alles andere, was der Kranke braucht und genießt, wird von seinem Besoldungsgelde bezahlt.

Bei der *dritten Klasse* der zur Arbeit unfähigen Individuen lassen Sie uns unser Augenmerk fürs erste

auf die *unheilbaren Kranken* richten, zu welchen auch die von Natur gebrechlichen, zu jedem Zweige der öffentlichen Arbeit unfähigen Personen zu rechnen sind. Die *Dienste*, die diesen Unglücklichen werden, sind grösstentheils Dienste der Wartung und Pflege; die ärztliche Hülfe muß sich auf Linderung der Schmerzen und auf ungewisse Versuche einschränken. Ärztliche Hülfe, Obdach und Verpflegung finden die unheilbaren Kranken in besonders für sie erbauten Häusern. Kein unheilbar kranker Bürger bleibt in dem Hause, das er als amtlich arbeitendes Glied der Gemeinde bewohnte. Das Haus wird seinem Nachfolger im Amte eingeräumt. (Das Haus nämlich, worin der amtlich arbeitende Bürger wohnt, gehört weder als fertiges Werk, noch den Materialien nach, aus denen es zusammengesetzt wird, zur Masse der Arbeitsprodukte, die vermittelt des als Sold empfangenen Geldes Eigenthum der Einzelnen werden. Das Haus gehört zum öffentlichen Eigenthume; die Wohnung erhält jeder Bürger unmittelbar vom Staate. In einer Ausnahme von der Regel kann es erledigte Häuser geben, die der Staat Einzelnen zu beliebigem Gebrauche überläßt und andere, die mit Bewilligung desselben von Einzelnen erbaut wurden; in der Regel aber ist das Haus kein Gegenstand des individuellen Besitzthums.) — Die Menschenliebe und nächst ihr der Vortheil aller gesunden Bürger, dem zufolge gewollt wird und gewollt werden darf, daß, wenn unheilbare Krankheiten gesunde Individuen überfallen, die für jeden von der Vernunft gebilligten Genuß noch übrig gebliebene Empfänglichkeit zur Linderung der Leiden gesättiget werde, fordern und verlangen auf das nachdrücklichste, daß das Unrecht, das die Na-

tur den unheilbaren Kranken zufügt, auf alle mögliche Weise gutgemacht werde. Daher bestimmt der Grad der übriggebliebenen Empfänglichkeit für erlaubte Genüsse jeder Art — in Harmonie mit der rechtlichen Würdigkeit — die Grösse des Maasses der Glückseligkeit, das den unheilbaren Kranken zu Theil werden soll. Sie sind alle bedauernswürdige Opfer der Gebrechlichkeit der menschlichen Natur und haben, als solche, bei *gleicher* übriggebliebener Empfänglichkeit und *gleicher* rechtlicher Würdigkeit ein Recht auf ein gleich grosses Maass der Glückseligkeit, die der Staat sichern, geben und nehmen kann. Die Rücksicht auf den Werth der amtlichen Arbeit, die einst verrichtet wurde, hört in den Wohnungen der unheilbaren Kranken auf. Ein gleiches Elend fordert eine gleiche Hülfe und Linderung. — Durch Dienste und von der letzten Hand bereitete *Arbeitsprodukte* werden ihnen ausser den Bedürfnissen, welche die Krankheit erschuf, alle erlaubte, durch die Verstümmelung und Zerrüttung der Maschine nicht ertödtete Bedürfnisse befriedigt. Sold erhalten sie nicht, da sie weder arbeiten, noch wahrscheinlich jemals wieder arbeiten werden; da aber das Besitzthum und die freie Disposition über Gegenstände desselben Freude gewährt, so darf ihnen Geld, vermittelt dessen sie sich ein Besitzthum bilden, oder das schon vorhandene erweitern und umändern und für die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse selbst sorgen können, nicht vorenthalten werden. Die Grösse der an sie auszutheilenden einzelnen Summen wird theils durch die übriggebliebene Möglichkeit, theils durch die bemerkte Art des Gebrauchs bestimmt.

Wenn vor Alter die Kraft ermattet, so laden besondere Wohnungen die Bürger zur Ruhe ein. Hier werden ihnen die Dienste der Wartung und im Falle des Erkrankens die Dienste der Heilung geleistet. Die *Alten* sind, wie die unheilbaren Kranken, Opfer der Gebrechlichkeit der menschlichen Natur, obgleich nicht in gleichem Grade bedauernswürdig. Erregen die unheilbaren Kranken mehr Mitleid, so erwecken dagegen die Alten, die in der Verrichtung ihrer amtlichen Arbeiten grau wurden, mehr Ehrfurcht. — Auch für die Alten bestimmt, nebst der rechtlichen Würdigkeit, der Grad der übriggebliebenen, durch die Angewöhnung fest gegründeten Empfänglichkeit für erlaubte Genüsse jeder Art das Maass der Glückseligkeit, das ihnen vermittelt *Dienste* und *Arbeitsprodukte* zu Theil werden soll; auch für sie findet keine Rücksicht auf den Werth der ehemals verrichteten amtlichen Arbeit statt; auch sie erhalten zur Unterhaltung eines Besitzthums und zur Befriedigung ihrer eignen Sorgfalt überlassener Bedürfnisse nach Maassgabe der übriggebliebenen Möglichkeit und der bemerkten Art des Gebrauchs Geld, das man den Ruhepfennig nennen könnte. Den Empfang desselben macht der bekannte Besitz ersparten Geldes unnöthig.

Zeichnen Sie, Verehrte, den unvollendeten Riss mit geübter Hand fertig und lassen Sie nach demselben Ihre Einbildungskraft den Kranken und Alten Verpflegungshäuser bauen. Sie werden das Mögliche auf einen Augenblick für etwas Wirkliches und das Loos der Abgelebten, der Verstümmelten und Leidenden für gemildert halten. Ihr Herz wird schwellen, Sie werden Thränen des Mitleids und der Freude weinen

und das Recht, das so väterlich für Alle sorgt, immer mehr über alles liebgewinnen. — Nennen Sie mir das Volk, das sich vor allen Völkern durch seine Sorge für die Kranken und Alten auszeichnet: ich werde es für das edelste der Erde halten.

Die Beschaffenheit der amtlichen Arbeit richtet sich nach der Beschaffenheit der Kraft und zwischen der GröÙe dieser Arbeit und der GröÙe der Arbeitsfähigkeit findet stets eine Proportion statt, die jedoch nicht immer dieselbe ist, da sie sich nothwendig nach dem Verhältnisse richtet, in welchem die Anzahl der Individuen, die nicht amtlich arbeiten können, zur Anzahl der thätigen Bürger steht. Jemehres im Staate zur Arbeit unfähige Individuen gibt, desto angestrongter müssen die arbeitsfähigen wirken und das von Rechts wegen. Denn niemand kann sich über ein Unrecht beklagen, wenn er nach dem *ganzen* MaaÙe der Kraft, das ihm zu Theil wurde, für Andere thätig zu seyn gezwungen wird. — Gebietet nicht das praktische Vernunftgesetz, daß man sich selbst für Andere vergessen soll und wird es nicht, ins Rechtsgesetz übergegangen, auf eine allgemeingültige Weise Aufopferungen fordern? — Die zur Arbeit unfähigen Individuen nöthigen die arbeitsfähigen stets zu *Aufopferungen*. Diese Aufopferungen wachsen, wenn die Anzahl jener Individuen wächst, und gehen, so lange die nöthige Arbeit die Kräfte der Arbeitsfähigen nicht übersteigt, aus der *Verkürzung der Mufse* hervor, die eine Schmälerung des Genusses jeder Art zur Folge hat. Sie bestehen also nicht in einer Verringerung des Soldes, auch nicht in einer Verkleinerung der Quantität, oder in einer Verschlechterung

der Qualität der gegen den Sold zu erhebenden Arbeitsprodukte, die bei der Berechnung der Bedürfnisse der Allheit der Individuen, so lange die nöthige Arbeit die Kraft der thätigen Bürger nicht übersteigt, mit unveränderlichen Preisen in erforderlicher Menge und Qualität vorhanden sind. Sollte aber die Anzahl der zur Arbeit unfähigen Individuen so hoch anwachsen, daß die Kräfte der Arbeitsfähigen selbst nicht mehr zur Leistung und Bereitung der allernöthigsten Dienste und Arbeitsprodukte vollkommen hinreichen und sollte auch vom Auslande keine Hülfe erlangt werden können; so würden jene Aufopferungen den höchsten Grad ersteigen und den Charakter der Noth annehmen und die zur Befriedigung der ersten Bedürfnisse erforderlichen Arbeitsprodukte würden in kleinen Portionen unmittelbar ausgetheilt werden müssen. Kriege werden begreiflicher Weise für unsern Staat dieses Unglück nicht herbeiführen, auch nicht ansteckende Krankheiten, die durch Vorsichtsmaassregeln verhindert werden können. Wir dürfen annehmen, daß die Aufopferungen der arbeitsfähigen Bürger gewöhnlich so gering seyn werden, daß das Gefühl ihrer kaum gewahr wird. Immer werden die thätigen Bürger weniger arbeiten, als sie nach Maassgabe ihrer Kräfte arbeiten könnten und dann arbeiten müßten, wenn die allgemeine Arbeit eine grössere Anstrengung der Kräfte der Arbeitsfähigen nothwendig machte.

Die Grösse und Menge der Aufopferungen wächst auch in den bestehenden Staaten mit der Anzahl der Individuen, die zur Arbeit unfähig sind. Je grösser diese Anzahl ist, desto mehr Arbeiten bleiben liegen,

desto höher steigen die Preise, desto kostspieliger werden alle öffentliche Anstalten, desto mehr muß mithin theils gearbeitet, theils entbehrt und von Vielen desto mehr zugleich gearbeitet und entbehrt werden. Glücklich wären die Staaten zu nennen, wenn, ich darf nicht sagen: die arbeitsfähigen — sondern ich muß sagen: die nützlich beschäftigten Bürger sich bloß der zur Arbeit unfähigen Individuen halber mehr anstrengen und zu größern Entbehrungen verstehen müßten. Aber gezwungen sind die nützlich beschäftigten Bürger, sich auch für Leute aufzuopfern, die im Zustande der Arbeitsfähigkeit, ohne zu arbeiten, gemächlich leben und für andere, die ihre Zeit mit nichtigen Geschäften hinbringen und damit ihr Brot verdienen. Je mehr es in einem Staate Tagelöhne und Leute gibt, die für die Bedürfnisse des Luxus, wohin Sie auch die Lesewuth rechnen mögen, beschäftigt sind, desto mehr fehlt es der wahrhaft nützlich beschäftigten Klasse an Köpfen und Armen. Lassen Sie Geld genug vorhanden seyn. Das Geld ersetzt die fehlenden Köpfe und Arme nicht. Die zur Befriedigung der ersten Bedürfnisse erforderlichen Gegenstände werden in einer zu geringen Quantität hervorgebracht. Dies treibt die Preise aller Dienste und Arbeitsprodukte in die Höhe und darunter leiden nun zwar in verschiedenen, nicht von der Gerechtigkeit bestimmten Graden Alle; aber dessenungeachtet bleibt es wahr, daß die nützlich beschäftigten Bürger sich der genannten Leute halber mehr anstrengen und zu größern Entbehrungen verstehen müssen. Denn würden nicht die unnöthigen und ungerechten Aufopferungen — ich sage nicht gänzlich aufhören, aber doch verringert werden, wenn weise

Gesetze und Anstalten eine Menge jener Leute in die Klasse nützlich beschäftigter Bürger zurückdrängen und mithin (eine natürliche Folge davon) die Quantität der zur Befriedigung der ersten Bedürfnisse erforderlichen Arbeitsprodukte mit der Volksmenge in einer genauern Proportion stände?



Dreizehnter Brief.

Lange bin ich Ihnen die Angabe der *Materie des Ureigenthums* schuldig geblieben. Sie haben unterdessen die Idee des ursprünglichen Eigenthums gewiss nicht aufgegeben. Wie wäre dies auch möglich, da die Realität derselben dem Verstande schnell einleuchtet und edle Gefühle sich mit Nachdruck für sie interessieren?

Wenn ich Ihnen erkläre, daß ich die *Materie des Ureigenthums* schon angegeben habe, so werde ich Sie gewiss nicht überraschen; denn Sie haben im *Amte* die *Materie des Ureigenthums* erkannt.

Als ich mich mit Ihnen über das Recht des Ureigenthums unterhielt, setzten wir mit der Bestimmung der *Materie* auch die Bestimmung der Gröfse desselben bei Seite; wir liefsen es unentschieden, ob

das Ureigenthum für alle vernünftigsinnliche Wesen gleich groß, oder nach Maaßgabe der subjektiven Kräfte von verschiedener GröÙe seyn solle. Wir urtheilen im Allgemeinen, daß es von der Gerechtigkeit zugewogen, daß es vom Staate den Einzelnen auf eine allgemeingültige Weise zuerkannt werden müsse. Ich lasse mich nicht darauf ein, diesen Punkt hier weitläufig zu erörtern; denn ich darf voraussetzen, daß Ihnen die rechtliche Nothwendigkeit der Harmonie zwischen der materiellen GröÙe des Ureigenthums und der GröÙe der subjektiven Kraft vollkommen einleuchtet.

Die amtliche Arbeit, als die Materie des Ureigenthums, ist stets den subjektiven Kräften angemessen.

Das Ureigenthum ist die Basis alles Eigenthums — ohne Ureigenthum ist überhaupt kein Eigenthum rechtlich möglich.

Sehen Sie selbst zu, ob dieser Grundsatz in unserem Staate heilig befolgt, oder ob er vernachlässigt wird. Bei der Reife für das thätige Bürgerleben steht der Mensch auf der Stufe, wo dieser Grundsatz seine völlige Anwendbarkeit erlangt, auf der Stufe der ausgebildeten Kraft, wo der Mensch in den Besitz des Ureigenthums (das er bei unausgebildeten Kräften nicht bearbeiten konnte,) einzuführen ist und wo alle rechtliche Folgen dieses Besitzes eintreten müssen.

Der junge Bürger, der ein Amt antritt, besitzt (außerdem, was er während der Periode der Erziehung vom Staate erhielt und sich während dieser Zeit

erwarb) durchaus nichts, als seine Person und seine Kraft. Er bildet sich mittelst des Soldes, den er vom Staate empfängt und der dem Werthe seiner amtlichen Arbeit entspricht, ein Besitzthum und kann rechtlicher Weise erst nach der Bildung desselben Verträge mit Einzelnen eingehen, Tausch- und Dienstverträge, um sein Besitzthum zu mehren oder umzubilden, und Schenkungsverträge, um von dem Seinigen Andern etwas zu geben. Alles, was der Bürger besitzt und durch Verträge erhält und gibt, ist mit dem Stempel der Gerechtigkeit bezeichnet. Ohne Ureigenthum gibt es kein wahres Eigenthum; nur das uranfänglich mittelst des Soldes gebildete und nachher durch Verträge vermehrte oder verminderte und durch den fortwährenden Empfang des Soldes unterhaltene und vergrößerte Besitzthum führt unter der Rechtsherrschaft den Namen des Eigenthums.

Der Staat ist verpflichtet, einem jeden Ureigenthum zuzusprechen und anzuweisen und er thut, was seine Pflicht mit sich bringt, indem er einem jeden ein den Kräften desselben entsprechendes Amt gibt.

Die amtlichen Arbeiten werden in der Regel frei übernommen, dürfen aber auch durch einen Zwang auferlegt werden. — Darin geht unser Urtheil, daß die Besitznehmung des Ureigenthums bald (durch einen Zwang) ohne, bald durch einen Vertrag zu Stande kommen könne, in Erfüllung. Der Amtsvertrag aber ist, weil im Amte auch für Andere gearbeitet werden soll, nicht ein moralisch möglicher, sondern ein moralisch nothwendiger Vertrag.

Wer kein Ureigenthum hat, kann entweder gar nicht, oder doch gewiß nicht rechtlich existiren: ein jeder *will* Ureigenthum haben.

Ein jeder *will* in unsrem Staate ein Amt haben; denn hier ist eine unrechtliche Lebensweise für jeden und mithin ohne Amt die Fortdauer des Lebens für jeden Arbeitsfähigen unmöglich.

Wer sein Ureigenthum nicht selbst bearbeiten kann, der muß, da die Bearbeitung desselben oder überhaupt Thätigkeit, die ein Ureigenthum, um rechtlich anheben zu können, voraussetzt, die Bedingung der Fortdauer der Existenz ist, umkommen, wenn Andere nicht verpflichtet sind, dasselbe für ihn zu bearbeiten.

Sie haben gesehen, welches Loos der Staat den zur Arbeit unfähigen Individuen zu bereiten hat.

Dafs der *Boden* mit dem, was er enthält und trägt und tragen kann, dem Staate — der Allheit der Individuen, als einem Ganzen, gehört und verbleibt, ist eine der Folgerungen, die Sie mit leichter Mühe aus der angedeuteten Theorie einer vernunftmäßigen Staatswirthschaft ziehen werden.

Wer sich nicht zur Idee des ursprünglichen Eigenthums erhebt, dem wird es nicht gelingen, das Eigenthum auf eine wahrhaft rechtsgemäße Art zu begründen. — Ich sage Ihnen nicht zum ersten Male, dafs das ursprüngliche Eigenthum das Band ist, welches die *Betreibung* der positiven mit der *Betreibung*

der *negativen* Beförderung der Glückseligkeit verknüpft. Es läßt sich ohne die Anerkennung und Sicherung der Rechte der gegenseitigen positiven Glückseligkeitsbeförderung (mit Ausnahme des Rechts der subjektiven Kraftverstärkung vermittelt Verträge,) durchaus keine Materie für das Ureigenthum auffinden. Von selbst bietet sich die Materie des Ureigenthums, die amtliche Arbeit, an, sobald der Staat die gegenseitige positive Wohlfahrtsgründung zu betreiben beginnt. — Die Verleihung des Amtes, als Zuerkennung des ursprünglichen Eigenthums, ist für eine Betreibung der gegenseitigen *negativen* Beförderung der Glückseligkeit anzusehen, insofern ein jeder bei seinen amtlichen Arbeiten einen Sold empfängt, vermittelt dessen er seine, nicht anderer Menschen Bedürfnisse soll befriedigen können; die Verleihung des Amtes aber, als Auferlegung der den Kräften angemessenen Arbeit, die ein jeder zum Besten seiner Bestimmungsgenossen verrichten soll, ist Betreibung der gegenseitigen *positiven* Beförderung der Glückseligkeit. Ein jeder arbeitet im Amte nicht bloß für sich, sondern auch zugleich für Andere. — Betreibt der Staat die gegenseitige positive Wohlfahrtsbeförderung, so wird er auch das Recht der freien Arbeit, (vermittelt der Freilassung der Wahl des Amtes) wie die übrigen Rechte der *negativen* Wohlfahrtsbeförderung, mit gutem Erfolge sichern können. Denn ohne Schutz ist dieses Recht, so lange die Noth zu Arbeiten treibt, die der Kraft und wohlgegründeten Neigung des Arbeiters widersprechen.

Dafs ohne die Sicherung *aller* Rechte, der Rechte der *positiven* und *negativen* Glückseligkeitsbeförde-

rung, kein einziges gehörig gesichert werden kann, will ich hier nicht wiederholend auseinander setzen. Ewige Verwirrung und ewiges Elend wird in den gemeinen Wesen herrschen, so lange man nur einige und nicht alle Menschenrechte anerkennen und so lange man lehren wird, daß der Staat bloß die negative, nicht auch zugleich die positive gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit zu betreiben habe.

Hier, wo vom Ureigenthume die Rede war und behauptet wurde, daß der Mensch beim Eintritte in das thätige Bürgerleben nichts als seine Person und seine Kraft besitze und erst Eigenthum zu haben beginne, ist die Frage nicht am unrechten Orte: *Was wird aus dem Eigenthume der Individuen nach dem Tode derselben?*

Es muß entweder ein *Recht der Beerbung* geben, oder das Eigenthum der Verstorbenen darf, da die Besitzergreifung für Einzelne niemals ein Eigenthum begründet, hinfort nicht weiter besessen werden. Das letzte ist absurd, folglich ist das erste wahr.

Es fragt sich nun, ob dieses Recht ein absolutes, oder ein erwerbliches Recht sey.

Ist es ein absolutes Recht; so kann es nur ein Recht der Allheit der Individuen seyn — so ist der Staat der Erbe aller verstorbenen Bürger. Denn es ist absurd, zu denken, daß das Recht der Beerbung ein absolutes Recht der Einzelnen, als solcher, seyn könne, da es in der Zahl der uns bekannten ursprünglichen Rechte, die das *freie*, vernünftigsinnliche We-

sen von Wesen seiner Art *vollkommen unabhängig* machen und deren es mithin nicht mehr, als die angeführten neun geben kann, nicht enthalten, mit keinem derselben identisch, auch von keinem eine unmittelbare Folge ist und da überdies, wenn das letzte wirklich der Fall wäre, die Möglichkeit des Genusses desselben nur eine Lächerlichkeit seyn würde, indem dann alle Einzelne — die Tausende und Millionen der Einzelnen, sich in die Verlassenschaft jedes Verstorbenen zu theilen hätten. Wollte man diese Lächerlichkeit dadurch beseitigen, daß man behauptete, der Staat müsse die Verlassenschaften anhäufen und dann, etwa nach Maaßgabe der rechtlichen Würdigkeit, an die Einzelnen vertheilen, oder dieselben auf eine andere Art in das Besitzthum der Einzelnen übergehen lassen; so würde man nicht das Recht der Beerbung als ein ursprüngliches, den Einzelnen, als solchen, zustehendes Recht retten, sondern im Gegentheile unwillkührlich zugeben, daß die Allheit der Individuen mit Recht von allen Verlassenschaften Besitz nehme und daß mithin der Staat der Erbe aller Verstorbenen sey.

Ist das Beerbungsrecht aber ein erwerbliches Recht; so schließt es sich an das Recht der Verstärkung der subjektiven Kraft durch die Kräfte Anderer vermittelt Verträge an. Der Erbe verstärkt seine Kraft (denn Wachsthum des Eigenthums ist Kraftzusatz, ist Machtverstärkung) durch die Kräfte des Erblassers, die zwar nicht mehr wirken, wohl aber ein Erwirktes hinterlassen. *Erbverträge* müßten mithin rechtlich möglich seyn. Es müßte einem jeden das Recht zustehen, über seine Verlassenschaft auf sei-

nen Sterbefall in voraus zum Besten eines oder mehrerer Andern willkührlich zu disponiren; es müßte jedem das Recht zustehen, Erbverträge einzugehen, um Verlassenschaften entweder ganz, oder zum Theil, je nachdem es im Vertrage ausgemacht worden wäre, rechtlich an sich zu bringen. — Mit dem Tode hört die Person, mit dem Tode hört die Möglichkeit des Genusses der Rechte, mit dem Tode hört mithin ohne Zweifel auch der Besitz auf; mit dem letzten Hauche des Sterbenden verfliegen die Rechte, die er im Leben hatte. In Erbverträgen disponirt nun derjenige, der seine Verlassenschaft auf seinen Sterbefall einem oder mehreren Andern vermacht, über seine Sachen nicht für die Zeit, da er sie besitzt, sondern für die Zeit, da er sie nicht mehr besitzen wird und nicht mehr besitzen kann; mithin sind Erbverträge widerrechtlich und auf das unzweifelhafteste eben so nichtig als komisch.

Hieraus ziehen wir den untrüglichen Schluss, daß das Recht der Beerbung der Allheit der Individuen, als einer moralischen Person — dem gemeinen Wesen zustehe. *Der Staat ist der rechtmäßige Erbe aller (einheimischen) Bürger; alle Verlassenschaften werden Staatseigenthum.*

Das Staatseigenthum ist in Beziehung auf die Einzelnen theils veräußerlich, theils unveräußerlich. Das in Beziehung auf die Einzelnen unveräußerliche Staatseigenthum ist das der gesammelten Einheit aller Individuen zur Betreibung des gemeinschaftlichen Vorthells auf immer verbleibende Eigenthum; das in Beziehung auf die Einzelnen veräußerliche Staatsei-

genthum begreift die Masse der Arbeitsprodukte, die auf eine allgemeingültige Weise, vermittelt des Soldes, in das Besitzthum der Einzelnen übergehen und so individuelles Eigenthum bilden sollen. Das in Beziehung auf die Einzelnen veräußerliche Staatseigenthum ist das künftige rechtmäßige Eigenthum der Individuen, das bis zur rechtmäßigen Besitzergreifung, vermittelt des Soldes, wie ein anvertrautes Gut von der zur Herrschaft der Gerechtigkeit organisirten Allheit der Individuen besessen wird.

Alle in den Verlassenschaften enthaltene Dinge kommen uranfänglich aus der Masse der auszuspendenden Arbeitsprodukte; dahin gehen sie auch, mit Ausnahme derjenigen Sachen, die etwa die Klugheit zum unveräußerlichen Staatseigenthume zu schlagen gebietet, theils umgebildet, theils in der vorgefundenen Gestalt, wieder zurück und kommen auf eine allgemeingültige Weise, wie alle auszuspendende Arbeitsprodukte, aus der Masse von neuem in das individuelle Besitzthum. Es kauft sie, wer kann und will.

Dem Staate, der gesammelten Einheit der Einzelnen, aber nicht den Einzelnen, als solchen, kommt das Beerbungsrecht zu. Der Staat, der alles besitzt und alles in Beschlag nimmt, was Eigenthum der Individuen nicht seyn, oder auf eine allgemeingültige Weise erst werden soll, ergreift von allen Verlassenschaften Besitz und diese Besitzergreifung öffnet in ihren Folgen den Lebenden den rechtlichen Weg, nicht die Todten zu beerben, sondern Erbschaftsstücke an sich zu bringen.

Sie werden sich wohl hüten, meine Hochverehrte, die Frage aufzuwerfen, ob sich der Staat nicht des Rechts der Beerbung begeben und erlauben dürfe, daß durch einen *letzten Willen*, (das Testament) oder auch durch Erbverträge über die Verlassenschaft entschieden, oder daß sie von den *Verwandten* in Besitz genommen werde, oder daß endlich dieses und jenes zugleich unter gewissen Einschränkungen geschehe. Wurfen Sie diese Frage auf; so vergäßen Sie, daß ein Recht des Staates nichts anderes, als eine dem Staate obliegende Pflicht ist. Ein Recht des Staates oder der organisirten Allheit der Individuen ist ein Vortheil des Staates oder der Allheit der Individuen, zu dessen Gründung und Schonung jedes Individuum gezwungen werden darf. Jeder Staatsvortheil fällt auf alle Einzelne, die den Staat ausmachen, als solche, zurück. Der Staat, oder die organisirte Allheit, soll für den gemeinschaftlichen und individuellen Vortheil Sorge tragen. — Ein Recht des Staates ist also in der That eine dem Staate obliegende Pflicht — eine Pflicht der ersten Organe des gemeinen Wesens und in unsrem Falle insbesondere der ausübenden Gewalt. Dem Staate kommt das Recht der Beerbung zu: dem Staate liegt die Pflicht ob, alle Verlassenschaften in Beschlag zu nehmen, damit die darin enthaltenen Dinge entweder von Einzelnen auf eine allgemeingültige Weise — so, daß der Vortheil keines Einzigen gekränkt und niemand vor Andern begünstigt wird, wiederum in Besitz genommen, oder, zum unveräußerlichen Staatseigenthume geschlagen, von der Allheit der Einzelnen besessen und benutzt werden können. — Dürfte der Staat sich des Rechts der Beerbung begeben; so dürfte er eine sehr wichti-

ge Pflicht vernachlässigen. Und was würde die Folge davon seyn? Das fluchwürdige Glück, durch die Sicherung der Rechte zum Lande hinaus getrieben, würde von neuem über die Grenze hereinbrechen und dem göttlichen Rechte die Herrschaft streitig machen. Es würde übermächtig reiche Individuen, übermächtig reiche Familien geben. Reichthum ist Macht. Sollte diese Macht dem Staate nicht gefährlich werden; so müßte das Glück verständiger seyn, als die Organe des gemeinen Wesens, um die angehäuften Reichthümer zur rechten Zeit wieder zu zerstreuen und nächst dem Glücke müßte auf die Verschwendung und den edeln Gebrauch des Reichthums mit Zuversicht zu rechnen seyn. Durch Schaden klug geworden, würde sich endlich der Staat entschließen, nachzudenken, wie die Nachtheile und Gefahren, die übermäßige Reichthümer begleiten, zu vermeiden sind: er würde die Möglichkeit der Anhäufung übermäßiger Reichthümer gänzlich aufheben müssen und sie aufgehoben haben, wenn er *alle* Urrechte zu sichern fortführe und von dem ihm zustehenden Rechte der Beerbung selbst Gebrauch machte. — Jeder soll für Andere arbeiten, jeder soll ein Amt annehmen. Sagen Sie, würde der Reiche anders, als durch das Spiel ungewisser Triebfedern, aus Geiz und Pflichtgefühl, dazu geneigt seyn und würde er nicht, wenn sein Reichthum groß genug wäre, dem Zwange des Staates ausweichen und selbst Trotz bieten können? — Man durchreise die ganze Welt und man wird überall neben aufgethürmten Reichthümern die Mühseligkeit, die Armuth und das Elend weinen sehen. Dies würde zum Theil in unsrem Staate der Fall seyn. Was können die übermäßig reichen Bürger nicht aus

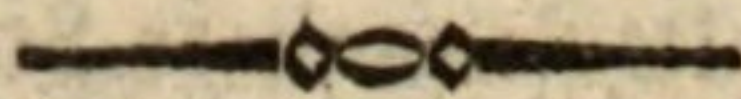
der Masse der Arbeitsprodukte ausheben und welche Verfügungen sind erforderlich, um zu verhindern, daß sie den ärmern nicht alles entziehen! Der Arme wird sich in den Stunden der Muße, um mehr zu erwerben, als er vermittelst seines Soldes erlangen kann, in das Joch des Reichen spannen und indem der Staat nur gesetzlich über die Kräfte seiner Bürger gebietet, wird der Reiche nach Willkühr und Laune die Kräfte seiner Mitbürger aufbieten und leiten. — Begäbe sich der Staat des Rechts der Beerbung, so sagte er sich von der vollkommenen Sicherung der Rechtelos.

Der Krieg, der Privathandel und die Privatvererbung sind außerhalb der Grenzen unsres Staates die starkbefahrenen Kanäle übermächtig großer Reichthümer. Ob sie nicht theils verschüttet, theils mit Schleusen, bei denen ein ansehnlicher Zoll zu erlegen wäre, versehen werden könnten, wollen wir hier nicht untersuchen.

Alles Eigenthum muß aus dem Ureigenthume hervorgehen oder, was dasselbe sagt, uranfänglich durch die pflicht- und rechtsgemäße Kraftanstrengung des Besitzers gebildet worden seyn. Dies ist der wahre und einzige Charakter des Eigenthums, den die Vernunft kennt, insofern sie von der *wirklichen* Erfahrung absieht. Auf dem Gebiete der Erfahrung hat sie sich an den Stempel des geltenden Rechts zu halten.

Daß die hier kürzlich vorgetragene Lehre vom Beerbungsrechte, wie manches andere, was in meinen Briefen vorkommt, in die Platonische Republik

zu verweisen sey, ist eine Bemerkung, die ich weder erwarte, noch fürchte.



Vierzehnter Brief.]

Vielleicht verdiene ich mir einen Dank von Ihnen, wenn ich Sie in gegenwärtigem Schreiben alle dem Menschen absolut zustehende Rechte mit einem Blicke übersehen lasse.

Es begreift

A) das *Recht der Persönlichkeit*

- 1) das Recht des Lebens,
- 2) • der Unverletzlichkeit des Leibes
 und
- 3) • - des ungehinderten Gebrauchs des-
 selben;

B) das *Recht der eigenthümlichen Sphäre*

- 1) das Recht des ursprünglichen Eigenthums,
- 2) • der freien Arbeit und
- 3) • - des ausschliessenden Besitzes der
 Arbeitsprodukte;

C) *das Recht der Verstärkung der subjektiven Kraft durch die Kräfte Anderer*

- 1) Das Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Stärke,
- 2) - - auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Kraftlosigkeit und
- 3) - - Verträge zu schliessen und mit-
hin das Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer nach geschlossenem Vertrage.

Die Rechte der eigenthümlichen Sphäre können ohne die Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit nicht gesichert werden. Dies ist besonders vom Ureigenthume einleuchtend und in diesem Sinne nannte ich es das Band, das die negative gegenseitige Beförderung der Glückseligkeit mit der positiven verknüpft. Die Sicherung des Rechts des Ureigenthums und der freien Arbeit ist ohne die Betreibung der positiven gegenseitigen Wohlfahrtsbeförderung physisch unmöglich; rechtlich unmöglich ist ohne dieselbe die Sicherung des Rechts des Besitzes der Arbeitsprodukte. Denn der rechtlichen Sicherung dieses Rechts muß die rechtsgemäße uranfängliche Bildung und der rechtsgemäße Erwerb der Arbeitsprodukte vorausgehen. Diese Rechtsgemäfsheit kann nur bei der Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit stattfinden.

Die Rechte der eigenthümlichen Sphäre gehen im Staate mit den Rechten der subjektiven Kraftver-

stärkung durch die Kräfte Anderer gleichsam eine chemische Verbindung ein, nach welcher die Rechte beider Gattungen in einer neuen Gestalt erscheinen. Das Recht auf ein Ureigenthum gibt in Verbindung mit dem Rechte auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Stärke: a) das Recht auf ein den Kräften angemessenes *Amt* und b) das Recht auf einen dem Amte angemessenen Sold; das Recht der freien Arbeit in Verbindung mit demselben Rechte und insbesondere mit den ihm beigesellten Pflichten gibt: a) das Recht der *Wahl des Amtes* und b) das Recht der *Musse*; das Recht des ausschließenden Besitzes der Arbeitsprodukte in Verbindung mit dem Rechte auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Stärke, im Zustande der Schwäche und nach geschlossenem Vertrage erzeugt das Recht des ausschließenden *Besitzes der vermittelt des Soldes und vermittelt Verträge in das Besitzthum gezogenen Arbeitsprodukte*. Sie sehen, daß nur das Recht des ausschließenden Besitzes der Arbeitsprodukte mit dem Rechte auf Dienste und Erzeugnisse Anderer im Zustande der Kraftlosigkeit eine Verbindung eingeht; den Genuß der beiden übrigen Rechte der eigenthümlichen Sphäre macht die Natur in diesem Zustande unmöglich. Der eben gedachten Verbindung zufolge gesellt sich zu dem Rechte der Aufnahme in die für Kraftlose bestimmten Anstalten das Recht des ausschließenden Besitzes dessen, was vor dem Eintritte des Zustandes der Kraftlosigkeit besessen wurde und während desselben vermittelt Verträge und (was die jungen Leute betrifft) vermittelt Arbeit Eigenthum werden kann.

Wenn wir die ursprünglichen Rechte in ihrer *Beziehung auf die Person* betrachten; so finden wir, daß die Rechte der Persönlichkeit Rechte gegen jeden Einzelnen — gegen Alle, als Einzelne, sind. Ein gleiches würde von den Rechten der eigenthümlichen Sphäre gelten, wenn sie auf demselben Wege vom Staate unmittelbar gesichert werden könnten, auf welchem er die Rechte der Persönlichkeit sichert; da aber ihre Sicherung die Betreibung der gegenseitigen positiven Beförderung der Glückseligkeit unmittelbar voraussetzt, so gilt von ihnen mehr: sie sind, gedacht als dieser Betreibung ungesichert vorhergehend, Rechte gegen alle Einzelne, nicht als Einzelne, sondern als die gesammelte Einheit der Einzelnen — Rechte gegen die mystische Person des Staates, und gedacht als gesichert, jener Betreibung in Ansehung des Genusses nachfolgend, Rechte gegen alle Einzelne, als Einzelne. Das Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer sowohl im Zustande der Stärke, als im Zustande der Kraftlosigkeit ist ein Recht gegen alle Einzelne, als Einheit betrachtet, und das Recht, Verträge zu schliessen, ein Recht gegen alle Einzelne, als solche, inwiefern keiner den Andern, Verträge mit einem Dritten zu schliessen, verhindern darf. (Das daraus möglicher Weise hervorgehende Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer ist vor der Leistung des Versprochenen ein Recht gegen einen bestimmten Einzelnen oder gegen mehrere bestimmte Einzelne und nach der Leistung, in Ansehung des Besitzes des Erworbenen, ein Recht gegen alle Einzelne, als solche.)

Die den Rechten beigesellten und ihnen in andern Subjekten gegenüberstehenden Pflichten liegen

ursprünglich zwar allen Einzelnen, als solchen, ob; da sie aber, ohne hier auf die moralische Nothwendigkeit der Erzwingung derselben zu sehen, selbst bei dem besten Willen zum Theil nur nach dem Zusammenritte der Einzelnen zur allwaltenden Einheit mit erwünschtem Erfolge erfüllt werden können, so übernimmt nach diesem Zusammenritte, welcher also, auch ohne die Ungewissheit des guten Willens, moralischnothwendig ist, die Allheit der Einzelnen — der Staat diejenigen Pflichten, welche die Einzelnen, als solche, nicht mit gutem Erfolge erfüllen können und legt sie ihnen nach der Berechnung der Zwecke der Allheit der Individuen wiederum als Pflichten und zwar als amtliche auf. Vermittelst der Auferlegung und Erfüllung der amtlichen Pflichten erfüllt die gesammelte Einheit der Einzelnen die ihr obliegenden Pflichten, die den Rechten, welche in jeder, oder nur in einer gewissen Ansicht Rechte gegen die mystische Person der Allheit sind, gegenüberstehen. — Die ursprünglichen Rechte sind allerdings eigentlich Rechte gegen alle Einzelne, als solche; da aber der Genuß einiger derselben, auch bei dem besten Willen aller Einzelnen, ohne den Zusammenritt der Einzelnen zur Einheit unvollständig und unmöglich ist, so müssen diese in ihrer Beziehung auf die Person als Rechte gegen die Allheit betrachtet werden.

Zu der moralischen Nothwendigkeit der Einheit der Einzelnen, welche den vollständigen Genuß bestimmter Rechte und den guten Erfolg der Erfüllung bestimmter, diesen Rechten gegenüberstehender Pflichten, selbst bei dem besten Willen aller Einzelnen, erst möglich macht, gesellt sich die moralische Nothwen-

digkeit des Zwanges, die aus der Ungewissheit des guten Willens hervorgeht. Die Allheit schützt alle Rechte durch die Erzwingung der Pflichten und erfüllt die ihr selbst obliegenden Pflichten unausbleiblich vermöge ihrer Organisation.

Die *ursprünglichen Rechte* treten in der Zahl drei mit drei Unterabtheilungen und also in der Zahl *neun* auf. Die *Freiheit* d. i. die vollkommene Unabhängigkeit von der Willkühr Anderer ist das *einige*, alle ursprüngliche Rechte in sich fassende *Urrecht*. Die Freiheit ist des Rechtes Anfang und Ende.

Beweisen Sie, daß aus der vollkommenen Sicherung der angeführten ursprünglichen Rechte die vollkommene Unabhängigkeit jedes Einzelnen von der Willkühr Anderer nicht hervorgehe und Sie werden bewiesen haben, daß uns nicht *alle* ursprüngliche Rechte bekannt sind.

Die *Bestimmung des Menschen* setzen Sie mit mir in eine pflicht- und rechtsgemäße Wirksamkeit. Diese Wirksamkeit setzt eine zweckmäßige Ausbildung der Kräfte voraus. — Wo anders, als im Staate, wie anders, als bei der vollständigen Sicherung der Rechte kann der Mensch die Zwecke, die er für sich und für Andere setzen darf und soll, erreichen und sich zur Erreichung derselben gehörig vorbereiten? Werden ohne die Führung einer vernunftmäßigen Staatswirthschaft und mithin ohne eine sorgfältigst vom Staate betriebene Erziehung der Jugend die Kräfte der jungen Welt anders, als durch den Zufall geweckt und ausgebildet? Kann der Mensch, der in

glücklichen Verhältnissen und Lagen seine Kräfte in der That ausbildete, wiederum anders, als durch den Zufall in die Sphäre gelangen, wo er sagen darf: das ist mein Platz; hier soll ich wirken; hier erreiche ich meine Bestimmung?

Die *politische Vorsehung*, die mit der Führung einer vernunftmäßigen Staatswirthschaft zu seyn beginnt, kennt die Kräfte, bildet alle Kräfte aus und setzt den Menschen in die Sphäre, für welche er seiner individuellen Natur nach gemacht ist.

Wenn bei der unvollständigen Sicherung der Rechte, zur Zeit, da noch keine politische Vorsehung waltet, der Mensch in der Lage, in welche ihn das Schicksal schleuderte, nur solche Zwecke setzt, die er für sich setzen darf und für Andere alle diejenigen, die seine Kräfte und seine Lage ihn zu setzen und zu erreichen erlauben, so muß man gestehen, daß er seine Bestimmung zu erreichen sucht; wer sieht aber auch nicht zugleich, daß er sie ohne seine Schuld in der That nicht erreicht, wenn nicht etwa durch Zufall der Wirkungskreis, der ihm offen steht, seinen Kräften entspricht? Man soll sich einen seinen Kräften entsprechenden Wirkungskreis schaffen! Ja; aber man wird ohne die Leitung der politischen Vorsehung nur immer durch Hülfe des Zufalls seinen Zweck erreichen können, da man die äufsern feindseligen Kräfte, die bei der unvollständigen Sicherung der Rechte entgegen wirken, zu überwinden nicht vermögend ist. — Soll der Mensch vom Zufalle abhängen? Soll er die Glückseligkeit, der er rechtlich würdig ist, den Wirkungskreis, der seinen Kräften ent-

spricht, soll er die Ausbildung seiner Kräfte dem Zufalle zu verdanken haben? — Nur bei der vollkommenen Sicherung der Rechte kann der Mensch seine Bestimmung erreichen!

Die pflicht- und rechtsgemäße Wirksamkeit des Menschen, die seine Bestimmung ausmacht, hat die gegenseitige negative und positive Beförderung der Glückseligkeit zur Folge und an der Seite. — Die *Sicherung der Rechte* besteht in der Betreibung der gegenseitigen negativen und positiven Beförderung der *Glückseligkeit*. — Sagen Sie, wird nicht die Erde zu einem Himmel der Glückseligkeit umgeschaffen, sobald *alle* ursprünglichen Rechte in Schutz genommen werden? Selbst diejenige Glückseligkeit, welche ungesucht aus dem guten Willen entspringt, wird bei der vollkommenen Sicherung der Rechte durch fremde Kräfte befördert, inwiefern nämlich die öffentliche Erziehung und andere Institutionen auch auf die moralische Veredlung des Menschen hinwirken und der vollständige Genuß der Rechte an und für sich die Reize zur bösen That theils verringert und schwächt, theils gänzlich aufhebt.

Wird nicht das *äußere Objekt der praktischen Vernunft* realisirt, wenn alle ursprüngliche Rechte gesichert sind? Wird nicht die *gute That* dann unausbleiblich befördert? Herrscht dann nicht eine *moralische Ordnung*?

Mit dem Worte *Civis* bezeichneten die Römer einen Bürger. Civilisirte Staaten sind billig nur diejenigen Staaten zu nennen, in welchen der Mensch

mehr Bürger ist, sich mehr im Genusse ursprünglicher Rechte befindet, als in andern Staaten. Ein vollkommen civilisirter Staat wird derjenige seyn, der seinen Bürgern alle dem Menschen zustehende Rechte sichert. Nehmen Sie das Wort civilisirt in diesem Sinne; so werden Sie mit Betrübniß bemerken, daß selbst die civilisirtesten Staaten noch auf einer sehr niedrigen Stufe der Civilisirung stehen.

Ich schliesse meinen Brief mit der Behauptung, daß die ursprünglichen Rechte des Menschen, angewendet auf die Staaten, als mystische Wesen, die unter einander in Wechselwirkung stehen, das *Völkerrecht* begründen.

Die Rechte der Persönlichkeit, angewendet auf den Staat, in Beziehung auf andere Staaten, geben ihm: 1) das Recht der Existenz. Kein anderer Staat darf ihn vernichten. So lange die Individuen, die ihn bilden, den Vereinigungsvertrag nicht aufheben und mithin ein besonderes gemeines Wesen bleiben wollen; so lange ist er, als ein solches, anzuerkennen. 2) das Recht der Unverletzlichkeit. Kein Bürger darf ihm mit Gewalt entrissen und zum Eintritte in einen andern Staat gezwungen werden. 3) das Recht der freien Herrschaft. Kein anderer Staat darf ihm vorschreiben, zu welchen Aemtern er bestimmte Individuen befördern soll; kein anderer Staat darf ihn zwingen, die Glieder der Gemeine (gleichsam die Glieder seines Leibes) nur auf diese und keine andere Art, oder überhaupt gar nicht in Thätigkeit zu setzen. — Die Rechte der eigenthümlichen Sphäre, angewendet auf den Staat, in Beziehung auf andere

Staaten, geben ihm: 1) das Recht auf ein Ureigenthum. Die Materie des Ureigenthums ist für jede zur Förderung der guten That organisirte Allheit von Individuen (die zu dieser Allheit, als zu einem besondern Staate, zusammentraten) die Benutzung eines bestimmten Theils des Erdbodens; u. s. w.

Ich breche hier, vielleicht nicht ohne Unart, ganz unerwartet ab. Warum sollte ich Ihnen vorgreifen? Sie werden mit leichter Mühe die Anwendung der ursprünglichen Rechte auf den Staat in seiner Beziehung auf andere Staaten fortsetzen, sich zur Idee des *Staatenstaats* erheben und erkennen, daß dieser die Rechte der gemeinen Wesen zu sichern und die gegenseitige negative und positive Wohlfahrtsbeförderung der Staaten eben so zu betreiben habe, wie der einzelne Staat die Glückseligkeit seiner Bürger. — Der Leichtsinn ist gezwungen, zu gestehen, daß die Vernunft, inwiefern sie von der Erfahrung abstrahirt, von keinem andern Völkerrechte etwas weiß, außer von dem auf die angedeutete Art begründeten; er wird sich mithin schämen müssen, es abenteuerlich zu nennen. Indefs bin ich überzeugt, daß Sie nicht allzulange bei der Idee des *Staatenstaats* verweilen werden. Die Realisirung derselben liegt in einer unerkennbaren Ferne. Näher scheint uns die Zeit zu seyn, wo die Führung einer vernunftmäßigen Staatswirthschaft und mit ihr die vollständigere Sicherung der Rechte beginnen wird. Hier verweilen Sie, hier lassen Sie Ihr Auge sich weiden, hier genießen Sie die Freuden, welche eine so herrliche Aussicht gewährt. Ohne eine höhere gesammelte Einheit wird freilich den einzelnen gesammelten Einheiten die Si-

cherung der Rechte der Einzelnen nicht immer und immer nur durch ein gutes Glück gelingen; mithin fehlt ohne jene höhere Einheit allerdings dem aufzuführenden Gebäude der Rechtssicherung der Schlussstein.

F u n f z e h n t e r B r i e f.

Ich erinnere mich meines Versprechens und eile daher, Ihnen meine Meinung über die *politische Bestimmung des Weibes* mitzutheilen. — Durch den Ausdruck verleitet, glauben Sie ohne Zweifel, daß ich dem Weibe, obgleich vielleicht nicht ohne Einschränkung, das Recht der Theilnahme an der großen allgemeinen Arbeit zugestehe; denn wie könnte ich sonst von einer politischen Bestimmung des Weibes sprechen wollen? Ohne dieses Recht ist das Weib offenbar nicht Staatsbürger, ohne dieses Recht hat es keine politische Bestimmung. — Ich gestehe, daß ich mich bei der Leistung meines Versprechens eines andern Ausdrucks hätte bedienen sollen. Dieses Geständniß sagt deutlich genug, daß ich Ihnen meine Meinung über den rechtlichen Zustand des Weibes im Staate ohne Untersuchung nicht in voraus angeben wollte. Es wird sich zeigen, ob und inwiefern jenes Recht dem Weibe zuzusprechen sey.

Ich würde in Ihnen Ihr ganzes Geschlecht beleidigen, oder, was wahrscheinlicher ist, mich lächerlich machen, wenn ich mit einer wichtigen Miene erst untersuchen wollte, ob die ursprünglichen Rechte, ohne Ausnahme eines einzigen, auch dem Weibe zukommen. Sie würden nicht weiter lesen und aus-

rufen: ist denn das Weib kein vernünftigsinnliches Wesen? Ist es mehr oder weniger vernünftig oder sinnlich, als der Mann? Die Rechte, die die Vernunft dem Manne verleiht, spricht sie ohne Wiederrede auch dem Weibe zu! — Ich bin ganz Ihrer Meinung. Lassen Sie uns aber untersuchen, *ob das Weib des Genusses aller ursprünglichen Rechte fähig sey*. Sprechen Sie nicht von Beleidigungen andrer Art; nennen Sie mich nicht hinterlistig. Sie wissen, daß der Mensch sich möglicher Weise rühmen kann, im gesicherten Besitze aller ursprünglichen Rechte (ihrer Form nach) zu seyn, ob er gleich, wie der Kranke und Alte, die verlorne Fähigkeit des vollständigen Genusses derselben betrauert, oder der Zeit der Reife dieser Fähigkeit, wie der junge Mensch, mit Sehnsucht entgegenharrt. Die Beleidigungen scheinen sich zu häufen; es scheint, als ob ich ohne Ansehen der Person das ganze weibliche Geschlecht zur Klasse der Kraftlosen zähle. Ich springe aus der Verlegenheit, in die ich gerathen bin, meinem Ziele entgegen.

Ob das Weib des Genusses der Rechte der Persönlichkeit fähig sey, ist keine erlaubte Frage; aber wie steht es um die Möglichkeit des Genusses der *Rechte der eigenthümlichen Sphäre*? — Die Materie des Ureigenthums ist das Amt. Kann und darf dem Weibe ein *Amt* anvertraut werden? — Sollte dies nicht stattfinden dürfen; so kann das Weib, wie es scheint, von den ihm, als vernünftigsinnlichen Wesen, zustehenden Rechten des ursprünglichen Eigenthums, der freien Arbeit und des ausschließenden Besitzes der Arbeitsprodukte durchaus keinen Gebrauch machen. Denn ohne Amtsfähigkeit läßt sich

in der That kein Amt erlangen und ohne ein Amt kann im Staate, wie er seyn soll, nichts erarbeitet, mithin von den Weibern auch nichts ausschliessend besessen werden, als was ihnen etwa geschenkt wird. Ob ich dem Weibe das Ureigenthum, die freie Arbeit und alles erarbeitete Eigenthum wirklich und mit Recht abspräche, wenn ich etwa behauptete, dafs es zur Bekleidung eines Amtes unfähig sey, mag an seinen Ort gestellt seyn.

Ich behaupte nun in der That, dafs das Weib unfähig ist, ein Amt zu bekleiden. Von dieser Behauptung, die nicht ohne Einschränkung bleiben wird, hat Ihr Geschlecht, wie ich in voraus zu erklären mich gedrungen fühle, durchaus nichts zu fürchten. (Setzen Sie nicht hinzu: weil sie ungegründet ist! Sie würden diesen Zusatz zurücknehmen müssen.) Ist das Weib unfähig, an der grossen Staatsarbeit Antheil zu nehmen; so ist und wird es deshalb nicht abhängig vom Manne. Dem Weibe stehen alle ursprünglichen Rechte zu; mithin soll es *frei* — von Wesen seiner Art, von Männern und Weibern eben so unabhängig seyn, als der Mann.

Ein Amt setzt nicht nur ausgebildete, sondern auch von der Natur ungehemmte Kräfte voraus; amtliche Arbeiten müssen unausgesetzt verrichtet werden. Urtheilen Sie selbst, ob die werdende und wirkliche Mutter ein Amt verwalten kann. Ihre Kraft, ihre zärtlichste Sorgfalt ist sie dem neuen Menschen schuldig. Lägen ihr amtliche Arbeiten ob; so würde sie dieselben jetzt gar nicht und jetzt nur unvollständig verrichten können und die Pflichten gegen das Kind

vernachlässigen müssen. Wie könnte bei einer solchen Unordnung das gemeine Wesen bestehen? Die amtlichen Arbeiten müssen unausgesetzt verrichtet und den heiligen Pflichten der Mutter darf durchaus kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Gestehen Sie es nur offenherzig, daß Sie selbst wenigstens allen *verheuratheten Weibern* die physische und rechtliche Fähigkeit, amtliche Arbeiten zu übernehmen und zu verrichten, absprechen. — Der Staat soll und darf keinem verheuratheten Weibe ein Amt geben. Dem verheuratheten Weibe liegen die Pflichten der Gattinn, der Mutter und Hausfrau, aber nicht Pflichten eines Amtes ob.

Daß die kraftvolle *Witwe* und *Jungfrau* amtliche Arbeiten zu übernehmen und zu verrichten fähig sind, werde ich nicht läugnen; ich behaupte es. Was hindert diese, des Genusses des Rechts auf ein ursprüngliches Eigenthum vollkommen theilhaftig zu werden? — Sie haben ein Recht auf Aemter, die ihren Kräften entsprechen. — Hiermit schränke ich meine Behauptung, daß das Weib zu amtlichen Arbeiten unfähig sey, gehörig ein, oder vielmehr, ich nehme sie, die schreckliche, halb zurück.

So sehr Sie es loben werden, daß ich denn doch nicht geradezu dem ganzen weiblichen Geschlechte das Recht der Theilnahme an der großen allgemeinen Arbeit abspreche; so sehr werden Sie mich vielleicht aber auch tadeln, daß ich diesem amtsfähigen Theile des weiblichen Geschlechts nur eine *bestimmte Gattung von Aemtern* zugestehe. Vergessen Sie Ihr Geschlecht und lassen Sie Ihrem Geiste vollkommene

Freiheit; ich bin gewiss, daß Sie dann meiner Meinung beipflichten werden.

Bei der Erziehung der Mädchen kann man nicht in voraus wissen, ob Therese und Philippine einst etwa stets Jungfrauen bleiben, oder zu einer Zeit, wo ihre Kräfte noch für amtliche Arbeiten ausreichen, Witwen seyn werden. Die Verheurathung ist im Allgemeinen das Wahrscheinlichste. — Die Ausbildung der Kräfte der Mädchen zu bestimmten Aemtern wäre daher ein zweckloses Unternehmen. Was der Mensch, was die angenehme Gattinn, die zärtliche Mutter und die kluge Hausfrau wissen und können sollen, nur das kann im Allgemeinen der Gegenstand der weiblichen Erziehung seyn. — Die amtlichen Arbeiten, die den kraftbegabten unverheuratheten Weibern (Witwen und Jungfrauen) anzuvertrauen sind, werden daher mit den Geschäften der *Mutter* und *Hausfrau* etwas Gemeinschaftliches haben. — Erinnern Sie sich, daß mein Versprechen mich nicht zu einer Abhandlung, sondern nur zu einer kurzen Anzeige verpflichtet.

Das kraftbegabte unverheurathete Weib ist gleich dem kraftbegabten verheuratheten und unverheuratheten Manne im Genusse der Rechte der eigenthümlichen Sphäre. Beruhigen Sie sich. Gegen allen Anschein ist selbst das verehelichte Weib, dem wir die Amtsfähigkeit absprechen müssen, im Genusse dieser Rechte und zwar durch das Mittel des Ehevertrags. Um dies deutlich einzusehen, vergessen Sie auf einen Augenblick, worin die Materie des Ur-eigenthums besteht, und folgen Sie mir, wohin ich Sie führen werde.

Jedem vernünftigsinnlichen Wesen soll Ureigenthum angewiesen und zugesichert seyn. — Jetzt kommt der Mann und bittet das Weib, sich mit ihm zu verbinden, mit ihm nur Ein Interesse zu haben, mit ihm gleichsam nur Ein Wesen auszumachen. — „Die Mutterpflichten, die meiner warten, werden mich verhindern, mein Ureigenthum selbst zu bearbeiten. Willst du, insoweit ich unvermögend bin, es für mich bearbeiten; so verspreche ich dir dagegen, die minder schweren Arbeiten im Kreise meines Ureigenthums fortzusetzen und mit ihnen die Arbeiten gleicher Art im Kreise des deinigen zu verbinden. Du siehst, daß ich mich zu den Pflichten der Hausfrau anheischig mache, wenn du die schweren Arbeiten für dich und mich verrichten willst.“ — Mit Freuden versteht sich der Mann dazu. — „Mein Ureigenthum, sprechen sie beide, gehört dir und das deinige mir. Was wir besitzen, ist dein und mein; was aus unserm gemeinschaftlichen Ureigenthum hervorgeht, ist nicht dein, nicht mein, sondern *unser*.“ — Daß ein ähnlicher Antrag dem Manne auch vom Weibe kommen dürfe, wer wird dies auf dem unrechtlichen, oder wenn Sie wollen, urweltlichen Standpunkte, auf den wir uns gestellt haben, läugnen wollen? — Sie erinnern sich, daß der Ehevertrag moralisch nothwendig ist. Das einzugehende Pflicht- und Rechtsverhältniß ist von der Willkühr unabhängig bestimmt; nur die Wahl der Person ist Sache der Willkühr. — Das Amt ist die Materie des Ureigenthums.

So sehen Sie denn, meine Hochverehrte, daß im Staate, der nicht ist, die Frau das Recht auf den Sold mit dem Manne theilt. Sie urtheilen zugleich,

dafs alle Besoldungen der Männer in ihrer Beziehung auf die Preise der Arbeitsprodukte, die dagegen erhoben werden können, nicht blos auf die innerhalb der Schranken des Verdienstes sich haltenden Bedürfnisse des Mannes, sondern auch auf die Bedürfnisse des Weibes und zarter Kinder berechnet seyn müssen.

Das Weib, das sich mit einem Manne verbindet, der einen Sold empfängt, dessen Hälfte den Sold weit übersteigt, den es beziehen würde, wenn es, als unverheurathetes Weib, ein seinen Kräften entsprechendes, dem weiblichen Geschlechte offen stehendes Amt inne hätte, wird durch die höhere Sphäre des beliebigen Genusses, in die es der Mann zieht, keinesweges vom Manne abhängig. Denn, um auf den urrechtlichen Standpunkt zurückzutreten, wird denn das Weib vom Manne abhängig, wenn es sein in der Materie kleineres Ureigenthum mit dem in der Materie größerem Ureigenthume des Mannes, *den Wünschen des Mannes gemäß*, verbindet? Wird der Mann vom Weibe abhängig, wenn er sein in der Materie kleineres Ureigenthum mit dem in der Materie größerem Ureigenthume des Weibes, *den Wünschen des Weibes gemäß*, verbindet? — Das Weib, das sich entschließt, einem Manne die Hand zu reichen, der einen Sold empfängt, dessen Hälfte dem Solde nicht gleich kommt, den es bei einer amtlichen Arbeit vor der Verheurathung bezog, bringt allerdings dem Manne ein Opfer der Liebe, ohne sich jedoch dadurch ein Recht der Herrschaft zu erwerben, und der Mann, der einen Sold empfängt, dessen Hälfte den Sold weit übersteigt, den seine Gattinn vor der Verheurathung gegen bestimmte, ihren

Kräften angemessene amtliche Arbeiten bezog, brachte dieselbe allerdings in eine höhere Sphäre des beliebigen Genusses, ohne sich jedoch dadurch ein Recht der Herrschaft über seine Gattinn zu erwerben. — *Das Weib ist in der Ehe vom Manne eben so unabhängig, als der Mann vom Weibe*; die Rechte beider sichert der Staat. Eine gegenseitige Abhängigkeit erzeugt die gegenseitige Zuneigung; beide Gatten sind eines Willens, nur Ein Wesen. Von der Willkühr des andern ist keiner abhängig.

Das im *Ehevertrage* entstandene Pflicht- und Rechtsverhältniß hebt für das Weib den Genuß der Rechte der eigenthümlichen Sphäre so wenig auf, daß es vielmehr, wie schon erinnert wurde, erst bestimmt, wie diese Rechte fortdauernd von verheuratheten Weibern genossen werden sollen. Der Ehevertrag zählt die Gattinn von der Pflicht, amtlich zu arbeiten, los und legt ihr dagegen nächst den Pflichten der Gattinn die Pflichten der Mutter und Hausfrau auf, die, obgleich nicht amtliche, dennoch Zwangspflichten sind, da ihre Vernachlässigung Strafe nach sich zieht. Das Amt ist im Staate durch seinen Ertrag, als Bearbeitung des Ureigenthums, das Mittel der Fortdauer der Existenz; der Mann bearbeitet seines Eheweibes Ureigenthum, — der Mann arbeitet amtlich für seine Gattinn; die Gattinn übernimmt statt der amtlichen Arbeiten die Pflichten der Mutter und Hausfrau; aus der Erfüllung dieser Pflichten muß für sie, wie aus der Bearbeitung eines Ureigenthums, das Mittel der Fortdauer der Existenz hervorgehen: *die Gattinn theilt mit dem Manne das Recht auf den Sold*, den dieser für seine amtliche Arbeiten bezieht.

Wie der Mann bei der Wahl des Amtes und während der Zeit der Muße vom Rechte der freien Arbeit Gebrauch macht; so ist auch das verheurathete Weib nicht nur zur Zeit der Muße im Genusse dieses Rechts, sondern machte auch, als sie dem Manne folgte, Gebrauch von diesem Rechte; denn damit unterzog sie sich freiwillig einer bestimmten Gattung häuslicher Geschäfte.

Das Recht des ausschließenden Besitzes der Arbeitsprodukte ist zwischen Mann und Weib getheilt. Was Mann und Weib vor der Verheurathung besaßen, besitzen sie nach derselben gemeinschaftlich; gemeinschaftlich besitzen sie, was sie mittelst des Soldes und mittelst Verträge in ihr Besitzthum zogen. — Sie erwarten von mir kein Civilgesetzbuch und erlauben mir daher, daß ich übergehen darf, was in Ansehung des Eigenthums verheiratheter Personen bei Scheidungen und Sterbefällen rechtlich zu verfügen ist.

Was die Rechte der Verstärkung der subjektiven Kraft durch die Kräfte Anderer betrifft, so ist die Art des Genusses des Rechts auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer im Zustande der Stärke für die unverheuratheten Weiber mit der Anerkennung ihrer Amtsfähigkeit und für die verheuratheten mit der Einräumung der rechtlichen Theilnahme am Solde des Ehemanns bestimmt. — Daß den Weibern im Zustande der Kraftlosigkeit, wie den Männern, ein Recht auf Dienste und Arbeitsprodukte Anderer zustehe, dafür wird niemand einen Beweis verlangen. — Das Recht, Verträge zu schließen, kommt allen

mannbaren, unverheuratheten, durch Krankheiten ihres Verstandes nicht beraubten Individuen des weiblichen Geschlechts ohne Einschränkung zu. — Das verheurathete Weib macht vom Rechte der Vertragsschließung in Ansehung derjenigen Verträge, zufolge welcher etwas vertauscht und verschenkt werden soll, nur mit Einwilligung ihres Mannes Gebrauch, so wie dieser von demselben Rechte in Ansehung der nämlichen Verträge nur mit Einwilligung seiner Gattinn Gebrauch macht. Dies folgt aus der Gemeinschaft des Eigenthums der Gatten. Dienstverträge, die immer auf die Zeit der Muse geschlossen werden, bedürfen rechtlicher Weise, da durch sie dem gemeinschaftlichen Eigenthume nichts entzogen wird, wenn der Mann oder das Weib sie eingehen will, der gegenseitigen Einwilligung der Gatten nicht.

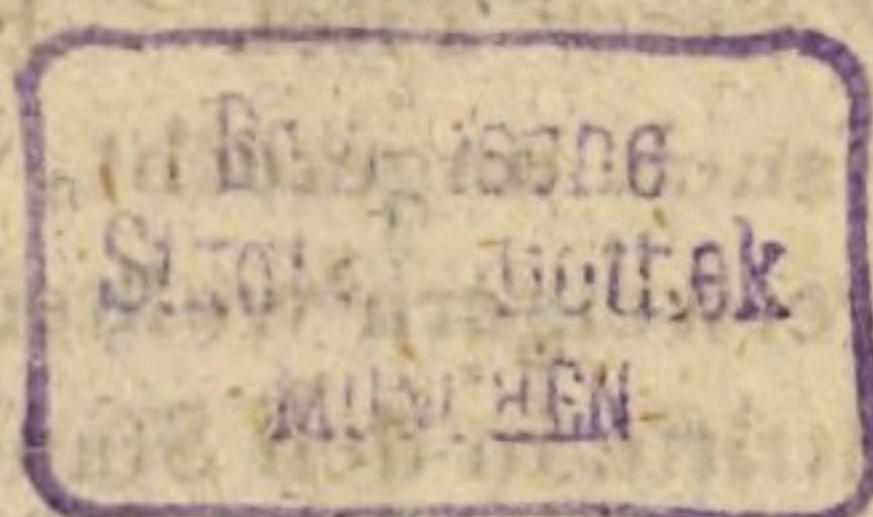
Die gegenseitige Zuneigung macht im Stande der Ehe den Genuß und die Erfüllung der gegenseitigen Rechte und Pflichten sicher, leicht und angenehm. Wenn die Zuneigung von einer, oder von beiden Seiten er stirbt, wenn die Gatten sich gegenseitig kränken und sich den Genuß der Rechte erschweren; so steht jedem der Weg der Scheidung zur Erlösung aus dem Elende offen. Konnte die Obrigkeit vorher nicht helfen; so hilft sie dann gewiß, wenn sie auf Verlangen eines, oder beider Gatten die Scheidung vollzieht. — Die Leichtigkeit der Ehescheidung wird, weit davon entfernt, das Band der Ehe, das Zuneigung knüpfte (und nur diese soll es knüpfen) zu erschaffen, es vielmehr fester zusammenziehen. Der Staat, der nicht existirt, ist der

Vater aller Kinder seiner Bürger; im Staate, der nicht existirt, fehlt es nie an amtlichen Arbeiten, vermittelt welcher jeder Arbeitsfähige, das unverheurathete Weib, wie der Mann, zur Befriedigung der Bedürfnisse des Lebens gelangen kann. Warum sollte der Staat, der nicht ist und seyn soll, die Ehescheidungen erschweren?

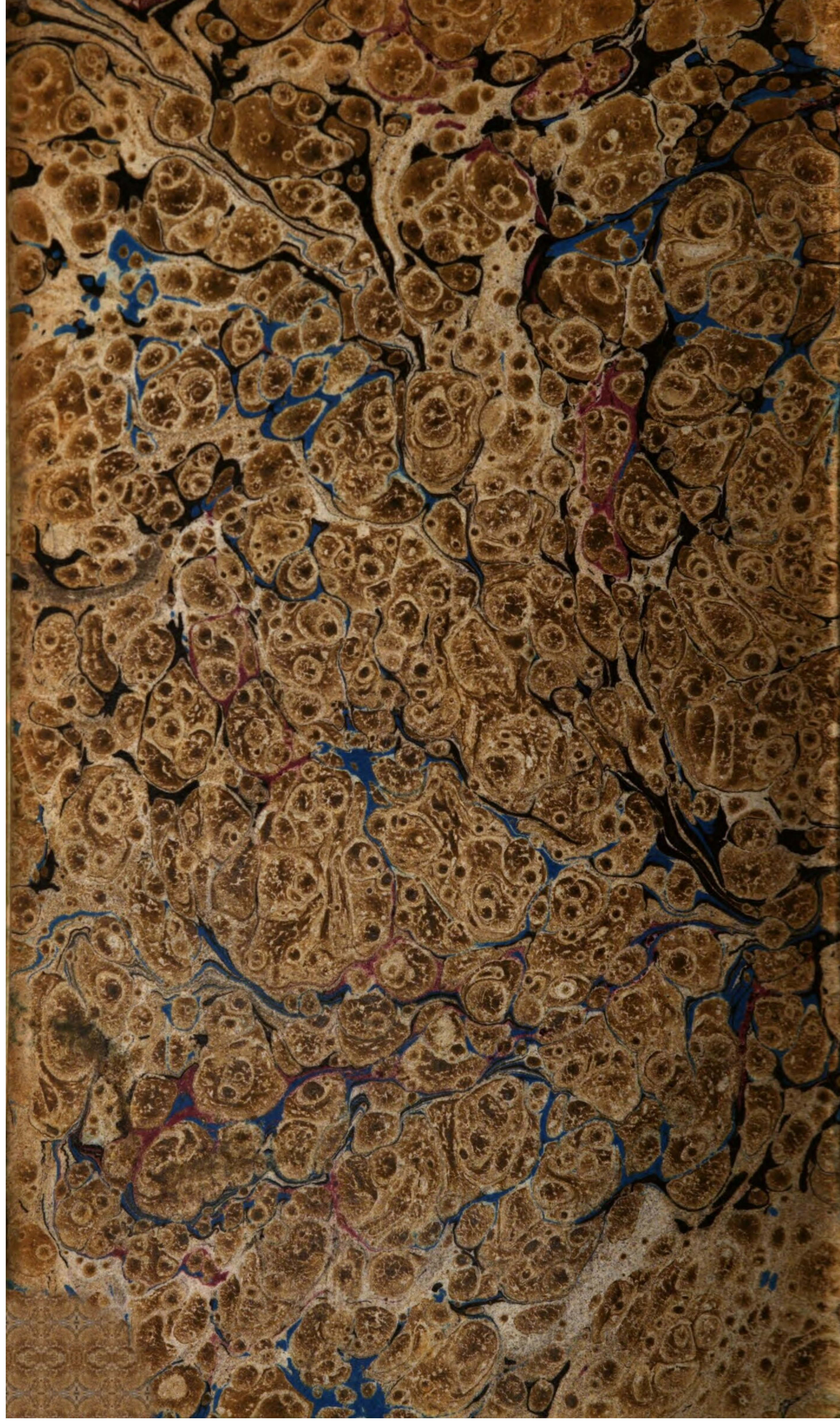
So hätte ich Ihnen denn meine Meinung über das rechtliche Loos des Weibes im Staate und zugleich über das gegenseitige rechtliche Verhältniß der Gatten in der Kürze mitgetheilt. Alle kraftbegabte unverheurathete Weiber sind ohne Widerrede Staatsbürgerinnen; denn sie nehmen an der allgemeinen großen Arbeit Theil. Aber auch den verheuratheten Weibern gebührt dieser Titel. Es wäre nicht bloß unartig, sondern auch ungerecht, wenn die Männer ihnen denselben verweigern wollten. Geht denn das Weib bei dem Eintritte in den Stand der Ehe aus dem Staate heraus? Hat das gemeine Wesen den Müttern nichts zu verdanken? Kann es ohne treue Gattinnen und kluge Hausfrauen bestehen? Ist nicht der Fall möglich, daß das verehelichte Weib, wenn die Ehe aufhört, wiederum unmittelbar Theil an der großen Staatsarbeit nimmt? — Alle Weiber sind *Staatsbürgerinnen*.

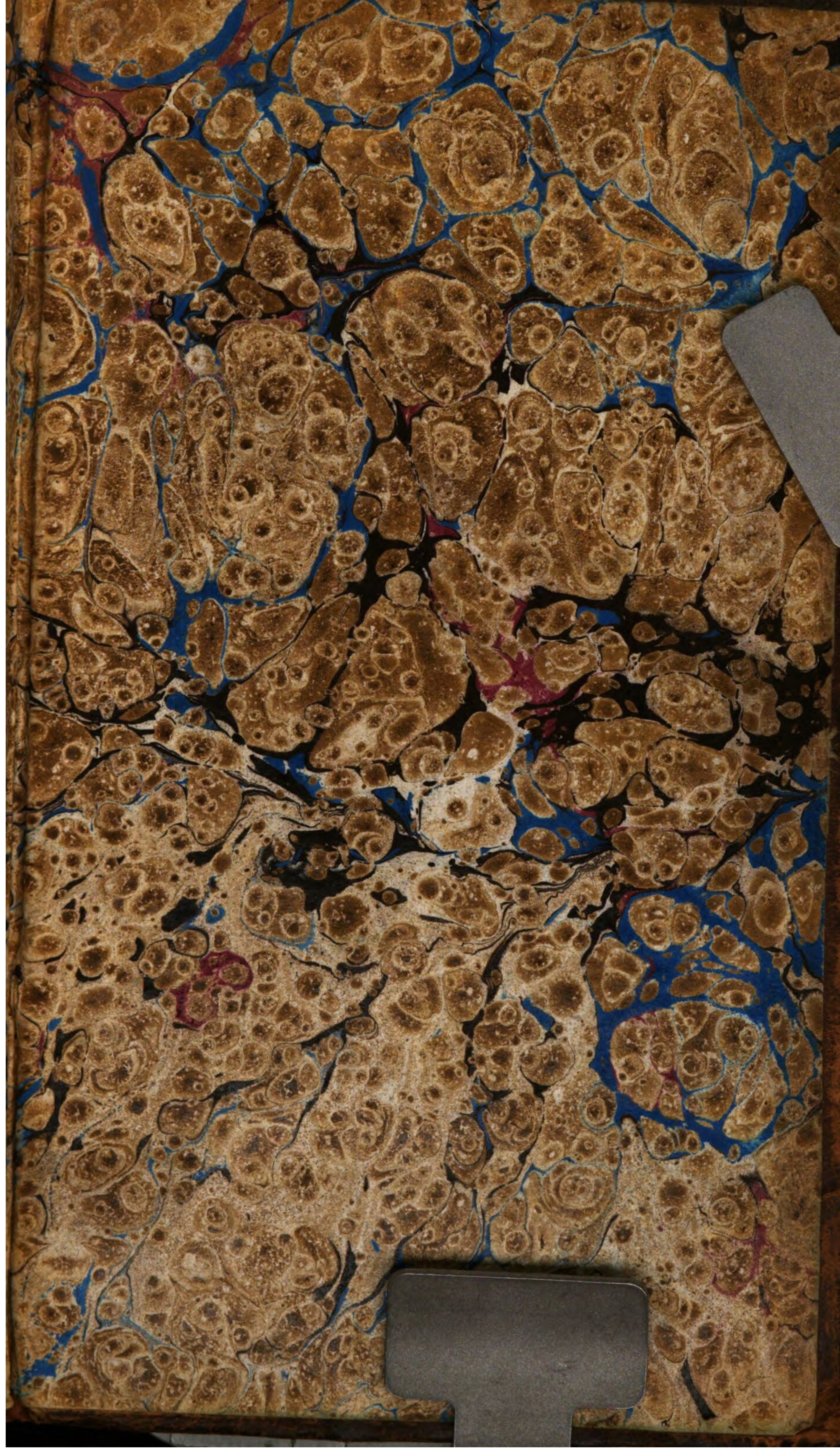
Da vielleicht alles, was in diesem Briefe behauptet wurde, für die bestehenden gemeinen Wesen von keiner Anwendung ist, so würde ich, wenn mein Schreiben nicht an Sie gerichtet wäre, es für nöthig finden, am Schlusse noch ausdrücklich zu erklären, daß ich vom Weibe im Staate, der nicht ist, wohl

aber seyn kann, — nicht von den verehrlichen Weibern im Monde oder von den Damen im Morgensterne sprach.



X IV.88





Dori, Johann Adolf

Briefe über die philosophische Rechts- und Staatswirtschaftslehre

Görlitz 1805

Ph.pr. 355

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10040322-5